23 W

Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer

Dissertation
zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Universität Hamburg

vorgelegt von

CLAUS LAU

aus Hamburg

Hamburg 1961

Gutachter: Professor Dr. Egon Tuchtfeldt
Mitgutachter: Professor Dr. Dr. Fritz Voigt
Tag der mündlichen Prüfung: 23. Mai 1960

Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer

Dissertation
zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Universität Hamburg

vorgelegt von

CLAUS LAU

aus Hamburg

Hamburg 1961

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Gutachter: Professor Dr. Egon Tuchtfeldt
Mitgutachter: Professor Dr. Dr. Fritz Voigt
Tag der mündlichen Prüfung: 23. Mai 1960

Inhaltsverzeichnis

		Seite
A. Einleitung:		
I.	Aufgabenstellung der Untersuchung	1
II.	Kennzeichen der Entwicklungsländer	6
III.	Grundfragen der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern	9
B. Hauptteil:		
I.	Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer in systematischer Betrachtung	14
a)	Die wechselkursrelevanten Lageprobleme in Entwicklungsländern	14
1.	Das Inflationsproblem und seine Bedeutung für die Zahlungsbilanz	14
2.	Die Auslandsabhängigkeit und ihre Bedeutung für die Zahlungsbilanz	22
aa)	Die Ausfuhr und ihre Schwankungen	24
bb)	Die Bedeutung der Einfuhr	29
cc)	Die Terms of Trade	32
dd)	Kapitalbewegungen	34
b)	Die allgemeine wechselkurspolitische Zielsetzung in den Entwicklungsländern	38
1.	Die Rangordnung der Ziele	38
2.	Das langfristige Ziel "Entwicklungsförderung"	43
3.	Das innere Gleichgewicht	47
4.	Das äussere Gleichgewicht	51
5.	Harmonie und Antinomie zwischen innerem und äusserem Gleichgewicht	57
c)	Systematische Darstellung des wechselkurspolitischen Instrumentariums in allgemeiner Sicht	60
1.	Die Stellung der Wechselkurspolitik innerhalb der Wirtschaftspolitik	60
2.	Kredit- und Finanzpolitik als indirekte Wechselkurspolitik	62

Seite

3. Die Massnahmen der direkten Wechselkurspolitik 64

aa) Der freie Wechselkurs 64
bb) Der fixierte Wechselkurs 66
cc) Auf- und Abwertung 67
dd) Wechselkursdifferenzierung 68

d) Die Anwendung des wechselkurspolitischen Instrumentariums in den Entwicklungsländern 70

1. Stabilität des Wechselkurses als Beurteilungskriterium 70

2. Die Wirkungen der indirekten Wechselkurspolitik 75

aa) Die klassische Notenbankpolitik 76
bb) Selektive Kreditpolitik 83
cc) Finanzpolitik 86

3. Die Wirkungen der direkten Wechselkurspolitik 90

aa) Der freie Wechselkurs 93
bb) Der fixierte Wechselkurs 106
cc) Die autonome Abwertung 112
dd) Die Wechselkursdifferenzierung 132

II. Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer in historisch-empirischer Betrachtung 151

a) Allgemeiner historischer Überblick 151

1. Die Zeit des Goldstandards (1900 - 1914) 152

aa) Funktionsweise und Friktionen 153
bb) Goldstandard und Entwicklungsländer 157

2. Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (1918 - 1938) 164

aa) Versuche zur Wiederherstellung des Goldstandards 164
bb) Die Abwertungswelle im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 168
cc) Wechselkursdifferenzierung und Devisenbewirtschaftung 171

Seite

3. Die Zeit nach dem II. Weltkrieg 177

aa) Allgemeine und wechselkurspolitische Ziele der Abkommen von Bretton Woods 177
bb) Veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen gegenüber der Vorkriegszeit 183
cc) Die Abwertungswelle von 1949 188
dd) Der Übergang Kanadas zum freien Wechselkurs 1950 195
ee) Die Wechselkurspolitik nach der Korea-Krise 1950/51 203

b) Länderbeispiele 213

1. Freier Wechselkurs in Peru 213

aa) Kennzeichen eines Entwicklungslandes 213
bb) Die wechselkursrelevanten Lageprobleme 222
cc) Die Ziele der Freigabe des Wechselkurses 229
dd) Die Wirkungen des freien Wechselkurses 232

2. Abwertung in Griechenland 242

aa) Kennzeichen eines Entwicklungslandes 242
bb) Die wechselkursrelevanten Lageprobleme 251
cc) Die Wirkungen der indirekten Wechselkurspolitik 260
dd) Die Ziele der Abwertung 263
ee) Die Auswirkungen der Abwertung 266

3. Wechselkursdifferenzierung in Thailand 273

aa) Kennzeichen eines Entwicklungslandes 275
bb) Die wechselkursrelevanten Lageprobleme 281
cc) Die Ziele der Wechselkursdifferenzierung 288
dd) Die Auswirkungen der Wechselkursdifferenzierung 295

Seite

C. Zusammenfassung und Ergebnisse 309

I. Lageanalyse 309

II. Zielanalyse 311

III. Wirkungsanalyse der Massnahmen 313

IV. Ausblick 321

D. Literaturverzeichnis I - XXIII

A. Einleitung

I. Aufgabenstellung der Untersuchung

In immer stärker werdendem Maße bildet der Problemkreis "Entwicklungsländer" den Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. In nicht geringem Umfang ist aber auch das Thema "Wechselkurspolitik" Objekt zahlreicher theoretischer und empirischer Analysen. Während aber die Wechselkurspolitik bereits vor dem zweiten Weltkrieg stark an Aktualität gewann und daher schon früher in den Vordergrund der wissenschaftlichen Betrachtung rückte, hat die Beschäftigung mit den Problemen solcher Länder, die im ökonomischen und technischen Sinne noch nicht den Entwicklungsgrad der Industrieländer erreicht haben, erst im letzten Jahrzehnt stark zugenommen. Darüberhinaus ist auch die Literatur über Wechselkursprobleme erst in den letzten Jahren durch eine Reihe umfassender Untersuchungen bereichert worden. Dies ist nicht zuletzt auf die Bemühungen um Schaffung einer neuen internationalen Währungsordnung zurückzuführen. Damit ist heute sowohl über den Problemkreis "Entwicklungsländer" wie auch dem der "Wechselkurspolitik" eine Fülle von Schrifttum vorhanden.

Die Wechselkurspolitik ist ein Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Eine Untersuchung, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen der Entwicklungsländer befaßt, wird an den grundsätzlichen Problemen der Wechselkurspolitik kaum vorübergehen können, weil diese einen integrierenden Bestandteil der Außenwirtschaftspolitik darstellt, die ihrerseits in Entwicklungsländern eine dominierende Rolle spielt. Die Behandlung wechselkurspolitischer Probleme ist zum Teil in Einzeldarstellungen vorgenommen worden. Diese Darstellungen befassen sich entweder mit einem speziellen Länderfall oder mit einer besonderen Art der Wechselkursgestaltung in ihrer Beziehung zu einem oder mehreren Entwicklungsländern. Die Behandlung des wechselkurspolitischen Problems im Zusammenhang mit der Entwicklungsproblematik ist

bisher nur punktuell erfolgt. Dies durfte als ein besonderer Mangel empfunden werden.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß es bisher an einer Untersuchung gefehlt hat, die beide getrennten Problemkreise durch eine zusammenhängende Betrachtung miteinander verbindet, wurde mit dieser Arbeit der Versuch einer G e s a m t d a r s t e l l u n g unternommen.

Die vorliegende Untersuchung beinhaltet die Fragestellung: Ergeben sich hinsichtlich der Lage, der wechselkurspolitischen Zielsetzung und der anzuwendenden Maßnahmen besondere aus dem Entwicklungsprozeß resultierende und von den bisherigen Erkenntnissen abweichende Aspekte? Die wechselkurspolitische Fragestellung ist damit eindeutig auf die Entwicklungsproblematik ausgerichtet. Sie unterscheidet sich darin von anderen Untersuchungen, die die Wechselkurspolitik aus der Blickrichtung des Zahlungsbilanzausgleichs analysieren.[1)]

Aus diesem Unterschied in der Behandlung des wechselkurspolitischen Problems ergeben sich auch unterschiedliche Konsequenzen für die systematische Gliederung des Instrumentariums der Wechselkurspolitik; denn den einzelnen Gestaltungsformen dieser Politik kommt je nach ihrer Zielsetzung eine unterschiedliche Bedeutung zu. So kann z.B. die Aufrechterhaltung eines fixierten, nicht dem Gleichgewicht entsprechenden Wechselkurses für die Stabilhaltung des wirtschaftlichen Prozesses von außerordentlicher Bedeutung sein, während die Aufrechterhaltung dieses Kurses, von der Zielrichtung einer Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts her gesehen, weniger von Interesse sein dürfte.

---

1) Vgl. hierzu vor allem E. Küng: "Zahlungsbilanzpolitik" (St. Galler Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, Bd. 15) Zürich und Tübingen 1959 (Im folgenden zitiert als E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik)

Unter Wechselkurspolitik werden in der vorliegenden Arbeit alle diejenigen Maßnahmen des Staates oder der Notenbank verstanden, die den Wechselkurs quantitativ in irgendeiner Weise beeinflussen.[1] Nach enger Auslegung würde man die interne Finanz- und Kreditpolitik nicht der Wechselkurspolitik zurechnen. Eine weite Auslegung dieses letzten Begriffes jedoch muß davon ausgehen, daß die interne Finanz- und Kreditpolitik dadurch, daß sie über den inneren Geldwert entscheidend auch den Außenwert einer Währung beeinflußt, der Wechselkurspolitik zugeordnet werden kann. Der Außenwert einer Währung braucht zwar nicht notwendigerweise mit dem Wechselkurs identisch zu sein, jedoch darf angenommen werden, daß sich - langfristig gesehen - der Wechselkurs an dem Außenwert der Währung auszurichten hat. Damit wird die interne Finanz- und Kreditpolitik zum Bestimmungsfaktor des Wechselkurses, also im weiteren Sinne selbst Wechselkurspolitik, konkreter definiert "Wechselkursstabilisierungspolitik".[2] Weil die Wechselkursstabilisierungspolitik den Kurs auf indirektem Wege - nämlich über den

---

1) Erwähnt sei, daß, wenn von "Wechselkurs" gesprochen wird, immer die sog. "Preisnotierung" gemeint ist, die angibt, wieviel Einheiten inländischer Währung für eine Einheit ausländischer Valuta hingegeben wird.

2) Daß die Fragestellung "Wechselkurspolitik - Entwicklungsförderung" der vorliegenden Arbeit von der anderer Untersuchungen abweicht, ergibt sich u.a. aus einem Vergleich mit dem hervorragenden Werk "Zahlungsbilanzpolitik" von E. Küng. Dort heißt es u.a.: "Um der ganzen Untersuchung einen realistischen Anstrich zu geben, kann man sich vorstellen, die politischen und sonstigen Widerstände gegen eine restriktive Finanzpolitik (im weiteren Sinne) seien zu groß, als daß ein Vorgehen auf diesem Wege möglich wäre." Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 420 - Der genannte "realistische Anstrich", den E. Küng als "Vorstellung", d.h. als Arbeitshypothese annimmt, ist in der vorliegenden Untersuchung die Entwicklungsproblematik selbst. Anhand einer solchen Lagedarstellung soll gerade u.a. geprüft werden, inwieweit die Maßnahmen der Kredit- und Finanzpolitik geeignet sind, die Wechselkursstabilisierung zu erreichen. Allein aus diesem Grunde ist eine solche Politik der Wechselkurspolitik zuzuordnen.

inneren Geldwert - beeinflußt, wurden die Maßnahmen der Kredit- und Finanzpolitik in Anlehnung an die Systematisierung der Wirtschaftspolitik bei Th. Pütz der i n - d i r e k t e n Wechselkurspolitik zugerechnet, während alle anderen Maßnahmen, die den Wechselkurs selbst als Angriffspunkt wählen, der d i r e k t e n Wechselkurspolitik zugeordnet wurden.[1)]

Zur Abgrenzung der Wechselkurspolitik darf weiterhin erwähnt werden, daß auch die Einführung eines freien Kurses einen Teil dieser Politik darstellt; denn der Entschluß, die Kursbildung allein den Kräften von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt zu überlassen, beeinflußt - wie alle anderen Maßnahmen der Wechselkurspolitik - die Höhe des Wechselkurses.[2)]

Bei einer Analyse der Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer kann entweder die L a g e , in der sich die Entwicklungsländer befinden, Ausgangspunkt der Betrachtung sein, oder die bei Anwendung der Wechselkurspolitik gewählte Z i e l s e t z u n g ; schließlich auch die durch die Entwicklungsländer angewandten wechselkurspolitischen E i n z e l m a ß n a h m e n selbst.[3)] Im letzten Fall sind die Wirkungen der Wechselkurspolitik angesichts der bestehenden Lage zu untersuchen, und es ist die Frage aufzuwerfen, ob die ergriffenen Maßnahmen den gewählten Zielen adäquat sind. Gerade im Fall der Entwicklungsländer sind alle drei genannten Fragestellungen gleichbedeutend: Es kann gefragt werden, ob Absicht und Zwecke eines Entwicklungsprogramms klar

---

1) Vgl. Th. Pütz: "Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung" Wien 1948, so etwa S. 238 f.

2) Vgl. auch E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 417

3) Vgl. W. A. Jöhr und H. W. Singer: "Die Nationalökonomie im Dienste der Wirtschaftspolitik" Göttingen 1957,

abgegrenzt und realistisch genug aufgebaut sind. Man kann sich aber auch die Frage vorlegen, ob die Lage bei Bestimmung der Priorität richtig eingeschätzt wurde. Schließlich kann sich die Analyse auf die Fragestellung konzentrieren, "ob die vorgeschlagenen Maßnahmen wirksam genug, tatsächlich durchführbar, wohldurchdacht und zweckentsprechend gewählt sind, um die konkrete Lage im Sinne der gegebenen Ziele umzugestalten"[1].

Der Verfasser hat in der vorliegenden Untersuchung den Weg gewählt, die drei konstitutiven Elemente der Wirtschaftspolitik in der Reihenfolge Lage, Ziele, Maßnahmen (einschließlich der Wirkungen) abzuhandeln.[2]

Ist der Begriff der "Wechselkurspolitik" noch in einer relativ knappen Art zu umreißen, so bereitet die Definition des Begriffes "Entwicklungsland" wesentlich größere Schwierigkeiten. Um sich nicht dem Vorwurf einer oberflächlichen Behandlung dieses Problems auszusetzen, hat der Verfasser die Begriffsbestimmung des "Entwicklungslandes" in einem gesonderten Abschnitt der Einleitung vorgenommen.[3] An dieser Stelle sei lediglich erwähnt, daß es infolge der Heterogenität der Entwicklungskriterien in den einzelnen Ländern erforderlich war, die Übertragung wechselkurspolitischer Erkenntnisse auf die

---

1) Vgl. W. A. Jöhr und H. W. Singer, a.a.O., S. 42

2) Der Grundsatz einer solchen Trennung - ohne die eine wissenschaftliche Systematisierung und Durchdringung des Gesamtzusammenhanges nicht möglich gewesen wäre - konnte nicht in jedem Falle ganz eingehalten werden, weil für jede einzelne Form der Wechselkurspolitik andere Ziele bestimmend sind, diese aber wiederum mit den Wirkungen eng verknüpft oder sogar mit diesen identisch sind.

3) Vgl. S. 6 ff unserer Ausführungen.

Entwicklungsländer g e n e r a l i s i e r e n d vorzunehmen und sich auf das Prinzipielle zu beschränken.[1] Dabei ist es klar, daß die über die Entwicklungsländer getroffenen Aussagen durchaus nicht jedem Einzelfall gerecht werden können. Die in dieser Arbeit geübte Praxis der Bezugnahme auf einige wenige markante Entwicklungskriterien dürfte jedoch am ehesten geeignet sein, die Herausarbeitung wissenschaftlich brauchbarer Aussagen zu gewährleisten.

II. Kennzeichen der Entwicklungsländer

So vielfältig in ihrer Bedeutung wie die als Oberbegriff für die in dieser Arbeit behandelten Länder verwendete Terminologie "Entwicklungsland" ist, so zahlreich sind auch die zu ihrer Kennzeichnung herangezogenen Kriterien.[2] Ohne diese einzelnen Merkmale kritisch würdigen

---

1) Vgl. zu diesem Vorgehen auch P. C. M. Teichert: "Die Problematik einer allgemeingültigen Entwicklungstheorie für unterentwickelte Gebiete" in: Wirtschaftsdienst, 37. Jg. (1957), S. 19 ff.

2) Die Frage, ob der im Titel der Arbeit verwendete Ausdruck "Entwicklungsländer" kritiklos übernommen werden kann, soll hier nicht ausführlich behandelt werden; ihre Beantwortung ist auch für die Herausarbeitung der wechselkurspolitischen Probleme nicht relevant. Vgl. die Kritik bei B. M. Niculescu: "Under-developed, backward or low income?" in: The Economic Journal, Vol. LXV (1955), S. 546 ff.; ferner H. Myint: "An Interpretation of Economic Backwardness" in: Oxford Economic Papers, Vol. XI (1954), S. 132 ff. - P. Meyer-Dohm glaubt, daß mit dem Ausdruck "Entwicklungsländer" gewissen diplomatischen Erfordernissen Genüge getan ist, wobei jedoch "ein hohes Maß an Farblosigkeit eingetauscht wird"; vgl. P. Meyer-Dohm: "Entwicklungsprobleme unentwickelter Länder" in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 3. Jahr (1958), S. 201. - Die Handelskammer Hamburg ist in ihrem Bericht für das Jahr 1958 der Auffassung, daß der Ausdruck "Entwicklungsland" weniger zutreffend als euphemistisch ist. Die hier vorgenommene Charakterisierung deckt sich aber im wesentlichen mit den im folgenden herausgearbeiteten Kriterien; vgl. Handelskammer Hamburg: "Bericht über das Jahr 1958" Hamburg 1959, S. 27

zu wollen, ist ihre Darstellung notwendig, da sie unmittelbar erkennen läßt, welchen besonderen Aufgaben sich Wirtschaftspolitik im allgemeinen und Wechselkurspolitik im besonderen in Entwicklungsländern gegenübersehen.

Einen umfassenden Katalog der Kennzeichen unentwickelter Volkswirtschaften gibt G. M. Meier[1], doch finden sich ebenfalls zusammenfassende Übersichten bei J. A. Buttrick[2], W. Guth[3] und P. T. Bauer[4], die sich im wesentlichen in den einzelnen Punkten decken. Unter Zugrundelegung der Ausführungen der genannten Autoren seien die einzelnen Merkmale wie folgt dargestellt[5]:

1) Der Anteil der Primärproduktion an der Gesamtproduktion ist außerordentlich hoch. Teilweise trägt die Landwirtschaft den Charakter einer Monokultur.

2) Das Bevölkerungswachstum hat in vielen Gebieten zur Überbevölkerung geführt. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der davon betroffenen

---

1) Vgl. G. M. Meier: "The Poverty of Nations" in: WWA, Bd. 78 (1957), S. 83 ff.

2) Vgl. J. A. Buttrick und H. S. Williamsen (Ed.): "Economic Development, Principles and Patterns" Englewood Cliffs 1955, S. 285 ff.

3) Vgl. W. Guth: "Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder" Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Bd. 4, Tübingen 1957, S. 71 ff.

4) Vgl. P. T. Bauer: "The Underdeveloped Countries - a Critique of Current Ideas" in: Neue Zürcher Zeitung, 178. Jg. Fernausgabe Nr. 18 vom 19. Januar 1957, S. 9

5) In diesem Zusammenhang sei ferner verwiesen auf E. Kirby: "General Criteria of Economic Development" in: Far Eastern Economic Review, Vol. XVII (1954), S. 513 ff. und S. H. Frankel: "Some Conceptual Aspects of International Economic Development of Underdeveloped Territories" Princeton 1952

Länder hängt im wesentlichen davon ab, ob sich der Wettlauf zwischen Bevölkerungswachstum und gesamtwirtschaftlicher Produktivität zugunsten der letzteren entscheidet.[1)]

3) Die Produktionsfaktoren sind entweder überhaupt nicht oder nur unvollständig genutzt, wodurch in einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft z.T. Engpässe und z.T. "Hohlräume" vorhanden sind, die dazu führen, daß die Gesamtwirtschaft teilweise im "Leerlauf" arbeitet.

4) Der Bevölkerung fehlt es oft an vergleichsweise ausgeprägtem ökonomisch-rationalem Verhalten.

5) Die Produktionsfaktoren sind weitgehend immobil, und das Wirtschaftsleben ist gekennzeichnet durch einen noch höheren Grad der Unvollkommenheit der Märkte, als er schon in entwickelten Volkswirtschaften vorhanden ist.[2)]

6) Der Kapitaleinsatz pro Beschäftigten ist niedrig. Das Arbeitskräftereservoir wird erhalten und vergrößert durch das Bevölkerungswachstum, wodurch sich das Verhältnis von Kapital zu Arbeit kaum vergrößern kann.

---

1) Vgl. N. Koestner: "Grundprobleme der Unterentwicklung" in: Neue Zürcher Zeitung 177. Jg. Nr. 2417 vom 1. September 1956: "Die größten Brutstätten menschlichen Elends sind jedoch die fruchtbaren übervölkerten Ebenen am Nil, Ganges, Bramaputra, Jangtse und Hoangho". - Vgl. auch W. G. Elliott (Hrsg.) "Weltwirtschaft und Weltpolitik" München 1957, S. 127

2) Vgl. G. M. Meier, a.a.O., S. 83: "The characteristics of under-development, backwardness and inflexibility all fall under 'market imperfections'. The market imperfections have acted as frictions and obstacles preventing the achievement of an optimum allocation of resources. ... such market imperfections as immobility, ignorance, and rigid social structure."

7) Das Pro-Kopf-Einkommen ist im Verhältnis zu dem der Industrieländer sehr gering.

8) Die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer weisen im allgemeinen einen hohen Grad der Auslandsabhängigkeit auf, sowohl was die Ausfuhrintensität, d.h. die Exportquote der Gesamtwirtschaft[1], als auch die Importabhängigkeit betrifft. Ebenso sind diese Länder in hohem Maße auf Kapitalimporte angewiesen.[2]

III. Grundfragen der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern

Die Probleme einer Entwicklungspolitik sind heute so weitreichend, daß eine erschöpfende Darstellung kaum

---

1) Die Exportquote der Gesamtwirtschaft entspricht dem Anteil des wertmäßigen Exports am Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.

2) Im Rahmen dieser Arbeit soll darauf verzichtet werden, nach dem besten Kriterium zu suchen, und zwar schon allein deshalb, "weil es bei der strukturellen Verschiedenartigkeit der zahlreichen Länder, die als 'unterentwickelt' gelten, eine eindeutige allgemeingültige Begriffsbestimmung gar nicht geben kann". Vgl. W. Guth, a.a.O., S. 70.

möglich ist.[1] Sie würde auch nicht der Zielsetzung dieser Arbeit entsprechen. Da jedoch alle allgemeinen wirtschaftspolitischen Probleme für die Erörterung der Wechselkurspolitik von entscheidender Bedeutung sind und diese ihre Impulse letztlich aus der allgemeinen Entwicklungsproblematik empfängt, kann nicht darauf verzichtet werden, in einem kurzen Aufriß wichtige in Entwicklungsländern vorherrschende Einzelprobleme aufzuzeigen. Gerade wegen der außerordentlich großen Komplexität der gesamten Entwicklungsproblematik und der Interdependenz aller damit verbundenen Einzelfragen kann die dieser Arbeit zugrundeliegende wechselkurspolitische Problemstellung kaum

---

1) Aus der Fülle der Literatur kann nachstehend nur folgende Auswahl getroffen werden: P. T. Bauer: "Economic Analysis and Policy in underdeveloped Countries" Durham 1957 - E. Beaglehole: "Cultural Factors in Economic and Social Change" in: International Labour Review, Vol. LXIX (1954) I, S. 415 ff. - R. F. Behrendt: "Die wirtschaftliche und soziale Revolution in den unterentwickelten Ländern" Bern 1954 - S. L. Brankovic: "Die unterentwickelten Länder" in: Internationale Politik, 8. Jg. (1957), Heft 181, S. 7 ff. - L. Delgado: "Economy of Underdeveloped Countries" in: Eastern World, Vol. XI (1957), S. 43 ff. - C. Kapferer: "Die unterentwickelten Gebiete - eine internationale Verpflichtung" in: Wirtschaftsdienst, 35. Jg. (1955), S. 3 ff. - Die theoretischen Aspekte des Gesamtproblems werden vorwiegend behandelt bei: H. J. Bruton: "Growth Models and Underdeveloped Economies" in: The Journal of Political Economy, Vol. LXIII (1955), S. 322 ff. - Y. Itagaki: "Economic Backwardness and the Theory of Economic Development" in: Far Eastern Economic Review, Vol. XXIII (1957), No. 25, S. 772 ff. ders.: "Das Problem der 'unterentwickelten Länder' " Schriften der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Essen Nr. 2, Essen 1956 - B. Knall: "Zur Programmierung von Erschließungsplänen in Entwicklungsländern" in: WWA Bd. 81 (1958) II., S. 277 ff. - H. Myint: "The 'Classical Theory' of International Trade and the Underdeveloped Countries" in: Economic Journal Vol. LXVIII (1958), S. 317 ff. - G. Myrdal: "Economic Theory and Underdeveloped Regions" London 1957 - J. H. Power: "The Economic Framework of a Theory of Growth" in: The Economic Journal, Vol. LXVIII (1958), S. 34 ff.

von anderen Fragen isoliert werden.[1] Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Abgrenzung der engeren wirtschaftspolitischen Fragestellung der "Wechselkurspolitik" werden die über- und nebengeordneten Probleme als Daten behandelt, ohne daß dazu im einzelnen Stellung genommen wird.[2]

Die Lösung wirtschaftspolitischer Probleme in Entwicklungsländern wird wesentlich dadurch erschwert, daß ein Bündel von Faktoren, die weit über den wirtschaftlichen Bereich hinausgreifen, durch eine Kausalkette in so unheilvoller Weise miteinander verknüpft sind, daß sich der politische, kulturelle, soziologische und wirtschaftliche Ablauf in diesen Ländern in einem "circulus vitiosus" befindet, den es an einer Stelle zu durchbrechen gilt, wenn das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung einer Lösung nähergebracht werden soll. Der "circulus vitiosus", dem sich fast alle Entwicklungsländer gegenübersehen, nimmt dadurch seinen Anfang, daß die Gütererzeugung gering und als deren Folge die Einkommen niedrig sind. Nach Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse bleibt kein oder nur ein sehr geringer Teil des Einkommens für die Spar-Kapitalbildung. Das niedrige Einkommensniveau seinerseits resultiert daraus, daß sich infolge geringer

---

1) Auf diesen Punkt weist P. Meyer-Dohm ausdrücklich hin, indem er ausführt: "Die Interdependenz der Einzelfragen und ihre aufeinander abgestimmte Behandlung im Gesamtrahmen der Entwicklungspolitik ist dabei von großer Wichtigkeit. Darum sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß die Fragen in der Wirklichkeit kaum zu isolieren sind und sich dort ineinander verschränkt und voneinander abhängig dem Betrachter darbieten." Vgl. P. Meyer-Dohm, a.a.O., S. 207 - Vgl. W. A. Jöhr und H. W. Singer, a.a.O., S. 30: "Kein praktisches Problem steht isoliert in der Welt. Jedes ist Spezialproblem innerhalb von umfassenderen Problemen und jedes schließt in sich eine Anzahl von noch spezielleren Problemen."

2) Über die Frage einer Abgrenzung wirtschaftspolitischer Probleme vgl. W. A. Jöhr und H. W. Singer, a.a.O., S. 32.

Sparneigung kein Kapital bilden kann, und umgekehrt ist der geringe Kapitalstock Resultante des geringen Einkommensniveaus.[1] Diese unglückliche Verkettung der Umstände ist mit folgenden wenigen Worten umschrieben worden: "A poor country is poor because it is poor."[2] Damit jedoch nicht genug; andere "circuli vitiosi" überlagern den erstgenannten. So weist R. Nurkse darauf hin, daß das niedrige Einkommensniveau determinierend ist für die nur geringe Nachfrage, was einen fehlenden Anreiz für die private Investitionstätigkeit bedeutet; dies führt zurück zum Kapitalmangel.[3] Noch ein weiterer Aspekt muß in diesem Zusammenhang beachtet werden, der ein neues Glied in der aufgezeigten Kausalkette bildet: das außerordentlich niedrige Bildungsniveau der Bevölkerung ist letztlich eine Folge des niedrigen Per-Capita-Einkommens. Je niedriger jedoch der Bildungsgrad ist [4], um so geringere Chancen bestehen, den technischen Fortschritt voranzutreiben und zu einer produktiveren Verwendung der natürlichen Hilfsquellen zu gelangen. Die optimale Nutzung der Produktionsfaktoren ist aber die Voraussetzung für eine Vergrößerung des Produktionsvolumens.[5]

Dies sind grundlegende Probleme, denen sich die Wirtschaftspolitik in nahezu allen Entwicklungsländern gegenübersieht. Je nach dem Schwergewicht eines der genannten Entwicklungskriterien ist die Gruppierung der Einzelprobleme eine andere, sei es, daß in dem einen Land der

---

1) Man kann diesen Zusammenhang naturgemäß auch umgekehrt sehen.

2) Vgl. R. Nurkse: "Some International Aspects of the Problem of Economic Development" in: American Economic Review, Proceedings, Vol. 42 (1957), No. 2, S. 571

3) Vgl. R. Nurkse: "Problems of Capital Formations in Underdeveloped Countries" Oxford 1953, S. 5

4) Hierzu vgl. etwa R. Aresteh: "Some Problems of Education in Underdeveloped Countries" in: The Middle East Journal, Vol. 12 (1958), S. 270 ff.

5) Vgl. N. S. Buchanan and H. S. Ellis: "Approaches to Economic Development" New York 1955, S. 22 sowie M. Meier, a.a.O., S. 84

Bevölkerungsdruck sehr groß ist, in dem anderen die Produktionsfaktoren nicht optimal genutzt sind. Jeder dieser Problemkreise mündet dann ein in den "circulus vitiosus": "Immer stehen ein oder zwei Probleme im Vordergrund, ... alle übrigen Fragen sind ihnen dann nachzuordnen und erhalten von dort her ihre spezielle Prägung."[1)]

---

1) Vgl. P. Meyer-Dohm, a.a.O., S. 207

B. Hauptteil

I. Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer in systematischer Betrachtung

a) Die wechselkursrelevanten Lageprobleme in Entwicklungsländern

1. Das Inflationsproblem und seine Bedeutung für die Zahlungsbilanz

Die inflatorische Entwicklung in den meisten unentwickelten Volkswirtschaften und ihre Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz sind von so entscheidender Bedeutung für die Wechselkurspolitik, daß es notwendig erscheint, in kurzem Abriß Wesen und Ursache der Inflation darzustellen, um daran anknüpfend ihre besondere Problematik in den Entwicklungsländern analysieren zu können:

Ist die entfaltete monetäre Gesamtnachfrage in einer Periode innerhalb der Volkswirtschaft größer als das realwirtschaftliche Angebot, d.h. kann die kaufkräftige Nachfrage im Inland nicht befriedigt werden, so drängt ein Teil der im Inland entstandenen Einkommen auf ausländische Märkte ("foreign leakage"), was zu einer Erhöhung der Importe führt (Geldmengen-Einkommensmechanismus).[1] Ein anderer Teil der kaufkräftigen Nachfrage wendet sich den Gütern im Inland zu. Deren Angebot kann aber in der Regel kurzfristig nicht erhöht werden, so daß Preissteigerungen eintreten (Geldmengen-Preismechanismus).[2] Die erhöhten Preise führen zu einer gleichzeitigen Einschränkung der mengenmäßigen Exporte bzw. zu einer Erhöhung der mengenmäßigen Importe (entsprechend

---

1) Vgl. A. Kruse: "Die Mechanismen des Zahlungsbilanzausgleichs" in: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Festgabe für Adolf Weber, Berlin 1951, S. 84

2) ebenda, S. 84

den bestehenden Elastizitätskoeffizienten).[1] Soll an der Stabilität der Wechselkurse festgehalten werden, so kann das Gleichgewicht nur durch Beseitigung der Entstehungsursache des Ungleichgewichts wieder hergestellt werden, d.h. durch eine Reduktion der binnenwirtschaftlichen Gesamtnachfrage mittels kontraktiver Notenbank- und finanzpolitischer Maßnahmen.[2]

Nach Darstellung dieser grundsätzlichen Zusammenhänge sind nunmehr die besonderen Verhältnisse in E n t - w i c k l u n g s l ä n d e r n zu betrachten:

Infolge des "circulus vitiosus", in dem sich die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer befinden, ist - wie gezeigt wurde - die Kapitalbildung meistens nur sehr mangelhaft. Eine Wirtschaftspolitik, die auf einen Konsumverzicht, d.h. auf eine Erhöhung der freiwilligen Spar-Kapitalbildung abzielt, ist gerade in den Entwicklungsländern sehr unpopulär.[3] In vielen Fällen bleibt daher keine andere Möglichkeit, als die Kapitalbildung über Kreditschöpfung durch die Notenbanken zu versuchen, wenn die Durchführung eines störungsfreien Wirtschaftswachstums gewährleistet werden soll. Eine Kreditschöpfung wird aber nicht selten unter der völlig falschen Voraussetzung vorgenommen, daß man es mit einer im Zustand der Unterbeschäftigung befindlichen Volkswirtschaft im Keynes'schen

---

1) Vgl. J. E. Meade: "The Theory of International Economic Policy" Bd. I; The Balance of Payment, London 1954, S. 55 ff. (im folgenden zitiert als J. E. Meade: Balance of Payment) - E. Schneider: "Einführung in die Wirtschaftstheorie" III. Teil, 3. Auflage, Tübingen 1955, S. 302 ff.

2) Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 406: "Dieses Grundproblem (des Zahlungsbilanzausgleichs, d. Verf.) kann dadurch gelöst werden, daß man ... das interne Volkseinkommen zum Schrumpfen bringt."

3) Vgl. P. Meyer-Dohm, a.a.O., S. 210

Sinne zu tun hat, einer Volkswirtschaft also, in der es lediglich einer "Kreditspritze" bedarf, um sie aus dem Zustand der Unterbeschäftigung herauszuführen. Um diese Wirkung aber tatsächlich erzielen zu können, dürfte die Volkswirtschaft eines Entwicklungslandes nicht so zahlreich mit Engpässen durchsetzt sein, wie sie es tatsächlich ist.[1)]

Es sind gerade die typischen Unvollkommenheiten des Marktes, die kurzfristige Immobilität der Produktionsfaktoren, die primär zu partiellen, sekundär dann aber zu allgemeinen Preissteigerungen führen. Es läßt sich nachweisen, daß selbst in den Entwicklungsländern, in denen ungenutzte Produktionsfaktoren vorhanden sind - und dies ist in den meisten von ihnen der Fall - , die Methode der Kreditschöpfung - wie sie auf den ersten Blick geeignet erscheinen mag, um eine "Initial-Zündung" zur Ingangsetzung eines Expansionsprozesses auszulösen - fast zwangsläufig inflatorische Wirkungen haben muß.[2)] Dafür sprechen vor allem zwei Gründe:

---

1) Zur Frage der Engpässe im Zusammenhang mit der Investitionsfinanzierung vgl. E. Preiser: "Geldschöpfung oder Sparen" in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 162 (1950), S. 259 ff. - E. Preiser analysiert hier die deutsche Wirtschaftslage in den Jahren 1950/1951 und stellt fast die gleichen Engpässe heraus, die auch für die Entwicklungsländer charakteristisch sind.

2) Unter welchen Bedingungen eine Kreditschöpfung im Modell einer reifen Volkswirtschaft zu inflatorischen Erscheinungen führt und wann nicht, ist in ausgezeichneter Weise dargestellt bei H. Gestrich: "Kredit und Sparen" Bad Godesberg 1947 - Vgl. auch die theoretische Analyse der Inflation in Entwicklungsländern von S. P. Schatz: "Inflation in Underdeveloped Areas. A theoretical Analysis" in: American Economic Review, Vol. 47 (1957), S. 571 ff. - Ferner A. Smithies: "The Control of Inflation" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXIX (1957), S. 272 ff.

1) Eine Eingliederung der nicht beschäftigten Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß ist oft mit kaum überwindbaren Schwierigkeiten verbunden. Es fehlt an Unterkünften; traditionelle und emotionelle Faktoren binden die arbeitsfähige Bevölkerung an ihren Wohnort, so daß im ganzen gesehen der Produktionsfaktor Arbeit immobil ist.

2) Die ungenutzten Produktionsfaktoren stehen sehr häufig nicht in dem erforderlichen Komplementärverhältnis zueinander. Infolge dieser Disproportionalität entstehen bei partiellen Expansionen in einzelnen Wirtschaftssektoren Engpässe und demzufolge Preissteigerungen, die dann auf die Gesamtwirtschaft übergreifen.

Die mangelnde Einsicht der wirtschaftspolitischen Instanzen in Entwicklungsländern trägt in nicht geringem Umfang zur Entstehung inflatorischer Prozesse bei. Oft werden Investitionen in der durch nichts begründeten Hoffnung auf spätere ausländische Währungshilfe in Angriff genommen, wobei man sich nicht darüber im klaren ist, daß die Stabilität des Geldwertes nur dann gewährleistet ist, wenn die effektive Gesamtnachfrage dem realwirtschaftlichen Angebot entspricht [1], oder wenn "von den durch Ersparnis und Kapitalimport verfügbaren Mitteln ausgegangen und die Höhe der Investition entsprechend begrenzt wird" [2].

Die Ursache des Kaufkraftschwundes in Entwicklungsländern liegt jedoch nicht allein in einer mangelnden monetären Disziplin im Inland, wie sie in einer expansiven Kreditpolitik und einer vorwiegend defizitären Budgetpolitik zum Ausdruck kommen kann, sondern weitere Quellen

---

1) Vgl. E. Schneider, a.a.O., III. Teil, S. 118 ff.

2) Vgl. W. Guth, a.a.O., S. 127

der Inflation sind außenwirtschaftlicher Art. Eine besondere Problematik liegt vor allem darin, daß sowohl eine Zunahme als auch eine Abnahme der Exporterlöse in vielen Entwicklungsländern zu inflatorischen Erscheinungen führt:

Eine Erhöhung des Devisenanfalls bedeutet uno actu eine Erhöhung des binnenwirtschaftlichen Geldvolumens. Bei einer Belebung der Ausfuhr erzielen die am Export beteiligten Wirtschaftszweige höhere Einkommen und dehnen ihre Produktion aus, wodurch gleichzeitig über den Einkommenseffekt die Konsumenten mit mehr Kaufkraft ausgestattet werden. Infolge dieses allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs werden höhere Staatseinnahmen erzielt [1], die in der Regel wieder für notwendige Entwicklungsvorhaben ausgegeben werden. Diese Investitionen wiederum lösen im Sinne eines multiplikatorischen Prozesses einen weiteren Einkommenseffekt aus. Da meistens das Güterangebot infolge seiner Unelastizität der erhöhten Nachfrage nicht angepaßt werden kann, ist eine inflatorische Entwicklung unvermeidbar.

Die zusätzlich in der Binnenwirtschaft entstandene kaufkräftige Nachfrage wendet sich - bei in der Regel vorliegendem unelastischen inländischen Güterangebot - ausländischen Märkten zu, und die in der ersten Phase erhöhten Devisenreserven werden in der nächsten Phase durch erhöhte Importe wieder aufgezehrt. Werden quantitative Importrestriktionen erlassen, so führt dies zu einer Verknappung des inländischen Güterangebots und demzufolge zu einer weiteren Verstärkung des inflatorischen Drucks.[2]

---

1) In vielen Entwicklungsländern entsteht ein großer Teil der Staatseinnahmen allein durch die Abwicklung von Ausfuhrgeschäften (Exportsteuern, Devisenabgaben etc.).

2) Vgl. G. Myrdal: "An International Economy. Problems and Prospects" London 1956, S. 241 (im folgenden zitiert als G. Myrdal: Economy)

Eine allgemeine Devalvation der heimischen Währung würde diese Entwicklung nur noch beschleunigen, da bei einer Heraufsetzung des Wechselkurses (Preisnotierung!) sich zwar die Preise der Ausfuhrgüter in heimischer Währung erhöhen, gleichzeitig jedoch auch das Preisniveau derjenigen importierten Waren, die vorwiegend der Aufrechterhaltung des Lebensstandards dienen, wie z.B. Nahrungsmittel und Bekleidung. Dadurch wird unter Umständen den Lohnforderungen der in den Exportbereichen Arbeitenden neue Nahrung gegeben, wodurch sich die inflatorischen Kräfte weiter verstärken.

Aber auch eine Verminderung des Devisenzugangs kann inflatorische Folgen in Entwicklungsländern haben. G. Myrdal[1] sieht diesen Kausalzusammenhang wie folgt: Zuerst löst der Rückgang der Devisenerlöse deflationäre Folgen - in umgekehrter Richtung wie oben dargestellt - aus. Aber, so fährt G. Myrdal fort, Einkommen und Preise in den Exportindustrien sind bis zu einem gewissen Grade "klebrig" und reagieren nicht sofort auf die deflationären Folgen einer Verminderung des Devisenzugangs. In der ersten Periode geht die Nachfrage daher noch nicht so stark zurück, wie es auf Grund der gesunkenen Exporterlöse erforderlich wäre, um das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht nicht zu gefährden. Gleichzeitig sinken jedoch die Steuer-Einnahmen, während die Staatsausgaben wegen der Dringlichkeit einer Fortführung der Entwicklungsvorhaben nicht gesenkt werden können. Dadurch entstehen im Staatshaushalt Kassendefizite, so daß im ganzen gesehen inflatorische Kräfte Auftrieb erhalten.

Die Veränderungen der Devisenbestände übertragen sich damit unmittelbar auf das Volkseinkommen und beeinflussen die binnenwirtschaftliche Liquidität. Ein grundlegender Unterschied ergibt sich dabei gegenüber hochentwickelten Volkswirtschaften dadurch, daß in diesen während

---

1) Vgl. G. Myrdal: Economy, a.a.O., S. 241

des konjunkturellen Aufschwungs die innerwirtschaftliche Liquidität gering, die Lage auf dem Geldmarkt also angespannt ist, während sich die konjunkturelle Expansion in Entwicklungsländern in der Regel durch eine flüssige Geldmarktverfassung auszeichnet.[1)]

Auch der durch Kapitalimporte finanzierte Entwicklungsprozeß steht in engem Zusammenhang mit der inneren monetären Stabilität in Entwicklungsländern.[2)] Der Devisenzustrom aus dem Ausland wird den Investoren in voller Höhe entsprechend dem Wechselkurs in heimischer Währung zur Verfügung gestellt. Die getätigten Investitionen lösen im Sinne eines multiplikatorischen Prozesses bei gleichzeitig nur geringer Spartätigkeit überproportionale Einkommenssteigerungen aus, denen infolge der Unelastizität kein entsprechendes Güterangebot gegenübersteht. Aber auch Komplementär-Investitionen müssen getätigt werden, und so wird auch von dieser Seite ein Einkommenseffekt ausgelöst.[3)] Gleichzeitig erhöht sich die Liquidität im Bankensystem, was bei gestiegener Nachfrage im Inland Anreiz zu weiteren Kreditexpansionen gibt.[4)]

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich die Mehrzahl der Entwicklungsländer auf Grund ihres Charakters als "Engpaß-Volkswirtschaften" schon lange vor Erreichung

---

1) Vgl. H. C. Wallich: "Underdeveloped Countries and the International Monetary Mechanism" in: Money, Trade and Economic Growth, New York 1951, S. 24 (im folgenden zitiert als H. C. Wallich: Underdeveloped Countries) - derselbe: "Monetary Problems of an Export Economy. The Cuban Experience 1914 - 1947" Cambridge 1950, S. 211 f. (im folgenden zitiert als H. C. Wallich: Monetary Problems).

2) Der Kapitalimport muß nicht zwangsläufig inflatorisch wirken. So führt J. A. Buttrick in diesem Zusammenhang aus: "For this reason capital imports ar often looked upon as one way of implementing a development programme providing more jobs for the under-employed or increasing the productivity of those who are already employed in the market sector." Vgl. J. A. Buttrick, a.a.O., S. 85

3) Vgl. N. S. Buchanan and H. S. Ellis, a.a.O., S. 388

4) Vgl. W. Guth, a.a.O., S.128

des Vollbeschäftigungszustandes in der "Zone inflatorischen Druckes" befindet. An die verfügbaren Produktionsfaktoren werden durch Konsum und Investitionen "konkurrierende Anforderungen" gestellt.[1] Diesen sind sie in der Regel infolge der Unvollkommenheiten des Marktes nicht gewachsen. Wegen der Vielzahl der Inflationsquellen ist die ständige Geldentwertung zu einem permanenten Problem in Entwicklungsländern geworden. Dabei braucht dies nicht einmal von Übel zu sein, da gerade in diesen Ländern ein ständiger Wachstumsimpuls, wie ihn die Inflation darstellt, vorhanden sein muß.[2] In der Mehrzahl der Fälle jedoch überwiegen die durch die Inflation entstehenden schweren Schäden. Jede Inflation hat negative Wirkungen; diese treffen aber ein in der Entwicklung begriffenes Land viel empfindlicher: das vorhandene Investitionskapital wird zu spekulativen Zwecken mißbraucht. Die "Flucht in die Sachwerte" lenkt die bereitstehenden finanziellen Mittel dorthin, wo die höchsten Inflationsgewinne erzielt werden, und nicht an den Ort ihrer produktivsten Verwendung, wo sie für die Durchführung des Entwicklungsprozesses dringend benötigt werden. Ein Teil des Kapitals wird vom Ausland zurückgezogen.

Setzt aber erst eine Kapitalflucht in größerem Umfange ein, so können die Schäden für den Wachstumsprozeß beträchtlich sein. Hierbei ist vor allem die psychologische Reaktion des Auslandes gegenüber den Entwicklungsländern zu berücksichtigen. Zur Verhinderung des Kapitalabflusses ergriffene Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen sind in keiner Weise geeignet, zu einem späteren Zeitpunkt erneut einen Kapitalzufluß anzuregen. Hinzu kommt, daß den wirtschaftspolitischen Instanzen nur begrenzte Eingriffsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, um diesem Prozeß Einhalt zu gebieten. Daher kommt es in den meisten Fällen zur unkontrollierten Inflation, wodurch die ohnehin schon vorhandene Disproportionalität noch erhöht und die sozialen Spannungen nur noch akuter werden.

---

1) Vgl. W. Guth, a.a.O., S. 123

2) Vgl. W. G. Elliot (Hrsg.), a.a.O., S. 139

2. Die Auslandsabhängigkeit und ihre Bedeutung für die Zahlungsbilanz

Die zweite in Entwicklungsländern vorherrschende Ursache des Zahlungsbilanzungleichgewichts sind strukturelle und konjunkturelle Veränderungen innerhalb der Weltwirtschaft, die z.B. aus einer Reduktion der Nachfrage der Industrieländer nach Exportprodukten der Rohstoffländer infolge technischen Fortschritts oder aus einem Sinken der Produktion der Industrieländer infolge eines konjunkturellen Abschwungs entstehen können.[1] Entscheidend ist bei dieser Art des Zahlungsbilanzungleichgewichts, daß es nicht durch eine unterschiedliche deflationistische oder inflationistische Finanz- und Kreditpolitik der einzelnen Volkswirtschaften entstanden ist, sondern durch weltwirtschaftliche Struktur- und Konjunkturveränderungen. Einer solchen Art des Zahlungsbilanzungleichgewichts wird in der Regel nicht durch Beeinflussung der inländischen Gesamtnachfrage mittels Maßnahmen der internen Finanz- und Kreditpolitik - wie im Falle der Inflation - zu begegnen sein. Da die Entstehungsursache des Ungleichgewichts hier in einer Veränderung der Ein- und Ausfuhrpreise infolge Schrumpfung der ausländischen Nachfrage, also einer Verschlechterung der Terms of Trade, liegt, muß als Ansatzpunkt des wirtschaftspolitischen Eingriffs auch das außenwirtschaftliche Preisniveau gewählt werden. Dies geschieht in der

---

1) Vgl. E. N. Bernstein: "Strategic Factors in Balance of Payments Adjustment" in: Staff-Papers, Vol. V (1956/57), S. 151 ff. (im folgenden zitiert als E. N. Bernstein: Strategic Factors)- J. J. Polak: "Exchange Depreciation and International Monetary Stability" in: Review of Economics and Statistics Vol. 29 (1947), S. 174 ff. - F. Hilgerdt: "International Trade under Structural Disequilibrium" in: The Quarterly Journal of Economics Vol. LXVI (1952), S. 522 ff.

Regel durch Veränderungen der Wechselkurse, d.h. entweder durch völlige Freigabe der Kursbildung (flexible Wechselkurse), durch fallweise Auf- oder Abwertung der heimischen Währung oder durch Wechselkursdifferenzierung.[1] Die Entwicklungsländer sind den genannten aussenwirtschaftlichen Einflüssen in starkem Maße ausgesetzt, und die Tatsache ihrer starken Auslandsabhängigkeit bewirkt, daß diese außenwirtschaftlichen Faktoren stärker auf die Binnenwirtschaften zurückwirken.

Die "Abhängigkeit vom Ausland" offenbart sich im wesentlichen in dreifacher Weise[2]:

a) Der Anteil der E x p o r t p r o d u k t i o n an der Gesamtproduktion ist - verglichen mit entwickelten Volkswirtschaften - sehr groß.

b) In der Regel ist ein Entwicklungsland in hohem Grade i m p o r t a b h ä n g i g. Sowohl die marginale als auch die durchschnittliche Importquote ist relativ hoch.[3] Der Importbedarf dürfte sich noch laufend vergrößern, weil die Entwicklungsländer ständig bemüht sind, den gleichen Lebensstandard wie die höher entwickelten Volkswirtschaften zu erreichen.[4]

---

1) Vgl. E. N. Bernstein, a.a.O., S. 159 - R. Nurkse: Conditions of International Monetary Equilibrium" Princeton 1945, S. 15 (im folgenden zitiert als R. Nurkse: Conditions)-E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 466: "Daraus folgt - vom rein nationalwirtschaftlichen Standpunkt aus -, daß die Abwertung in einer Situation besonders angebracht sein wird, die sich durch eine Preis- und Kostendisparität kennzeichnet, daß sie hingegen weit weniger angezeigt ist im Falle einer Einkommensüberhöhung."

2) Zum Problem der Auslandshilfe vgl. vor allem K. Billerbeck: "Kritische Bemerkungen zur Auslandshilfe für die Entwicklungsgebiete" in: Wirtschaftsdienst, 38 Jg. (1958), S. 377 ff - ferner G. M. Meier, a.a.O., S. 81

3) Über den Zusammenhang marginaler und durchschnittlicher Importquote vgl. G. Haberler: "Außenhandel" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 1 Göttingen 1956, S. 457 ff.

4) Zu diesem Problem vgl. auch die Erörterungen von K. Schiller: "Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik" Tübingen 1957, S. 8.

c) Der K a p i t a l i m p o r t bildet häufig die wichtigste Grundlage für die Durchführung von Entwicklungsvorhaben. Die Tatsache einer sich vergrößernden Exportproduktion ist häufig ausländischen Direkt-Investitionen in Entwicklungsländern zuzuschreiben.[1)]

Da alle diese genannten Größen determinierend für die Gestaltung der Zahlungsbilanz und damit für die Wechselkurspolitik sind, sollen sie in ihrer Bedeutung für den Wirtschaftsablauf in Entwicklungsländern eingehend behandelt werden.[2)] Entsprechend wird in drei Abschnitten die Bedeutung der Ausfuhr, der Einfuhr und des Kapitalimportes herausgearbeitet. Ein gesonderter Abschnitt ist dem Problem der "terms of trade" als Bestimmungsgröße für die wertmässige Aus- und Einfuhr gewidmet.

aa) Die Ausfuhr und ihre Schwankungen

Jedes Land mit einer hohen volkswirtschaftlichen Exportquote ist den Konjunkturschwankungen der Weltwirtschaft in höherem Maße ausgesetzt als andere Länder; dies vor allem dann, wenn die Ausfuhr aus nur einem einzigen oder nur einigen wenigen Erzeugnissen besteht.[3)] Auch in Großbritannien, der Schweiz, in den Niederlanden und in Dänemark als entwickelten Volkswirtschaften bestreitet die Ausfuhr einen nicht unwesentlichen Teil des Sozialprodukts. Doch besteht ein grundlegender Unterschied zwischen Volkswirtschaften mit gleich hohen Exportquoten,

---

1) Vgl. G. M. Meier, a.a.O., S. 81: "The secular expansion in the poor country's exports is largely attributable to direct foreign investment which has typically concentrated on developing and processing primary products for exports."

2) Zum Gesamtproblem vgl. auch J. Viner: "International Trade and Economic Development" Oxford 1953

3) Vgl. J. A. Buttrick, a.a.O., S. 281

jedoch verschiedenen Entwicklungsgraden darin, daß es den entwickelten Ländern durch Anwendung des entsprechenden wirtschaftspolitischen Instrumentariums leichter gelingt, konjunkturellen Schwankungen in ihren Binnenwirtschaften zu begegnen. So ist es z.B. für die entwickelten Länder leichter, einen Ausfall der Auslandsnachfrage durch Stimulierung der Inlandsnachfrage zu kompensieren.[1)]

Der größte Teil der für die Einfuhr benötigten konvertierbaren ausländischen Valuten kann nur durch ökonomische Gegenleistung der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern, d.h. durch die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen dorthin, erbracht werden.[2)] Bei unveränderter Höhe der Exporterlöse und gleichbleibendem Devisenanfall würden sich Zahlungsbilanzschwierigkeiten in wesentlich größerem Umfange vermeiden lassen, als dies tatsächlich der Fall ist. Denn bei einer gewissen Kontinuität des Devisenanfalls könnte sich die Einfuhr langfristig an dem jeweils verfügbaren Betrag an Fremdwährung ausrichten, und die Herstellung sowie Erhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts wären leichter zu erreichen.

Nun ist jedoch der Devisenanfall, der aus dem Export von Gütern resultiert, Schwankungen unterworfen, die weit über das Maß hinausgehen, das in entwickelten Ländern

---

1) Vgl. N. S. Buchanan and H. S. Ellis, a.a.O., S. 382: "But between two countries that are 'export-economies' to the same degree, the less developed country will probably encounter greater difficulty in compensating for a decline in export-income by increasing domestic government expenditures because these expenditures are likely to form a smaller proportion of the national income."

2) Vgl. G. Myrdal: Economy, a.a.O., S. 229: "An underdeveloped country has powerful reason for maximising the total value of its exports for its ability to export will always be the main determinant of its capacity to import the capital goods which it needs in order to build up interalia its manufacturing industries."

zu beobachten ist.[1] Solche Fluktuationen in den Exporterlösen führen zu häufigen Diskrepanzen zwischen Ein- und Ausfuhrwert und haben bei negativem Saldo der Handelsbilanz starke Belastungen der gesamten Zahlungsbilanz zur Folge.[2] Darüber hinaus üben Schwankungen in den Ausfuhrerlösen psychologische Wirkungen, die oft einen erhöhten Anreiz für die Devisenspekulation darstellen, auf die am Außenhandel beteiligten Personen aus.[3]

Zeitlich kann man unterscheiden zwischen jährlichen Exporterlösschwankungen, konjunkturellen Schwankungen, langfristigen oder dem Trend entsprechenden sowie saisonalen Fluktuationen.[4] Gliedert man die Schwankungsdeterminanten nach sachlichen Gesichtspunkten, so ergeben sich Veränderungen der Ausfuhrpreise und -mengen. Dabei kann die Bewegung beider Faktoren gegenläufig oder gleichgerichtet sein und auf diese Weise einen unterschiedlichen Einfluß auf die Handels- und Zahlungsbilanz ausüben. Oft wirken Preis- und Volumensschwankungen sowohl positiv als auch negativ in der gleichen Richtung.

---

1) Vgl. R. F. Mikesell: "Foreign Exchange in Postwar-World" 2. Auflage, New York 1955, S. 441 (im folgenden zitiert als R. F. Mikesell: Foreign Exchange)

2) Vgl. N. S. Buchanan and H. S. Ellis, a.a.O., S. 382 und S. 384

3) Vgl. G. Myrdal: Economy, a.a.O., S. 243

4) Vgl. United Nations: "Instability in Export-Markets of Underdeveloped Countries" New York 1952, (No. 1952, II A 1) S. 4 (im folgenden zitiert als United Nations: Instability) - ferner O. Donner: "Die Saisonschwankungen als Problem der Konjunkturforschung" in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 6, Berlin 1928 - P. Lorenz: "Der Trend" in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 9, Berlin 1928 - F. Soltau: "Statistische Untersuchungen über die Entwicklung und die Konjunkturschwankungen des Außenhandels" in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 2, Berlin 1926

Im Konjunkturablauf ist häufig zu beobachten, daß die Exportvolumina der Agrar- und Rohstoffländer nach den Industrieländern dann zurückgehen, wenn auch eine Preisbaisse herrscht und umgekehrt. Dies ist vorwiegend auf die Tatsache zurückzuführen, daß bei Rohstoffkäufen das spekulative Element eine entscheidende Rolle spielt. Die Käufer von Rohstoffen halten sich gerade dann als Nachfrager zurück, wenn die Preise unter Druck stehen und weitere Rückgänge erwartet werden.[1] Was den Schwankungsgrad selbst betrifft, so ist im allgemeinen beobachtet worden, daß die Fluktuationen der Ausfuhrmengen stärker ausgeprägt sind als die der Ausfuhrpreise. Die durchschnittliche Schwankungsbreite der Ausfuhrpreise von 25 wichtigen Rohstoffen in den Jahren 1901 bis 1950 betrug jährlich ± 14 v.H., d.h. bei rechnerisch konstant gehaltenen Ausfuhrmengen fielen die Exporterlöse in einem Jahr sinkender Rohstoffpreise gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um 14 v.H., bei steigenden Rohstoffpreisen stiegen sie gegenüber dem Vorjahr um den gleichen Prozentsatz. Die Volumensschwankungen dagegen betrugen ± 17 v.H. Die Exporterlöse als Produkt aus Preis und Menge schwankten im betrachteten Zeitraum um durchschnittlich 22 v.H.[2]

Einer der Hauptgründe für die starken Schwankungen der Exporterlöse in vielen Entwicklungsländern ist die Tatsache, daß bei sehr vielen dieser Länder die Ausfuhr

---

1) Die statistischen Zusammenhänge zwischen Bewegungen der Handelsbilanz in Agrar- und Rohstoffländern einerseits und Industrieländern andererseits wurden bereits 1931 von E. Wagemann aufgezeigt. Vgl. E. Wagemann: "Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft" Berlin 1931, S. 158 - vgl. dazu ferner die neuere Untersuchung von C. Kapferer: "Sicherung unserer Ausfuhr durch Hebung der Kaufkraft in Rohstoffländern" in: 50 Jahre Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv - Festschrift zum 50-jährigen Gründungstag des HWWA, Hamburg, Oktober 1958, S. 7 ff.

2) Vgl. United Nations: Instability, a.a.O., S. 3 und S. 5 sowie Tabelle 7 der vorliegenden Untersuchung

nur aus einigen wenigen, oft nur aus ein oder zwei Güterarten besteht, weil diese Länder Monokulturen darstellen.[1] Die Ausrichtung auf nur wenige Ausfuhrprodukte macht das einzelne Entwicklungsland in hohem Grade anfällig gegenüber Nachfrageschwankungen. Treten solche aus irgendwelchen Gründen - z.B. durch die Herstellung eines Substitutionsgutes in Industrieländern - ein, so treten die Exporterlösschmälerungen geballt auf. Daher würden ein größeres "Ausfuhrwaren-Bündel" und eine breitere Streuung der regionalen Struktur der Exporte von Entwicklungsländern nicht nur einen gewissen Ausgleich von Risiken bewirken, sondern gleichzeitig auch eine Stärkung der handelspolitischen Stellung - z.B. bei Handelsvertragsverhandlungen - mit sich bringen. Darüber hinaus können neuentstehende Absatzmöglichkeiten besser ausgenutzt werden und die Volkswirtschaft des einzelnen Entwicklungslandes sich besser dem weltwirtschaftlichen Konjunkturzyklus anpassen.[2]

Die Funktion der Ausfuhr in Entwicklungsländern ist jedoch nicht nur devisenpolitischer Art im Sinne des Erwerbs von Forderungen gegenüber dem Ausland, sondern gleichzeitig einkommens- und beschäftigungspolitischer Natur. Denn der Nettozugang an Devisen erweitert beim Umtausch in heimische Währung unmittelbar den binnenwirtschaftlichen Geldkreislauf.[3] Es wird oft fälschlich angenommen, daß sich die Zahlungsbilanz von Entwicklungsländern in Phasen erhöhter Exporterlöse aktiv gestalten werde. Die aktiven Kräfte in der Zahlungsbilanz werden aber - im Gegenteil - häufig dadurch überkompensiert, daß der verstärkte Devisenzugang über eine Ausweitung des binnenwirtschaftlichen Geldkreislaufes infolge zahlreicher

---

1) Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 441 - vgl. ferner die Gesamtdarstellung von P. L. Yates: "Forty Years of Foreign Trade" London 1959

2) Vgl. G. Myrdal: Economy, a.a.O., S. 256

3) Vgl. S. 16 ff. unserer Ausführungen

in den Volkswirtschaften der Entwicklungsländer vorhandener Engpässe das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht in Frage stellt, was eine gleichzeitige Ausdehnung der Importe zur Folge hat.[1)]

So ergeben sich aus dem allgemeinen Charakter der Entwicklungsländer als "Export-Economies" im Gegensatz zu den "Investment-Economies" der Industrieländer verschiedene konjunkturelle Impulse für beide.[2)] Während nämlich der Tendenz nach Schwankungen des Volkseinkommens in den entwickelten Ländern vorwiegend aus der Binnenwirtschaft heraus selbst entstehen, vor allem durch das Wirken des "Investitions-Multiplikators", so ist in Entwicklungsländern im allgemeinen der "Export-Multiplikator" die stärker wirkende Kraft.[3)] Die Exporte der Entwicklungsländer bestimmen daher nicht nur entscheidend das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, sondern üben auch über die Vermehrung des Geldvolumens einen stärkeren Einfluß auf die binnenwirtschaftlichen Gesamtgrößen aus, als dies in entwickelten Volkswirtschaften zu beobachten ist.

bb) Die Bedeutung der Einfuhr

Aus den dargestellten allgemeinen Entwicklungsproblemen läßt sich unschwer erkennen, daß die Mehrzahl der

---

1) Vgl. F. Pazos: "Inflation and Exchange Stability in Latin America" in: American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XXXIX (1949), No. 3, S. 396 ff.

2) Diesen Gegensatz stellt H. C. Wallich sehr deutlich heraus - vgl. H. C. Wallich: Monetary Problems, a.a.O., S. 212

3) Die Funktionsweise des Export-Multiplikators in Entwicklungsländern wird dargestellt bei J. A. Buttrick, a.a.O., S. 283 - vgl. auch F. Machlup: "International Trade and the National Income Multiplier" Philadelphia 1950 - ferner W. Stolper: "Stand und ungelöste Probleme der Theorie des Außenhandels-Multiplikators" in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 108 (1952), S. 611 ff.

Entwicklungsländer in hohem Grade i m p o r t a b h ä n g i g ist.

1. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtproduktion ist häufig sehr hoch. Sei es, daß die Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern darauf abzielt, diese durch die Landwirtschaft bestimmte Struktur der Volkswirtschaft mittels eines Industrialisierungsprozesses zu ändern oder den Ausbau der Rohstoffproduktion weiter voranzutreiben, in jedem Falle werden dazu I n v e s t i t i o n s g ü t e r benötigt, die im Inland selbst nicht erzeugt werden.[1)]

2. Die verhältnismäßig starke Bevölkerungsvermehrung macht außerdem die Einfuhr von N a h r u n g s m i t t e l n und anderen K o n s u m g ü t e r n notwendig, da die Eigenproduktion den wachsenden Inlandsbedarf nicht decken kann. Vor allem aus politischen und sozialen Gründen sind die Entwicklungsländer ständig bemüht, den eigenen Lebensstandard an dem der hochentwickelten Länder auszurichten. Sie haben nach K. Schiller "gewisse Wertstandards der modernen technisch-industriellen Zivilisation übernommen"[2)]; infolgedessen befindet sich die Einfuhrnachfrage zwangsläufig in einer ständigen Expansion.[3)]

3) Der zum Ausbau der heimischen Produktion durchgeführte Kapitalimport zieht einen verstärkten

---

1) Über die Zielsetzungen "Ausbau der Rohstoffproduktion" oder "Industrialisierung" vgl. S. 43 ff. unserer Ausführungen.

2) Vgl. K. Schiller, a.a.O., S. 8

3) G. M. Meier spricht von einem "säkularen Anstieg der Importfunktion". Vgl. G. M. Meier, a.a.O., S. 81

Einfuhrbedarf für die erforderlichen Komplementärinvestitionen nach sich.[1)]

4. Schließlich führt die inflatorische Entwicklung im Inland, d.h. die Diskrepanz zwischen der effektiven Gesamtnachfrage und dem realwirtschaftlichen Angebot, zu einem sich ständig vergrößernden Importsog.[2)] Gegenüber den Industrieländern ergibt sich in Entwicklungsländern ein wesentlicher Unterschied dadurch, daß dieser Importsog in der Regel nicht als Folge des Preis-, sondern des Einkommensmechanismus ausgelöst wird.[3)] Im Falle des Preismechanismus kann der Zahlungsbilanzausgleich dadurch erreicht werden, daß sich als Folge des Geldüberhanges im Inland Preissteigerungen ergeben, die dazu führen, daß die gleichen Waren oder deren Substitutionsgüter aus dem Ausland eingeführt werden. In Entwicklungsländern kann dieser Mechanismus oft nicht wirken, weil ein entsprechendes Angebot von Gütern im Inland, bei denen Preissteigerungen eintreten könnten und die durch ausländische Waren substituiert werden sollen, gar nicht verfügbar ist. Dominierend ist daher in den meisten unentwickelten Volkswirtschaften der Einkommensmechanismus. Im Falle seines Wirkens werden die im Inland neugeschaffenen Einkommen in Höhe der Importneigung dazu verwendet, Güter aus dem Ausland zu importieren.[4)]

---

1) Über das Verhältnis zwischen Kapitalimport und gesamtem Importbedarf vgl. die Ausführungen von W. Guth, a.a.O., S. 384 ff.

2) Vgl. dazu unsere Ausführungen auf S. 14 ff.

3) Über die Wirkung des Preis- und Einkommensmechanismus vgl. etwa J. E. Meade: Balance of Payment, a.a.O., S. 52 ff. und S. 65 ff.

4) Vgl. H. C. Wallich: Underdeveloped Countries, a.a.O., S. 20

Aus diesem der Tendenz nach bestehenden Unterschied der auf einen Zahlungsbilanzausgleich hindrängenden Kräfte in Entwicklungsländern einerseits und entwickelten Volkswirtschaften andererseits ergeben sich verschiedene Konsequenzen für die Gestaltung der Wechselkurspolitik.

cc) Die Terms of Trade

Jede Maßnahme der Wechselkurspolitik, sei es eine Abwertung, die Einführung flexibler Wechselkurse oder die Anwendung der Wechselkursdifferenzierung, stellt eine direkte Beeinflussung des Ein- und/oder Ausfuhrpreisniveaus dar.[1] An dieser Stelle müssen daher die Terms

---

1) Über den Zusammenhang zwischen Wechselkursänderung und Terms of Trade vgl. Ch. Kindleberger: "The Terms of Trade" New York 1956, S. 91 ff. - Über Terms of Trade im allgemeinen vgl. R. E. Baldwin: "Secular Movements in the terms of trade" in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XLV (1955), No. 2, S. 259 ff. - P. T. Ellsworth: "The terms of trade between primary producing and industrial countries" in: Inter-American Economic Affairs, Vol. X (1956), S. 47 ff. - R. Findlay and H. Gruber: "Factor Intensities, technological progress and the terms of trade" in: Oxford Economic Papers, Vol. 11 (1959), S. 111 ff. - M. C. Kemp: "The Relation between changes in international demand and the terms of trade" in: Econometrica, Vol. 24 (1956), S. 41 ff. - Ch. P. Kindleberger: "The Terms of Trade and Economic Development" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XL, Supplement: Februar 1958, No. 1, Part 2, S. 72 ff. - F. A. Mehta: "Changes in the terms of trade as an income factor in world trade 1929-38" in: The Indian Economic Review, Vol. III (1957), Nr. 3, S. 1 ff. - D. H. Robertson: "Die Austauschverhältnisse im Außenhandel" in: Zeitschrift für Nationalökonomie Bd. XIII (1952), S. 377 ff. - H. Staehle: "Bemerkungen zu den Austauschrelationen im Außenhandel" in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIII (1952), S. 384 ff.

of Trade in ihrer allgemeinen Bedeutung für die Entwicklungsländer einer näheren Betrachtung unterzogen werden, um später herausarbeiten zu können, welche Wirkungen im einzelnen durch Änderungen des Wechselkurses auf die Höhe des realen Austauschverhältnisses ausgeübt werden.

Die große Bedeutung, die einer günstigen Gestaltung der Terms of Trade in Entwicklungsländern zukommt, ergibt sich allein aus der Tatsache der starken Auslandsabhängigkeit dieser Länder. Je günstiger das reale Austauschverhältnis ist, d.h. je weniger mengenmäßig ausgeführt werden muß, um die Einfuhr decken zu können, um so mehr werden die Entwicklungsländer von der Notwendigkeit entbunden, um jeden Preis exportieren zu müssen, und um so unabhängiger werden sie vom Kapitalimport.

Die Entwicklung der Terms of Trade selbst hängt im wesentlichen von der Höhe des ausländischen und inländischen Angebots sowie der ausländischen und inländischen Nachfrage ab.[1] Geht man von einer sehr niedrigen Preiselastizität der Importnachfrage aus, wie diese für eine Reihe von Entwicklungsländern einer statistischen Untersuchung zu entnehmen ist [2], so bedeutet dies folgendes:

Angesichts einer Nachfrageschrumpfung in den Industrieländern können die Entwicklungsländer ihre mengenmäßigen Exporte nur auf Kosten einer beträchtlichen Exportpreiseinbuße steigern. Umgekehrt ist aber auch die Importnachfrage der Entwicklungsländer sehr unelastisch, so daß eine Erhöhung der Importpreise - wie sie z.B. durch eine Abwertung erfolgen kann - die Importe nur geringfügig zurückgehen läßt. Ein in diese Lage geratenes Entwicklungsland kann das Zahlungsbilanzgleichgewicht meistens nur

---

1) Vgl. dazu unsere Ausführungen auf S. 22 ff.

2) Vgl. Tse Chun Chang: "International Comparison of Demand for Imports" in: The Review of Economic Studies, Vol. XIII (1945/46), S. 64

mit einer beträchtlichen Verschlechterung seiner Terms of Trade erkaufen.

Über die Entwicklung der Terms of Trade der Agrar- und Rohstoffländer in Vergangenheit und Zukunft sind eine Reihe von Untersuchungen angestellt worden, die sowohl hinsichtlich der methodisch-statistischen Durchführung als auch der gewonnenen Ergebnisse umstritten sind.[1] Auf diese Problematik kann im Rahmen der vorliegenden Untersuchung jedoch nicht näher eingegangen werden. Es können lediglich die Tendenzen aufgezeigt werden, aus denen hervorgeht, welche Bedeutung den Terms of Trade in Entwicklungsländern als Ansatzpunkt der Wechselkurspolitik zukommt.

Wie die Entwicklung jedoch auch immer verlaufen mag, die Gestaltung der Terms of Trade ist für die Entwicklungsländer von größter Wichtigkeit.[2] Jede Veränderung des realen Austauschverhältnisses ist für das einzelne in der Entwicklung begriffene Land u.U. von größerer Bedeutung als die Ablehnung oder Gewährung finanzieller Hilfe seitens der Industrieländer.[3] Daher bildet die günstige Beeinflussung der Terms of Trade eines der Hauptziele der Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern.

dd) Kapitalbewegungen

Anknüpfend an den dritten Faktor, der die Auslandsabhängigkeit der Entwicklungsländer kennzeichnet, ist es

---

1) Vgl. vor allem auch die Studie von M. K. Atallah: "The Long-Term Movement of the Terms of Trade between Agricultural and Industrial Products" Rotterdam 1958

2) Vgl. United Nations: "Measures for the economic development of underdeveloped countries" New York 1959, S. 71: "Favourable and stable terms of trade are therefore a matter of the utmost importance to underdeveloped countries ..."

3) Vgl. G. Myrdal: Economy, a.a.O., S. 234

der Zweck dieses Abschnittes, Kapitalimport und Schuldendienst in ihrer Bedeutung für die Gestaltung ihrer Zahlungsbilanzen aufzuzeigen.[1)]

Der Anteil der Kapitalimporte an den gesamten Exporterlösen betrug bei einer Reihe von untersuchten Entwicklungsländern in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts etwa 10 bis 15 v.H.[2)] Wie die Exporterlöse, so weisen auch die Kapitalimporte erhebliche Schwankungen auf.[3)] Sie bilden damit ein destabilisierendes Element in der Zahlungsbilanz, das bei Anwendung bestimmter wechselkurspolitischer Maßnahmen ins Kalkül einbezogen werden muß. Im allgemeinen weist der Kapitalimport größere Schwankungen auf als der Devisenanfall aus Exporterlösen. Dies beruht darauf, daß die Veränderungen der Kapitaleinfuhr oft stoßartig erfolgen, da sie in der Regel auf politische oder andere exogene Faktoren - nicht nur in den Kapitalempfangsländern, sondern auch in den Gläubigerländern - zurückgehen. So ist die kompensatorische Wirkung von Schwankungen der Kapitalimporte gegenüber Schwankungen der Devisenerlöse aus der Leistungsbilanz nur sehr niedrig zu veranschlagen. Von 72 beobachteten jährlichen Schwankungen der Exporterlöse von 19 Entwicklungsländern konnten nur 27 durch Kapitalbewegungen "geglättet" werden, von denen jedoch 22 wiederum in negativer Richtung wirkten, d.h. aus Devisenabflüssen bestanden, die aus Schuldendienst und Gewinntransfer resultierten.[4)] Grundsätzlich

---

1) Vgl. auch die Schätzungen über den Kapitalbedarf einiger Entwicklungsländer in Südostasien bei S. A. Abbas: "Capital Requirements for the Development of South and South East Asia" Groningen 1956

2) Vgl. United Nations: Instability, a.a.O., S. 63

3) Vgl. N. S. Buchanan und H. S. Ellis, a.a.O., S. 384

4) Vgl. United Nations: Instability, a.a.O., S. 63

muß festgestellt werden, daß der Kapitalimport - unter der Voraussetzung seiner richtigen Verwendung im Inland - einen der wichtigsten Träger des gesamten Entwicklungsprozesses bildet, da die Kapitalbildung in den Entwicklungsländern selbst nur sehr gering ist.[1]

Es sind zwei Wirkungen des Kapitalimports zu unterscheiden: einmal wirkt der Kapitalzufluß auf die Zahlungsbilanz aktiv, und die aus ihm gespeisten Investitionen tragen zur Steigerung der Produktivität im Inland bei, was in verschiedener Hinsicht bezüglich des inneren und äußeren Gleichgewichts einer Volkswirtschaft positiv wirkt.[2] Andererseits liegt jedoch eine gewisse Problematik darin, daß die mit ausländischem Kapital durchgeführten Investitionen, ihre Amortisation und Verzinsung zeitlich so aufeinander abgestimmt werden, daß sie nicht zu Anspannungen der Zahlungsbilanz führen. Selbst wenn die aus Kapitalimporten gespeisten Investitionen zu einer wesentlich verbesserten Produktivität der Gesamtwirtschaft führen, so können trotzdem Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz entstehen, wenn die passiven Kräfte des Schuldendienstes die aktiven der verbesserten Produktivität übersteigen. So gingen einige Entwicklungsländer nach dem zweiten Weltkrieg zu einer Politik der Schuldenrückzahlung über, bei der sie auf Devisenbestände zurückgriffen, die vor dem Kriege angesammelt worden waren.[3] In einer Reihe von Ländern war infolgedessen der Devisenabfluß, der aus dem Schuldendienst entstand, um ein beträchtliches höher als der Zugang, der aus Kapitalimporten resultierte, wodurch sich ein Netto-Devisenabfluß ergab. Bei einer Reihe von

---

1) Über die Verwendungsmöglichkeiten eingeführten Kapitals in Entwicklungsländern vgl. W. Guth, a.a.O., S. 384 ff.

2) Vgl. N. S. Buchanan und H. S. Ellis, a.a.O., S. 385

3) Vgl. United Nations: Instability, a.a.O., S. 73

Entwicklungsländern wurde beobachtet, daß der Zugang an langfristigem Kapital im Zusammenwirken mit dem Schuldendienst die von Jahr zu Jahr verfügbaren Devisenzugänge so sehr beeinflußte, daß der Zugang an Fremdwährung oft durch mehr als ein Viertel infolge Kapitalabflusses vermindert wurde. Argentinien, die Dominikanische Republik, Honduras, Indien, der Iran und Chile sind die hervorstechendsten Beispiele dafür. Alles kommt daher darauf an, die Ausreifungszeit der Investitionen, in der ein erhöhtes Angebot für den Export noch nicht zur Verfügung steht, zu überbrücken.[1)]

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Fluktuationen in den Devisenerlösen, die, durch Schwankungen der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen induziert, durch Kapitalbewegungen nicht kompensiert werden, sondern im Gegenteil in gleicher Richtung wie die Schwankungen der Exporte wirken. Denn Kapitalexporte nach Entwicklungsländern erfolgen oft gerade dann, wenn die Devisenerlöse dieser Länder steigen, da dann eine Verminderung des Anlagerisikos erwartet wird und in der Regel auf dem freien Devisenmarkt eine Verbesserung des Außenwertes der Währung des Kapitalimportlandes eintritt. Jede Umkehrung des Exportpreis-Trends oder der Volumenentwicklung führt zu einer gegenläufigen Reaktion, wodurch sich die positiven oder negativen Wirkungen auf die Zahlungsbilanz kumulieren. Die Höhe des Kapitalimports und seiner Schwankungen ist weitgehend durch politische Verhältnisse sowohl in den Entwicklungsländern selbst als auch in den Kapitalexportländern bestimmt. Wirtschaftspolitische Eingriffe qualitativer Art (z.B. Sozialisierung ausländischen Eigentums) in den Entwicklungsländern spielen für die Entscheidungen der ausländischen Investoren eine entscheidende

---

1) Zu dem Problem der zeitlichen Abstimmung von Aufnahme und Tilgung ausländischer Anleihen vgl. D. Finch: "Investment Service Ratios of Underdeveloped Countries" in: Staff-Papers, Vol. II (1951/52), S. 60 ff. - Über die Bedeutung einer produktiven Verwendung der Kapitalimporte vgl. J. J. Polak: "Balance of Payments Problems of Countries Reconstructing with the Help of Foreign Loans" in: Readings in the Theory of International Trade, London 1949, S. 459 ff.

Rolle. Die Bereitschaft zum Kapitalexport der Investoren steht in umgekehrtem Verhältnis zu dem Entwicklungsstand des betreffenden Entwicklungslandes. Solange Länder auf sehr niedriger Entwicklungsstufe noch nicht den Nachweis erbracht haben, daß sie in der Lage sind, das ihnen vom Ausland zur Verfügung gestellte Kapital richtig zu nutzen, besteht auf seiten der potentiellen Kapitalexportländer wenig Neigung, in ihnen langfristig zu investieren. So ergibt sich für eine ganze Reihe von Entwicklungsländern die verhängnisvolle Situation, daß diejenigen von ihnen, die am dringendsten auf den Kapitalimport angewiesen sind, nur zu einem geringen Teil in den Genuß der zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel kommen.[1)]

b) Die allgemeine wechselkurspolitische Zielsetzung in den Entwicklungsländern

1. Die Rangordnung der Ziele

Die Konkretisierung der wechselkurspolitischen Problemstellung in Entwicklungsländern erfordert eine schärfere Herausarbeitung der im Rahmen dieser Politik angestrebten Ziele. Eine solche Darstellung kann sowohl fußen auf den von den wirtschaftspolitischen Trägern in Entwicklungsländern t a t s ä c h l i c h genannten Zielen als auch auf theoretisch m ö g l i c h e n Zielen, die durch die Wechselkurspolitik erreicht werden können. Da in den meisten Fällen eine klare Zielsetzung bei Anwendung einer wechselkurspolitischen Maßnahme durch die wirtschaftspolitischen Instanzen in Entwicklungsländern gar nicht genannt wird oder auch nicht vorhanden ist, muß die

---

1) Vgl. W. Guth, a.a.O., S. 85

Untersuchung auch solche Ziele mit einbegreifen, die sich allein aus theoretischen Erkenntnissen ergeben.[1)]

Im folgenden wird versucht, eine Rangordnung der wechselkurspolitischen Ziele aufzustellen. Dabei besteht Klarheit darüber, daß angesichts des heute vorhandenen außerordentlich umfangreichen Repertoirs der Wirtschaftspolitik eine Ziel-Mittel-Trennung sehr problematisch ist.[2)] Die im folgenden vorzunehmende Ordnung kann nichts weiter sein als eine bloße Rangskala, bei deren Analyse man sich ständig Rechenschaft darüber abzulegen hat, daß es gewisse Ziele gibt, die ganz allgemein mit der Entwicklungsproblematik verknüpft sind, und bei denen die Ausrichtung auf dieses Hauptziel eindeutig erkennbar wird. Andere wiederum stellen nur Vor- oder Zwischenziele dar, ohne daß ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Ziel "Entwicklungsförderung" ohne weiteres zu erkennen wäre. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß nicht allen in dieser Untersuchung genannten Motiven das gleiche Gewicht zukommt und sie sich in der Rangskala einmal mehr oben, ein anderes Mal mehr unten befinden.

---

1) Soweit solche möglichen Motive der Wechselkurspolitik speziell für Entwicklungsländer in der Fachliteratur behandelt wurden, sind sie ebenso wie die ausdrücklich von den wirtschaftspolitischen Instanzen genannten Ziele der Wechselkurspolitik in dieser Arbeit berücksichtigt.

2) Die Lösung des Problems einer klaren Herausarbeitung der wechselkurspolitischen Zielsetzung wird nicht zuletzt durch die Tatsache erschwert, "daß viele sogenannte 'Ziele' sich ihrerseits als Instrumente zur Erreichung dahinterliegender Ziele entpuppen. Ziele und Instrumente erscheinen hiermit als Bestandteile einer gemeinsamen Werthierarchie, in der die Trennungslinie dauernd auf- und absteigt, und in der der Ökonom, wenn er will ... jedes Ziel zum Instrument degradieren ... kann". Vgl. K. Schiller, a.a.O., S. 6

Alle Ziele stehen in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander und müssen - wenn die Wechselkurspolitik erfolgreich sein soll - so aufeinander abgestimmt sein, daß sie sich nicht gegenseitig aufheben. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß, je weiter unten in der Skala ein Einzelziel rangiert, es umso mehr den Charakter eines Vorzieles zur Verwirklichung des übergeordneten Zieles trägt. Je höher ein Ziel in der Rangskala steht, um so enger ist seine Beziehung zum Primärziel "Förderung des wirtschaftlichen Wachstums" bzw. "Stabilhaltung des wirtschaftlichen Prozesses".

Aus Gründen der Systematik erscheint es zweckmäßig, die einzelnen Zielsetzungen der Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern in der Rangfolge gemäß ihrer Beziehungsnähe zum Hauptziel "Entwicklungsförderung" zu systematisieren. Man gelangt dabei zu einer Einteilung in das primäre Ziel der "Entwicklungsförderung", das strukturellen oder langfristigen Charakter trägt, und in das Sekundärziel "Schaffung und Erhaltung des Gleichgewichts", das weitgehend konjunkturellen Charakter trägt, also relativ kurzfristig ist.[1] Auch K. Schiller setzt das "Gleichgewicht" als wirtschaftspolitisches Hauptziel, indem er darauf hinweist, daß man auf der Suche nach "Haltepunkten" innerhalb des wirtschaftspolitischen Zielsystems, ausgehend von dem obersten Ziel des gesellschaftlichen Wohlfahrtsmaximums, auf das Ziel des m a k r o -

---

1) H. J. Seraphim subsumiert das Ziel "Erreichung und Aufrechterhaltung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" unter das Hauptziel "Stabilhaltung des wirtschaftlichen Prozesses". Die vom Verfasser gewählte Einteilung verläuft zu der Klassifizierung von H. J. Seraphim parallel, denn "Förderung des wirtschaftlichen Wachstums" ist nur möglich, wenn sich der Wachstumsprozess unter stabilen Bedingungen vollzieht; vgl. H. J. Seraphim: "Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik" Göttingen 1955, S. 238

ökonomischen Gleichgewichts stößt.[1)]

Nun kann das Gesamtgleichgewicht nur durch Herstellung des äußeren und inneren Gleichgewichts erreicht werden. Das erstgenannte dieser beiden Ziele (äußeres Gleichgewicht) wird verwirklicht durch Anwendung aller der Maßnahmen der Wechselkurspolitik, die auf den Ausgleich der Zahlungsbilanz gerichtet sind. Es müssen daher Zwischenziele angestrebt werden, wie z.B. die Beeinflussung der mengenmäßigen Ein- und Ausfuhr, die Ausschaltung oder Glättung ihrer Schwankungen, eine Beeinflussung der Terms of Trade, Anregung des Kapitalimports oder Verhinderung der Kapitalflucht. Damit ergibt sich eine weitere Zielaufgliederung. Das zweite Ziel (inneres Gleichgewicht) - dem ersten in der Systematik gleichgeordnet - enthält alle wechselkurspolitischen Maßnahmen, die den Ausgleich von monetärer Gesamtnachfrage und realwirtschaftlichem Angebot, also die Stabilisierung des inneren Geldwertes, erreichen wollen. Binnenwirtschaftlich gesehen liegt daher die Aufgabe der Wechselkurspolitik in einer Beeinflussung der Aggregate "Einkommen", "Konsum" und "Investition".

Erst aus den genannten vordringlichen Aufgaben, denen sich die Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern gegenübersieht, ergeben sich eine Reihe von Vor- und Zwischenzielen, die, wie bereits betont wurde, Stufen auf dem Wege zur Erreichung der Hauptziele bilden. Angesichts der Interdependenz wirtschaftlicher, politischer, soziologischer und technischer Faktoren in Entwicklungsländern ist es kaum möglich, das gesamte Zielsystem der Wechselkurspolitik in seiner Bedeutung erschöpfend zu behandeln. So lassen

---

1) Vgl. K. Schiller, a.a.O, S. 9: "Das Optimum in diesem meßbaren Sinne ist dann gegeben ..., wenn das makroökonomische Gleichgewicht oder das Kreislaufgleichgewicht ... erreicht ist".

sich eine Fülle verschiedener Zwecksetzungen, deren Gliederung nach anderen Gesichtspunkten als dem obengenannten vorgenommen werden kann, herausarbeiten, z.B. währungspolitische, handelspolitische, finanzpolitische, sozialpolitische, administrative oder psychologische, wobei es in der Regel eine Kombination dieser Ziele ist, die zu einer Anwendung der Wechselkurspolitik führen.[1)]

Um die Vielzahl dieser Zwecksetzungen erkennen zu können, ist es notwendig zu abstrahieren.[2)] Für die praktische Gestaltung der Wechselkurspolitik vor allem in Entwicklungsländern aber "ist nicht nur die Fähigkeit von Belang, ein widerspruchfreies Zielsystem zur Anerkennung zu bringen, sondern auch die Fähigkeit, ein solches System aufeinander ausgerichteter Ziele zu konzipieren. Wie weit es realiter gelingt, ein in sich ausgewogenes Zielsystem zu schaffen, ist eine Frage der ökonomischen Macht ..."[3)]; diese richtig einzusetzen und zu nutzen, ist aber nicht nur ein nationales, sondern ein internationales Problem und entzieht sich daher weitgehend der Einflußmöglichkeit der Entwicklungsländer.

---

1) Eine solche Gliederung der modernen Wechselkurspolitik findet man bei W. Spathelf: "Die Durchbrechung der festen Wechselkurse in der modernen Außenhandelspolitik", Diss. Mannheim 1954, S. 33

2) Der Verfasser folgt damit der Auffassung H. J. Seraphims, der meint: "So ergeben sich höchst komplizierte Zielsysteme, denen mit einigen wenigen polaren Gegensatzbegriffen nicht beizukommen ist, wenn man nicht von Denkschemata, sondern von der Realität tatsächlicher Gestaltung menschlichen Zusammenlebens ausgeht". Vgl. H. J. Seraphim, a.a.O., S. 238

3) Vgl. H. J. Seraphim, a.a.O., S. 264

2. Das langfristige Ziel "Entwicklungsförderung"

Es kann angesichts der Komplexität der gesamten Entwicklungsproblematik und der wirtschaftspolitischen Zielsetzung in Entwicklungsländern keinem Zweifel unterliegen, daß es nahezu unmöglich ist, alles das, was der Begriff "Entwicklungsförderung" beinhaltet, darzustellen oder auch nur annähernd erschöpfend aufzuzählen. Das ist auch nicht die Aufgabe dieser Untersuchung.

Der Verfasser verfolgt mit den nachstehenden Ausführungen lediglich das Ziel, b e i s p i e l h a f t an e i n e m Grundproblem aufzuzeigen, durch welche Gedankenführung sich die Wirtschafts- und damit auch die in sie eingebettete Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer leiten läßt, um das wirtschaftliche Wachstum in einer Weise zu fördern, die den binnen- und außenwirtschaftlichen Erfordernissen in gleicher Weise Rechnung trägt.[1)]

Die Frage, auf welchem Wege die Hauptziele "Förderung des wirtschaftlichen Wachstums" bzw. "Stabilhaltung des wirtschaftlichen Prozesses" am ehesten erreicht werden können, hat sich in letzter Zeit u.a. auch auf die Alternative zwischen den Zielen "Ausbau der Rohstoffproduktion" oder "Industrialisierung" (im gewerblichen Sinne) zugespitzt.

Viele Entwicklungsländer gehen von der ökonomisch oft ungerechtfertigten Annahme aus, daß, wenn die Industrieländer ihren höheren Entwicklungsgrad durch einen Industrialisierungsprozeß erreicht haben, auch sie selbst durch Einleitung eines solchen Prozesses die Lösung aller ihrer Probleme gefunden haben. Sie bezweifeln, daß der

---

1) Vgl. auch E. E. Jucker-Fleetwood: "Probleme des wirtschaftlichen Wachstums" in: Neue Zürcher Zeitung 179. Jg., Fernausgabe Nr. 310 vom 11. November 1958, S. 11

Ausbau der Rohstoffproduktion das geeignete Mittel sei, die "Initialzündung" zur Einleitung eines kumulativen Prozesses auszulösen.[1] Ihrer Meinung nach ist es besser, auf dem Wege der Industrialisierung im gewerblichen Sinne das Problem der Unterbeschäftigung zu lösen, denn die Industrie würde in viel größerem Umfange am technischen Fortschritt partizipieren können als die Rohstoffe produzierenden Gewerbezweige.[2] Die Schaffung neuer Gewerbezweige und die Rationalisierung bereits bestehender Industrien bildet daher in vielen Entwicklungsländern die Basis für die Durchführung des Entwicklungsprozesses im wirtschaftlichen Sinne und darüberhinausgehend für den gesamten soziologischen, kulturellen und technischen Umbruch.

Die Möglichkeit, daß ein Ausbau der Rohstoffproduktion allmählich einen Industrialisierungsprozeß nach sich ziehen würde, darf in diesen Ländern sicherlich nicht verkannt werden. Ein solcher Prozeß würde aber nach ihrer Auffassung die Gefahr der Schaffung einer "dual economy", d.h. einer gespaltenen Wirtschaft heraufbeschwören, in der das unzureichende Kapital ganz von der Urproduktion absorbiert und der Lebensstandard der in diesem Bereich Beschäftigten steigen würde, während die anderen Sektoren der Wirtschaft auf ihrem niedrigen Entwicklungsstand

---

1) Vgl. P. Prebisch: "The Economic Development of Latin America and its Principal Problems" (Economic Commission for Latin America, United Nations Publications, 1950) Lake Success, New York 1950 - sowie zum Gesamtproblem H. B. Chenery: "The Role of Industrialization in Development Programs" in: The American Economic Review, Papers and Proceedings , Vol. XLV (1955), No. 2, S. 40 ff.

2) Vgl. hierzu etwa die Interpretation der Thesen von P. Prebisch bei R. T. Alemann: "Die Theorie der peripheren Wirtschaft" in:WWA, Bd. 74 (1955), S. 31 ff.

verharren müßten.[1] Damit würde sich das Problem der "Auslandsabhängigkeit" noch verschärfen und u.U. für immer verewigt werden.[2]

W. Röpke macht demgegenüber geltend, daß die Rohstofferzeugung den natürlichen Gegebenheiten dieser Länder am besten entspräche und außerdem die Exportaussichten der Rohstoffländer gar nicht so ungünstig seien, wie gemeinhin angenommen werde. Es sei mit einer "säkularen" Verschlechterung der Terms of Trade der Industrie-, nicht aber der Rohstoffländer zu rechnen. Dabei beruft er sich auf keinen geringeren als C. Clark, der auf die Gefahren einer Disproportionalität zwischen industrialisierten und agrarischen Ländern bereits 1942 hingewiesen hat.[3] Die angestrebte Erhöhung des Lebensstandards sei keineswegs nur durch eine Industrialisierung, sondern besser durch die rationelle Gestaltung der Rohstoffproduktion

---

1) Vgl. auch die Ausführungen über die italienische Volkswirtschaft von V. C. Lutz: "The Growth Progress in a 'Dual' Economic System" in: Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review, Vol. XI (1958), S. 279 ff. sowie A. O. Hirschmann: "Investment Policies and 'Dualism' in Underdeveloped Countries" in: American Economic Review, Vol. XLVII (1957), S. 550 ff.

2) Daß diese Anschauungen nicht völlig frei von Ressentiments sein dürften, darauf weist P. Meyer-Dohm hin, indem er ausführt: "Rohstofflieferant zu sein, wird identifiziert mit Abhängigkeit und kolonialem Status, und hierfür hat man mit steigendem Selbstbewußtsein nur noch Verachtung übrig." Vgl. P. Meyer-Dohm, a.a.O., S. 207

3) Vgl. C. Clark: "The Economics of 1960" London 1942 - Auf die Schwierigkeiten einer Prognose über die Entwicklung der Terms of Trade der Industrie- und Rohstoffländer wurde bereits hingewiesen. Vgl. S. 34 unserer Ausführungen.

zu erreichen.[1] Als Beispiel für die Richtigkeit dieser These wird der erfolgreiche Entwicklungsprozeß Kanadas und der der Erdölländer genannt.[2] "Erfreulicherweise scheint sich die Überzeugung mehr und mehr Respekt zu verschaffen, daß vernünftige Entwicklung nicht darin bestehen kann, in jenen Ländern eine sozusagen im Westen präfabrizierte Industrie aufzubauen, sondern in erster Linie der bereits bestehenden Urproduktion zugute kommen sollte."[3]

Gewissermaßen als Synthese zwischen beiden Auffassungen kommt F. Baade zu dem Schluß, daß Landwirtschaft und Industrie unbedingt parallel entwickelt werden müssen.[4] Wie der Fortschritt in der Landwirtschaft eine notwendige Voraussetzung der Industrialisierung sei, so erforderten die für landwirtschaftliche Meliorationen benötigten Investitionsgüter den Aufbau einer eigenen Industrie in den Entwicklungsgebieten. Die Industrieländer sollten diesen Staaten einen fairen Anteil am Welthandel

---

1) Vgl. auch die Untersuchung: "The Place of Agriculture Forestry and Fisheries in National Development Programs" in: Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics, Hrsg. Food and Agricultural Organisation of the United Nations, Vol. VI, Oktober 1957, S. 1 ff. - sowie K. Kermann: "Landwirtschaftlicher Aufbau in minderentwickelten Gebieten" in: Offene Welt, Nr. 39 o. Jg. (September/Oktober 1955), S. 31 ff.

2) Vgl. W. Guth, a.a.O., S. 113

3) Vgl. W. Röpke: "Unentwickelte Länder" in: Ordo, Bd. VI (1953), S. 89 (im folgenden zitiert als W. Röpke: Unentwickelte Länder) - Zur weiteren Vertiefung in das Problem vgl. auch United Nations: "Processes and Problems of Industrialization in Underdeveloped Countries" New York 1955

4) Vgl. auch B. Knall, a.a.O., S. 303: "... die Erfahrungen ... haben gezeigt, daß für die harmonische Entwicklung dieser Länder die Alternative nicht mehr 'Entweder - Oder' heißen darf, sondern vielmehr 'Sowohl - als auch'."

und einen angemessenen Platz in der internationalen Arbeitsteilung zugestehen.[1)]

3. Das innere Gleichgewicht

Im allgemeinen ist die Wechselkurspolitik ein Instrument der Außenwirtschaftspolitik und dient nicht vorwiegend der Durchsetzung binnenwirtschaftlicher Ziele. Da in Entwicklungsländern aber von außenwirtschaftlichen Faktoren sehr starke Impulse auf den inländischen Konjunkturverlauf ausgehen, sind wechselkurspolitische Maßnahmen in Entwicklungsländern eher geeignet, den Wirtschaftsablauf der Binnenwirtschaften zu beeinflussen, als dies in Industrieländern der Fall ist. Die Wechselkurspolitik wird in Entwicklungsländern daher auch in stärkerem Maße für rein binnenwirtschaftliche Ziele

---

1) Die Auffassung von F. Baade ist auszugsweise wiedergegeben in einem Aufsatz: "Wie kann der Westen den Entwicklungsländern helfen?" in: ifo-Schnelldienst (Institut für Wirtschaftsforschung, München) Nr. 45 vom 4. November 1959, S. 14. Der Verfasser neigt der Auffassung von F. Baade zu und glaubt, daß im Grundsatz weder das eine noch das andere Ziel zu vernachlässigen sei, vielmehr beide mit etwa gleich starker Intensität verfolgt werden sollten, wobei natürlich auf die besondere Struktur jedes Entwicklungslandes Rücksicht genommen werden muß und von Fall zu Fall das Schwergewicht jeweils auf der einen oder der anderen Zielsetzung zu liegen habe. Für die Richtigkeit dieser Auffassung spricht z.B. die Tatsache, daß in Entwicklungsländern der dort forcierte Industrialisierungsprozeß zu einem akuten Mangel an Rohstoffen führen kann. Der Import dieser Rohstoffe führt zu erheblichen Belastungen der Handelsbilanz und kann damit die durch die Industrialisierung erreichten Vorteile z.T. wieder beseitigen. Vgl. hierzu W. J. Sedwitz: "Mexico's 1954 Devaluation in Retrospect" in Inter American Economic Affairs, Vol. X, Nr. 2 (1956), S. 29

herangezogen.[1] Aus diesem Grund erscheint es gerechtfertigt, anknüpfend an die in den vorhergehenden Abschnitten herausgearbeiteten außenwirtschaftlichen Faktoren aufzuzeigen, welche Konsequenzen sich aus einer Anwendung wechselkurspolitischer Maßnahmen für die Zielsetzung "Herstellung und Erhaltung des binnenwirtschaftlichen Gleichgewichts" ergeben.

Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer sieht sich in ihrem Bestreben, das Gleichgewicht zwischen der monetären Gesamtnachfrage und dem Gesamtangebot zu erhalten, einer schwierigen Aufgabe gegenüber.[2]

Das Ziel der Wechselkurspolitik in ihrem Bestreben, das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen und zu erhalten, kann z.B. in der Weise angestrebt werden, daß man einen einmal f i x i e r t e n W e c h s e l k u r s - selbst auf die Gefahr hin, daß er nicht den äußeren Gleichgewichtsverhältnissen entspricht - beibehält. Damit wird eine Veränderung der außenwirtschaftlichen Preisrelation (Terms of Trade) vermieden, die u.U. eine Verteuerung der Importe nach sich ziehen könnte. Würden nämlich die Importwaren verteuert - wie dies z.B. im Falle einer Abwertung eintreten kann -, so könnte sich daraus eine inflatorische Entwicklung im Inland ergeben. Dieser Gefahr könnte man durch Aufrechterhaltung

---

1) So unterstreicht z.B. Shu-Chin Yang unter Hinweis auf den relativen Unwirksamkeitsgrad der internen Geldpolitik in Thailand die Wichtigkeit des multiplen Wechselkurssystems für die Inflationsbekämpfung in diesem Land, indem er ausführt: "... we can see, that the multiple exchange rate policy was the only powerful means used by the Bank of Thailand to control inflation." Vgl. Shu-Chin Yang: "A Multiple Exchange Rate System, an Appraisal of Thailand's Experience, 1946 - 1955", The University of Wisconsin Press, Madison 1957, S. 91

2) Es sei in diesem Zusammenhang auf S. 14 ff. unserer Ausführungen verwiesen.

des bestehenden Kurses zu begegnen suchen. Wie lange ein solcher "falscher" Kurs aufrechterhalten werden kann, hängt von der besonderen außenwirtschaftlichen Lage des einzelnen Landes ab.

Eine besondere Form der Wechselkurspolitik liegt auch darin, Devisen zu "sterilisieren", um deren Einströmen in den binnenwirtschaftlichen Geldkreislauf zu vermeiden. Die Form der W e c h s e l k u r s s p a l t u n g i n e i n e n E i n - u n d A u s f u h r k u r s bietet sich dabei als geeignetes Mittel an. Durch die Differenz zwischen beiden Kursen kann erreicht werden, daß die Importeure bei der Einfuhr von Waren insgesamt in heimischer Währung mehr aufwenden müssen als den Exporteuren als Gegenwert für die aus dem Export von Gütern erlösten Devisen zur Verfügung gestellt wird. Diese Art der Wechselkurspolitik erreicht somit das Ziel, der "importierten" Inflation zu begegnen, durch unmittelbare Verminderung des inländischen Geldvolumens.[1)]

Ein Teil der nicht eingeschränkten und über das reale Güterangebot hinausgehenden Nachfrage kann nur durch Importe gedeckt werden. Bei gleichzeitig sinkenden Exporterlösen muß die Einfuhr von bestimmten Waren ("non-essentials") restringiert werden, um die Importe von Konsumgütern und Investitionsgütern ("essentials") möglichst unangetastet zu lassen. Hierdurch beeinflußt die Wechselkurspolitik entscheidend auch die V e r b r a u c h s s t r u k t u r .

Eine Vielzahl von weiteren Zwischenzielen müssen erreicht werden, um das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen. Hier sieht sich die Wechselkurspolitik besonderen Aufgaben gegenüber. Nicht selten findet man als Motiv bei der Ergreifung wechselkurspolitischer Maßnahmen, vor allem solchen, die auf eine Kursspaltung

---

1) Vgl. W. Spathelf, a.a.O., S. 79

hinauslaufen, die Beeinflussung der inländischen I n v e s t i t i o n s t ä t i g k e i t . Dies kann z.B. dadurch geschehen, daß durch Einführung besonderer Wechselkurse, die vom Einheitskurs abweichen, der Kapitalimport angeregt oder die Kapitalflucht verhindert wird.[1)]

Auch die Beeinflussung und Lenkung der P r o d u k t i o n , wie sie durch den Einsatz wechselkurspolitischer Maßnahmen als Mittel der Kostensenkung oder als Preisanreiz angestrebt wird[2)], kann sowohl das Ziel einer Herstellung und Erhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts - z.B. durch Förderung bestimmter Exportindustrien - verfolgen, als auch das binnenwirtschaftliche Ziel im Auge haben, das realwirtschaftliche Güterangebot des Inlands zu erhöhen und somit zur Wahrung binnenwirtschaftlicher Gleichgewichtsverhältnisse beitragen.

Auch ein anderer Aspekt einer binnenwirtschaftlichen Zielsetzung der Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern mag in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben - nämlich das f i s k a l p o l i t i s c h e Motiv der Einführung der Wechselkursdifferenzierung. Zielt die Wechselkursspaltung darauf ab, dem inflatorischen Druck in einem Land entgegenzuwirken, z.B. durch Spaltung des Einheitskurses in einen Ein- und Verkaufskurs, so geschieht dies durch einen Besteuerungsvorgang.[3)]

---

1) Die Anregung des Kapitalimports bzw. die Verhinderung der Kapitalflucht geschieht natürlich auch aus zahlungsbilanzpolitischen Erwägungen. Eine klare Trennung, ob das binnenwirtschaftliche Ziel der Investitionsbeeinflussung oder das außenwirtschaftliche Ziel einer Stärkung der Devisenreserven vorliegt, oder ob beide Motive der Anwendung wechselkurspolitischer Maßnahmen zugrundeliegen, ist in der Regel nicht möglich.

2) Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 166

3) Vgl. E. M. Bernstein: "Some Economic Aspects of Multiple Exchange Rates" in: Staff Papers, Vol. I (1950-51), S. 227 (im folgenden zitiert als E. M. Bernstein: Multiple Exchange Rates)

Zwar findet dieser Besteuerungsakt auch dann statt, wenn die Einnahmeerzielung nicht ausdrücklich als Zielsetzung gewählt wird; verbindet man jedoch mit der Einführung multipler Wechselkurse den Zweck einer Einnahmeerzielung, so trägt diese Zwecksetzung der wechselkurspolitischen Maßnahme des betreffenden Entwicklungslandes eindeutig einen fiskalpolitischen Charakter.[1)]

4. Das äußere Gleichgewicht

Das äußere Gleichgewicht einer Volkswirtschaft ist mit Herstellung des Gleichgewichtswechselkurses erreicht. Dieser kann in Übereinstimmung mit der modernen Auffassung der Wirtschaftstheorie wie folgt gekennzeichnet werden[2)]:

---

1) Vgl. M. S. Sherwood: "Revenue Features of Multiple Exchange Rate Systems" in: Staff Papers, International Monetary Fund, Vol. V (1956), S. 74 ff.

2) Vgl. R. Nurkse: "Conditions of International Monetary Equilibrium" Essays in International Finance, Nr. 4, Princeton University 1945, S. 6 (im folgenden zitiert als R. Nurkse: Conditions) und G. Halm: "Geld, Außenhandel und Beschäftigung" München 1957, S. 173 - Aus der Fülle der Literatur über das Problem kann nur eine Auswahl getroffen werden. Es sei besonders verwiesen auf: H. Böhi: "Grundsätze und Methoden zur Ermittlung der richtigen Währungsrelation zum Ausland" Bern 1944 - H. S. Ellis: "The Equilibrium Rate of Exchange" in: Explorations in Economics, Notes and Essays contributes in honor of F. W. Taussig, New York und London 1936, S. 26 ff. - G. Haberler: "The Market for Foreign Exchange and the Stability of the Balance of Payments" in: Kyklos Vol. III (1949), S. 193 ff. - A. Mahr: "Die wesentliche Bedingung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz" in: Economia Internazionale Vol. IV (1951), S. 350 ff.

1. Der Wechselkurs, bei dem sich die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht befindet, ist der, bei dem über einen bestimmten Zeitraum hinweg weder ein Netto-Zugang noch ein Netto-Abgang der Devisenreserven stattfindet.

2. Dieser Gleichgewichtswechselkurs sollte mit einem gewissen Grade binnenwirtschaftlicher Stabilität vereinbar sein. Er soll den Zahlungsbilanzausgleich in der Weise bewirken, daß die Beschäftigungslage im Inland der des Auslandes entspricht.

3. Der Gleichgewichtskurs sollte sich völlig neutral den Preis-Kosten- und Nachfrageverhältnissen der Länder anpassen, deren Preissysteme er verbindet. Der Kurs darf im zwischenstaatlichen Wettbewerb keine künstlichen Vor- oder Nachteile gewähren.

Es würde über den Rahmen dieser Untersuchung hinausgehen, im einzelnen auf die außenhandelstheoretischen Erörterungen einzugehen, die sich im Zusammenhang mit der Bestimmung des Gleichgewichtskurses und seiner Probleme ergeben. Zu fragen ist jedoch, ob nicht in den Entwicklungsländern aufgrund ihrer besonderen außenwirtschaftlichen Lage andere Maßstäbe bei der Bestimmung des Gleichgewichtswechselkurses anzulegen sind als in entwickelten Ländern und welche Schwierigkeiten sich bei Anwendung der Wechselkurspolitik dabei ergeben.

Zu Punkt 1. (Netto-Zugang oder -Abgang von Devisen).

a) Bei der Bestimmung des Gleichgewichtswechselkurses in Entwicklungsländern ist zu beachten, daß der Z e i t r a u m , in dem sich Netto-Zugang und -Abgang von Devisen ausgleichen sollen, genügend lang bemessen ist. Gerade in vielen rohstoffexportierenden Entwicklungsländern weist die Nettodevisenposition infolge k o n j u n k t u r e l l e r und s a i s o n a l e r Schwankungen Fluktuationen auf, die größer sind als in

anderen Ländern, ohne daß man sich dabei vom Gleichgewichtswechselkurs entfernt hat. Streng genommen ist ein Zahlungsbilanzgleichgewicht zu jeder Zeit nur dann verwirklicht, wenn der Wechselkurs in seiner Höhe nur dem Angebot von und der Nachfrage nach Devisen unterliegt.

b) Der hohe Grad der Auslandsabhängigkeit der Entwicklungsländer macht umfangreiche K a p i t a l i m p o r t e erforderlich. Das Angebot ausländischer Zahlungsmittel, die auf dem Wege der Kreditgewährung den Entwicklungsländern zufließen, kann aber nicht dem normalen Devisenbestand zugerechnet werden. Eine Abgrenzung der aus der Leistungsbilanz resultierenden Überschüsse gegenüber Devisenzuflüssen aus Kreditgewährungen sowie spekulativen Kapitalbewegungen ist nur schwer möglich und daher ein äußeres Ungleichgewicht kaum erkennbar.[1)]

c) In den meisten Entwicklungsländern wird das Zahlungsbilanzgleichgewicht nicht nur durch den Einsatz wechselkurspolitischer Maßnahmen erreicht - diese tragen oft nur subsidiären Charakter -, sondern vielmehr durch Anwendung eines Systems q u a n t i t a t i v e r R e s t r i k t i o n s m a ß n a h m e n erzielt.[2)] Dabei braucht der effektive Wechselkurs nicht den aufgezeigten Voraussetzungen, d.h. dem Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt, zu entsprechen. R. Nurkse weist darauf hin, daß die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht sein kann, und zwar in dem Sinne, daß die Deviseneinnahmen gleich den Devisenausgaben sind.[3)] Dies wird jedoch in einer

---

1) Vgl. G. Halm, a.a.O., S. 179

2) Vgl. N. S. Buchanan und H. S. Ellis, a.a.O., S. 401

3) Vgl. R. Nurkse: Conditions, a.a.O., S. 9: "The true equilibrium rate is that rate at which payments and receipts are equalized w i t h o u t a d d i t i o n a l r e s t r i c t i o n s on trade". (Sperrung vom Verfasser)

Reihe von Fällen nicht durch die Realisierung des Gleichgewichtskurses erreicht, sondern durch Importrestriktionen.

Zu Punkt 2. (Vergleich der Beschäftigungslagen)

Ein Vergleich der Beschäftigungslagen zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern würde jeder wirtschaftstheoretischen Logik entbehren.[1] Ebenso sei darauf hingewiesen, daß ein Vergleich volkswirtschaftlicher Gesamtgrößen, wie Geldversorgung, Produktionsvolumen, Einkommen zwischen Rohstoff- und Industrieländern - wie er nötig wäre, um den Gleichgewichtswechselkurs determinieren zu können[2] - kaum möglich ist.

Zu Punkt 3. (Anpassung an Preis-, Kosten- und Nachfrageverhältnisse)

Hierzu führt H. C. Wallich aus, daß in Entwicklungsländern im allgemeinen die Kräfte, die auf einen Ausgleich

---

1) Hier handelt es sich um inkommensurable Größen; denn z.B. das Kriterium "Vollbeschäftigung" hat in Entwicklungsländern einerseits und hochentwickelten Ländern andererseits eine völlig andere Bedeutung.

2) Vgl. J. P. Young: "Exchange Rate Determination" in: The American Economic Review ,Vol. XXXVII (1947), S. 601: "Determination of a rate that gives promise of being an equilibrium rate in the sense noted involves the use of several procedures centering around price and cost movements, and detailed estimates of the balance of payments over the ensuing few years. The analysis includes a study of movements, part and prospective, of monetary and real costs, prices, incomes, money supply, physical production, productive efficiency and world demand for the country's products, as well as factors such as the country's plans with respect to government controls, aid to industry, trade restrictions and fiscal policy."

der Zahlungsbilanz drängen, infolge der höheren Ausfuhrintensität [1] in diesen Ländern stärker sind als in den Industrieländern.[2] Wenn man einmal die relativ starken Schwankungen der Rohstoffpreise berücksichtigt, so ist es in der Tat erstaunlich, führt H. C. Wallich aus, daß die Agrar- und Rohstoffländer nicht zu häufigeren Änderungen ihrer Währungsrelationen schreiten, als man dies erwarten würde. An die nach seiner Meinung stärker wirkenden Ausgleichskräfte der Zahlungsbilanz in den "Export-Economies" anknüpfend, folgert er daraus, daß die Aufrechterhaltung eines Ungleichgewichtswechselkurses, der also nicht den Preis-Kosten-Verhältnissen der am internationalen Handel beteiligten Länder entspricht, längere Zeit möglich ist, ohne daß das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz dadurch gestört wird.[3] Im ganzen gesehen stößt die Bestimmung des Gleichgewichtswechselkurses in Entwicklungsländern auf viel größere Schwierigkeiten als in entwickelten Volkswirtschaften.[4] Das Fehlen von "eindeutigen objektiven Kriterien" für den Gleichgewichtswechselkurs, auf das G. Halm[5] hinweist,

---

1) Merkmal Nr. 8 S. 9 unserer Ausführungen.

2) Vgl. H. C. Wallich: Underdeveloped Countries, a.a.O., S. 19: "It is evident, that in an economy that is dominated by its balance of payments, the prospects for rapid an effective adjustment are a great deal better than where the balance of payments plays second fiddle to investment and hence exerts only a minor influence over prices and incomes."

3) Vgl. H. C. Wallich: Underdeveloped Countries, a.a.O., S. 24

4) Vgl. F. A. Lutz: "Trugschluß Dollarknappheit" in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 4. Jg. (1951), S. 465 ff.: "Man kann solche Gleichgewichtskurse nicht errechnen und hoffen, sie durch plötzliche einmalige Abwertungen zu erreichen. Sie können nur durch den Markt gefunden werden".

5) Vgl. G. Halm, a.a.O., S. 182

ist im Falle der Entwicklungsländer noch viel stärker ausgeprägt als in entwickelten Volkswirtschaften. Wenn auch generell für die Herstellung und Aufrechterhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts in Entwicklungsländern die Realisierung eines Gleichgewichtswechselkurses unabdingbare Voraussetzung ist, so muß doch in der Mehrzahl der Fälle in Entwicklungsländern von diesem Ziel abgewichen werden, wenn es mit dem Ziel "Förderung des wirtschaftlichen Wachstums" nicht vereinbar ist. Das Ziel der Wechselkurspolitik in ihren einzelnen Formen ist daher in vielen Fällen darauf gerichtet, nicht den Gleichgewichtswechselkurs um jeden Preis zu realisieren, sondern - wenn das übergeordnete Hauptziel der Entwicklungsförderung dies erforderlich macht - auch von diesem Gleichgewichtskurs abzugehen.[1)]

Die Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist natürlich nur erreichbar durch eine Beeinflussung der Aggregate "Einfuhr" und "Ausfuhr". Beide Größen sind Wertgrößen, die entweder über die Warenmengen oder die -preise verändert werden. Im letzten Fall findet eine Änderung der Terms of Trade statt. Aber nicht nur die Güterseite ist entscheidend, sondern oft muß das Zahlungsbilanzgleichgewicht über eine gleichzeitige Beeinflussung der Kapitalbewegungen angestrebt werden. Welche Faktoren in Entwicklungsländern bei den genannten Größen für die Wechselkurspolitik relevant sind, war bereits in der Lageanalyse dargestellt worden. Die Wirkungsanalyse wird zeigen, inwieweit die einzelnen wechselkurspolitischen Maßnahmen in Entwicklungsländern zielkonform sind.

---

1) Vgl. dazu auch die Problematik einer Koordination der wirtschaftspolitischen Ziele bei W. A. Jöhr und H. W. Singer, a.a.O., S. 130

5. Harmonie und Antinomie zwischen innerem und äußerem Gleichgewicht

Die im Vergleich zu industrialisierten Ländern hohe Ausfuhrintensität der Entwicklungsländer verkettet zwangsläufig den Wirtschaftsablauf mit dem Konjunkturverlauf in ihren Abnehmerländern.[1] Denn jede Verlangsamung oder Beschleunigung der wirtschaftlichen Expansion in den Industrieländern wirkt sich direkt in einer Veränderung der Exporterlöse in den Entwicklungsländern aus. Eine durch einen konjunkturellen Rückgang in den Industrieländern hervorgerufene Verminderung der Devisenerlöse der Rohstoffländer führt langfristig wiederum zu einer Schmälerung ihrer Kaufkraft, denn die in der Entwicklung begriffenen Agrar- und Rohstoffländer sind nicht nur Lieferanten, sondern auch Kunden der Industrieländer.

Während in den Industrieländern der Konjunkturverlauf überwiegend durch Kräfte bestimmt wird, die aus ihren Binnenwirtschaften selbst entstehen, werden den Entwicklungsländern Schwankungen im Wirtschaftsablauf von außen a u f g e z w u n g e n.[2]

Aus diesem Sachverhalt ergibt sich für die wirtschaftspolitische Zielsetzung die wichtige Konsequenz, daß sich den Industrieländern die Alternative, welcher von beiden Zielsetzungen, die Erreichung des äußeren oder des inneren

---

1) Vgl. G. M. Meier, a.a.O., S. 81: "Through the influence of exports on national income, the trade cycle is transmitted from overseas: a depression abroad will reduce the demand for the poor country's exports and beeing primary products, their exports are subject to wide price and value fluctuations."

2) Vgl. S. 24 ff. unserer Ausführungen.

Gleichgewichts, die Priorität zuzuerkennen ist, gar nicht in der scharfen Akzentuierung stellt, wie dies in Entwicklungsländern der Fall ist.

Da die Schwankungen im Konjunkturverlauf aus den Binnenwirtschaften der Industrieländer selbst entstehen und das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht in der Regel nicht Ursache, sondern Folge des binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichts ist, wird die Frage einer Herstellung des externen Gleichgewichts in Industrieländern - von Sonderfaktoren abgesehen - uno actu mit der Schaffung des internen Gleichgewichts gelöst.[1] In der Mehrzahl der Entwicklungsländer liegen die Verhältnisse anders: Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht ist hier oft nicht Resultante, sondern Determinante des binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichts. Die Frage, welches Ziel primär realisiert werden soll, stellt sich daher bei ihnen als echte Alternative, da die wenigsten dieser Länder hoffen können, durch die Erreichung des einen das andere bereits verwirklicht zu haben.[2]

---

1) Es sei in diesem Zusammenhang auf die als "magisches Dreieck" bezeichnete, in den Industrieländern angestrebte Zielkombination der Wirtschaftspolitik hingewiesen. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft hat dazu Folgendes ausgeführt: "Der Beirat ist der Überzeugung, daß ein stetiges Wachstum der Volkswirtschaft am besten sichergestellt wird, wenn es der Wirtschaftspolitik gelingt, die Kaufkraft der Währungseinheit, gemessen am Niveau der Konsumgüterpreise, tunlichst stabil, die Beschäftigung der Produktionskräfte möglichst hoch und die Zahlungsbilanz auf der Grundlage eines freien internationalen Leistungsaustausches ausgeglichen zu halten." Vgl. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: Gutachten vom 3. Juni 1956 und 8. Juli 1956 "Instrumente der Konjunkturpolitik und ihre rechtliche Institutionalisierung" Göttingen, Bd. 4, (Gutachten von Januar 1955 bis Dezember 1956), S. 34/35

2) Vgl. H. C. Wallich: Underdeveloped Countries, a.a.O., S. 25

Die Entscheidung für oder wider das eine oder andere Ziel kann in ihrem Erfolg ständig durch außenwirtschaftliche Einflüsse, die sich der Einwirkungsmöglichkeit der Entwicklungsländer entziehen, zunichte gemacht werden.[1)]

Die aufgezeigten Zusammenhänge machen deutlich, daß in den unterentwickelten Volkswirtschaften infolge der oft fehlenden Möglichkeit einer Beeinflussung ihres eigenen Konjunkturzyklus eher von einer Neutralität, wenn nicht einer Antinomie zwischen den beiden Zielen "Erhaltung des äußeren Gleichgewichts" und "Erhaltung des inneren Gleichgewichts" gesprochen werden kann, während in entwickelten Volkswirtschaften wenn nicht eine Identität, so doch mindestens eine Harmonie beider genannten Zielsetzungen vorliegt.[2)]

Aus den genannten Gründen ist die Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern in starkem Maße gekennzeichnet durch ein "Kurieren an Symptomen", durch eine gewisse Inkonsequenz und Halbheit, wobei besonders an die verschiedenen Systeme der Wechselkursdifferenzierungen zu denken ist, die sich geradezu durch Kompliziertheit, ständige Änderungen der Relationen und der administrativen Handhabung auszeichnen. Die Wechselkurspolitik im allgemeinen muß infolge der genannten Einflüsse oft einen passiven und konstatierenden Charakter haben.

---

1) Vgl. J. H. Williams: Postwar Monetary Plans and other Essays, Oxford 1949, S. 309: "The chief problem of international monetary policy is how to prevent the occurence of world booms and depressions, and how to enable individual countries to protect themselves from such disturbances arising in the outside world, while at the same time retaining the advantages of international trade and capital movements."

2) Es sei in diesem Zusammenhang auf die Problematik der Ziel-Harmonie und -Antinomie hingewiesen, die in sehr klarer Weise von W. A. Jöhr und H. W. Singer herausgearbeitet wurde. Vgl. W. A. Jöhr und H. W. Singer, a.a.O., S. 130 ff.

Aus der Betrachtung aller vorerwähnten wechselkurspolitischen Zielsetzungen ergibt sich für die Entwicklungsländer eine Divergenz zwischen den Zielen "Erhal - tung des außenwirtschaftlichen und des binnenwirtschaftlichen Gleichgewichts" und einer Lage, die durch die gekennzeichneten allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme und die aufgezeigte Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Außenhandel im besonderen bestimmt wird. Hieraus entsteht die Notwendigkeit der Anwendung einer "entwicklungsorientierten" Wechselkurspolitik als Instrument zur Überwindung dieser Diskrepanz.

c) Systematische Darstellung des wechselkurspolitischen Instrumentariums in allgemeiner Sicht

1. Die Stellung der Wechselkurspolitik innerhalb der Wirtschaftspolitik

Das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik ist heute nicht nur in entwickelten Volkswirtschaften, sondern auch in Entwicklungsländern so vielgestaltig und differenziert, daß es auf den ersten Blick unmöglich erscheint, eine Einordnung der Wechselkurspolitik in den "wirtschaftspolitischen Werkzeugkasten" vorzunehmen. Eine logische Eingliederung der Wechselkurspolitik in das gesamte wirtschaftspolitische Instrumentarium erscheint aber deshalb notwendig, weil diese Arbeit einen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Instrumentenlehre der Entwicklungsländer leisten will. Die nachfolgenden Ausführungen stellen somit den Versuch dar, eine Art "Standortbestimmung" der Wechselkurspolitik innerhalb der Wirtschaftspolitik vorzunehmen.

E. Tuchtfeldt[1] hat darauf hingewiesen, daß alle bisher

---

1) Vgl. E. Tuchtfeldt: "Das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik. Ein Beitrag zu seiner Systematisierung" in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 2. Jahr, Tübingen 1954, S. 54

von der nationalökonomischen Forschung erarbeiteten Einteilungen des wirtschaftspolitischen Instrumentariums einem der folgenden Kriterien zuzuordnen seien:

aa) dem Sachbereich [1],
bb) der Eingriffsintensität,
cc) der Zielrichtung,
dd) der Ordnungs- oder Systemrelevanz.[2]

1) Vgl. dazu E. Tuchtfeldt, a.a.O., S. 54: "Beim Sachbereich handelt es sich um den logischen Ort im Wirtschaftskreislauf oder seinen Datenkranz, an dem eine Maßnahme primär ansetzt."

2) Die dem Prinzip aa) zugrunde liegende Gliederung geht davon aus, daß es einmal die Wirtschafts o r d n u n g sein kann, zum anderen der Wirtschafts a b l a u f , zu deren Beeinflussung eine wirtschaftspolitische Maßnahme eingesetzt wird. Diejenigen Maßnahmen, die sich mit der Wirtschaftsordnung befassen, bezeichnet J. Tinbergen als die q u a l i t a t i v e , alle die Maßnahmen, die den Wirtschaftsablauf als Angriffspunkt wählen als q u a n t i t a t i v e Wirtschaftspolitik. Vgl. J. Tinbergen: "On the Theory of Economic Policy, Contributions to Economic Analysis" Amsterdam 1952, S. 2: "By qualitative policy we mean the changing of certain qualitative aspects of economic s t r u c t u r e , by quantitative policy the changing w i t h i n the qualitative framework of the given structure, of certain political p a r a m e t e r s or political instruments". Damit ist eine Unterscheidung in Ordnungspolitik und Prozeßpolitik gewonnen. Bei beiden Arten - und damit gewinnt man eine weitere Unterscheidung - kann es sich entweder um einen m i k r o politischen oder m a k r o politischen Eingriff handeln. - Der Einteilung bb) liegt die unterschiedliche Stärke des Mitteleinsatzes zugrunde. Hierunter fällt z.B. die von K. Schiller vorgenommene Dreiteilung in Markt b e e i n f l u s s u n g , Markt i n t e r v e n t i o n und Markt r e g u l i e r u n g . Vgl. K. Schiller: "Marktregulierung und Marktordnung in der Weltagrarwirtschaft" in: Probleme der Weltwirtschaft (Schriften des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel Nr. 67), Jena 1940, S. XIV ff. - Das Kriterium cc) geht davon aus, "wie eine Maßnahme sich auf Richtung und Ergebnis des Wirtschaftsprozesses auswirkt". Vgl. E. Tuchtfeldt, a.a.O., S. 54. Als Beispiel dieser Gliederung sei die von W. Röpke herausgestellte A n p a s s u n g s i n t e r v e n t i o n und E r h a l t u n g s i n t e r v e n t i o n genannt. Vgl. W. Röpke: "Gesellschaftskrisis der Gegenwart" Erlenbach-Zürich 1942, S. 300 ff. (im folgenden zitiert als W. Röpke: Gesellschaftskrisis) - Die Zuordnung einer wirtschaftspolitischen Maßnahme nach dem unter dd) gewählten Kriterium ist heute von aktueller Bedeutung. Sie beinhaltet im wesentlichen die Unterscheidung in m a r k t k o n f o r m e und m a r k t i n k o n f o r m e Maßnahmen. Vgl. hierzu vor allem W. Röpke: Gesellschaftskrisis, a.a.O., S. 259 und 299 sowie A. Müller-Armack: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" Hamburg 1947, S. 76, ferner A. Rüstow: "Zwischen Kapitalismus und Kommunismus" in: Ordo, Bd. 2 (1949), S. 133

Eine Beurteilung der wechselkurspolitischen Maßnahmen und ihrer Wirkungen nach dem Sachbereich läßt nun erkennen, daß durch sie der Wirtschafts p r o z e ß beeinflußt wird. Es darf also als erstes Ergebnis festgehalten werden, daß alle wechselkurspolitischen Maßnahmen der Prozeßpolitik zuzuordnen sind. Dabei entsteht die Frage, ob der Gesamtprozeß, also die volkswirtschaftlichen Aggregate, einer Beeinflussung ausgesetzt werden (Makro-Politik) oder eine bestimmte Personengruppe oder bestimmte Wirtschaftsvorgänge als Zielrichtung gewählt werden (Mikro-Politik). Bei der Abwertung, der Einführung flexibler Wechselkurse und der Wechselkursstabilisierung über den inneren Geldwert unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Maßnahmen darauf abzielen, das innere oder äußere Gleichgewicht herzustellen. Die genannten Maßnahmen dürfen daher eindeutig der M a k r o - A b l a u f s p o l i t i k zugeordnet werden.[1)]

2. Kredit- und Finanzpolitik als indirekte Wechselkurspolitik

Es war bereits im Zusammenhang mit der Behandlung des Inflationsproblems dargestellt worden, wie durch eine im Inland bestehende Diskrepanz zwischen realwirtschaftlichem Angebot und monetärer Gesamtnachfrage ein Zahlungsbilanzgleich gewicht und damit die Stabilität des Gleichgewichtswechselkurses gefährdet werden kann.[2)] Der

---

1) Demgegenüber ist die Zugehörigkeit der Wechselkursdifferenzierung entweder zur Makro- oder Mikropolitik weniger eindeutig. Zu einem Teil werden hier einzelne Personengruppen und Wirtschaftsvorgänge betroffen. Da aber im ganzen gesehen auch die Wechselkursdifferenzierung der Gleichgewichtsherstellung dient, hält es der Verfasser für vertretbar, sie ebenso wie die anderen wechselkurspolitischen Maßnahmen der Makro-Ablaufspolitik zuzuordnen.

2) Vgl. S. 14 ff. unserer Ausführungen.

Wechselkurs wird wegen des entstehenden Ungleichgewichts labil.[1] Wird durch eine im Inland eingeleitete kontraktive Finanz- und Kreditpolitik der Versuch gemacht, die entstandene Labilität des Wechselkurses über eine Beeinflussung der monetären Gesamtnachfrage im Inland zu beseitigen, so sind diese Maßnahmen indirekter Art. Denn nicht der Wechselkurs selbst bildet hier den Ansatzpunkt des Eingriffs, sondern eine dritte Größe, nämlich das inländische Geld- und Kreditvolumen.[2]

Bei Anwendung dieser Politik wird die Zahlungsbilanz in dem Umfange durch eine Veränderung der inländischen Geldmenge beeinflußt, in dem es gelingt, inflatorisch wirkende Kaufkraft abzuschöpfen. Bei der Beseitigung des Zahlungsbilanzungleichgewichtes über den Einkommens- bzw. über den Preismechanismus ergeben sich dabei zeitliche Unterschiede.[3] Im allgemeinen wird der Einkommensmechanismus dadurch, daß er die Importe auf direktem Wege beeinflußt, eine schnellere Veränderung der Zahlungsbilanz bewirken als der Preismechanismus, weil hier die Verminderung der Importe bzw. Erhöhung der Exporte erst über

---

1) Vgl. zur gesamten Problematik C. Köhler:"Die Bestimmungsgründe des Wechselkurses und die Antinomien seiner Stabilisierung" Diss. Berlin 1950. - H. Näser: "Starre oder bewegliche Wechselkurse?" Diss. Frankfurt 1946. - J. Jentgen:"Fixe, fluktuierende oder variable Wechselkurse" Diss. Basel 1954, vor allem S. 40 ff. - W. Spathelf, a.a.O, S. 81 ff. - E. Küng:Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 419 ff. - H. Bachmann: "Das Postulat flexibler Wechselkurse" in: Außenwirtschaft 8. Jg. (1953), S. 258 ff. (im folgenden zitiert als H. Bachmann: Flexible Wechselkurse).

2) Vgl. auch die Ausführungen darüber im Abschnitt "Aufgabenstellung der Untersuchung" S. 1 ff.

3) Vgl. E. N. Bernstein: Strategic Factors, a.a.O., S. 153: "The difficult question is not whether inflation will affect the balance of payments, but how much and how soon."

eine Beeinflussung des inländischen Preisniveaus erreicht werden muß. In welchem Maße und mit welchem "lag" der Preismechanismus reagiert, ist wiederum eine Frage von Angebots-, Nachfrage- und Substitutionselastizitäten im Inland sowie im Ausland.[1)]

3. Die Maßnahmen der direkten Wechselkurspolitik

Eine direkte Beeinflussung des Wechselkurses kann im Gegensatz zur indirekten Wechselkurspolitik dadurch erfolgen, daß der Kurs autonom fixiert (fixierter Wechselkurs), auf- oder abgewertet (autonome Auf- oder Abwertung), differenziert (Wechselkursdifferenzierung) oder freigegeben, d.h. den Kräften des Angebots und der Nachfrage auf dem Devisenmarkt überlassen wird (flexibler oder freier Wechselkurs).

aa) Der freie Wechselkurs

Der Begriff des flexiblen Wechselkurses und seine Funktionsweise ergibt sich aus Folgendem: Gibt die Notenbank die Verpflichtung, Devisen zu einem festen Kurs anzukaufen oder zu verkaufen auf, oder wird die Bindung der heimischen Währung an das Gold fallengelassen, so unterliegt die Preisbildung für ausländische Valuta allein dem Angebot und der Nachfrage nach Devisen. Statt der Festsetzung eines Preises bildet sich ein Marktpreis, der je nach Stärke der auf dem Devisenmarkt wirkenden Kräfte größeren oder geringeren Schwankungen unterworfen ist. Dieser Gleichgewichtswechselkurs bringt das Angebot

---

1) Zum Problem des Zeitfaktors vgl. die Ausführungen von J. Tinbergen: "Long-Term Foreign Trade Elasticities" in: Metroeconomica, 1. Jg. (1949), S. 175 und Z. Kubinsky: "The Elasticity of Substitution between Sources of British Imports, 1921 - 1938" in: Yorkshire Bulletin, Vol. 2, No. 1, Januar 1950, S. 17ff. sowie in: University Institute of Economics, Oslo, April 1950, S. 1ff.

von und die Nachfrage nach Devisen zum Ausgleich. Der Staat oder die Notenbank können jedoch aus wirtschaftspolitischen Gründen ein Interesse daran haben, den Kurs der heimischen Währung trotz des freien Spiels von Angebot und Nachfrage nur innerhalb gewisser Grenzen schwanken zu lassen. Die Notenbank oder eine andere legalisierte Institution begibt sich daher bei Erreichung bestimmter Höchst- oder Mindestpreise, die als obere oder untere Grenze für die Höhe des Wechselkurses als vertretbar erscheinen, auf den Markt, um durch eigenes Angebot oder durch eigene Nachfrage von bzw. nach ausländischer Valuta selbst den Wechselkurs auf dem erreichten Niveau zu stabilisieren. Um jederzeit eine solche Stabilisierung des Wechselkurses vornehmen zu können, müssen Devisenfonds gebildet werden. Diese Stabilisierungsfonds[1] können die Aufgabe haben, Abwertungen oder Aufwertungen der heimischen Währung, die durch Kursschwankungen automatisch entstehen und ein bestimmtes Ausmaß überschreiten, zu verhindern, wenn sie mit der allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzung nicht in Einklang stehen.

Unerwünschte Wechselkursbewegungen, denen die Stabilisierungsfonds begegnen sollen, schließen oft auch saisonale Schwankungen und Fluktuationen der Kurse, die aus spekulativen Kapitalbewegungen entstehen, ein.[2]

Die Tatsache, daß die Preisbildung ausländischer Valuta beeinflußt werden soll oder sich völlig frei vollziehen kann, grundsätzlich jedoch den Kräften des Marktes unterworfen ist, hat dazu geführt, daß die Terminologie

---

1) Z.B. der britische "Exchange Equalisation Account"

2) Vgl. J. N. Behrmann und W. E. Schmidt: "International Economics" New York 1957, S. 280

für diese beiden Arten der Wechselkursgestaltung nicht völlig einheitlich verwendet wird.[1]

bb) Der fixierte Wechselkurs

Die Fixierung des Wechselkurses erfolgt durch die Notenbank in der Weise, daß sie sich - im Falle einer Währung mit Goldparität - durch Abgabe einer rechtsverbindlichen Erklärung verpflichtet, pro Mengeneinheit Gold, die ihr angeboten wird, einen bestimmten Betrag in heimischer Währung zu zahlen. Praktisch gleichbedeutend ist es, wenn die Notenbank die Erklärung abgibt, wieviel Gramm Feingold eine inländische Währungseinheit wert ist. Ist die Währung des betreffenden Landes nicht an das Gold gebunden, so erfolgt die Fixierung des Wechselkurses in der Weise, daß die Notenbank eine bestimmte Austauschrelation gegenüber einer fremden (Leit-) Währung festsetzt.[2] Ist der Preis der inländischen Währung einmal fixiert und hat die Notenbank sich gesetzlich verpflichtet, jeden An- und Verkauf zu diesem Preis zu tätigen, so wird kein potentieller Käufer ausländischer Währung bereit sein, gegenüber privaten Anbietern mehr in heimischer Währung für Devisen hinzugeben, als von der Notenbank

---

1) So spricht man in der angelsächsischen Literatur von "fluctuating", "freely fluctuating" und "flexible exchange rates", in der deutschen Fachsprache verwendet man die Ausdrücke "beweglicher", "flexibler", "fluktuierender" und "freier" Wechselkurs.

2) Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 423

verlangt wird. Umgekehrt wird kein potentieller Anbieter mehr Devisen hingeben wollen, als durch die Notenbank potentiellen Nachfragern für eine bestimmte Menge inländischer Währung zur Verfügung gestellt wird. Wenn also Geschäftsbanken oder Privatpersonen ausländische Valuta zu Preisen handeln, die sich innerhalb der von der Notenbank fixierten Marge zwischen An- und Verkaufskurs bewegen, so braucht die Notenbank nicht für irgendwelche Devisentransaktionen in Anspruch genommen zu werden. Beginnen jedoch die am Devisenhandel beteiligten Personen, von den fixierten Paritäten abzugehen, so tritt die Notenbank in Aktion, indem sie zu den offiziell von ihr festgesetzten Paritäten kauft oder verkauft. Hierdurch werden die im freien Verkehr gehandelten Valuten - von einem gewissen Disagio abgesehen - wieder auf das offizielle Kursniveau zurückgedrängt.[1)]

Nach den Vereinbarungen von Bretton Woods hat die Mehrzahl der Mitgliedsländer mit dem Internationalen Währungsfonds sogenannte Goldparitäten vereinbart, wodurch sich das Austauschverhältnis ihrer Währungen untereinander automatisch ergibt.[2)] Die Goldparitäten tragen jedoch nur rein deklaratorischen Charakter, eine Funktionsweise, wie sie unter dem Goldstandard bestand, wird dadurch nicht in Kraft gesetzt.

cc) Auf- und Abwertung

Es bleibt noch eine weitere Art der Wechselkursgestaltung darzustellen, die für sich genommen nur eine Unterart des fixierten, labilen Wechselkurses und seiner Kombinationsformen bildet:

---

1) Vgl. J. N. Behrmann und W. E. Schmidt, a.a.O., S. 244

2) Vgl. Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, lfd.

Aus der Erkenntnis heraus, daß der fixierte Wechselkurs auch bei außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht durch Stützung quantitativer Ein- und Ausfuhrmaßnahmen sowie durch Devisenbewirtschaftung "durchgehalten" werden kann, zum anderen aber auch die Möglichkeit besteht, ihn von Zeit zu Zeit, wenn die Zahlungsbilanzposition es erfordert, autonom zu ändern, wurde dem fixierten Wechselkurs die autonome Änderung des Kurses durch Festsetzung neuer Paritäten gegenübergestellt. Vor und nach der erfolgten Korrektur ist der Wechselkurs wieder fixiert. Von den beiden möglichen Maßnahmen der Kurskorrektur, der Auf- oder Abwertung, ist die letztgenannte Maßnahme in Entwicklungsländern wegen der dort bestehenden Zahlungsbilanz d e f i z i t e die häufigere. Der Vorgang der Abwertung läßt sich wie folgt darstellen:

Die Notenbank gibt ihre rechtsverbindliche Erklärung, heimische Währung gegen einen bestimmten Betrag Gold oder ausländische Valuta zu tauschen, auf und erklärt, daß sie von einem bestimmten Zeitpunkt an bereit sei, pro angebotene Mengeneinheit Gold nicht mehr den früheren Betrag heimischen Geldes zu bezahlen, sondern einen höheren Betrag.[1)]

dd) Wechselkursdifferenzierung

Eine gesonderte Form der Wechselkurspolitik ist die Wechselkursdifferenzierung; sie stellt im Grunde nur eine Abart der bisher erwähnten Gestaltungsformen dar.

---

1) Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 423: "Praktisch gleichbedeutend ist es, wenn gesagt wird, die nationale Währungseinheit sei von demselben Augenblick an nicht mehr gleichwertig mit y Milligramm Feingold, sondern bloß noch mit y - c Gewichtseinheiten." - Vgl. auch E. Küng: "Zur Bestimmung des Satzes einer Abwertung" in: WWA, Vol. 58 (1943) II, S. 450: "Im Rahmen der modernen Außenwirtschaftsbeziehungen wird die Abwertung des Kurses der eigenen Währung gegenüber dem Gold, gegenüber einzelnen Fremdwährungen oder gegenüber der Gesamtheit der einzelnen Valuten meist dann vorgenommen, wenn die Leistungsbilanz ... der abwertenden Volkswirtschaft eine dauernde Tendenz zur Passivität aufweist."

Unter Wechselkursdifferenzierung versteht man alle Maßnahmen der Notenbank, die die Bildung mehrerer Preise für eine Einheit ausländischer Währung, ausgedrückt in heimischer Währung, zur Folge haben. Die Praxis kennt drei Hauptformen einer solchen Preisdifferenzierung auf dem Devisenmarkt:

11) Eine Differenzierung nach W a r e n g a t t u n g e n , die ein- oder ausgeführt werden, oder eine Differenzierung nach der Art der Dienstleistungen oder der Art des Kapitaltransfers. Es sind dies also die Posten der Leistungsbilanz, für die verschiedene Wechselkurse zur Anwendung kommen.

22) Eine Differenzierung nach W ä h r u n g e n oder Währungsräumen. Bei dieser Form der Kursdifferenzierung werden für alle Transaktionen mit dem einzelnen Partnerland zwar Einheitskurse angewendet, doch entspricht das Kursverhältnis der inländischen Währung A zur Währung eines anderen Landes B einerseits und zur Währung eines dritten Landes C andererseits nicht dem Verhältnis der Währung B und C untereinander. Dies läßt sich am besten an einem Beispiel darstellen: Ist das offizielle Umtauschverhältnis zwischen £ Sterling und US-$ z.B. 1:4 und werden 400 argentinische Pesos gegen 1 £ Sterling getauscht, so müßte das Verhältnis von Pesos zu Dollar 100:1 sein, wenn keine Wechselkursdifferenzierung vorläge. Setzt jedoch die argentinische Notenbank einen Pesokurs gegenüber dem Dollar im Verhältnis 125:1 fest, so ist die offizielle Kursrelation von £ Sterling zu Dollar, wie sie bestände, wenn man beide Währungen direkt gegeneinander tauscht, unterbrochen, wenn der Tausch beider Währungen über den argentinischen Peso vorgenommen wird. Eine solche Maßnahme würde eine Diskriminierung des £ Sterling durch Argentinien bedeuten.

33) Eine Differenzierung dahingehend, daß der Einheitswechselkurs in einen E i n - und A u s f u h r w e c h s e l k u r s aufgespalten wird.[1]

---

1) Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 165ff.

d) Die Anwendung des wechselkurspolitischen Instrumentariums in den Entwicklungsländern

1. Stabilität des Wechselkurses als Beurteilungskriterium

Soll der Zahlungsbilanzausgleich über den Preis- oder Einkommensmechanismus hergestellt werden, also durch Stabilisierung des Wechselkurses ohne Anwendung quantitativer Maßnahmen (Importrestriktionen und/oder Devisenbewirtschaftung), so ist eine Beeinflussung der Gesamtnachfrage durch Anwendung finanz- und kreditpolitischer Mittel unumgänglich. Bei negativem Zahlungsbilanzsaldo muß eine deflationistische, bei positivem Saldo eine inflationistische Kredit- und Finanzpolitik getrieben werden.

Eine konsequente Durchführung des Zahlungsbilanzausgleichs auf diesem Wege bedeutet praktisch eine Rückkehr zu den Bedingungen des Goldstandards. Jeder Versuch, den man unternimmt, um die beschäftigungspolitischen Nachteile dieses Prozesses zu umgehen, zieht erneute Störungen des Gleichgewichts nach sich, deren Ausgleich wiederum ungünstige Rückwirkungen auf die Beschäftigungslage haben kann.[1] So räumt P. Jacobsson[2] aus diesem Grunde eindeutig der internen Kredit- und Finanzpolitik den Vorzug vor Wechselkursänderungen ein. Er bezweifelt nicht die

---

1) Vgl. F. W. Meyer: "Stabile oder bewegliche Wechselkurse?" in: Ordo, Bd. IV (1951), S. 352: "Will man vom Primat der Beschäftigungspolitik und damit von der Ausnutzung der kreditpolitischen Autonomie unter den genannten Bedingungen dennoch nicht lassen, dann bietet sich nur ein Weg, der ... aus dem circulus vitiosus herausführt: der Verzicht auf jedes verkehrswirtschaftliche System."

2) Vgl. P. Jacobsson: "Feste oder veränderliche Wechselkurse?" in: Skandinaviska Banken, Jg. 35 (1954), S. 89 ff.

Durchsetzbarkeit einer solchen Politik im Inland, wenn sie wohl auch im Augenblick ihres Einsatzes schmerzhaft für gewisse Bereiche der Volkswirtschaft sein mag. Eine solche Politik - so meint P. Jacobsson - würde noch dadurch erleichtert, daß Länder, denen an sich der Weg zum Weltmarkt offensteht, darauf vertrauen, daß ihre Handelspartner sich "ausgleichskonform" verhalten und nicht eine engstirnige Restriktionspolitik treiben.[1] Aus den hier entwickelten Darlegungen wird erkennbar, daß der Erfolg einer solchen Stabilisierungspolitik der Wechselkurse außerordentlich hohe Anforderungen nicht nur an die monetäre Disziplin der stabilisierenden Entwicklungsländer, sondern auch an die der Partnerländer stellt.

Die Klassiker der Nationalökonomie glaubten, daß ein Steigen des Exports des einen Landes uno actu zu einem Fallen des Exports des anderen Landes führen müsse.[2] Für sie war der Rückgang der Nachfrage nach den Exporten eines Landes ein weltwirtschaftliches Phänomen, das aus dem Konjunkturzyklus entsteht und sich weitgehend der Einflußnahme durch ein einzelnen Land entzieht.

Heute dagegen werden die Verzerrungen im internationalen Handel weitgehend durch eine unterschiedliche autonome Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern

---

1) Vgl. P. Jacobsson, a.a.O., S. 90

2) Diese Gedankengänge kommen zum Ausdruck in den Werken J. St. Mill's und A. Marshall's. Vgl. etwa J. St. Mill: "Grundsätze der politischen Ökonomie" II. Band, (übersetzt von Adolph Soetbeer) Hamburg 1852 und A. Marshall: "Money, Credit and Commerce" London 1924

hervorgerufen (Inflationsproblem).[1] Treten Verzerrungen im internationalen Handel auf, so ist es schwierig, die einzelnen Volkswirtschaften zu einer Abkehr von ihrer autonomen Währungspolitik zu bewegen. Die im internationalen Zahlungsverkehr Überschüsse erzielenden Länder, die nach den klassischen Regeln im Inland inflationieren müßten, um ihren Exportüberschuß abzubauen, können sich heute kaum aus allgemein-politischen wie aus Beschäftigungsgründen zu einer solchen Politik entschließen. Scheuen sich aber die Überschußländer in der Verfolgung des Zieles der Wechselkursstabilisierung, eine inflationistische Politik zu betreiben, so wird den Defizitländern dadurch, daß sie infolge der zögernden Politik ihrer Partner um so stärker deflationieren müssen, die volle Last der Gleichgewichtsherstellung aufgebürdet.[2] Daß mit dieser Frage in erster Linie nicht ein wirtschaftliches, sondern auch ein machtpolitisches Problem angeschnitten wird, dem sich vor allem die Entwicklungsländer angesichts ihrer schwächeren wirtschaftlichen und politischen Situation im Vergleich zu derjenigen hochindustrialisierter Länder gegenübersehen, bedarf keiner weiteren Vertiefung.

---

1) Vgl. D. R. Khatkhate: "Problems of Monetary Policy in a Developing Economy" Bombay 1954, S. 133; "The classicists failed to realize that the major force impinging upon their trade was international in character and associated with the world cycle rather than with the maladjustments in individual countries."

2) Vgl. F. A. Lutz:"The Case for Flexible Exchange Rates" in: Banca Nazionale del Lavoro, Vol. VII (1954), S. 178 (im folgenden zitiert als F. A. Lutz: Flexible Exchange Rates) sowie A. Smithies: "A Modern International Trade Theory and International Policy" in: American Economic Review, Vol. XXXIV (1952), S. 175 ff.

Ein Weiteres muß beachtet werden: Die klassische Theorie von der Eignung der internen Kreditpolitik für den Ausgleich der Zahlungsbilanz basierte auch auf der Notwendigkeit kurzfristiger Kapitalbewegungen, die stattfinden mußten, um den Ausgleich vorübergehender Fluktuationen der Wechselkurse in vollem Umfange erreichen zu können (Kapitalabfluß bei positivem Saldo, Kapitalzufluß bei negativem Saldo der Leistungsbilanz).[1] Die Entwicklungsländer haben kein Regulativ dieser Art zur Hand. Im Gegenteil fließt ihnen in konjunkturellen Aufschwungsphasen, in denen sie ohnehin erhöhte Exporterlöse erzielen, infolge einer optimistischen Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Lage durch die Kapitalexportländer in verstärktem Umfange spekulatives und langfristiges Anlagekapital zu.[2] Da die Phasen der Konjunkturschwankungen in Industrie- und Entwicklungsländern in der Regel zusammenfallen, bedeutet dies, daß im Aufschwung den Industrieländern Kapital entzogen wird, was ihnen im Hinblick auf die Bekämpfung inflatorischer Kräfte nur willkommen sein kann, während den Entwicklungsländern in dieser Phase Kapital zuströmt, wodurch sich das Inflationsproblem hier nur noch akzentuierter stellt.[3]

---

1) Vgl. E. Heuß: "Autonome Geldpolitik und bewegliche Wechselkurse" in: Außenwirtschaft, 4. Jg. (1949), S. 157

2) Vgl. unsere Ausführungen S. 20 ff.

3) Vgl. D. R. Khatkhate, a.a.O., S. 133: "The effect of such fluctuations in international capital movements was, therefore, to smooth down cyclical, monetary and credit fluctuations in advanced countries but to accentuate them in underdeveloped countries." sowie R. Triffin: "National Central Banking and the International Economy" in: International Monetary Policies (Postwar Economic Studies No. 7), Washington 1947, S. 55 ff.

Um also einen vollen Ausgleichsprozeß der Zahlungsbilanz bei stabilen Wechselkursen zu gewährleisten, ist es notwendig, daß zwischen dem stabilisierenden Land einerseits und seinen Partnerländern andererseits eine Währungsordnung vorhanden ist, in der dem Übertragungsprozeß der Kaufkraftwellen keine Schranken gesetzt sind.[1] Die Fragestellung läuft daher darauf hinaus, ob die nationalen Regierungen der Entwicklungsländer überhaupt gewillt sind, die oben dargestellten internen Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, und wenn ja, ob sie diese Maßnahmen aufgrund der besonderen Struktur ihrer Volkswirtschaften und der vorhandenen institutionellen Grenzen durchsetzen können.

Berücksichtigt man alle genannten Voraussetzungen für die Stabilität des Wechselkurses in Entwicklungsländern, so kommt man zu der Schlußfolgerung, daß das Gesamtproblem "Stabile Wechselkurse in Entwicklungsländern" in einem weiteren weltwirtschaftlichen Rahmen zu sehen ist. H. Bachmann[2] hat diese Notwendigkeit treffend mit folgenden Worten gekennzeichnet: "Das Postulat stabiler Wechselkurse gehört vernünftigerweise in einen ganz anderen Problemkreis hinein, nämlich in die Problematik stabiler weltwirtschaftlicher Verhältnisse überhaupt: weltwirtschaftliche Stabilität durch gleichmäßige Beschäftigung und Konjunktur, durch Gleichmäßigkeit der internationalen Kapitalbewegungen, durch nur allmähliches Sich-Auswirkenlassen der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung, durch den Verzicht auf jähe, hektische Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, durch die Vermeidung größerer außerwirtschaftlicher Störungen. Im Außmaße, wie sich auf diesen Ebenen eine umfassende Stabilisierung in der Weltwirtschaft verwirklichen läßt, werden auch stabile Wechselkurse zu einem wirklich sinnvollen Postulat, je unstabiler aber diese allgemeinen Verhältnisse sind, umso geringer ist auch die praktische Bedeutung der Wechselkursstabilität."

---

1) Vgl. F. W. Meyer, a.a.O., S. 351

2) Vgl. H. Bachmann: Flexible Wechselkurse, a.a.O., S. 260

2. Die Wirkungen der indirekten Wechselkurspolitik

Gelingt es einer indirekten Wechselkurspolitik, die Stabilität des Kurses in Verbindung mit dem binnenwirtschaftlichen Gleichgewicht zu erreichen, so bedarf es keiner weiteren Erörterung, daß dies im Hinblick auf das langfristige Ziel "Entwicklungsförderung" eine optimale Lösung darstellt. Wenn aber selbst hochentwickelte Volkswirtschaften diese Zielkombination nicht erreichen, so dürfte dies noch viel schwieriger in Entwicklungsländern sein, die in stärkerem Maße auslandsabhängig sind als entwickelte Volkswirtschaften und deren wirtschaftspolitisches Instrumentarium verhältnismäßig wenig ausgebildet ist.

Durch die folgende Wirkungsanalyse soll aufgezeigt werden, daß der Anwendung indirekter wechselkurspolitischer Maßnahmen in Entwicklungsländern Grenzen gesetzt sind. Hieraus ergibt sich für diese Länder die Notwendigkeit, das Schwergewicht stärker auf die Maßnahmen der direkten Wechselkurspolitik zu legen. Aus diesem Grunde sind die folgenden Ausführungen über das Instrumentarium der indirekten Wechselkurspolitik, also der Stabilisierung des Kurses über den inneren Geldwert, kurz gehalten.[1] Den Hauptgegenstand der Untersuchung bildet die Wechselkurspolitik im engeren Sinne, d.h. die direkte Wechselkurspolitik (freier Wechselkurs, fixierter Kurs, Auf- und Abwertung und Wechselkursdifferenzierung).

---

1) Auf eine nähere Erörterung der indirekten Wechselkurspolitik kann auch deswegen verzichtet werden, weil die damit zusammenhängenden Fragen in der Literatur bereits ausgiebig behandelt worden sind. Vgl. hierzu vor allem die instruktive Darstellung bei E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 11ff.

aa) Die klassische Notenbankpolitik

Es sind zunächst die drei klassischen Instrumente der Notenbankpolitik, also die Diskont-, Offen-Markt- und Mindestreservepolitik, auf ihre Eignung hin zu prüfen.[1] Gesondert werden die selektive Kreditpolitik und die Finanzpolitik des Staates behandelt, da hier bezüglich der Entwicklungsländer besondere Gesichtspunkte zu beachten sind.

Die Erfolgsaussichten der D i s k o n t p o l i t i k als Mittel der Inflationsbekämpfung sind in Entwicklungsländern kaum als günstig zu bezeichnen. Betrachtet man das Ausmaß der Preissteigerungen in einer Reihe von Entwicklungsländern, so wird deutlich, daß eine Diskontveränderung in Höhe von 1/2, 1, 2 oder 3 % kaum eine restriktive Wirkung auf das Preisniveau ausüben kann. Jede Kreditverteuerung kann angesichts von Inflationsprozessen in dem Ausmaß, wie sie in Entwicklungsländern teilweise vorherrschen, mühelos den erzielten Preisen zugeschlagen werden. Im ganzen gesehen spielt daher der Diskontsatz als Regulativ für das Geld- und Kreditvolumen nur eine untergeordnete Rolle.[2]

---

1) Eine sehr gute Gesamtdarstellung der Ziele dieser drei Maßnahmen gibt J. E. Meade: "Objectives of Monetary Policy" in: Developments in Monetary Policy, Economic Papers, No. II (1956), S. 5 ff.

2) Über die grundsätzlichen Zusammenhänge vgl. vor allem H. Gestrich: "Neue Kreditpolitik" Stuttgart und Berlin 1936 - J. M. Keynes: "Vom Gelde" München und Leipzig 1932 (Neudruck Berlin 1955) - W. Lautenbach: "Zins, Kredit und Produktion" Tübingen 1952 - A. v. Mühlenfels weist besonders auf die Problematik einer ex-ante-Bestimmung der Einflüsse der Diskontpolitik hin. Vgl. A. v. Mühlenfels: "Diskontpolitik und Zahlungsbilanz" in: WWA, 38. Bd. (1933) II, S. 103 ff. Vgl. auch den Aufsatz des gleichen Verfassers: "Die Diskontpolitik in der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung" Festgabe für Werner Sombart, in: Schmollers Jahrbuch, Sonderausgabe 1933 - O. Veit: "Die veränderte Währungspolitik und ihre Folgen" Frankfurt 1957.

Hinzu kommt, daß der Diskontpolitik in Entwicklungsländern institutionelle Grenzen gesetzt sind. Ein funktionsfähiger Geld- und Kapitalmarkt ist in den meisten Fällen nicht vorhanden, sondern ein nicht unwesentlicher Teil der Geld- und Kapitaltransaktionen wird außerhalb organisierter Märkte abgewickelt. Daher kann z.B. das Regulativ einer Anpassung der Geldmarktsätze an die Diskontsätze, das in entwickelten Volkswirtschaften mit ihrem durchgegliederten Geld- und Kapitalmarkt eine entscheidende Rolle für die Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Liquidität spielt, seine Wirksamkeit in vollem Umfang gar nicht entfalten. Ein Zusammentreffen von angebotenem Sparkapital und der Nachfrage kapitalsuchender Investoren findet zu großen Teilen nicht auf organisierten Märkten statt. Nicht nur der funktionale Zusammenhang zwischen Geschäftsbanken und Publikum, sondern auch zwischen Notenbanken und Geschäftsbanken ist oft gestört. Damit entziehen sich die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen selbst bei verschärftem Einsatz der Diskontpolitik in weiten Teilen der Beeinflussung durch die Notenbank.[1)]

Analysiert man die Funktionsweise der kontraktiven O f f e n - M a r k t - P o l i t i k , d.h. den Verkauf von Wertpapieren durch die Notenbank zur Abschöpfung von Kaufkraft, so muß in jedem Fall mit der Bereitschaft der Wirtschaftssubjekte, solche Papiere zu kaufen, gerechnet werden. Ist diese Bereitschaft nicht vorhanden, so wird das Instrument der Offen-Markt-Politik unwirksam. Im Konjunkturaufschwung und bei zunehmender inflatorischer Entwicklung wird das Publikum kaum bereit sein,

---

1) Vgl. D. R. Khatkhate, a.a.O., S. 140: "Even though the high discountrate were to restrict creation in the organized section the consumption and investment of expenditure will continue unabated with the assistance of funds borrowed in the unorganized money-market. The area of influence of the bank rate ... may be very small." - Vgl. auch A. Tismer: "Grenzen der Diskontpolitik" München und Leipzig 1932

seine Liquidität zu Gunsten des Kaufes von Wertpapieren einzuschränken.[1)]

Es wurde im Zusammenhang mit der Diskontpolitik bereits darauf hingewiesen, daß in einer Reihe von Entwicklungsländern von einem organisierten Kapitalmarkt, wie er z.B. durch die Wertpapierbörse dargestellt wird, nicht gesprochen werden kann. Aber selbst wenn ein solcher Markt vorhanden wäre, müßte noch immer bezweifelt werden, ob sich die Notenbanken gerade in Entwicklungsländern zu jeder Zeit im Besitz ausreichender Wertpapierbestände befinden, um zum richtigen Zeitpunkt die Offen-Markt-Politik einzuleiten. Sehr gravierend ist auch das Problem der Unkenntnis des Publikums über die Existenz von Wertpapieren und die Möglichkeiten ihrer Weiterveräußerung.[2)] Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß die Offen-Markt-Politik ein noch ungeeigneteres Mittel zur Beeinflussung der monetären Gesamtnachfrage in Entwicklungsländern darstellt als die Diskontpolitik.[3)]

---

1) Zum Gesamtproblem vgl. vor allem: K. Bernard: "Werkzeuge der Kreditpolitik" in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 5. Jg. (1952), S. 9 ff. - A. Forstmann: "Geld und Kredit" Göttingen 1952 - H. Gestrich: "Geldpolitik und Weltwirtschaft" Berlin 1954 - F. Sarow: "Offenmarktpolitik zur Konjunkturregelung" München und Leipzig 1937. - R. Stucken: "Offen-Markt-Politik oder Veränderung der Pflichtreservesätze" in: WWA, Bd. 68 (1952) I., S. 200 ff.

2) Vgl. D. R. Khatkhate, a.a.O., S. 142: "... in the underdeveloped economy people may not purchase government securities owing to various reasons the formost among which is ignorance and the absence of habit of investing in government papers."

3) Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 54: "Damit ist nun freilich nicht gesagt, daß der Einfluß demzufolge überhaupt gering zu veranschlagen sei. Denn wenn vielleicht auch die Nachfrage nach langfristigen Investitionskrediten von den höheren Zinsen nur wenig verringert wird, so ist es doch keineswegs ausgeschlossen, daß wenigstens das Angebot bzw. das von den Banken gewährte Kreditvolumen zusammenschrumpft."

Die M i n d e s t r e s e r v e p o l i t i k schließlich ist wie die Diskontpolitik ein Instrument, dessen Wirksamkeit auf dem Funktionalzusammenhang der Geldströme zwischen Notenbank und Geschäftsbanken einerseits und Geschäftsbanken und Publikum andererseits beruht. Ist diese wechselseitige Beziehung infolge der Tatsache, daß sich ein wesentlicher Teil des Kreditgeschäftes auf "grauen" und "schwarzen" Märkten abwickelt, durchschnitten, so kann auch das klassische Mittel der Mindestreservepolitik eine volle Wirksamkeit im Hinblick auf das Ziel einer Wechselkursstabilisierung in Entwicklungsländern nicht erlangen.[1)]

Erfolgt nun der Ausgleich der Zahlungsbilanz auf dem Wege einer Beeinflussung der inländischen Gesamtnachfrage mittels der klassischen Notenbankpolitik über den Preis- oder Einkommensmechanismus, so kann - wie erwähnt wurde - dieser Ausgleich nur aufgrund eines hohen Elastizitätsgrades des inländischen P r e i s n i v e a u s erreicht werden; diese Elastizität des Preisgefüges ist nicht nur erwünscht, sondern eine conditio sine qua non für das Funktionieren des Systems.[2)] Der Ausgleichsprozeß hängt im wesentlichen davon ab, in wie starkem Masse das Preisniveau im Inland auf Veränderungen der Geldmenge reagiert oder welcher Anteil des zusätzlich entstandenen Geldangebots bzw. der abgeschöpften Geldmenge sich ausländischen Märkten zuwendet. Entscheidend ist,

---

1) Vgl. auch W. R. Burgess: "The Reserve Banks and Money Market" New York und London 1946 - W. Fischer: "Die Mindestreservepolitik der Zentralbank" München 1949 - H. H. Hohlfeldt: "Mindestreservehaltung als Mittel der Kreditpolitik" in: Schmollers Jahrbuch, 74. Jg. (1954), S. 463 ff. - J. H. van Zwoll: "Mindestreserven als Mittel der Geld- und Kreditpolitik" Berlin 1954.

2) Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 406

welche Veränderungen sich im Inland zwischen der Nachfrage nach ausländischen Waren einerseits und der Nachfrage nach inländischen Gütern andererseits bei der Beeinflussung der Geldmenge ergeben (Substitutions-Elastizität).[1] In einer entwickelten Volkswirtschaft mit einem hohen Grad der Arbeitsteilung, weitgehender Mobilität der Produktionsfaktoren und hoher Substitutionselastizität auf der Angebotsseite werden sich Veränderungen der wirksamen Geldmenge nur in relativ geringem Masse in inländischen Preisveränderungen niederschlagen, da sich die Veränderungen der Gesamtnachfrage auf eine Vielzahl von einzelnen Güterarten verteilt und deren Substitutionselastizität groß genug ist, um den güterwirtschaftlichen Anpassungsprozeß an monetäre Veränderungen reibungslos ablaufen zu lassen. Unentwickelte Volkswirtschaften zeichnen sich dagegen durch einen niedrigen Elastizitätsgrad aus, denn die Produktionsfaktoren sind mehr oder weniger immobil, die Märkte unvollkommen und die güterwirtschaftliche Angebotselastizität äußerst gering.[2] Daraus ergibt sich, daß sich eine kontraktiv eingesetzte Diskont-, Mindestreserve- oder Offen-Markt-Politik in starken Preisrückgängen einiger weniger Güter niederschlägt, umgekehrt eine expansive Notenbankpolitik relativ starke Preissteigerungen bei nur einzelnen Güterarten auslöst. Diese Preisveränderungen im Inland sind umso stärker, je weniger sich eine Geldmengenkontraktion in verminderten Importen bzw. eine Geldmengenexpansion in verstärkten Importen auswirken können. In

---

1) Vgl. dazu J. E. Meade: Balance of Payments, a.a.O., S. 232. Hier wird diese Frage zwar nicht im Zusammenhang mit der internen Finanz- und Kreditpolitik, sondern mit der Abwertung behandelt. Die Elastizitäten erfüllen hier jedoch die gleichen Funktionen. - Vgl. dazu auch F. W. Meyer, a.a.O., S. 349

2) Vgl. G. M. Meier, a.a.O., S. 83 sowie S. 8 unserer Ausführungen, ferner J. A. Buttrick, a.a.O., S. 285 und P. Meyer-Dohm, a.a.O., S. 202

diesen Fällen wendet sich das gesamte Gewicht der Geldmengenveränderung dem Inlandsbereich zu. Für Entwicklungsländer trifft dieser Tatbestand in besonderm Maße zu, denn hier besteht wegen der langfristigen Entwicklungspläne kaum eine Möglichkeit, die Importe kurzfristig zu reduzieren.

Eine der wesentlichsten Eigenschaften des klassischen notenbankpolitischen Instrumentariums ist seine generelle makroökonomische Wirkungsweise, denn die Ansatzpunkte der Diskont-, Mindestreserve- und Offen-Markt-Politik sind nicht z.B. das "Kreditvolumen der Investitionsgüterindustrie" oder das "Kreditvolumen der Textilindustrie", sondern "die Geldmenge" oder "das Kreditvolumen" einer Volkswirtschaft als Aggregatgröße schlechthin. Das bedeutet, daß a l l e P r o d u k t i o n s z w e i g e gleichermaßen durch eine Kreditverteuerung (wie bei der Diskontpolitik) oder eine Einengung der Liquidität bei den Banken (wie bei der Mindestreserve- und Offen-Markt-Politik) getroffen werden.

F. W. Meyer und E. Küng weisen darauf hin, daß man die Wirkung der klassischen Notenbankpolitik als "blind" bezeichnen könne, "weil sie gleichsam die Gerechten und die Ungerechten trifft".[1] Wenn die Eignung einer solchen Politik im Hinblick auf das Ziel "äußeres Gleichgewicht bei stabilen Wechselkursen" auch generell anerkannt wird, so dürfte ihre Anwendung in Entwicklungsländern doch problematisch sein, und zwar gerade wegen ihrer n i c h t - s e l e k t i v e n Wirkung auf die Produktionsstruktur, die sich durch einen unterschiedlichen

---

1) Vgl. F. W. Meyer, a.a.O., S. 349 sowie E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 71 und S. 408, ferner P. Kent: "Money and Banking" New York 1947, S. 418, schließlich J. W. Angell: "The Theory of International Prices" Cambridge (Mass.) 1926, S. 138

technischen Ausstattungsgrad in den einzelnen Produktionszweigen auszeichnet, nichtselektiv wirkende Maßnahmen, die der Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige für die Gesamtwirtschaft nicht genügend Rechnung tragen, eignen sich daher wenig zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Ziele in Entwicklungsländern.[1] Dies gilt vor allem auch für eine generell wirkende Kreditrestriktion. Sie führt wegen der relativ geringen Differenzierung des angebotenen Warensortiments bei nur einigen wenigen Güterarten zu sehr starken Preiseinbrüchen. Junge, in der Entwicklung begriffene Produktionszweige können dabei so erhebliche Absatzeinbußen erleiden, daß die Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses infrage gestellt wird. Infolge der in Entwicklungsländern vorhandenen Interdependenz können solche Erscheinungen die Aufrechterhaltung eines bruchlosen Wirtschaftswachstums und die Erreichung der Ziele "Entwicklungsförderung" und "Stabilhaltung des wirtschaftlichen Prozesses" ernsthaft gefährden. Daher sehen sich die Entwicklungsländer nicht nur der Alternative zwischen "innerem" und "äußerem Gleichgewicht" gegenüber, sondern die Antinomie zwischen den Zielen "Gleichgewicht" und "Wirtschaftswachstum" stellt sich bei konsequenter Durchführung des

---

1) Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium führt zu diesem Problem aus: "Eine Kreditkontraktion, die so weit ginge, die Anpassung an den jeweiligen Einfuhrspielraum um den Preis einer Schrumpfung des Sozialprodukts zu bewirken, würde den gesamtwirtschaftlichen Zielen und Notwendigkeiten zuwiderlaufen". Vgl. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft. Gutachten vom 29. Juli 1951 "Außenhandelspolitik", Bd. 2 (Gutachten von Juni 1950 - November 1952) Göttingen o.J., S. 69 - Auch der Internationale Währungsfonds weist auf die Antinomie zwischen "Geldwertstabilität und Wachstum" in Entwicklungsländern hin, indem er ausführt: "The objective of combining development and internal financial stability has not been achieved in all the countries where development is an important element in economic policy." Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Bericht über das Geschäftsjahr 1957", S. 92

wechselkurspolitischen Stabilisierungsprozesses in akzentuierter Form.[1)]

bb) Selektive Kreditpolitik

Aus der Darstellung der bisherigen Maßnahmen der klassischen Kreditpolitik wird deutlich geworden sein, daß ihrer Anwendung in Entwicklungsländern gewisse Grenzen gesetzt sind, die Wechselkursstabilisierung mit diesen Maßnahmen daher nur in wenigen Fällen erreichbar sein wird.

Soll aber trotzdem der Versuch unternommen werden, den Wechselkurs über das inländische Geld- und Kreditvolumen zu stabilisieren, so muß eine s e l e k t i v e Kreditpolitik angewendet werden. Denn in Entwicklungsländern ist es notwendig, denjenigen Industriezweig oder die Wirtschaftsbereiche "gezielt" zu fördern, die die stärksten Wachstumsimpulse in die Volkswirtschaft ausstrahlen. Auf diese "leading growth sectors", die je nach der besonderen Struktur einer sich im Entwicklungsprozeß befindlichen Volkswirtschaft durch andere Wirtschaftszweige repräsentiert werden, muß die Kreditpolitik Rücksicht nehmen.[2)] So kann z.B. die Förderung von Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien auf Kosten des Ausbaues bestimmter Konsumgüterbereiche im Vordergrund stehen, der Ausbau der

---

1) Zum Gesamtproblem vgl. auch S. S. Kazmi: "The Role of Monetary and Fiscal Policy in Economic Development" in: Far Eastern Economic Review, Vol. XXV (1958), No. 4, S. 103 ff.

2) Vgl. P. Meyer-Dohm, a.a.O., S. 209: "Von diesem Zentrum der konzentrierten Entwicklung gehen denn diejenigen Kräfte aus, die den Wachstumsprozeß - bei richtiger Kontrolle und Pflege - fördern und vorantreiben."

landwirtschaftlichen Produktion soll forciert werden oder kleinere und mittlere Betriebsstätten sollen erhalten werden, um das Existenzminimum der in ihnen beschäftigten Menschen zu sichern.[1)]

Ein allgemeines Anziehen der Kreditschraube würde diesen unterschiedlichen Erfordernissen kaum Rechnung tragen und müßte den "circulus vitiosus", in dem sich die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer befinden, nur noch beschleunigen und das gesamtwirtschaftliche Wachstum stark hemmen.[2)] Daher ist ein kreditpolitischer Mitteleinsatz erforderlich, der die Produktionsstruktur entsprechend ihrer gesamtwirtschaftlichen, am Entwicklungsprozeß orientierten Bedeutung erhält bzw. in diesem Sinne ändert. Eine solche Politik muß differenzierend, aber auch flexibel genug sein, um sich kurzfristig veränderten Bedingungen anpassen zu können.

Analysiert man die Wirkungen der selektiven Kreditpolitik im einzelnen, so zeigt sich, daß ihre Anwendung in Entwicklungslandern zu einer Beeinflussung des P r e i s g e f ü g e s führt, wenn ganz bestimmte Konsumkredite zum Angriffspunkt des Einsatzes gewahlt werden. So wird man in Entwicklungsländern Handler und Fabrikanten in ihrer Kreditinanspruchnahme beschneiden, die Waren erzeugen oder veräußern, die auf das gesamte Preisniveau

---

1) Vgl. D. R. Khatkhate, a.a.O., S. 137 - J. H. Adler:"The Fiscal and Monetary Implementation of Development Programs" in: American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XLII (1952), S. 595 ff. R. I. Gulati:"Criteria for Allocating Investment in Underdeveloped Economies" in: The Indian Economic Review, Vol. III (1957), No. 3, S. 107 ff.

2) Vgl. E. M. Bernstein und I. G. Patel: "Inflation in Relation to Economic Development" in: Staff Papers, Vol. II (1952), Nr. 3, S. 385: "Stabilisation after long-continued inflation is a painful process, because inflation has induced a pattern of behaviour based on the expectation that prices will continue to rise."

einen besonders starken inflatorischen Einfluß ausüben.[1)]

Das gesamte Preisniveau muß durch den Einsatz der selektiven Kreditpolitik umso stärker beeinflußt werden, je höher der Anteil der durch die Kreditkontraktion betroffenen Waren am Gesamtverbrauch ist. In Entwicklungsländern besteht der Gesamtverbrauch in der Regel aus nur einigen wenigen Grundnahrungsmitteln. Die selektive Kreditpolitik könnte daher durch eine verhältnismäßig einfache Differenzierung bereits das gesamte Preisniveau erheblich beeinflussen.[2)]

Wenn man davon ausgeht, daß der Kaufkraftüberhang im Inland, der zur Inflation führt, primär durch den Einkommenseffekt der Investitionstätigkeit entsteht. so ist es verständlich, daß gerade die I n v e s t i t i o n e n und damit die P r o d u k t i o n s s t r u k t u r in Entwicklungsländern gute Ansatzpunkte für eine selektive Kreditpolitik darstellen. Im Grunde liegt hier der Ansatzpunkt für die Beeinflussung und Lenkung des gesamten Entwicklungsprozesses durch kreditpolitische Maßnahmen überhaupt. Die Notenbank hat es in ihrer Hand, die für das gesamtwirtschaftliche Wachstum wichtigen

---

1) E. Küng weist darauf hin, daß die Regulierung der gesamten Kredite "nur dort einen ins Gewicht fallenden antiinflatorischen Einfluß auszuüben vermag, wo auch die Abzahlungsgeschäfte mehr oder minder zur Regel geworden sind. Voraussetzung ist ferner, daß ein beachtlicher Teil der Einkommen für derartige dauerhafte Konsumgüter ausgegeben wird. Wiederum steht fest, daß dies nur in h o c h i n d u s t r i a l i s i e r t e n Volkswirtschaften mit verhältnismäßig großem Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung der Fall ist." Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 85 (Sperrung vom Verfasser).

2) Vgl. zum Gesamtproblem vor allem C. E. Parry: "Selective instruments of national credit policy" in: Federal Reserve Policy, Postwar economic studies No. 8, Washington 1947, S. 75 ff. sowie R. J. Saulnier: "An appraisal of selective credit controls" in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XLII (1952), S. 256

Industriezweige zu fördern, andere dagegen in der Kreditversorgung zu vernachlässigen.[1)]

cc) Finanzpolitik

Ausgangspunkt der Betrachtung über die indirekte Wechselkurspolitik war die Frage, wie über eine Beeinflussung des inländischen Geldwertes das Zahlungsbilanzgleichgewicht erreicht werden könne. Neben dem klassischen Instrumentarium der Notenbank und der selektiven Kreditpolitik hat im Hinblick auf dieses Ziel die Finanzpolitik des Staates heute in den Industrieländern eine starke Bedeutung erlangt. Das Budget ist heute eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen, und seine Veränderungen üben einen erheblichen Einfluß auf den inneren Geldwert und damit auch auf das außenwirtschaftliche

---

1) Vgl. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Gutachten vom 28. Januar 1951: "Bereinigung des Preisgefüges" in Bd. 2, Gutachten S. 54: "Nur so kann erreicht werden, daß mit der Anpassung der Preise auch die Produktionsstruktur in der gewünschten Richtung verändert wird. Zugleich wird nur auf diese Weise erreicht, daß das Einkommen, das den bis jetzt vernachlässigten Wirtschaftsbereichen zufließen soll, im wesentlichen aus der Gewinnspanne der bisher begünstigten Wirtschaftsbereiche abgezweigt wird."

Gleichgewicht aus.[1] Die Beeinflussungsmöglichkeit des staatlichen Budgets auf Geldwert und Zahlungsbilanz ist aber nicht nur wegen seines quantitativ hohen Anteils am Volkseinkommen von Bedeutung, sondern vor allem, weil es durch eine unterschiedlich gehandhabte Einnahmen- und Ausgabenpolitik möglich ist - selbst bei nominell ausgeglichenem Budget -, unterschiedliche Effekte auf die monetäre Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft auszuüben.[2]

---

1) Vgl. P. Senf: "Das Budget im Lichte der modernen Wirtschaftstheorie" in: Beiträge zur Finanzwissenschaft und zur Geldtheorie, a.a.O, S. 134: "Diese Integrierung von Budget und Volkswirtschaft kommt darin zum Ausdruck, daß das Budget nur noch ein Teil der Totalität des Volkseinkommens ist." - Es sei ferner auf folgende Literatur verwiesen: H. Haller: "Möglichkeiten und Grenzen finanzwirtschaftlicher Konjunkturpolitik" in: Finanz-Archiv Bd. 12 (1950/51), S. 177 ff. - A. H. Hansen: "Fiscal Policy and Business Cycles" New York 1941 - J. R. Hicks: "The Problem of Budgetary Reform" o.O. 1948 - J. M. Keynes: "General Theory of Employment, Interest and Money" London 1936 - G. Schmölders: "Modernistische Finanzpolitik" in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen Jg. 4 (1951), S. 217 ff. - E. Schneider:"Einführung in die Wirtschaftstheorie", III. Teil, 3. Auflage, Tübingen 1955, S. 242ff. - F. Voigt: "Der öffentliche Haushalt im Wirtschaftskreislauf" in: Beiträge zur Finanzwissenschaft und zur Geldtheorie (Festschrift für Rudolf Stucken), Göttingen 1953

2) Diesen Tatbestand hat F. Voigt wie folgt sehr klar formuliert: "Obgleich es also dem optischen Eindruck nach so aussieht, als ob der Staat, falls er eine bestimmte Summe durch Steuereinnahmen an sich gezogen und die gleiche Summe dann ausgegeben hat, 'neutral' auf den Einkommenskreislauf gewirkt hat, ergeben sich doch zwangsläufig in dem Durchlauf dieser scheinbar gleichbleibenden Summe - durch den ... Unterschied zwischen dem Hang zumVerbrauch im privaten Sektor und der Bewilligungsbereitschaft des öffentlichen Sektors ... - sekundäre Veränderungen, die die Gesamtsumme entweder vergrößern oder verkleinern." Vgl. F. Voigt: Der öffentliche Haushalt im Wirtschaftskreislauf, a.a.O., S. 298

Der Verfasser darf sich darauf beschränken, diese Zusammenhänge in ihrer grundsätzlichen Bedeutung aufgezeigt zu haben. Im folgenden sollen durch einen kurzen Abriß die besonderen Bedingungen - dargestellt an der Steuerpolitik - in Entwicklungsländern betrachtet werden:

Generell darf festgestellt werden, daß in den meisten Entwicklungsländern das finanzpolitische Instrumentarium nur sehr unvollkommen ausgebildet ist.[1] Einem "zahlungsbilanzkonformen" Einsatz der Steuerpolitik stehen beträchtliche Schwierigkeiten entgegen:

1) die Tatsache, daß infolge eines sehr niedrigen Einkommensniveaus die Basis der Besteuerung sehr gering ist,
2) die Tatsache, daß der gesamte Besteuerungsakt allenthalben auf die in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft vorhandenen Engpässe stößt, die eine scharfe Anwendung der Steuerpolitik nicht

---

1) So heißt es bei R. F. Mikesell über Saudi-Arabien: "Western budgetary and fiscal practices are practically unknown. No budget estimates are published ... The primitive simplicity of the economic and financial structure of Saudi-Arabian society and government accounts in part for the confusion which has been permitted to prevail in currency and monetary practice". Vgl. R. F. Mikesell: "Monetary Problems of Saudi-Arabia " in: Middle East Journal, Vol. I (1947), S. 171 (im folgenden zitiert als R. F. Mikesell: Saudi-Arabia) - Ebenso wird über Thailand berichtet: "Given a developed banking and public finance system, monetary and fiscal policies might be used to alleviate such troubles. However, central banking in Thailand is still in its experimental stage and the tax structure lacks flexibility. In addition, there are numerous institutional factors that make rapid progress in central banking and a quick reform in public finance impossible." Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 17

erlauben, wenn man nicht Gefahr laufen will, den Entwicklungsprozeß ernstlich zu gefährden.[1)]

Aber nicht weniger hemmend sind die administrativen Gründe, wie

1) die Tatsache, daß ein nicht unwesentlicher Teil der volkswirtschaftlichen Einkommensentstehung in der Landwirtschaft erfolgt. Gerade in diesem Bereich aber stößt die Steuerpolitik - nicht nur in unterentwickelten Volkswirtschaften - auf erhebliche Schwierigkeiten, vor allem wegen der fehlenden Ermittlung richtiger Bemessungsgrundlagen.[2)]

2) die Tatsache einer in den Unternehmungen nur mangelhaft entwickelten Buchführung, die es oft nur erlaubt, den Besteuerungsakt aufgrund einer groben Schätzungsmethode vorzunehmen. Hinzu kommt noch das weit verbreitete Analphabetentum unter der Bevölkerung, das eine Aufklärung in steuertechnischen Fragen wesentlicher erschwert.[3)]

3) die in einigen unentwickelten Ländern stark verbreitete Steuerkorruption.

Eine Aussage über die antiinflatorische Wirksamkeit der einzelnen Steuerarten und damit über ihren Effekt auf die Zahlungsbilanz kann ex ante kaum getroffen werden. Generell darf festgestellt werden, daß diejenigen Steuerarten,

---

1) Vgl. B. K. Singh: "Some Aspects of Fiscal Policy in Underdeveloped Economies" in: The Indian Journal of Economics, Vol. XXXVIII (1957), No. 148, S. 84 ff.

2) Vgl. M. S. Bhatia: "The Role of Public Budgeting in an Underdeveloped Economy" in: The Indian Journal of Economics, Vol. XXXVII (1956), No. 144, S. 119

3) ebenda, S. 119

die den breiten Konsum (Verbrauch- und Ausgabesteuern) sowie die Investitionen (Einkommen- und Körperschaftssteuern) zum Ansatzpunkt wählen, den höchsten antiinflatorischen Effekt ausüben.[1)]

Das Obengesagte läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß zwar auch in Entwicklungsländern der Finanz- insbesondere der Steuerpolitik gewisse Erfolgschancen in ihrem antiinflatorischen Einsatz nicht abgesprochen werden können. Eine solche Politik stößt aber in diesen Ländern jedoch immer wieder auf Grenzen, die in der besonderen Struktur dieser Länder begründet liegen.[2)]

3. Die Wirkungen der direkten Wechselkurspolitik

Im Zusammenhang mit der Lageanalyse wurden mit dem Inflationsproblem und den konjunkturell und/oder strukturell bedingten Nachfrageänderungen auf dem Weltmarkt die beiden wichtigsten Ursachen des Zahlungsbilanzungleichgewichts in Entwicklungsländern aufgezeigt.[3)] Es war weiterhin anhand dieser beiden Ursachen dargestellt worden, daß dem aus der Inflation im Inland resultierenden Zahlungsbilanzungleichgewicht nur durch interne geldpolitische Maßnahmen, also der kontraktiven Finanz- und Kreditpolitik (indirekten Wechselkurspolitik) wirksam begegnet werden kann. Im vorigen Abschnitt sind die

---

1) Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 396

2) Vgl. K. E. Mössner: "Über die Grenzen der modernen Finanztheorie" in: Beiträge zur Finanzwissenschaft und Geldtheorie, a.a.O., S. 182: "Mit diesen Feststellungen werden die Grenzen sowohl der rein 'zyklisch' als auch der rein 'antizyklisch' orientierten Wirtschafts- bzw. Finanztheorie deutlich. Dort wo es sich um s t r u k t u r e l l e Verwerfungen einmaliger Art handelt, paßt das Modell nicht."

3) Vgl. S. 14 ff. und S. 22 ff. unserer Ausführungen

Grenzen einer solchen Politik in Entwicklungsländern aufgezeigt worden. Die in diesem Abschnitt durchzuführende Wirkungsanalyse soll zeigen, welche Wirkungen die einzelnen Maßnahmen der direkten Wechselkurspolitik, also des freien Wechselkurses, des fixierten Kurses, der Abwertung und der Wechselkursdifferenzierung in Entwicklungsländern erzielen.[1)]

Wenn für das inflationsverursachte Zahlungsbilanzungleichgewicht die indirekte Wechselkurspolitik den höchsten Wirksamkeitsgrad erreicht, so sind die Maßnahmen der direkten Wechselkurspolitik am geeignetsten, weltwirtschaftlich konjunkturell oder strukturell bedingte Zahlungsbilanzstörungen zu beseitigen: eine Inflation im Inland, die Ursache einer defizitären Handelsbilanz ist, kann nicht durch eine Abwertung beseitigt werden, ebenso wie umgekehrt nicht einem Rohstoffpreisverfall auf dem Weltmarkt durch interne geldpolitische Maßnahmen entgegengewirkt werden kann.

Daraus sollte nun aber nicht die Schlußfolgerung abgeleitet werden, daß die Entwicklungsländer in der Praxis den Mitteleinsatz der einzelnen Arten der Wechselkurspolitik entsprechend der aufgezeigten Zusammenhänge vornehmen.

---

1) Dabei werden die Wirkungen in der Reihenfolge auf Handelsbilanz, Preisniveau, Produktionsstruktur analysiert. In den Fällen, in denen darüber hinaus Wirkungen relevant werden, die für die einzelne Art der Wechselkurspolitik besonders charakteristisch sind, werden diese Fälle gesondert untersucht. Dies gilt hinsichtlich des freien Wechselkurses für die Kapitalbewegungen, bei der autonomen Abwertung für die Terms of Trade und bei der Wechselkursdifferenzierung für den Staatshaushalt. - Auf die besondere Art der Wirkungsanalyse beim fixierten Wechselkurs wird auf S. 107 unserer Ausführungen verwiesen.

Im Gegenteil, oft werden Maßnahmen der direkten Wechselkurspolitik als Umgehung oder Ergänzung der internen Finanz- und Kreditpolitik angewandt. In vielen Fällen wird z.B. auch dann abgewertet, wenn nicht ein Preisverfall auf den Rohstoffmärkten für die defizitäre Handelsbilanz, sondern die Inflation im Inland verantwortlich ist.

Nun ist aber in Entwicklungsländern das Zahlungsbilanzungleichgewicht in den seltensten Fällen auf nur eine der beiden genannten Ursachen zurückzuführen, sondern es sind s o w o h l die durch eine Diskrepanz zwischen realwirtschaftlichem Angebot und monetärer Gesamtnachfrage entstandenen inflatorischen Kräfte a l s a u c h die durch Nachfrageverschiebungen auf dem Weltmarkt verursachten Schwankungen der Ein- und Ausfuhrpreise, die auf das Entstehen von externen Ungleichgewichten hinwirken.[1] Dies wahrscheinlich in stärkerem Maße als in industrialisierten Ländern, in

---

1) D. R. Khatkhate vertritt die Meinung, daß in Entwicklungsländern das Zahlungsbilanzungleichgewicht in erster Linie durch das Inflationsproblem verursacht werde ("consequence of excessive domestic demand"), während die Zahlungsbilanzungleichgewichte der Industrieländer vorwiegend durch plötzliche Schrumpfung der Kaufkraft der Entwicklungsländer, also durch Nachfrageverschiebungen auf dem Weltmarkt, entstehen ("sudden fall in the purchasing power of the countries which import a large amount of goods"). Im Gegensatz dazu neigt der Verfasser mehr zu der oben vertretenen Auffassung, daß b e i d e Entstehungsursachen determinierend sind. Dafür spricht die Tatsache, daß die sinkende Kaufkraft der Entwicklungsländer letztlich auf einen vorher stattgefundenen Rückgang der Kaufwilligkeit der Industrieländer zurückgeht, also auch den Weltmarktfaktoren zuzurechnen ist. Vgl. hierzu D. R. Khatkhate, a.a.O., S. 133 - Auf die Tatsache, daß es immer eine Kombination verschiedener Ursachen ist, die die Wechselkurspolitik eines Landes bestimmen, weist auch W. Spathelf hin. Vgl. W. Spathelf, a.a.O., S. 33

denen - mutatis mutandis - Schwankungen des außenwirtschaftlichen Preisniveaus infolge struktureller und konjunktureller Verschiebungen auf dem Weltmarkt nicht die große Bedeutung haben wie in Rohstoffländern. Die Zahlungsbilanzungleichgewichte in Entwicklungsländern können also keineswegs monokausal erklärt werden; daraus folgt, daß ihre Beseitigung auch nicht durch Anwendung einer einzigen wechselkurspolitischen Maßnahme, sondern nur durch Kombination mehrerer Maßnahmen erfolgen kann. Soll der Einsatz einer wechselkurspolitischen Maßnahme daher von Erfolg sein, so ist dies nur durch die richtige Wahl der Ansatzpunkte möglich. Ein Zahlungsbilanzungleichgewicht kann nur dadurch beseitigt werden, daß man die Ursachen seiner Entstehung kennt und diese als Angriffspunkte wählt.[1)]

aa) Der freie Wechselkurs

Es sind Fälle denkbar, in denen auch diejenigen Länder, die sich interner monetärer Disziplin befleißigen, mit permanenten Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen haben werden, weil es - weltwirtschaftlich gesehen - unmöglich ist, die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder zu koordinieren. Es bleibt ihnen daher nur die Möglichkeit, ihren Wechselkurs den Kräften von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt zu überlassen.

---

1) Vgl. E. N. Bernstein: Strategic Factors, a.a.O., S. 159: "The remedies for balance of payments difficulties should be selected in the light of their causes." - In der Untersuchung F. W. Meyers über stabile oder bewegliche Wechselkurse, in der einer internen Kreditpolitik als Mittel des Zahlungsbilanzausgleichs eindeutig der Vorzug vor wechselkurspolitischen Maßnahmen eingeräumt wird, ist die Frage nach den Ursachen des Zahlungsbilanzungleichgewichts nicht gestellt. Sie dürfte aber für die Behandlung des Problems nicht unwichtig sein. Vgl. F. W. Meyer, a.a.O., S. 345 ff. - Auf die Notwendigkeit, je nach der Natur des Ungleichgewichtszustandes verschiedene Gegenmittel zu wählen, weist auch E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 4, hin.

111) Handelsbilanz

Eine wesentliche Funktionsweise des freien Wechselkurses gegenüber dem fixierten besteht darin, daß der inländische Wirtschaftsprozeß von den internationalen Bewegungen im Wirtschaftsablauf getrennt wird[1]: Eine im Inland autonom geschaffene Nachfragewelle tendiert über den Einkommens- oder Preismechanismus zu einem erhöhten Import und führt bei erhöhter Nachfrage nach Devisen, die für die Mehreinfuhr von Gütern benötigt werden, zu einer Erhöhung des Wechselkurses (Preisnotierung).[2] Durch diesen Mechanismus wird ein "Preiswall" errichtet. Die Preise der ausländischen Waren steigen in heimischer Währung und umgekehrt sinken die Warenpreise der Güter der eigenen Volkswirtschaft in ausländischer Valuta. Die Erhöhung der Nachfrage nach Devisen, wie sie uno actu mit einer Zunahme des Imports von Gütern und Dienstleistungen entsteht, hindert die nach außen dringende Nachfragewelle - je nach bestehenden Elastizitätsverhältnissen -, entweder ganz oder zumindest teilweise auf das Ausland überzugreifen.[3] Eine Erhöhung der inländischen Nachfrage führt zu einem Steigen des Wechselkurses, wodurch die Nachfrage nach ausländischer Valuta auf die Höhe zurückgedrängt wird, die dem Angebot an Devisen, das aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen sowie dem Kapitalimport gespeist wird, entspricht. Umgekehrt bewirkt eine Schrumpfung der inländischen Nachfrage auch eine Verminderung der Nachfrage nach Devisen oder nach ausländischen Waren und Dienstleistungen, woraus ein Sinken des Wechselkurses resultiert, das seinerseits anregend auf den Export wirkt und damit ein erhöhtes Angebot von Devisen freimacht. Theoretisch bewirkt also der Mechanismus

---

1) Vgl. E. Heuss, a.a.O., S. 155

2) Vgl. J. Jentgen; a.a.O., S. 40 ff.

3) Vgl. E. Heuss, a.a.O., S. 155

des frei schwankenden Wechselkurses dadurch, daß er einen ständigen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt erzielt, die Gleichgewichtsherstellung der Handels- und Zahlungsbilanz. Daraus ergibt sich die kreislauftheoretisch wichtige Schlußfolgerung, daß - von der Handelsbilanz her gesehen - weder expansive noch kontraktive Wirkungen auf den inländischen monetären Kreislauf ausgeübt werden: Durch den automatisch bewirkten Ausgleich aller Posten der Leistungs- und Kapitalbilanz fließen genau so viel liquide Mittel aus der Binnenwirtschaft in das Ausland wie umgekehrt.[1)]

Generell ist diese Aussage richtig, sie bedarf jedoch einer gewissen Modifikation, nämlich folgender: Der Wechselkurs reagiert auf Angebots- und Nachfrageschwankungen auf dem Devisenmarkt nicht mit einer unendlich großen Anpassungsgeschwindigkeit, sondern mit einem "time-lag". Das bedeutet, daß, immer in den Phasen, in denen sich die Angebots- und Nachfrageänderungen noch nicht in einer Veränderung des Wechselkurses niedergeschlagen haben, d.h. in Perioden in denen Käufe und Verkäufe von Devisen zu einem Wechselkurs durchgeführt werden, der n i c h t dem Gleichgewichtswechselkurs entspricht, besteht k e i n e Gleichheit zwischen der angebotenen bzw. nachgefragten Devisenmenge.[2)] Diese

---

1) Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 548: "In dieser Hinsicht könnte man davon ausgehen, daß die frei schwankenden Kurse dafür sorgen, angebotene und nachgefragte Devisenmenge ständig in Übereinstimmung zu halten, um daraus den Schluß zu ziehen, daß die Außenwirtschaft in diesem System weder einen expansiven noch einen restriktiven Einfluß auf die Binnenwirtschaft auszuüben vermag."

2) Es handelt sich hierbei um das bekannte Spinnwebtheorem. Vgl. E. Schneider: "Einführung in die Wirtschaftstheorie", II. Teil, 3. Auflage, Tübingen 1955 S. 280ff.

Aussage ergibt sich aus der Definition des Gleichgewichtspreises oder des Gleichgewichtskurses: Nur bei diesem Preis ist das virtuelle gleich dem tatsächlichen Angebot und die virtuelle gleich der tatsächlichen Nachfrage. Bei allen anderen Preisen oder, wie hier, Wechselkursen werden entweder mehr (Devisen)mengen angeboten oder nachgefragt.

Wendet man diese vorwiegend theoretischen Erkenntnisse auf die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer an, so wird deutlich, daß sich das Problem, wie die Devisen- und Warenströme auf die Schwankungen des Kurses reagieren, im wesentlichen auf die Elastizitäten konzentriert: Hiervon hangt es entscheidend ab, ob die Veränderungen des Wechselkurses Veränderungen der mengenmässigen Ein- und Ausfuhr induzieren, die groß genug sind, um per Saldo das Ziel einer Handelsbilanzverbesserung zu erreichen. Da diese Fragen im einzelnen im Zusammenhang mit der Wirkungsanalyse der autonomen Abwertung behandelt werden und diese im Prinzip die gleichen Wirkungen hervorruft, wie die durch einen schwankenden Kurs bewirkte Abwertung, soll an dieser Stelle auf weitere Ausführungen zu dem Problemkreis verzichtet werden.

222) Kapitalbewegungen

Die Stabilität des Wechselkurses ist von jeher als eine fundamentale Voraussetzung für eine internationale Arbeitsteilung und für den freien internationalen Kapitalverkehr angesehen worden.[1] Selbst unter Berücksichtigung

1) Vgl. F. W. Meyer, a.a.O., S. 346: "Solange keine Stabilität der Wechselkurse garantiert ist, werden sich die Unternehmer zu einer Anpassung ihrer Produktionskapazitäten an die augenblicklich gegebenen Preise schwerlich ohne weiteres bereit finden, sondern allenfalls dann, wenn ihnen die Risiken abgenommen werden, die aus der Standort-Kosten-Vergleichsrechnung auf schwankendem Grund resultieren." - Vgl. zu diesem Problem auch W. Eucken: "Investitionssteuerung durch echte Wechselkurse" in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 3. Jg. (1950), S. 95 ff.

dieses Tatbestandes aber sollten die negativen Wirkungen frei schwankender Wechselkurse in Entwicklungsländern nicht überschätzt werden. Dies vor allem deswegen nicht, weil in diesen Ländern das Wechselkursrisiko stark gegenüber anderen Risiken zurücktritt. So vertrat schon Ch. R. Whittlesey die Meinung, daß auf dem Gebiet der ausländischen Kapitalanlagen fluktuierende Wechselkurse die Investitionstätigkeit im Ausland nicht entscheidend hemmen. Unverhältnismäßig viel stärker als durch fluktuierende Wechselkurse wird nach seiner Meinung der Kapitalexport - und dies gilt besonders für die Entwicklungsländer als die Empfänger ausländischen Kapitals - durch künstliche Handels- und Zahlungsschranken, vor allem durch die Devisenzwangswirtschaft, behindert.[1] Vor allem gibt es neben dem Wechselkursrisiko in Entwicklungsländern eine Vielzahl anderer Risiken, die das Kursrisiko völlig in den Hintergrund drängen.[2] Weiterhin sollte berücksichtigt werden, daß die Träger von Kapitalexporten nach Entwicklungsländern in vielen Fällen staatliche Institutionen sind, die sich bei Gewährung von Entwicklungshilfen finanzieller Art weniger an ökonomischen Faktoren - wie z.B. den bestehenden Wechselkursrelationen - ausrichten, sondern sich vielmehr durch politische Erwägungen leiten lassen. Unter diesem Aspekt tritt naturgemäß auch das Wechselkursrisiko beim Kapitalimport in Entwicklungsländern stark in den Hintergrund. Gleichzeitig sollte

---

1) Vgl. Ch. R. Whittlesey: "Gebundene und ungebundene Wechselkurse" (Kieler Vorträge Nr. 46) Jena 1936, S. 17: "Änderungen im Wert der Währungseinheit des Schuldnerlandes im Verhältnis zu der des Gläubigerlandes haben, entgegen der üblichen Auffassung, verhältnismäßig geringe Bedeutung."

2) Hier sei vor allem das Risiko einer Enteignung genannt. Vgl. W. Röpke: Unentwickelte Länder, a.a.O., S. 69

nicht unbeachtet bleiben, daß die Hingabe von Auslandskrediten an Entwicklungsländer oft in der Währung des Gläubigerlandes erfolgt, Wechselkursschwankungen des Schuldnerlandes daher für den Kapitalgeber nur eine untergeordnete Rolle spielen.[1] Schließlich ist für eine Kapitalanlage in einem Entwicklungsland auch bei einem fixierten Wechselkurs das Risiko seiner plötzlichen Veränderung nicht ausgeschaltet. Insofern unterscheidet sich der fixierte Kurs (mit ständiger Gefahr einer autonomen Änderung) von dem fluktuierenden Kurs überhaupt nicht.[2]

Im ganzen gesehen kann daher hinsichtlich des Einflusses schwankender Wechselkurse auf die langfristige Kapitalanlage in Entwicklungsländern festgestellt werden, daß die Wechselkursstabilität in Entwicklungsländern zwar eine gewisse Bedeutung für den Kapitalimport besitzt, dem Wechselkursrisiko in Entwicklungsländern infolge Vorherrschens vor allem politischer Risiken aber nur eine untergeordnete Rolle zukommt. Unter diesem Gesichtspunkt muß bezweifelt werden, ob dem Ziel "Wechselkursstabilität" die Priorität zuzuerkennen ist, wenn dadurch andere Ziele, die in größerer Beziehungsnähe zum Ziel "Entwicklungsförderung" stehen, vernachlässigt werden.

---

1) Vgl. G. Schleiminger: "Flexible Wechselkurse diskussionsreif?" in: Währung und Wirtschaft, November/Dezember 1951, S. 211

2) Vgl. F. A. Lutz: Flexible Exchange Rates, a.a.O., S. 182: "Those who stress the risk factor are often unconsciously comparing the policy of fixed exchange rates under the assumption of equilibrium in the balance of payments with the policy of flexible rates under the opposite assumption of disequilibrium in the balance of payments, a comparison, which is irrelevant."

Zu prüfen ist dagegen die Frage, inwieweit k u r z - f r i s t i g e , vorwiegend durch Devisenspekulationen bedingte Kapitalbewegungen in Entwicklungsländern durch fluktuierende Wechselkurse begünstigt werden: Dabei ist verschiedentlich auf den destabilisierenden Effekt von spekulativen Kapitalbewegungen hingewiesen worden, die durch fluktuierende Wechselkurse ausgelöst werden.[1] Erhöhen sich z.B. die Wechselkurse infolge einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz, so können diese Veränderungen zu der Erwartung Anlaß geben, daß eine weitere Minderung des Außenwertes der heimischen Währung eintritt, wodurch infolge der Flucht aus dieser Währung nun erst recht ein weiteres Steigen des Wechselkurses verursacht wird. Solche spekulativ bedingten Transaktionen bleiben selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Bewegungen innerhalb der Leistungsbilanz selbst. So halten die Exporteure mit Lieferungen zurück in der Hoffnung, daß ihnen mit weiterer Wertminderung der heimischen Währung erhöhte Erlöse zufallen, umgekehrt kaufen die Importeure mehr und früher, als sie es unter normalen Umständen getan haben würden, weil sie glauben, daß sie später noch mehr in heimischer Währung zur Deckung der Importe aufwenden müssen. Sowohl die Wirkungen auf

---

1) Vgl. J. Jentgen, a.a.O., S. 61, ferner League of Nations: "International Currency Experience" Genf 1944, S. 210 sowie W. J. Baumol: "Speculation, profitability and stability" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXIX (1957), S. 363 ff. - Aus der im vorigen Abschnitt geschilderten Funktionsweise, in der das Flexible Wechselkurssystem wegen des Zeitfaktors keinen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt bewirkt, zieht gerade die Devisenspekulation ihre Vorteile, indem sie nämlich Devisen zu Kursen kauft oder verkauft, die sie selbst im gleichen Zeitpunkt nicht zu zahlen braucht. Wenn erst der Gleichgewichtswechselkurs erreicht ist, d.h. die Spekulanten Käufe und Verkäufe von Devisen zu Käufen durchführen müssen, zu denen sie sich eingedeckt haben, verliert die Spekulation ihren Sinn.

der Ausfuhr- als auch auf der Einfuhrseite führen schließlich zu einem verstärkten Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz.[1] Hiergegen ist geltend gemacht worden, daß die Spekulanten, wenn sie zukünftige Bewegungen im voraus richtig einschätzen, eine wichtige Funktion dadurch erfüllen, daß sie rechtzeitig die Kräfte in Gang setzen, die schließlich eine Gegenspekulation auslösen. Wenn argumentiert wird, so meint F. A. Lutz, daß die Gefahr einer "Überspekulation" entsteht, so müßte dem entgegengehalten werden, daß gerade eine solche Bewegung durch einsetzende Gegenspekulation schneller zu einem Ende führt.[2]

Welche quantitativen Auswirkungen sich im einzelnen auch ergeben mögen, eine Gesamtbeurteilung dürfte den Schluß zulassen, daß die Wirkungen fluktuierender Wechselkurse auf kurzfristige Kapitalbewegungen ebenso gering sind wie die auf langfristige Kapitalimporte.

---

1) Vgl. League of Nations, a.a.O., S. 210 sowie E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 534f. zu den Veränderungen der "Terms of Payment".

2) Vgl. F. A. Lutz: Flexible Exchange Rates, a.a.O., S. 183 sowie E. H. Ph. Brown: "A Course in Applied Economics" London 1951, S. 407 - Vgl. auch E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 536: "Diese Gegenkräfte bestehen darin, daß die Kursgewinne mehr und mehr realisiert werden, weil die Spekulanten ... in wachsender Zahl zur Überzeugung kommen, der Devisenkurs habe sein höchstes Niveau bereits erreicht oder sei jedenfalls nahe daran."

333) Inländisches Preisniveau[1)]

Einer der wichtigsten Einwände gegen dieses System des freien Wechselkurses liegt in der Behauptung seiner Antinomie zur Stabilität des binnenländischen Preisniveaus.[2)]

Die Richtigkeit dieser These kann, selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es möglich ist, die Schwankungen des Kurses durch Interventionen der Notenbank in

---

1) Der Verfasser weist darauf hin, daß im folgenden Abschnitt nur diejenigen Wirkungen auf das inländische Preisniveau analysiert werden, die von der Änderung des Wechselkurses selbst ausgehen. Ausgeklammert werden dagegen die sogenannten "Einkommenswirkungen" des Wechselkurses auf das inländische Preisniveau, d.h. diejenigen Wirkungen, die durch folgenden Mechanismus induziert werden: Der frei schwankende Wechselkurs bewirkt eine laufende Veränderung der Devisenzu- und -abflüsse. Da diese aber wiederum über den Umtausch in heimische Währung den inländischen Geldkreislauf und damit das Realeinkommen der Volkswirtschaft (je nach Beschäftigungsgrad) beeinflussen können, ist ein mittelbarer Wirkungszusammenhang zwischen den Größen "Wechselkurs", "Devisenmenge", "inländische Geldmenge", "Einkommen", "Preise" gegeben. E. Küng hat dieses Problem sehr eingehend behandelt, kommt aber im Verlauf seiner Untersuchung bei der Behandlung der durch den freien Wechselkurs induzierten Spekulationswirkungen zu der Schlußfolgerung, daß sich nicht a priori sagen lasse, "ob sich expansive oder restriktive Einkommenswirkungen ergeben werden". Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 552

2) Vgl. G. Halm, a.a.O., S. 168: "Frei schwankende Wechselkurse sind mit der inneren Stabilität eines Landes unvereinbar, weil die importierten und exportierten Waren mit jeder Änderung des Wechselkurses im Preise schwanken würden." Vgl. ferner B. Ohlin: "Interregional and International Trade" Cambridge (Mass.) 1933, S. 393 ff.

gewissen Grenzen zu halten, kaum bezweifelt werden. Unabhängig von dem Ausmaß der Wechselkursschwankungen und deren Transformationsmöglichkeit auf das inländische Preisniveau jedoch hat sich in jüngster Zeit die Diskussion wieder der Frage zugewandt, ob nicht gerade die Flexibilität des Preises (Wechselkurses) ein integrierender Bestandteil der Marktwirtschaft ist. A. Amonn ist der Auffassung, daß es ein stabiles Gleichgewicht in einer Volkswirtschaft überhaupt nur dann geben könne, wenn die wichtigsten Größen des Wirtschaftsprozesses, nämlich die Preise der Güter, ein Mindestmaß an Flexibilität aufweisen.[1] Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß, je unelastischer das Preisgefüge ist, um so größer die Notwendigkeit sei, wenigstens die Wechselkurse beweglich zu halten.[2] Auch Ch. R. Whittlesey hat schon früher hervorgehoben, daß ein frei beweglicher Wechselkurs nicht mehr und nicht weniger störend wirken könne, als ein frei beweglicher Preis für Baumwolle, Weizen oder eine andere Ware.[3]

---

1) Vgl. A. Amonn: "Starre oder flexible Wechselkurse?" zitiert bei Alfred Boßhardt: "Von der Stabilität zur Flexibilität der Wechselkurse" in: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Festschrift für Alfred Amonn, Bern 1953, S. 217

2) Vgl. A. Amonn: "Abwertung und Aufwertung oder freie Wechselkursbildung" in: Wirtschaftsfragen der Freien Welt, o.O. 1957, S. 574: "Die wichtigsten Größen für den internationalen Handel sind die Preise der Zahlungsmittel eines Landes - die Wechselkurse. Deshalb sollten auch diese Preise - und diese ganz besonders - beweglich und anpassungsfähig sein."

3) Vgl. Ch. R. Whittlesey, a.a.O., S. 10

Die Übertragung dieser in der Diskussion vorgebrachten Argumente auf unentwickelte Volkswirtschaften ist schlechthin unmöglich. Es dürfte mindestens zweifelhaft erscheinen, die ordnungspolitische Konzeption "Marktwirtschaft", deren wesentlichster Bestandteil die Flexibilität von Preisen und Löhnen ist, auf Entwicklungsländer anzuwenden. Der Verfasser kann sich im Rahmen dieser Ausführungen darauf beschränken, auf die für Entwicklungsländer geltenden wirtschaftsordnungspolitischen Darlegungen von G. Myrdal[1] zu verweisen. Sieht man einmal von dieser ordnungspolitischen Problematik ab, so dürften allein die quantitativen Auswirkungen fluktuierender Wechselkurse auf das Preisniveau in Entwicklungsländern nicht zu unterschätzen sein. Die von A. Amonn und Ch . R. Whittlesey behauptete These, daß Wechselkursschwankungen kaum mehr als die Änderung e i n e s Preises bedeuten, dürfte für Entwicklungsländer nicht zutreffen.

1) Es ist zu berücksichtigen, daß ein wesentlicher Teil der im Inland verbrauchten Güter i m p o r t i e r t werden muß, da ihre Herstellung im Inland nicht möglich ist. Durch Wechselkursschwankungen wird daher ein wesentlich größerer Teil des gesamten Güterangebots betroffen, als dies in entwickelten Volkswirtschaften, die diesen hohen Grad der Einfuhrabhängigkeit nicht aufweisen, der Fall zu sein pflegt.[2] Der Grad der Transformation von Wechselkursschwankungen auf das inländische Preisniveau ist in Entwicklungsländern daher beträchtlich.

2) Der hohe Grad der Einfuhrabhängigkeit in Entwicklungsländern ist gleichzeitig mit einem s t a r r e n Verhalten der N a c h f r a g e nach importierten

---

1) Vgl. G. Myrdal: "Economic Theory and Underdeveloped Regions" London 1957, S. 79

2) Vgl. Merkmal Nr. 8 S. 9 unserer Ausführungen.

Waren bei Wechselkursschwankungen verbunden.[1] Dies bedeutet, daß sich die Einfuhrgüter (bei steigendem Wechselkurs) erheblich verteuert haben müssen, ehe es zu einer Einschränkung der Nachfrage kommt. Hieraus folgt aber gleichzeitig, daß die sich über Wechselkursveränderungen fortsetzenden Schwankungswellen auf das inländische Preisniveau einen beträchtlichen Einfluß ausüben.

3) Nun gilt das unter 1) Dargestellte nicht nur für die Einfuhr-, sondern auch für die A u s f u h r seite, d.h. aus Wechselkursschwankungen resultierende Veränderungen der Ausfuhrpreise beeinflussen in starkem Maße die Erlöse der Exportwirtschaft, was wiederum zu erheblichen Nachfrageschwankungen dieses Wirtschaftszweiges und - wegen seiner großen Bedeutung innerhalb der Gesamtwirtschaft - zu außergewöhnlichen Schwankungen des gesamten Preis- und Kostengefüges führt.

444) Produktionsstruktur

Ebenso wie Veränderungen des Wechselkurses das Preisgefüge aller international gehandelten Güter beeinflussen, so bewirkt eine Wechselkursänderung auch gleichzeitig eine Verschiebung innerhalb der inländischen Kosten- und Produktionsstruktur, denn die Preise der international gehandelten Güter sind für andere Waren gleichzeitig Kosten. Auch hier kann daher die generelle Aussage

---

1) Die Unelastizität der Importnachfrage ergibt sich auch aus dem im allgemeinen zu beobachtenden hohen Anteil von Nahrungsmittelimporten an der Gesamteinfuhr in Entwicklungsländern. Aber selbst in solchen Ländern, in denen dieser Anteil nicht außergewöhnlich hoch ist, oder in denen man die Importe von Nahrungsmitteln quantitativ beschränkt, bleibt die Einfuhrnachfrage relativ unelastisch, da auch der Import der für den Entwicklungsprozeß dringend benötigten Investitionsgüter nicht schlagartig gedrosselt werden kann.

getroffen werden, daß, je stärker die Auslandsabhängigkeit einer Volkswirtschaft ist - dies betrifft sowohl die Ein- und Ausfuhr von Gütern als auch die Kapitalverflechtung mit dem Ausland -, umso stärker auch der Einfluß einer Wechselkursänderung auf das Kostengefüge einer Volkswirtschaft sein muß. Daher muß in Frage gestellt werden, ob der Mechanismus eines flexiblen Wechselkurssystems wegen der sich daraus ergebenden dauernden Verschiebungen der produktiven Kräfte dem Ziel "Entwicklungsförderung" adäquat ist.[1)]

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Flexibilität des Wechselkurses in Entwicklungsländern nicht mit der Freigabe einzelner Güterpreise vergleichbar ist. Ein schwankender Wechselkurs ist mit einer Veränderung des inländischen Geldwertes und damit mit einer Beeinflussung des Entwicklungsprozesses schlechthin gleichzusetzen.[2)] Angesichts der starken Auslandsabhängigkeit der Entwicklungsländer hat damit der Wechselkurs eine viel größere Bedeutung als Transformator zwischen inländischem und ausländischem Preis- und Kostenniveau als in

---

1) Vgl. R. Nurkse: Conditions, a.a.O., S. 3: "Die Verfechter flexibler Wechselkurse übersehen die Tatsache, daß innere Stabilität dabei nicht erreicht werden würde, da frei schwankende Wechselkurse ständige Verschiebungen der inneren Produktionsfaktoren zwischen den für den Export und den für den Inlandsmarkt arbeitenden Industrien erforderlich machen, Verschiebungen, die störend und kostspielig sein können." (Vom Verfasser aus dem Englischen übersetzt.)

2) Vgl. G. Halm, a.a.O., S. 169: "Die Veränderung eines Wechselkurses, die die Preise aller international gehandelten Güter beeinflußt, kann nicht mit den Veränderungen eines einzelnen Preises innerhalb eines Landes verglichen werden. Wir müssen bedenken, daß die Alternative zu Veränderungen der Wechselkurse eine Veränderung des Preisniveaus ist." - Vgl. ferner Ch. R. Whittlesey, a.a.O., S. 77

entwickelten Volkswirtschaften. Fluktuierende Wechselkurse könnten daher für das inländische Preisniveau wie für die Produktionsstruktur in Entwicklungsländern ein destabilisierendes Element von erheblicher Bedeutung bilden.

bb) Der fixierte Wechselkurs

Die autonome Fixierung des Wechselkurses auf einem Niveau, das dem äußeren Gleichgewicht entspricht, wirft keine Probleme auf, die über das hinausgehen, was bereits im Abschnitt "Die Wirkungen der indirekten Wechselkurspolitik"[1] ausgeführt wurde: Denn die Fixierung dieses Gleichgewichtskurses bedeutet lediglich die Sanktionierung eines (inneren und äußeren Gleichgewichts-) Zustandes, der mit den Mitteln der indirekten Wechselkurspolitik, also der internen Finanz- und Kreditpolitik bereits erreicht wurde. Problematisch und für die Wirkungsanalyse von Bedeutung ist dagegen die Aufrechterhaltung eines fixierten Wechselkurses bei außenwirtschaftlichem U n g l e i c h g e w i c h t :

Die Antinomie, die sich in unentwickelten Volkswirtschaften bei einer kredit- und finanzpolitischen Wechselkursstabilisierung zwischen den Zielen "Entwicklungsförderung", "inneres" und "äußeres Gleichgewicht" ergibt, sowie die Tatsache, daß die labile außenwirtschaftliche Lage dieser Länder bei völliger Freigabe des Wechselkurses oder bei seiner von Fall zu Fall stattfindenden autonomen Korrektur die innere Stabilität und das Wirtschaftswachstum gefährden, lassen die Aufrechterhaltung eines fixierten Kurses t r o t z außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts in vielen Fällen ratsam erscheinen. Die in der Praxis geübte Wechselkurspolitik zeigt, daß sich eine ganze Reihe von Entwicklungsländern entschließt,

---

1) Vgl. S. 75 ff. unserer Ausführungen.

fixierte Wechselkurse aufrechtzuerhalten, selbst wenn diese nicht dem Gleichgewichtsniveau entsprechen.[1)]

Die Wirkungsanalyse dieses fixierten Wechselkurses bei außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht erfordert ein anderes Vorgehen, als es bei den anderen Arten der Wechselkurspolitik zweckmäßig erschien: Es liegt in der Natur dieser Art der Wechselkurspolitik, daß Wirkungen auf Handelsbilanz, Preisniveau und Produktionsstruktur, die

---

1) Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Berichte über die Geschäftsjahre 1950 - 1959" lfd. - Dieses Vorgehen der Entwicklungsländer geschieht aus mehrfachen Gründen: Entweder glauben sie, die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der Zahlungsbilanz erfordere weder den Einsatz von kredit- und finanzpolitischen Maßnahmen noch die Einführung flexibler Wechselkurse oder eine autonome Wechselkurskorrektur. Sie halten die Verschlechterung der Zahlungsbilanz für eine temporäre Erscheinung, der man mit "Palliativmitteln" (Einsatz noch vorhandener Währungsreserven, zeitweilige Einführung von Importrestriktionen oder Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen) begegnen kann, oder die betreffenden Länder wissen, daß die Aufrechterhaltung eines künstlich fixierten Kurses bei bestehendem Zahlungsbilanzdefizit nicht geeignet ist, dieses Ungleichgewicht zu beseitigen. Sie sind der Auffassung, daß die Störungen für den Entwicklungsprozeß, die sich aus der Anwendung anderer Maßnahmen, wie der Einführung flexibler Wechselkurse oder der Stabilisierung eines Kurses mittels der internen Geldpolitik ergeben, zu groß sind, um die Anwendung dieser Maßnahmen rechtfertigen zu können. Denkbar ist auch das Motiv, daß diese Länder die Anwendung finanz- und kreditpolitischer Maßnahmen oder die Einführung flexibler Wechselkurse überhaupt für ungeeignet halten, um den Zahlungsbilanzausgleich zu erreichen. Dies versprechen sie sich ausschließlich von der Aufrechterhaltung eines fixierten Wechselkurses. Vgl. dazu auch J. P. Young, a.a.O., S. 598

aus der autonomen Fixierung des Wechselkurses selbst erklärbar wären, nicht entstehen. Die Wirkungsanalyse des fixierten Wechselkurses bei äußerem Ungleichgewicht ist daher vorwiegend unter dem Aspekt des ä u ß e r e n und i n n e r e n Gleichgewichts vorgenommen worden.[1)]

111) Äußeres Gleichgewicht

Die Wahrscheinlichkeit, daß ein autonom fixierter Wechselkurs zu jeder Zeit und in jeder Situation den Gleichgewichtsbedingungen im Außenhandel entspricht, ist in Entwicklungsländern äußerst gering. Es war bereits im Zusammenhang mit der wechselkurspolitischen Zielanalyse auf die Problematik einer Bestimmung des Gleichgewichtswechselkurses hingewiesen worden.[2)] Die Auffassung, daß es unmöglich ist, eine "gleichgewichtsgerechte" Fixierung des Wechselkurses vorzunehmen, vertritt auch A. Amonn, indem er hervorhebt, daß es unter den heutigen weltwirtschaftlichen Bedingungen überhaupt keinen "richtigen" Kurs geben könne, und selbst wenn dies möglich wäre, müßte er nach kurzer Zeit unrealistisch werden.[3)] Die künstliche Fixierung eines Wechselkurses impliziert daher immer die Gefahr einer Abweichung vom Gleichgewichtskurs, woraus später in jedem Fall die Notwendigkeit einer Wechselkurskorrektur, also einer autonomen Auf- oder Abwertung resultiert.[4)]

---

1) Der Verfasser hält sich in dieser Gliederung nicht an die der anderen Abschnitte.

2) Vgl. S. 52 ff. unserer Ausführungen.

3) Vgl. A. Amonn, a.a.O., S. 575 ff. - Es darf an dieser Stelle noch einmal auf die beträchtlichen Rohstoffpreisschwankungen, durch die die meisten Entwicklungsländer betroffen werden, verwiesen werden; unter solchen Bedingungen muß man annehmen, daß eine Identität zwischen fixiertem und Gleichgewichtswechselkurs nur in den seltensten Fällen gegeben ist.

4) Vgl. A. Amonn, a.a.O., S. 575: "Die Wechselkursfixierung bedeutet nur, daß anstatt kleiner momentaner Ungleichgewichtszustände beseitigender Korrekturen, wie sie bei freier Wechselkursbildung sich von selbst vollziehen würden, schließlich ein schwerer chirurgischer Eingriff vorgenommen werden muß, der aber gar nicht zu einer Heilung führt.

Entspricht nun aber der fixierte Wechselkurs nicht dem Gleichgewichtskurs und soll eine autonome Abwertung vermieden werden, so ist ein "Durchhalten" des Wechselkurses bei gleichzeitiger Vermeidung interner geld- und finanzpolitischer Maßnahmen nur dann möglich, wenn (im Falle eines Zahlungsbilanzdefizits) das Einströmen von Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland quantitativ beschränkt wird. Häufig werden solche quantitativen Maßnahmen, sei es auf der Geldseite durch Devisenbewirtschaftung oder auf der Güterseite durch Importrestriktionen, als Übergangslösung betrachtet, weil die Verschiebung des Preis-, Kosten- und Einkommensniveaus selbst als vorübergehende Erscheinung aufgefaßt wird und inzwischen andere Maßnahmen zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts zur Anwendung gelangen und allmählich ihre Wirkung entfalten.[1)]

Eine andere Möglichkeit, die Finanzierung eines Zahlungsbilanzdefizits aus vorhandenen Währungsreserven, kann in diesem Sinne nicht als echte Gegenmaßnahme gegen bestehende Ungleichgewichtstendenzen aufgefaßt, sondern höchstens als Versuch eines Zeitgewinns gewertet werden.

Die ordnungspolitische Problematik, die in der quantitativen Beschränkung von Gütern und Dienstleistungen im Außenhandel mit dem Ziel einer Wiederherstellung des äußeren Gleichgewichts liegt, kann im Rahmen dieser Arbeit nur angedeutet werden. W. Röpke hat darauf hingewiesen, daß sich solche Maßnahmen als "weltwirtschaftlicher

---

1) Vgl. N. S. Buchanan und F. A. Lutz: "Rebuilding the World Economy" New York 1947, S. 143: "The retention of foreign exchange control of import licensing, therefore, does not eliminate the necessity or harmonizing price levels at home and abroad through exchange-rate adjustments."

Desintegrationsfaktor ersten Ranges" erwiesen haben, deren Beseitigung heute mit allen Mitteln anzustreben sei.[1] Trotzdem muß aber anerkannt werden, daß die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer angesichts immer neu auftretender eigener Zahlungsbilanzungleichgewichte keine Erwägungen über "Integration" und "multilateralen Welthandel" anstellen kann, ebenso wenig wie sich diese Politik in ein Schema liberaler wirtschaftspolitischer Leitbilder zwingen läßt. Unter langfristigem Aspekt sollten jedoch keineswegs die Nachteile quantitativer Restriktionsmaßnahmen hinsichtlich einer Erschwerung der internationalen Arbeitsteilung auch für die Entwicklungsländer unterschätzt werden.

222) Inneres Gleichgewicht

Ebenso wie die Gegner einer flexiblen Wechselkurspolitik in deren Anwendung einen der wesentlichsten Nachteile darin erblicken, daß hier einer autonomen Finanz- und Kreditpolitik Tor und Tür geöffnet wird, so argumentieren die Gegner fixierter Wechselkurse in gleicher Weise. Sie weisen darauf hin, daß man im Inland unbesorgt inflationieren könne, ohne daß ein Ansteigen des Wechselkurses anzeigen würde, daß das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist.[2]

---

1) Vgl. W. Röpke: "Devisenzwangswirtschaft: Das Kardinalproblem der internationalen Wirtschaft" in: Aussenwirtschaft, 5. Jg. (1950), S. 21 ff.

2) Vgl. A. Amonn, a.a.O., S. 569 : "... denn es sind nicht einfach die unrichtigen Kurse ..., es ist die Fixiertheit der Kurse an sich, in der die Wurzel des Übels liegt, weil sie den Ländern erlaubt, eine Geld-, Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben, ohne daß das Alarmsignal steigender Wechselkurse die betreffenden Völker darauf aufmerksam macht, daß sie falsch und auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten sind."

Beide Argumente sind grundsätzlich richtig.[1] Es darf jedoch bezweifelt werden, daß, - selbst wenn die Veränderung eines nicht fixierten Wechselkurses erkennen lassen würde, daß sich die Zahlungsbilanz von ihrem Gleichgewicht entfernt - sich die Entwicklungsländer entschließen würden, ihre interne Finanz- und Kreditpolitik zu ändern, wenn dadurch die wichtigeren Ziele der Entwicklungsförderung vernachlässigt werden würden.

Bezüglich des inneren Gleichgewichts wirkt erschwerend die Tatsache, daß erfahrungsgemäß in unentwickelten Ländern einmal eingeführte marktinkonforme Maßnahmen sich nur unter Schwierigkeiten wieder beseitigen lassen, weil sich unter ihrem Schutz Wirtschaftszweige entwickelt haben, die bei einer Abschaffung des bestehenden Protektionismus einem scharfen internationalen Wettbewerb ausgesetzt werden und dadurch der Entwicklungsprozeß empfindlich gestört würde.[2] So haben sich z.B. in Indien und Pakistan im Schutze eines Importlizenzsystems Textilindustrien gebildet, die sowohl für die heimische Versorgung als auch für die Ausfuhr eine nicht mehr zu übersehende Bedeutung erlangt haben. Die Beseitigung des bestehenden Schutzsystems würde diese jungen Industrien, die noch nicht den für ein Bestehen im internationalen Wettbewerb erforderlichen Grad der Kostendegression erreicht haben, sehr stark treffen.[3]

---

1) Der Verfasser vermag allerdings nicht einzusehen, warum man das Bestehen eines binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichts n u r am steigenden Wechselkurs, nicht ebenso gut an steigenden Preisen bzw. einem Preisstop im Inland erkennen kann.

2) Vgl. F. A. Lutz: Exchange Rates, a.a.O., S. 178: "... the difficulty of removing the controls again once vested interests have grown up under their protection."

3) Es handelt sich hierbei um die gleichen wie die von F. List in bezug auf den Erziehungszoll vertretenen Gedanken. Vgl. F. List: "Der Internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein" Stuttgart und Tübingen 1844, so etwa S. 25 - 30

cc) Die autonome Abwertung

111) Handelsbilanz

Die Wirkungen einer Abwertung auf die Handelsbilanz eines Landes werden im wesentlichen durch dessen außen- und binnenwirtschaftliche Angebots- und Nachfrageelastizitäten bestimmt.[1] Im Zusammenwirken der verschiedenen Elastizitäten gibt es eine solche Vielzahl von Reaktionsmöglichkeiten der beiden Wertgrößen "Einfuhr" und "Ausfuhr", daß eine abschließende oder erschöpfende Analyse kaum möglich wäre.[2] Trotzdem soll versucht werden,

---

1) Gemeint sind die Elastizitäten in bezug auf den Preis bzw. im vorliegenden Fall in bezug auf den Wechselkurs. Einkommenselastizitäten, die im Zusammenhang mit Wechselkursänderungen stehen, werden aus der Betrachtung ausgeklammert.

2) Der Verfasser beschrankt sich darauf, auf folgende wichtige Quellen zu verweisen, die eine überwiegend theoretische Auseinandersetzung mit dem Problem darstellen: C. F. Bickerdike: "The Instability of Foreign Exchange" in: The Economic Journal, Bd. XXXV (1920), S. 118 ff. - L. A. Metzler: "The Theory of International Trade" in: A Survey of Contemporary Economics, Ed. H. S. Ellis, Philadelphia 1948, S. 227 ff. - G. Haberler: "The Market for Foreign Exchange and the Stability of the Balance of Payments" in: Kyklos, Vol. III (1949), S. 204 ff. - J. Robinson: "The Foreign Exchanges" in: Readings in the Theory of International Trade, London 1949, S. 91 ff. - H. von Stackelberg: "Die Theorie des Wechselkurses bei vollständiger Konkurrenz" in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 161 (1949), S. 1 ff. - P. T. Ellsworth: "Exchange Rates and Exchange Stability" in: Review of Economics and Statistics, Vol. XXXIII (1950) S. 1 ff. - F. Machlup: "The Theory of Foreign Exchanges" in: Readings in the Theory of International Trade, London 1949, S. 104 ff. - ders.: "Elasticity Pessimism in International Trade" in: Economia Internazionale, Vol. III (1950), S. 124 ff. - E. Meade: The Balance of Payments, a.a.O., S. 232 - E. Heuß: "Wirtschaftssysteme und Internationaler Handel" Zürich und St. Gallen 1955, S. 70 ff. - E. Sohmen: "Demand Elasticities and the Foreign Exchange Market" in: The Journal of Political Economy, Bd. LXIV (1956), S. 431 ff. - E. Küng: a.a.O., S. 479 ff. - E. Schneider, a.a.O., S. 299 ff. (Bd. III, 5. Aufl.)

unter Berücksichtigung der besonderen binnen- und außenwirtschaftlichen Voraussetzungen der vorwiegend Rohstoffe und Halbwaren exportierenden Entwicklungsländer, die wichtigsten Determinanten in ihrer Beziehung zur Handelsbilanz darzustellen.

aaa) Wertmäßiger Export

α) Ausländische Nachfrageelastizität[1]

Wie die Weltnachfrage auf die Abwertung eines einzelnen Entwicklungslandes reagiert, ist entscheidend davon abhängig, wie groß der Weltmarktanteil dieses Landes insgesamt und wie groß er bei einzelnen Warengruppen ist. Entfällt auf das abwertende Entwicklungsland ein genügend großer Teil des Weltangebotes eines bestimmten Rohstoffes, so wird die Nachfrage nach den Exportprodukten dieses Landes bei Wechselkursänderungen verhältnismäßig unelastisch reagieren.[2] Über die Produktionsanteile einzelner Rohstoffländer gibt nachstehende Tabelle Aufschluß:

---

1) Gemeint ist die Reaktion der nachfragenden Länder auf Änderungen des Exportpreisniveaus eines e i n z e l n e n abwertenden Entwicklungslandes, nicht die Reaktion der Weltnachfrage bei Preisveränderungen eines Rohstoffes, der von einer Vielzahl von Ländern angeboten wird. Vgl. dazu H. C. Wallich: Monetary Problems, a.a.O., S. 221: "In other words the problem is one of monopolistic competition. The depreciating country is very much in the position of a firm in an industry and the elasticity of the particular demand curve facing it depends upon the elasticity of supply of its competitors." - Das Problem der monopolistischen Konkurrenz verdient daher in diesem Zusammenhang besondere Beachtung. Vgl. dazu vor allem: E. Chamberlain: "The Theory of Monopolistic Competition" (Harvard Economic Studies, No. 38), Cambridge 1953, S. 30 und S. 117.

2) Vgl. auch die ältere Untersuchung von S. E. Harris: "Auswirkungen der Währungsabwertung" in: WWA Bd. 44, II (1936), S. 252 ff.

Tabelle 1
Produktion ausgewählter Rohstoffe in einzelnen Entwicklungsländern und Anteil an der Weltproduktion (in v.H.)

Welt / Land:	Mill. t (Rohwert)	in v.H.
Rohrzucker 1956/57		
Welt	25,4	100,0
Kuba	5,4	21,3
Puerto Rico	1,1	0,4
Hawaii	1,1	0,4
Mexiko	1,0	0,4
Indien	2,3	9,0
Philippinen	1,1	0,4
Brasilien	2,3	9,0
Südafrikanische Union	0,8	0,3
Natur-Kautschuk 1956		
Welt	1,9	100,0
Indonesien	0,7	36,8
Malaya	0,6	31,5
Thailand	0,1	5,9
Baumwolle 1956		
Welt	8,3	100,0
Indien	0,9	10,8
Pakistan	0,3	3,6
VR China	0,7	8,4
Mexiko	0,4	4,8
Ägypten	0,3	3,6
Brasilien	0,3	3,6
Tee x) 1956/57		
Welt	0,7	100,0
Indien	0,3	42,9
Ceylon	0,2	28,6
Kakao 1956/57		
Welt	0,6	100,0
Ghana	0,3	50,0
Brasilien	0,2	33,3
Kaffee 1956/57		
Welt	2,8	100,0
Brasilien	1,1	39,2
Kolumbien	0,4	14,2
Mexiko	0,1	3,5
San Salvador	0,1	3,5
Guatemala	0,1	3,5
Franz. Westafrika	0,1	3,5

x) Anteil an der Welterzeugung ohne VR China

Quelle: "Wirtschaftsdienst" 37. Jg. (1957), S. 291, 412, 478 und 590

Ebenso aber wie für das ausländische Nachfrageverhalten der Marktanteil des abwertenden Entwicklungslandes innerhalb der Weltausfuhr bzw. -produktion einer betreffenden Warengruppe entscheidend ist, so ist auch der Anteil einer Warengruppe an der Gesamtausfuhr des Entwicklungslandes eine wichtige Determinante.[1] Es war bereits hervorgehoben worden, daß eine Reihe von Entwicklungsländern oft nur ein einziges oder nur einige wenige Erzeugnisse auf dem Weltmarkt anzubieten haben. Kombiniert man beide Faktoren - geringer Weltmarktanteil und warenmäßig einseitige Struktur der Ausfuhr - miteinander, so läßt sich feststellen:

Hat ein Entwicklungsland einen verhältnismäßig geringen Marktanteil und basiert gleichzeitig seine Ausfuhr weitgehend auf einer Monokultur, so wird bei einer Abwertung dieses Landes der mengenmäßige Export verhältnismäßig elastisch reagieren.

Für die Beurteilung des ausländischen Nachfrageverhaltens gegenüber dem Export der Entwicklungsländer muß aber ein weiteres beachtet werden: Die Ausfuhr unentwickelter Volkswirtschaften ist in zunehmendem Maße der Konkurrenz von Syntheseprodukten der Industrieländer ausgesetzt. Wenn auch bei einer Reihe von Rohstoffen - so vor allem bei den ernährungswirtschaftlichen - nicht damit zu rechnen ist, daß sie infolge dieser Entwicklung vom Weltmarkt verdrängt werden, so darf doch andererseits - dies trifft vor allem für gewerbliche Rohstoffe zu - nicht verkannt werden, daß synthetische Erzeugnisse infolge der technischen Fortschritte in den Industrieländern sowohl qualitativ als auch quantitativ laufend an Bedeutung gewinnen. Dieser Trend wirkt naturgemäß in Richtung einer Erhöhung der Substitutionselastizität in den industriellen Käuferländern und trägt damit wiederum

---

1) Vgl. S. E. Harris, a.a.O., S. 253: "Es muß beachtet werden, ob es sich um eine einzelne Ausfuhrware oder um mehrere Ausfuhrgüter handelt, denn Schlüsse, die aus der Betrachtung einer einzelnen Ware gezogen werden, gelten nicht notwendigerweise für die Gesamtausfuhr eines Landes."

zu einer elastischen Nachfrage dieser Länder nach den Exportprodukten unentwickelter Volkswirtschaften bei.

β) Inländische Angebotselastizität

Der Überschuß der Gesamterzeugung über den inländischen Verbrauch ist eine wesentliche Bestimmungsgröße für die Angebotselastizität dieses Landes. Dieser Überschuß dürfte in vielen Entwicklungsländern, die Industrierohstoffe produzieren, so groß sein, daß das Angebot von Exportgütern als relativ elastisch angesehen werden kann; denn infolge fehlender Be- und Verarbeitungsmöglichkeiten im Inland stehen die erzeugten Rohstoffe häufig als Überschußprodukte ausschließlich dem Export zur Verfügung und vergrößern daher dessen Reagibilität erheblich. Dies gilt z.B. für Kautschuk in Indonesien und für Zinn in Malaya. Weitere Beispiele hierfür finden sich auch in den Erdölländern des Vorderen Orients. Andere Bedingungen sind dagegen in Entwicklungsländern gegeben, die ernährungswirtschaftliche Rohstoffe produzieren, wie z.B. Indien Reis. Hier wird infolge des starken Bevölkerungswachstums und des relativ engen Nahrungsspielraums ein großer Teil der erzeugten Nahrungsmittelrohstoffe im Inland selbst verbraucht; das Exportangebot wird daher auf Wechselkursänderungen der Tendenz nach unelastisch reagieren.

Unabhängig jedoch von dem Verhältnis zwischen Gesamterzeugung und inländischem Verbrauch, welches wichtig ist für die Angebotselastizität der Ausfuhr, muß die Reagibilität der Exportgüterproduktion eines Entwicklungslandes selbst betrachtet werden: Je größer diese Reagibilität ist, um so mehr besteht für das einzelne Entwicklungsland die Möglichkeit, die Exportproduktion einem veränderten Wechselkurs anzupassen.

Prima facie könnte man in einer Reihe von unentwickelten Volkswirtschaften auf eine hohe Angebotselastizität schließen, da sich viele von ihnen im Stadium der

Unterbeschäftigung befinden. Diese Aussage trifft zwar in vielen Entwicklungsländern für den Arbeitsfaktor zu, doch fehlt in den meisten Fällen der Komplementärfaktor "Kapital" - hier die technische Ausstattung, die für eine kurzfristige Reaktionsfähigkeit der Exportproduktion erforderlich wäre. Eine Ausdehnung der industriellen Erzeugung ist daher infolge des Engpasses beim Faktor "Kapital" kurzfristig relativ schwierig. Eine Erweiterung der Agrarproduktion ist noch weniger möglich, da das Angebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus strukturellen Gründen (Naturabhängigkeit) ohnehin unelastisch reagiert. Im ganzen gesehen ist daher in den meisten Entwicklungsländern die kurzfristige Angebotselastizität gering.[1)]

Faßt man nach diesem kurzen Aufriß die für den Export gewonnenen Ergebnisse zusammen, so läßt sich folgende Aussage machen: Die ausländische Nachfrageelastizität gegenüber den Exportprodukten des einzelnen abwertenden Entwicklungslandes hängt entscheidend von seinem Weltmarktanteil ab. In der Regel sind diese Anteile der einzelnen Entwicklungsländer nicht so groß, um einen erheblichen Teil der Weltnachfrage auf sich vereinigen zu können. Der Tendenz nach ist also mit einem elastischen Weltnachfrageverhalten zu rechnen. Dieser Faktor wirkt auf den wertmäßigen Export im Falle einer Abwertung elastizitätsfördernd. Die ausländische Substitutionselastizität gegenüber Exporterzeugnissen unentwickelter Länder hat sich bei vielen Waren erhöht, womit auch weiterhin zu rechnen ist, so daß generell auch hier eine elastizitätsfördernde Wirkung für den wertmäßigen Export des abwertenden Entwicklungslandes erkennbar wird. Demgegenüber ist die Angebotselastizität in Entwicklungsländern kurzfristig gering. Diese Teilergebnisse zusammengefaßt deuten tendenziell auf ein verhältnismäßig elastisches Verhalten des wertmäßigen Exports bei einer Abwertung in einem unentwickelten Land, das vorwiegend Rohstoffe exportiert, hin.

---

1) Vgl. G. M. Meier, a.a.O., S. 83

bbb) Wertmäßiger Import

Während eine Erhöhung des Wechselkurses (Abwertung) in der Regel auch immer ein Steigen des Exportwertes in heimischer Währung zur Folge hat, die wertmäßige Exportelastizität daher positiv ist, braucht die Importelastizität nicht in jedem Fall negativ zu sein, d.h. ein Steigen des Wechselkurses ruft nicht in jedem Fall einen Rückgang des wertmäßigen Imports hervor.[1] Folgende Einzelanalyse läßt dies erkennen:

α) Ausländische Angebotselastizität

Die ausländische Angebotselastizität übt auf den wertmäßigen Import in Entwicklungsländern eine elastizitätsfördernde Wirkung aus, weil ein einziges abwertendes Entwicklungsland in der Regel nur einen verhältnismäßig geringen Anteil am Export der großen Industrieländer - seiner Hauptlieferanten - bestreitet. In diesen Fällen stehen die Entwicklungsländer wie im Modell der vollkommenen Konkurrenz einer fast völlig elastischen Angebotskurve des Auslandes gegenüber.[2] Anders liegen die Dinge, wenn sich ein ganzer Block von Rohstoff- (Entwicklungs-) ländern zur Abwertung entschließt.[3] In diesem Fall ist es fraglich, ob die Lieferländer in ihrem Angebot elastisch reagieren, da es sich bei der abwertenden Gegenseite um einen größeren Käuferkreis handelt, dessen Marktanteil auf der Ausfuhrseite der Industrieländer erheblich ins Gewicht fällt und eine größere Einschränkung des Angebots auf die Abwertung ihrer Handelspartner kaum möglich ist.

---

1) Vgl. H. von Stackelberg, a.a.O., S. 13 - E. Schneider, a.a.O., (Bd. III, 5. Aufl.), S. 307 - H. C. Wallich: Monetary Problems, a.a.O., S. 224

2) Vgl. H. C. Wallich: Monetary Problems, a.a.O., S. 234

3) Wie z.B. bei der Abwertungswelle im September 1949, als eine Reihe von Rohstoffländern mit der Sterling-Abwertung neue Kursparitäten festsetzte.

β) Inländische Nachfrageelastizität

Die inländische Nachfrageelastizität ist zu einem grossen Teil abhängig vom Gesamtverbrauch des importierenden Landes in bezug auf seine Einfuhrmenge. Die Importabhängigkeit in Entwicklungsländern ist im allgemeinen groß, sowohl hinsichtlich von Konsumgütern (insbesondere Nahrungsmitteln) als auch von Investitionsgütern. Die statistische Analyse bestätigt dies; sie zeigt, daß die Nachfrage nach Importwaren in unentwickelten Volkswirtschaften relativ unelastisch reagiert.

Tabelle 2

Koeffizienten für die Nachfrageelastizität nach Importwaren in Agrar- und unentwickelten Ländern

(Errechnet aus Daten der Jahre 1924 - 1938)x)

Jugoslawien	0,85	Estland	0,34
Australien	0,67	Neuseeland	0,34
Ungarn	0,54	Chile	0,32
Lettland	0,48	Finnland	0,25
Japan	0,47	Tschechoslowakei	0,23

x) In der nach T. C. Chang zusammengestellten Tabelle werden für die in dieser Arbeit als "Entwicklungsländer" bezeichneten Volkswirtschaften die Ausdrücke "Agrarländer" oder "wenig industrialisierte Länder" gebraucht. Es ist durchaus möglich, daß Länder, die im genannten Zeitraum - 1924 - 1938 - noch weniger entwickelt waren als heute in der Zusammenstellung als "wenig entwickelte Länder" genannt sind (z.B. Japan, aber auch Neuseeland und Australien).

Quelle: T. C. Chang, a.a.O., S. 64

Für die Beurteilung der Importnachfragereaktion in unentwickelten Ländern sind jedoch nicht nur die Verhaltensweisen der Käufer maßgebend, sondern die Importnachfrage wird in den erwähnten Ländern - und gerade in diesen - durch allgemeine handelspolitische

Maßnahmen starr gehalten. So wirken z.B. Importkontingente, die in fast allen Entwicklungsländern angewendet werden, bezüglich des gesamten mengenmäßigen Imports elastizitätshemmend.[1)]

Für das Nachfrageverhalten der Entwicklungsländer ist jedoch weiterhin die Angebotselastizität von im Inland hergestellten Waren, die mit Importgütern im Wettbewerb stehen, beachtenswert. Zu dieser Substitutionsmöglichkeit von Inlandswaren gegen Importgüter ist zu bemerken, daß die Produktion in vielen Entwicklungsländern auf nur wenige Güter spezialisiert ist. Zwar ist die Produktion in einem "leading growth sector" oft technisch sehr gut ausgestattet und auch der Produktivitätsgrad ist nicht gering, doch sind die anderen Produktionszweige meistens relativ wenig entwickelt. Die inländische Erzeugung ist daher wegen dieser aufgezeigten Struktur in vielen Fällen zu wenig differenziert, um einen genügend großen Substitutionseffekt gegenüber Importwaren ausüben zu können. Beispiele für eine solche undifferenzierte Produktionsstruktur finden sich in Entwicklungsländern viele, z.B. in Kuba, dessen gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung zum überwiegenden Teil auf den Agrarsektor (Zuckererzeugung) entfällt.[2)] Ähnliche Beispiele finden

---

1) Vgl. H. von Stackelberg, a.a.O., S. 39: "Noch stärker wirken alle direkten Eingriffe in die Einfuhrgestaltung, wie Kontingente, Differenzierungen verschiedener Art, administrativer Protektionismus usw. im Sinne einer Herabsetzung der eigenen Import- und der ausländischen Exportelastizität". - A. Smithies führt zum gleichen Problem aus: "In that event devaluation, though resulting in higher domestic prices than before, may not reduce consumption of imports." Vgl. A. Smithies: "Devaluation with Imperfect Markets and Economic Control" in: Review of Economics and Statistics, Vol. XXXII (1950), S. 23

2) H. C. Wallich führt dazu aus: "Apart from the highly capitalized and technically very efficient sugar industry and despite recent industrial gains, Cuba has hat and still has only a limited range of industries, producing mainly light consumer goods. Here agricultural activities, too are concentrated on a relatively limited number of products. It is clear therefore, that domestic production can substitute for imports to only a minor degree and that in the short run it does not add very much to the elasticity of Cuban demand for imports." Vgl. H. C. Wallich: Monetary Problems, a.a.O., S. 234

sich bei Burma (Reis), Ghana (Kakao), Indonesien (Kautschuk). Wenn man berücksichtigt, daß ein großer Teil der Einfuhr der Agrarländer, aber auch derjenigen entwicklungsfähigen Volkswirtschaften, die bereits eine eigene Industrie besitzen, aus einem weit aufgefächerten Sortiment von Investitions- und Konsumgütern besteht, die im Inland nicht oder nur in unzureichendem Maße produziert werden, so deutet dies alles wegen geringer Substitutionsmöglichkeiten im Inland auf eine relativ niedrige Angebotselastizität von Importkonkurrenzgütern, damit auch auf starres Nachfrageverhalten der importierenden Entwicklungsländer, hin.

Faßt man die für eine Beurteilung der Reaktionsmöglichkeiten des wertmäßigen Imports wichtigen Teilergebnisse zusammen, so ergibt sich: Die Einfuhrabhängigkeit der Entwicklungsländer ist im allgemeinen relativ hoch. Daher ist die inländische Nachfrageelastizität in diesen Ländern tendenziell gering. Hierdurch dürfte die Reaktionsfähigkeit des wertmäßigen Imports wesentlich gehemmt werden. Die zweite Determinante der wertmäßigen Importelastizität - die Angebotselastizität von Importkonkurrenzgütern im Inland - ist infolge der geringen Substitutionsmöglichkeiten in Entwicklungsländern niedrig. Daher ist auch unter diesem Aspekt bezüglich des wertmäßigen Imports mit einer elastizitätshemmenden Wirkung zu rechnen. Die Reaktionsfähigkeit des Auslandsangebots schließlich, die ebenfalls die Reagibilität des wertmäßigen Imports auf Preis- und Wechselkursänderungen des Entwicklungslandes beeinflußt, darf in den meisten Fällen als verhältnismäßig groß angesehen werden, da das einzelne Entwicklungsland oft nur einen geringen Anteil des gesamten Exports der industriellen Lieferländer bestreitet. Die Angebotselastizität des Auslandes wirkt daher auf den gesamten wertmäßigen Import elastizitätsfördernd. Da aber angenommen werden darf, daß im ganzen gesehen die elastizitätshemmenden Komponenten auf der Importseite überwiegen, kann der Tendenz nach in den meisten Rohstoff- und Entwicklungsländern auf ein unelastisches Verhalten des wertmäßigen Imports bei Wechselkursmanipulationen geschlossen werden.

ccc) Zusammenfassende Betrachtung für die Wertgrößen "Import" und "Export"

Durch Kombination der für die Import- und Exportseite gewonnenen Elastizitätsergebnisse läßt sich ceteris paribus eine Schlußfolgerung für eine mögliche Reaktion der Handelsbilanz auf eine autonome Abwertung ziehen. Nach den gewonnenen Ergebnissen muß festgestellt werden, daß die Möglichkeit einer anomalen Reaktion der Handelsbilanz auf eine Abwertung in Entwicklungsländern - d.h. die Entstehung oder Vergrößerung eines Importüberschusses bzw. die Verringerung eines Exportüberschusses - durchaus besteht. Wenn auch generell mit einem elastischen Verhalten des wertmäßigen Exports, d.h. mit seiner relativ kräftigen Zunahme im Falle einer Abwertung gerechnet werden darf, so wirkt in entgegengesetzter Richtung das relativ starre Verhalten des wertmäßigen Imports. In nicht seltenen Fällen liegt die Möglichkeit einer Zunahme des Imports wegen der bestehenden Unelastizität nach einer Abwertung durchaus im Bereich des Möglichen. Wird schließlich durch eine solche Importzunahme die Exportsteigerung überkompensiert, so sieht sich das abwertende Entwicklungsland nach erfolgter Abwertung einer anomalen Reaktion in der Handelsbilanz gegenüber. Es darf daher zumindest bezweifelt werden, ob eine Abwertung in ihrer Wirkung auf die Handelsbilanz in jedem Fall dem angestrebten Ziel des einzelnen Entwicklungslandes entspricht.

222) Terms of Trade

Eine Analyse der Handelsbilanzreaktion im Falle einer Abwertung, wie sie im vorigen Abschnitt durchgeführt wurde, ist nicht ausreichend, um die Position des abwertenden Landes innerhalb der Weltwirtschaft zu umreißen. Die Beantwortung der Frage, welchen Gewinn das abwertende Land unter den veränderten Bedingungen aus dem internationalen Handel zieht, muß anhand einer Analyse der Terms of Trade erfolgen.

Da die Frage der Terms of Trade für den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß unentwickelter Volkswirtschaften und für ihre Stellung innerhalb der Weltwirtschaft von weitreichender Bedeutung ist, erscheint es im Rahmen dieser Wirkungsanalyse notwendig und wichtig, auf die in Entwicklungsländern gegebenen Bedingungen einzugehen und sie mit den Voraussetzungen zu vergleichen, die gegeben sein müssen, um eine Verbesserung der Terms of Trade zu erreichen. Dabei besteht Klarheit darüber, daß - ähnlich wie bei der Wirkungsanalyse der Abwertung auf die Handelsbilanz - eine erschöpfende Aussage infolge der Heterogenität der Strukturdaten in den einzelnen Entwicklungsländern und auch infolge der vereinfachenden Annahmen, die der folgenden Modellanalyse zugrundeliegen, nicht getroffen werden kann.

Eine Abwertung wird in der Regel nur dann erwünscht sein, wenn der Vorteil eines größeren Importvolumens, das mit einem erhöhten Devisenzugang aus einer Exportsteigerung erkauft wird, größer ist als der Nachteil, daß höhere Exporte zu weniger günstigen Terms of Trade durchgeführt werden können.[1)]

Ebenso wie die Wirkungen einer Abwertung auf die Handelsbilanz von den im Inland und Ausland bestehenden Angebots- und Nachfrageelastizitäten abhängig sind, gilt dies auch für die Reaktion der Terms of Trade.

Eine unzulässige Vereinfachung ist die Behauptung, daß sich die Terms of Trade eines Landes im Falle einer Abwertung in jedem Falle verschlechtern werden, da -

---

1) Ist jedoch der erwähnte Nachteil größer, so wird u.U. eine Abwertung nicht erfolgen, sondern es kommt zur Anwendung quantitativer Restriktionsmaßnahmen. Vgl. dazu S. S. Alexander: "Devaluation versus Import Restrictions as an Instrument of Improving Foreign Trade Balance" in: Staff-Papers, Vol.I (1950/51), S. 379 ff.

wie man argumentiert - die Einfuhrpreise steigen, während die Ausfuhrpreise sinken.[1] Diese Aussage ist nur dann richtig, wenn man die Einfuhrpreise in heimischer, die Ausfuhrpreise aber in ausländischer Währung betrachtet. Ein solcher Vergleich ist nicht richtig, sondern es müssen Ein- und Ausfuhrpreise in heimischer Währung verglichen werden. Es ergibt sich dann, daß im Falle einer Abwertung sowohl der Importeur des abwertenden Landes mehr in heimischer Währung bezahlen muß, als auch der Exporteur mehr in heimischer Währung für die gleiche gelieferte Menge erlöst, was einer Preissteigerung sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite gleichkommt. Für die Beurteilung der Frage, ob sich die Terms of Trade nun verschlechtern, ob sie unverändert bleiben oder sich sogar nach einer Abwertung verbessern, ist es wichtig zu wissen, welche von beiden Preisreihen sich stärker bewegt. Dies ist abhängig von der Reaktion der Käufer und Verkäufer auf die erfolgte Abwertung.[2]

Eine Abwertung wird in jedem Fall einen Preisanstieg der Exportgüter in heimischer Währung hervorrufen, der um so größer ist

---

1) Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 461: "Die Tatsache allein also, daß die Währungsabwertung verbunden ist mit einem Mehrexport und einem Minderimport läßt noch keinen zwingenden Schluß darauf zu, ob und wie sich das reale Austauschverhältnis innerhalb der Leistungsbilanz verändert hat."

2) Vgl. G. Haberler: "Currency Depreciation and the Terms of Trade" in: Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung, Festschrift zum 70. Geburtstag von Ferdinand Degenfeld-Schomburg, Wien 1952, S. 149 (im folgenden zitiert als G. Haberler: Currency Depreciation) - C. Lau: "Abwertung, Handelsbilanz und Terms of Trade" in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg, 14. Jg. (1959), S. 92

1) je größer die Preiselastizität der ausländischen Nachfrage nach den Exportwaren des abwertenden Landes (in fremder Währung), wie sie abhängt von der Preiselastizität des ausländischen Angebots von Importkonkurrenzgütern (in fremder Währung).

2) je geringer die Preiselastizität des heimischen Angebots von Exportwaren (in heimischer Währung), wie sie abhängt von der Elastizität der heimischen Nachfrage nach diesen Waren (in heimischer Währung).

3) je geringer der Anteil der Exporte des abwertenden Landes am Weltexport.[1)]

Eine Abwertung wird in jedem Fall einen Preisanstieg der Einfuhrgüter in heimischer Währung hervorrufen, der um so größer ist

1) je geringer die Preiselastizität der heimischen Nachfrage des abwertenden Landes nach Importwaren (in heimischer Währung), wie sie abhängt von der Preiselastizität des heimischen Angebots von Importkonkurrenzgütern.

2) je größer die Elastizität des ausländischen Angebots von Importgütern des abwertenden Landes (in fremder Währung), wie sie abhängt von der Preiselastizität der ausländischen Nachfrage nach den Exportgütern des Auslandes (in fremder Währung).

3) je geringer der Anteil der Importe des abwertenden Landes am Weltimport.[2)]

---

1) Vgl. H. C. Wallich: Monetary Problems, a.a.O., S. 222 f. - J. E. Meade, a.a.O., S. 235 ff. - G. Haberler: Currency Depreciation, a.a.O., S. 152 ff. Ch. Kennedy: "Devaluation and the Terms of Trade" in: The Review of Economic Studies, Vol. XXVII (1949/1950), S. 28 ff.

2) Vgl. H. C. Wallich: Monetary Problems, a.a.O., S. 224 f. - J. E. Meade, a.a.O., S. 235 ff. G. Haberler: Currency Depreciation, a.a.O., S. 152 ff. - Ch. Kennedy, a.a.O., S. 28 ff.

Die genannten Elastizitäten sind im Hinblick auf die besonderen Voraussetzungen in Entwicklungsländern bereits in der Handelsbilanzanalyse behandelt worden.[1] Es genügt daher, an dieser Stelle folgende Ergebnisse festzuhalten:

Auf der Ausfuhrseite wirken die beiden wichtigsten Determinanten, die ausländische Nachfrage und das heimische Angebot auf einen relativ starken Anstieg der Exportpreise in heimischer Währung, und zwar die ausländische Nachfrage durch ihr elastisches Verhalten und das heimische Angebot durch seine unelastische Reaktion. Um die Gesamtreaktion der Terms of Trade zu erkennen, ist noch zu prüfen, welche Faktoren für die Gestaltung der Importpreise nach einer Abwertung bestimmend sind. Auch hier kann sich der Verfasser auf eine Zusammenfassung der gewonnenen Ergebnisse beschränken. Zusammenfassend kann für die beiden wichtigsten Elastizitäten auf der Einfuhrseite folgende Aussage getroffen werden:

Die Elastizität der heimischen Nachfrage dürfte der Tendenz nach unelastisch, die ausländische Angebotselastizität der Tendenz nach elastisch sein. Beide Faktoren zusammen wirken daher auf einen relativ starken Anstieg der Importpreise des abwertenden Landes. Eine kombinierte Aussage über die Reaktion auf der Einfuhr- und Ausfuhrpreisseite, wie sie notwendig ist, um die Änderungsrichtung der Terms of Trade zu erkennen, kann kaum getroffen werden. Die Reaktion hängt von einer Vielzahl der Determinanten im einzelnen Länderfall ab.

Wenn es infolge einer ungünstigen Elastizitätskonstellation zu einer Verschlechterung der Terms of Trade

---

1) Die vorstehenden Erörterungen konnten sich lediglich darauf beschränken, einige Anhaltspunkte für die Reaktionsbestimmung der Terms of Trade in jedem einzelnen Länderfall zu geben.

des einzelnen abwertenden Landes kommen sollte, so ist es im Hinblick auf die binnen- und außenwirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer notwendig, die binnenwirtschaftlichen Konsequenzen einer solchen Terms of Trade-Verschlechterung von den außenwirtschaftlichen zu trennen.

Ein ungünstiger werdendes Austauschverhältnis im Außenhandel bedeutet zwar quantitativ einen Mehraufwand auf der Exportseite. Eine solche Mehranstrengung kann wegen der hohen gesamtwirtschaftlichen Ausfuhrabhängigkeit der Entwicklungsländer nicht ohne Einfluß auf ihre Binnenwirtschaften bleiben; denn die Notwendigkeit, für eine Importeinheit nunmehr mehr Exporteinheiten erwirtschaften zu müssen, erfordert Produktionssteigerungen, Konsum- und Investitionsverzicht.[1] Dies kann auf den gesamten Prozeß der Entwicklungsförderung nicht ohne Einfluß bleiben; denn diese strukturellen Wirkungen rufen einen Umschichtungsprozeß hervor, der der Binnenwirtschaft bestimmte Güter und Dienstleistungen entzieht und der Ausfuhr zuführt. Dadurch wird das im Inland verfügbare Angebot von Gütern und Dienstleistungen geschmälert und das innere Gleichgewicht u.U. empfindlich gestört.[2]

Diese Erkenntnisse zeigen, daß die Beurteilung der Wirkungen einer Abwertung auf die Terms of Trade keineswegs nur unter außenwirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden dürfen, sondern auch den binnenwirtschaftlichen Konsequenzen Rechnung getragen werden muß.

---

1) E. Küng bezeichnet diese Auswirkungen als "eine 'Last', die man als die primäre bezeichnen kann und die ihrer Natur nach nichts mit der Währungsabwertung zu tun hat". Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 461. Diese "primäre Last" steht im Gegensatz zu den bereits im Zusammenhang mit den Elastizitäten betrachteten Wirkungen auf die Leistungsbilanz.

2) Vgl. F. Machlup: "The terms of trade effects of devaluation upon real income and the balance of trade" in: Kyklos, Vol. IX (1956), S. 423 und S. 432

333) Inländisches Preisniveau

Es war bei der Wirkungsanalyse des freien Wechselkurses bereits auf den hohen Transformationsgrad von ausländischen Preis- (Wechselkurs-)änderungen auf das inländische Preisniveau hingewiesen worden. Dabei wurde gezeigt, daß infolge der hohen Einfuhrabhängigkeit, der Unelastizität der Einfuhrnachfrage und der hohen Ausfuhrintensität, welche drei Faktoren generell auf Entwicklungsländer zutreffen, die Weitergabe außenwirtschaftlicher Einflüsse auf die Binnenwirtschaft beträchtlich ist.[1] Diese Aussagen treffen auch auf eine Abwertung in vollem Umfange zu: Je größer der "Außenbeitrag" einer Volkswirtschaft, um so größer muß die Übertragungswirkung einer Abwertung auf das inländische Preisniveau sein.[2]

Wird bei eintretender Passivierung der Zahlungsbilanz die Währung eines Landes abgewertet, so muß damit gerechnet werden, daß sich die Preise der Importgüter in einem Maße erhöhen werden, das von der Höhe des Abwertungssatzes abhängig ist. Hierdurch kann es infolge der

---

1) Vgl. S.101ff.unserer Ausführungen

2) Vgl. H. C. Wallich: Monetary Problems, a.a.O., S. 238: "The pervasiveness of international price changes will depend primarily upon the quantitative importance of the international sector relative to the rest of the economy." - Diese Frage ist im Falle flexibler Wechselkurse unter dem Gesichtspunkt der Unstabilität, die durch die permanenten Wechselkursänderungen in das Inland getragen werden, betrachtet worden; im Falle einer autonomen Abwertung, bei der nur einmal ein solcher "Preisstoß" einsetzt, tritt der Aspekt ständiger Wechselkursschwankungen in den Hintergrund. Hier ist die Frage, ob durch die Abwertung ein inflatorischer Prozeß im Inland ausgelöst werden kann, von größerem Interesse.

Interdependenz aller Preise und Kosten im Inland zu einer Anhebung des gesamten Preisniveaus kommen. Dies wiederum birgt die Gefahr von Lohnerhöhungen in sich, wenn nicht durch eine kontraktive Notenbankpolitik dieser Entwicklung entgegengewirkt wird. Im ganzen gesehen kann es also zur Auslösung einer "Preis-Lohn-Spirale" kommen. Diese inflatorische Entwicklung wiederum kann u.U. den kurzfristigen Erfolg der Abwertung, der in einer Verbesserung der Handelsbilanz liegen soll, in Frage stellen, da durch die Preisanhebung im Inland auch die potentiellen und aktuellen Exportgüter betroffen werden.

Anknüpfend an die hohe Einfuhrabhängigkeit unentwickelter Volkswirtschaften dürfte es unbestreitbar sein, daß eine durch eine Abwertung hervorgerufene Verteuerung der Importwaren für die Gesamtwirtschaft von beträchtlicher Bedeutung ist; denn die Lebenshaltungskosten werden hier in erheblichem Umfang durch die Preise importierter Waren beeinflußt.[1] Ein für alle Entwicklungsländer zutreffendes Urteil hierüber kann kaum gefällt werden. In jedem Fall hängt die Entstehung eines inflatorischen Prozesses davon ab, inwieweit es der internen Finanz- und Kreditpolitik gelingt, diesem inflatorischen Druck standzuhalten.[2] Wie aber bereits hervorgehoben [3], ist das

---

1) Zweifelhaft dagegen erscheint es, ob ein so enger Zusammenhang zwischen Preisen und Löhnen in Entwicklungsländern besteht wie in industrialisierten Ländern, daß man hieraus notwendigerweise auf die Entstehung der "Lohn-Preis-Spirale" und damit eines kumulativen inflatorischen Prozesses schließen könnte. H. C. Wallich bejaht einen solchen Zusammenhang zwischen Lohn- und Preisbewegungen im Inland, indem er ausführt: "Labor organisations in such countries (Entwicklungsländer)*) in particular tend to watch the exchange rate much as they watch the cost of living index elsewhere." Vgl. H. C. Wallich: Monetary Problems, a.a.O., S. 238
*)(Klammer vom Verfasser.)

2) Vgl. A. Bosshardt, a.a.O., S. 211 sowie F. Lütholf: "Ausländische Stimmen zur Wechselkurspolitik" in: Aussenwirtschaft 5. Jg. (1950), S. 87

3) Vgl. S. 76 ff. unserer Ausführungen

finanz- und kreditpolitische Instrumentarium in Entwicklungsländern keineswegs so ausgebildet, um eine volle Gewähr dafür zu bieten, daß die von einem abgewerteten Wechselkurs ausgehende inflatorische Entwicklung gebremst werden kann. Die Beachtung dieser von der Abwertung ausgehenden Entwicklung ist daher wichtig.

444) Produktionsstruktur

Als wesentlicher Vorteil der autonomen Abwertung ist es bezeichnet worden, daß sie - im Gegensatz zur Wechselkursstabilisierung mittels kontraktiver notenbankpolitischer Maßnahmen - die inländische Produktions- und Beschäftigungsstruktur unangetastet läßt. Dies ist jedoch in der Mehrzahl der Fälle gar nicht zutreffend. Eine Abwertung wird - wenn sie von Erfolg sein soll - ähnliche Verschiebungen innerhalb der inländischen Produktionsstruktur hervorrufen wie eine kontraktive Geldpolitik.[1] Auch E. Küng betont, daß es die Aufgabe des Ausgleichsprozesses sei, "Umstellungen in der Produktionsstruktur herbeizuführen"[2]. So treten im Fall einer Abwertung Preisveränderungen ein, die die Erlöse in den Exportproduktionszweigen ansteigen lassen, was in der Regel zu einer Ausdehnung des Exportangebots führt. In

---

1) Dieser Auffassung ist vor allem F. W. Meyer, indem er ausführt: "Der Ausgleichsprozeß ... hat ja auch beim Wechselkursmechanismus letzlich keine andere Funktion als die, den inländischen Verbrauch von importierten Gütern und Dienstleistungen und von exportfähigen Gütern und Dienstleistungen zu beschränken und zugleich die Verwendung der produktiven Kräfte umzulenken." Vgl. F. W. Meyer, a.a.O., S. 357 - Vgl. auch die theoretische Darstellung dieses Umschichtungsprozesses bei F. Machlup: "Relative prices and aggregate spending in the analysis of devaluation" in: American Economic Review, Vol. XLV (1955), S. 255 ff. sowie J. E. Meade, a.a.O., S. 232 ferner H. von Stackelberg, a.a.O., S. 1 ff.

2) Vgl. E. Küng: Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 410

den importabhängigen Produktionszweigen dagegen, in denen durch die Abwertung eine Verteuerung der importierten Vorleistungen eintritt, können die Kosten über die Erlöse steigen, was in diesen Wirtschaftszweigen zu einer Einschränkung der Produktion führen dürfte. In den importabhängigen Wirtschaftszweigen entsteht damit eine Tendenz zur Freisetzung von produktiven Kräften. Je nachdem, ob diese der Export- oder Inlandsproduktion zugeführt werden können oder nicht, wird sich dieser Umschichtungsprozeß ohne größere Störungen für den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß vollziehen.[1] In vielen Entwicklungsländern wirkt es besonders erschwerend, daß ihre Volkswirtschaften den Charakter einer "dual economy" tragen, d.h. ein - in der Regel größerer - Teil der Gesamtproduktion entfällt auf den Agrarsektor, ein anderer - in der Regel der kleinere - Teil auf die Erzeugung gewerblicher Güter.[2] Aus diesem Grunde wird daher eine Eingliederung der in dem einen Produktionszweig freigesetzten Produktionskräfte in den anderen oft gar nicht möglich sein. Dies dürfte sowohl für den Produktionsfaktor "Arbeit" gelten - vorher in der Landwirtschaft Beschäftigte können nicht ohne weiteres in Fabriken untergebracht werden - oder den Produktionsfaktor "Kapital" betreffen; im letzteren Fall können die in dem einen Zweig gesteigerten Erlöse infolge fehlender Anlagemöglichkeiten (Mangel an Komplementar-Investitionen) nicht in vollem Umfang wieder der Gesamtwirtschaft zugeführt werden.[3]

---

1) Auf die Tatsache, daß der Erfolg oder Nichterfolg einer Wechselkursänderung davon abhängt, wie weit es möglich ist, die nach der Wechselkursänderung absatzsuchende Produktion auf andere Märkte umzulenken, weist auch die Handelskammer Hamburg hin. Ihre Darlegungen beziehen sich zwar auf den möglichen Fall einer Aufwertung der D-Mark, doch berühren sie im Kern das gleiche Problem. Vgl. Handelskammer Hamburg: "Bericht über das Jahr 1957" o.J., S. 22

2) Vgl. P. Meyer-Dohm, a.a.O., S. 202 f.

3) Vgl. Punkt 5 der Kennzeichen unentwickelter Länder S. 8 unserer Ausführungen "Immobilität der Produktionsfaktoren".

Aus den genannten Gründen muß daher angenommen werden, daß der für Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts notwendige Umschichtungsprozeß nach einer Abwertung innerhalb einer unentwickelten Volkswirtschaft zu Störungen führen kann, die mit der Verfolgung des Hauptziels "Entwicklungsförderung" nicht zu vereinbaren sind. Zum mindesten muß das Argument von der "selektiven" Wirkung einer Abwertung in Entwicklungsländern zweifelhaft erscheinen, wenn die Abwertung infolge der starken Auslandsabhängigkeit der Entwicklungsländer generell den gesamten Wirtschafts- und Entwicklungsprozeß beeinflußt, also nicht nur die an der Aus- oder Einfuhr beteiligten Wirtschaftskreise trifft.[1)]

dd) Die Wechselkursdifferenzierung

In den vorhergehenden Abschnitten war zu zeigen versucht worden, aufgrund welcher Wirkungen ein Entwicklungsland Veranlassung haben könnte, diese und nicht jene wechselkurspolitische Maßnahme anzuwenden. Es mag dabei deutlich geworden sein, daß sich jede Maßnahme der Wechselkurspolitik gewissermaßen von der anderen abhob, mehr noch, sich aus der anderen herausbildete, ja, daß man versuchte, die Vorteile der einen mit den Vorteilen der anderen zu verbinden. So kann z.B. die autonome Korrektur eines fixierten Wechselkurses (Auf- oder Abwertung) in der Erkenntnis vorgenommen werden, daß einerseits eine Wechselkursstabilisierung mittels interner Finanz- und Kreditpolitik nicht möglich, andererseits ein freier Kurs nicht vertretbar erscheint, man daher eine Quasi-Stabilität durch künstliche Fixierung des Wechselkurses wegen dessen vorteilhafter

---

1) Vgl. unsere Ausführungen über generell und selektiv wirkende Maßnahmen der indirekten Wechselkurspolitik S. 83 ff.

Wirkung auf den Entwicklungsprozeß vorzieht und die autonome Korrektur des Wechselkurses nach oben oder unten als "Ventil" benutzt, um den eingetretenen Preis-Kosten-Disparitäten gegenüber dem Ausland Rechnung zu tragen.

Die Wechselkursdifferenzierung, die von nicht wenigen Entwicklungsländern angewandt wird, bildet das letzte Glied in der Kette der dargestellten Wechselkurspraktiken; sie ist die ökonomisch logische Konsequenz aus dem, was sich an positiven und negativen Auswirkungen der bisher behandelten wechselkurspolitischen Maßnahmen herauskristallisiert hat. Wie alle diese Maßnahmen versucht auch die Wechselkursdifferenzierung nichts anderes, als die Vorteile der verschiedenen wechselkurspolitischen Systeme so miteinander zu kombinieren, daß dadurch - immer unter dem Gesichtspunkt der Entwicklungsförderung - ein höchster Nutzeffekt erzielt wird.

Diese Auffassung, daß die Wechselkursdifferenzierung nichts anderes darstellt als eine Kombination von Vorteilen der bisher behandelten wechselkurspolitischen Gestaltungsformen, legt die Schlußfolgerung nahe, auch die Auswirkungen dieser Wechselkursdifferenzierung als Summation der Wirkungen anderer Gestaltungsformen aufzufassen.[1] Im Grundsatz ist diese Auffassung auch zutreffend: Die Aufspaltung des Einheitskurses nach verschiedenen Kriterien stellt, wenn diese Einzelkurse fixiert bleiben, eine Auf- oder Abwertung dar, je nachdem, an welchem Einheitskurs man den abgespaltenen Kurs mißt. Die Teilwirkungen einer solchen Abwertung sind ihrem Inhalt nach nichts anderes als die in der Analyse der Abwertung bereits behandelten Wirkungen. Ebenso setzt sich die Gesamtwirkung eines vom Einheitskurs

---

1) Zur Veranschaulichung der kombinatorischen Wirkungen wird auf den Länderfall "Thailand" verwiesen. Vgl. S.289 ff unserer Ausführungen.

abgespaltenen "freien" Kurses aus den bereits analysierten Wirkungen eines freien und eines fixierten Wechselkurses zusammen. Hierauf wird im Zusammenhang mit der Handelsbilanzanalyse noch einmal zurückzukommen sein.

Trotzdem bedarf die obige Aussage über die kombinatorische Auswirkung der Wechselkursdifferenzierung einer Erweiterung: Die Wechselkursdifferenzierung ist in ihren Wirkungen nicht n u r die Summe von Teilen, sondern sie ist m e h r als die Summe. Durch die Wechselkursdifferenzierung selbst wird eine völlig neue Wirkungsweise des Wechselkurses kreiert: Die Selektion.

Sei es, daß die einzelnen Länder den Einheitskurs in einen Import- und Exportkurs spalten, eine Differenzierung nach Waren vornehmen oder "unechte Kreuzparitäten" ("disparate cross rates") festsetzen, in jedem Fall sind die Wirkungen, die aus der Zuteilung knapper Mittel (Devisen) auf eine Vielzahl unterschiedlich starker Bedürfnisse gemäß der Priorität im Entwicklungsprozeß resultieren, selektiv.

Diese selektive Wirkungsweise muß in ganz besonderem Maße bei der Behandlung der binnenwirtschaftlichen Einflüsse der Wechselkursdifferenzierung berücksichtigt werden. Bevor dies geschieht, wendet der Verfasser sich zunächst der außenwirtschaftlichen Problematik - den Wirkungen der Wechselkursdifferenzierung auf die Handelsbilanz - zu.[1)]

---

1) Vgl. auch V. Gradin: "Effects of Multiple Exchange Rates" in: WA, Bd. 81 (1958), S. 176 ff.

111) Handelsbilanz

Die Gesamtwirkung auf die Handelsbilanz, die sich aus der Wechselkursdifferenzierung ergibt, setzt sich - wie bereits hervorgehoben wurde - zusammen aus Teileffekten; sei es, daß der Wechselkurs für einige Waren auf- oder abgewertet wird, ob vom fixierten Einheitskurs ein "freier" Kurs abgespalten oder der Wechselkurs nach Währungsräumen differenziert wird; alle diese Teilwirkungen ergeben sich aus den in den vorherigen Abschnitten gewonnenen Ergebnissen.[1)]

---

1) An einem Beispiel konkretisiert bedeutet dies: Wird eine Teilabwertung auf der Importseite bei den Waren A und B, auf der Exportseite bei C und D vorgenommen, so kommt es für die Gesamtwirkung auf die Handelsbilanz darauf an, wie hoch der Abwertungssatz im Einzelfall ist, wie groß der Anteil der betreffenden Ware am Gesamt-Ex- bzw. -Import ist sowie darauf, wie hoch die Elastizitäten im einzelnen Fall sind. Es ist also jeweils zu prüfen, ob die vollzogene Abwertung bei einzelnen Waren den mengenmäßigen Import genügend einschränkt bzw. den mengenmäßigen Export genügend erhöht, um für die gesamte Handelsbilanz eine aktivierende Wirkung zu erzielen. Eine solche Prüfung kann anhand der Elastizitätsanalyse auf S. 112 ff. unserer Ausführungen erfolgen. - Ebenso kommt es bei einer Differenzierung nach Währungen oder Währungsräumen darauf an, wie die sich bei den einzelnen Teilkursen vollziehende Auf- oder Abwertung auf die nach den verschiedenen Währungsräumen exportierten oder von dort importierten Waren und Dienstleistungen auswirkt. Auch bei dieser Analyse kann man sich weitgehend auf die Darstellung der Elastizitätsverhältnisse in Entwicklungsländern auf S. 112 ff. unserer Ausführungen stützen. - Ebenso kann die Spaltung des Einheitskurses in einen fixierten und einen "freien" Kurs in ihrer Wirkung ermittelt werden durch eine Kombination der beiden Teilwirkungen des "freien" und fixierten Wechselkurses, mag nun die Teilwirkung des Freikurses sich im Sinne einer Aufwertung oder im Sinne einer Abwertung vollziehen, d.h. auf die Handelsbilanz aktiv oder passiv wirken.

Diese Ergebnisse bedürfen jedoch noch einer gewissen Verfeinerung durch schärfere Abhebung der Wechselkursdifferenzierung. Dies geschieht im folgenden beispielhaft anhand einer Wechselkursdifferenzierung, bei der der durchschnittliche Einfuhrkurs vom durchschnittlichen Ausfuhrkurs abweicht. Vergleicht man diese Art der Wechselkursdifferenzierung mit der generellen Abwertung einer Währung, so ergeben sich Unterschiede, die für die Beurteilung des Gesamtproblems nicht vernachlässigt werden dürfen: Eine generelle Abwertung hat - wie gezeigt wurde - nur unter ganz bestimmten Elastizitätsvoraussetzungen eine Aktivierung der Handelsbilanz zur Folge. Eine generelle Abwertung der heimischen Währung würde dazu führen, daß die Exporteure des betreffenden Entwicklungslandes - sofern sie in ausländischer Valuta fakturieren, was meistens der Fall ist - zwar erhöhte Erlöse in inländischer Währung erzielen, ihr mengenmässiges Exportangebot jedoch wegen der oft bestehenden Unelastizität kaum ausdehnen, den Devisenanfall ihres Landes also kaum vergrößern. Hierauf kommt es jedoch entscheidend an. Auf der Einfuhrseite würde sich zwar eine Verteuerung der Güter ergeben - sofern auch hier in ausländischer Währung notiert wird - was die Importeure jedoch bei der geringen mengenmäßigen Nachfrageelastizität nicht davon abhalten wird, die gleiche Menge wie vor dem Zeitpunkt der Devalvation zu kaufen, wodurch auch hier in keiner Weise eine Einsparung von Devisen erfolgt.[1)]

Erwägt die Notenbank keine Anwendung der Wechselkurspolitik, sondern würde sie die Herstellung des äußeren Gleichgewichts mittels quantitativer Restriktionen erreichen wollen, so würde die erwünschte Wirkung einer Verbesserung der Handelsbilanzsituation auch dann nicht

---

1) Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 170

erreicht werden können. Im Fall mengenmäßiger Importrestriktionen tritt zwar eine Verknappung des inländischen Güterangebots ein, die ihrerseits Preissteigerungen zur Folge haben, die den Importeuren als "windfallprofits" zufließen, da sich das binnenwirtschaftliche Kostengefüge in keiner Weise geändert hat.

Liegen die Verhältnisse wie geschildert, so wird ein Land zu einer Wechselkursdifferenzierung in der Form greifen, daß es den durchschnittlichen Ausfuhrkurs niedriger festsetzt als den durchschnittlichen Einfuhrkurs.[1] Dadurch wird erreicht, daß der Devisenanfall aus den Exporterlösen nicht wesentlich geschmälert wird, weil die Ausfuhrwirtschaft nach wie vor die gleiche Menge an Exportgütern anbietet. Gleichzeitig wird jedoch - hier liegt der Vorteil - durch die Abwertung des Einfuhrkurses eine restriktive Wirkung auf die Importe ausgeübt.

Eine solche Maßnahme der Wechselkursspaltung unterscheidet sich von einer generellen Abwertung der heimischen Währung vor allem durch die unterschiedlichen Wirkungen auf die Devisenposition: Durch die Fixierung des Exportkurses unter den Importkurs wird zwar der Devisenanfall nicht verringert, wohl aber fließen den Exporteuren keine erhöhten Einkommen zu, wie dies bei einer generellen Abwertung der Fall wäre. Im Gegenteil, durch die Aufwertung des Ausfuhrkurses werden deflatorische Wirkungen erzielt, weil den Exporteuren aus ihren Devisenerlösen weniger in inländischer Währung vergütet wird, als die Importeure aufzuwenden haben. Ist der Einfuhrkurs höher als der Ausfuhrkurs fixiert, so stellt dies in jedem Fall eine Schlechterstellung sowohl in den Augen der Exporteure als auch der Importeure dar.[2] Es handelt sich immer um eine Besteuerung der Einfuhr oder der Ausfuhr, je nachdem von welcher Seite es gesehen wird. Der Grad

---

1) Vgl. E. M. Bernstein: Multiple Exchange Rates, a.a.O., S. 224

2) Ebenda, S. 227

dieser Besteuerung hängt von den Export-Angebotselastizitäten und den Import-Nachfrageelastizitäten ab.[1)]

---

1) In dem oben dargestellten Fall einer Einführung divergierender Ein- und Ausfuhrkurse wurden lediglich die Angebots- und Nachfrageelastizitäten des die Wechselkursdifferenzierung anwendenden Landes betrachtet, die Elastizitätsverhältnisse in den Partnerländern jedoch außer acht gelassen. Dieser Frage wendet sich J. E. Meade zu, indem er die Nachfrage des Auslandes nach den Erzeugnissen eines Landes betrachtet, das die Anwendung einer generellen Abwertungsmaßnahme oder die Einführung divergierender Ein- und Ausfuhrkurse erwägt. Nach seinen Ausführungen ist es von Wichtigkeit, ob die Nachfrage des Auslandes nach den Erzeugnissen des Entwicklungslandes elastisch oder unelastisch ist: Ist die Nachfrage des Auslandes elastisch, so wird das betreffende Entwicklungsland seinen Exportkurs erhöhen, also auf der Ausfuhrseite eine Abwertung vornehmen. Dadurch wird nämlich bereits eine geringe Verbilligung der Ausfuhrerzeugnisse (geringe Erhöhung des Wechselkurses) zu einer überproportionalen Mengenzunahme führen und durch diesen "Mengeneffekt" den Devisenanfall vergrößern. - Ist dagegen die Nachfrage des Auslandes nach den Erzeugnissen des Entwicklungslandes unelastisch, so wäre durch die Erhöhung des Exportkurses - wie im Fall der elastischen Nachfrage - nur eine geringe Wirkung erzielt worden, was die Verbesserung der Valutaposition des exportierenden Landes betrifft. Zwar würden nämlich den Exporteuren in heimischer Währung erhöhte Erlöse zufließen, doch das Ausland nur wenig mehr kaufen. - In diesem Fall wird die gegenteilige Maßnahme für das Entwicklungsland von Vorteil sein, nämlich seinen Exportkurs zu senken, d.h. aufzuwerten. Dadurch werden die Exportprodukte in ausländischer Währung verteuert, die nachgefragte Menge wird jedoch wegen der Unelastizität der Nachfrage nicht wesentlich zurückgehen. Mit einer solchen Maßnahme wird der Devisenanfall nicht wie im Fall der elastischen Nachfrage durch den Mengen-, sondern durch den "Preis"- (Wechselkurs-)effekt vergrößert. Im ersten Fall würden die Exporteure subventioniert, im zweiten Fall würden sie besteuert. - Vgl. J. E. Meade: Balance of Payments, a.a.O., S. 270ff. ferner die Interpretation der Gedanken von J. E. Meade und E. M. Bernstein bei F. Lütolf: "Ausländische Stimmen zum Problem der multiplen Wechselkurse" in: Außenwirtschaft, 10. Jg. (1955), S. 227ff. - Die Ausführungen der genannten Autoren beziehen sich nicht expressis verbis auf Entwicklungsländer, doch können die modelltheoretischen Erkenntnisse auf diese angewendet werden.

222) Inländisches Preisniveau

Wie alle anderen Gestaltungsformen der Wechselkurspolitik infolge der starken Abhängigkeit aller gesamtwirtschaftlichen Größen vom Außenhandel in erheblichem Masse auf die Binnenwirtschaften der Entwicklungsländer einwirken, so ist dies auch bei der Wechselkursdifferenzierung der Fall. Die typische Einteilung bei der Wechselkursdifferenzierung in die drei Importkategorien "most essential goods", "useful goods" und "luxuries" kann nicht ohne Einfluß auf die Höhe der Lebenshaltungskosten und das gesamtwirtschaftliche Preisniveau bleiben.[1)]

In Entwicklungsländern besteht der Tendenz nach die Neigung, die kursbegünstigte Kategorie der lebensnotwendigen Güter möglichst groß zu gestalten. Selten umfaßt sie weniger als 60 % der Gesamtimporte.[2)] Wenn die Gesamteinfuhr aber spürbar reduziert werden soll, so erfordert dies eine im Verhältnis zu den anderen Kurskategorien stärkere Heraufsetzung des Wechselkurses (Abwertung) in den nicht begünstigten Warengruppen. Für die Wirkung auf das inländische Preisniveau - soweit dieses primär durch das Einfuhrpreisniveau bestimmt wird - bedeutet dies folgendes: Die Lebenshaltungskosten, die vorwiegend durch die Preise der "essentials" bestimmt sind, werden bei gleichzeitigem scharfen Anstieg der Preise für "non-essentials" relativ niedrig gehalten.[3)] Dies bleibt naturgemäß nicht ohne Druck auf das gesamte

---

1) Vgl. E. M. Bernstein: Multiple Exchange Rates, a.a.O., S. 228 f.

2) Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 171 sowie E. M. Bernstein: Multiple Exchange Rates, a.a.O., S. 229

3) Vgl. E. Schlesinger: "Multiple Exchange Rates and Economic Development" Princeton 1952, S. 22

inländische Preisniveau. Je größer der Kreis der kursbegünstigten Güter gezogen wird, umso mehr wirkt dies den Preisauftriebstendenzen im Inland entgegen. Es kann also das Risiko einer kumulativen Preis-Lohn-Spirale durch eine stärkere Begünstigung der "essentials" vermindert werden.[1)]

Bei der geschilderten Art der Wechselkursdifferenzierung lautet die Alternative wie folgt: Entweder man dehnt den Kreis der kursbegünstigten Waren so weit aus, daß eine Anhebung des inländischen Preisniveaus vermieden wird - hierbei muß man in Kauf nehmen, daß keine wesentliche Einschränkung der Importe erfolgt, die Maßnahme daher ohne Wirkung auf die Handelsbilanz bleibt - oder aber man faßt den genannten Warenkreis enger, dann besteht zwar Aussicht auf eine Verbesserung der Handelsbilanz, aber das Risiko einer Preis-Lohn-Spirale wird größer. Bei der generellen Abwertung (ohne Wechselkursdifferenzierung) steht man dagegen vor der Alternative, entweder den Abwertungssatz niedrig festzusetzen, wobei dann die Gefahr besteht, daß der Handelsbilanzausgleich nicht zustande kommt, oder aber den Abwertungssatz sehr hoch festzusetzen, wobei dann wegen der Preis- und Einkommenswirkungen die Gefahr einer inflatorischen Entwicklung im Inland entsteht.[2)]

---

1) R. F. Mikesell ist der Auffassung, daß die Einfuhr von Gütern zu begünstigten Kursen dahin tendiert, daß der Verbrauch dieser Güter zu Preisen, die höher sind als die Realkosten, subventioniert wird. Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 171. - Dieser Einwand ist zwar nicht von der Hand zu weisen, doch dürfte die geschilderte Wirkung im Verhältnis zu den anti-inflatorischen Auswirkungen der "essential"-Begünstigung nicht so gravierend sein.

2) Vgl. S. 112 ff. unserer Ausführungen.

Abgesehen von der genannten grundsätzlichen Problematik der Wechselkursdifferenzierung scheint ein anderer für die Beeinflussung des inländischen Preisniveaus wichtiger Tatbestand bemerkenswert: die Gefahr eines künstlichen Preisauftriebs, ausgelöst durch das Nachfrageverhalten der Importeure aus Furcht vor einer plötzlichen Reklassifikation der von ihnen importierten Waren in eine kursungünstigere Kategorie. Solche spekulativen Erwägungen würden naturgemäß das preispolitische Motiv der Kursdifferenzierung, nämlich die Niedrighaltung der "essential"-Preise, durchkreuzen.[1] Aber auch diese Gefahr dürfte angesichts der preisstabilisierenden oder -senkenden Wirkung der "essential"-Begünstigung nicht so akut sein, um an dessen Gesamtbeurteilung für das inländische Preisniveau etwas zu ändern.

333) Produktionsstruktur

Bei der Wirkungsanalyse der autonomen Abwertung war gezeigt worden[2], daß jede autonome Wechselkurskorrektur zu einem Umschichtungsprozeß innerhalb der heimischen Produktionsstruktur führt, da sich die Preis-Kosten-Relation zwischen heimischen und ausländischen Gütern ändert. Im Prinzip ergeben sich die gleichen Auswirkungen im Falle einer "selektiven Auf- oder Abwertung", wie sie die Wechselkursdifferenzierung darstellt. Es ist daher in diesem Abschnitt weniger das Problem einer a b s o l u t e n Veränderung der Kursrelation zu erörtern, als der Frage der s e l e k t i v e n Wirkung differenzierter Wechselkurse nachzugehen.

Jede Wechselkursdifferenzierung bewirkt eine Subventionierung eines Teiles der Volkswirtschaft auf Kosten

---

1) Vgl. E. Schlesinger, a.a.O., S. 22

2) Vgl. S. 130 ff. unserer Ausführungen

eines anderen. Welcher Produktionssektor als "förderungswürdig" im Hinblick auf das Ziel "Entwicklungsförderung" anerkannt und daher wechselkurspolitisch begünstigt wird, ist eine Frage der angestrebten Zwischenziele und der Mittelwahl sowie ihrer Dosierung.[1)]

Setzt man den Wechselkurs für eine bestimmte Importware, die gleichzeitig in dem betreffenden Entwicklungsland selbst erzeugt wird, höher fest als den Gleichgewichtskurs und höher als den Kurs für andere Importwaren, so wird den Importeuren dieser Ware eine "penalty rate" (Strafkurs) auferlegt [2)], während der höhere Wechselkurs für die Inlandsproduktion dieser Ware protektionistische Wirkungen ausübt. Ob die künstliche Beeinflussung der Kostenstruktur eines Industriezweiges durch die Wechselkursdifferenzierung tatsächlich eine ökonomisch vernünftige, d.h. kostenmäßig gerechtfertigte, Teilung des Marktes zwischen inländischen und ausländischen Produzenten bewirkt und eine "erzieherische" Wirkung auf die Inlandsproduktion im Sinne einer Kostensenkung ausübt, ist eine Frage der Anpassungsfähigkeit der heimischen Industrie.[3)] Bei einer Reihe

---

1) Vgl. E. Schlesinger, a.a.O., S. 36: "There is also a danger that the authorities may select the wrong sector of the economy to encourage, but since this is a problem of what to protect rather than of how to protect, it does not concern us here." - Ferner ist hinzuweisen auf die Zielanalyse S. 43 ff. unserer Ausführungen.

2) Den Ausdruck "penalty rate" verwendet z.B. E. M. Bernstein: Multiple Exchange Rates, a.a.O., S. 232

3) Vgl. E. Schlesinger, a.a.O., S. 32 sowie E. M. Bernstein: Multiple Exchange Rates, a.a.O., S. 231. - Die Frage der Anpassungsfähigkeit hängt von den Angebots- und Substitutionselastizitäten ab. Vgl. die Elastizitätsanalyse auf S. 112 ff. unserer Ausführungen.

von Waren, für die in Entwicklungsländern auf der Importseite höhere (ungünstigere) Kurse festgesetzt werden, ist die protektionistische Wirkung beträchtlich, während bei anderen Güterarten kaum eine Schutzwirkung ausgeübt zu werden braucht, da keine Produktion von Importkonkurrenzgütern vorhanden ist und kurzfristig auch nicht aufgenommen werden kann.

Ähnliche Wirkungen wie auf der Importseite ergeben sich auch auf der Ausfuhrseite: Die Subventionierung bestimmter Exportbereiche durch "favoured rates" auf Kosten anderer für den Entwicklungsprozeß als weniger förderungswürdig erachteter Sektoren.

Die Notwendigkeit eines "selektiven" temporären Einsatzes der Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern ist unter dem Aspekt der Entwicklungsförderung nicht zu bezweifeln.[1] Offen bleibt aber die Frage, ob die durch die Wechselkursdifferenzierung bewirkte künstliche Verschiebung der Kostenrelationen, wenn sie langfristig nicht zur Kostendegression in den geförderten Industriezweigen, sondern zu einer wirtschaftlich ungerechtfertigten Beeinflussung und künstlichen Verzerrung der gesamten Produktionsstruktur

---

1) Vgl. auch die Ausführungen über generelle und selektive Wirkungsweise der Finanz- und Kreditpolitik, S. 83 ff. unserer Ausführungen.

führt, dem Entwicklungsprozeß zum Schaden gereicht.[1)]

---

1) So hat z.B. in Argentinien die Anwendung eines ungünstigen Exportkurses für Agrarprodukte und die Verwendung von Gewinnen aus Agrarexporten der staatlichen Außenhandelsmonopole die landwirtschaftliche Produktion reduziert und den Anreiz für Investitionen in der Landwirtschaft stark vermindert. In anderen Lateinamerikanischen Ländern konnte beobachtet werden, daß gerade solche Waren als "essentials" einfuhrbegünstigt wurden, die im Inland am kostengünstigsten, d.h. wegen ihres komparativen Kostenvorteils hätten hergestellt werden können. Die genannten Maßnahmen führten damit zu einer Entmutigung der Investitionstätigkeit und zu einer Schmälerung der Produktion von Erzeugnissen, die sowohl auf dem Inlands- wie auf dem Auslandsmarkt echte Konkurrenzvorteile gehabt hätten. Dies bringt im Endeffekt nicht nur Nachteile für die gesamtwirtschaftliche Produktivität, sondern auch handelspolitische Nachteile für die Länder, die die betroffenen Waren exportieren, im ganzen also eine künstliche Verfälschung des internationalen Wettbewerbs mit sich. - Vgl. hierzu W. Trautmann: "Multiple Wechselkurse leiten Industrialisierung fehl, Uruguays System des Aufbaus einer Kammzugindustrie in der internationalen Kritik" in: Der Volkswirt 10. Jg. (1956), Nr. 3, S. 15ff. - Hier wird das Bemühen Uruguays um den Aufbau einer eigenen Wollkammzugindustrie unter dem Aspekt einer Förderung nicht kostengerechter Produktion kritisch beleuchtet. - Vg. auch R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 447. - Vgl. ferner W. Eucken, a.a.O., S. 95 f. 96: "Mißlingt die richtige Proportionierung des Produktionsapparates aller Betriebe, so ist an entscheidender Stelle der Wirtschaftsprozeß gehemmt, Krisenherde entstehen, die Arbeitsteilung mißlingt und die Konsumgutversorgung wird beeinträchtigt." - Folgende beiden Beispiele unterstreichen das Gesagte ebenfalls: Peru wurde durch die Einstufung von Fleisch in eine begünstigte Importkategorie der Inlandspreis so gedrückt, daß die heimische Erzeugung um die Hälfte zurückging. In Ecuador fielen Weizenmehlimporte unter Liste A (10 Sucre-US $). Die heimische Produktion hätte einen größeren Teil des Marktes versorgen können, wenn für die Importe dieser Ware der Kurs der Liste B (20 Sucre-US $) angewendet worden wäre. Vgl. E. M. Bernstein: Multiple Exchange Rates, a.a.O., S. 230/31

Parallel mit der Veränderung der Produktionsstruktur geht - wie gezeigt wurde - die Beeinflussung der Investitionsentscheidung. Es ist in der vorliegenden Untersuchung mehrfach auf die Notwendigkeit einer Förderung der freiwilligen Investitionen in den Entwicklungsländern selbst, aber auch auf die Wichtigkeit einer Stimulierung des Kapitalimports dieser Länder hingewiesen worden.[1] Weder das eine noch das andere wird durch ein System künstlich verfälschter Produktionsbedingungen gefördert; denn bei einer erfolgenden "Entzerrung" des Kosten- und Preisgefüges - ein solcher Vorgang wird in der Regel später immer notwendig werden - werden ganze Kapitalanlagen unrentabel und der Anreiz für Neuinvestitionen erheblich vermindert.[2] Im Sinne einer Förderung des Entwicklungsprozesses können aus den genannten Gründen differenzierte Wechselkurse in ihren Auswirkungen auf die Produktionsstruktur nur insoweit als positiv beurteilt werden, als sie temporären Charakter tragen, nur Industriezweige fördern, die sich in der Zone sinkender Grenzkosten befinden und die damit zur Förderung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität beitragen.[3]

---

1) Vgl. Egon Schneider: "Mehrfache Wechselkurse" Diss. Freiburg 1950, S. 99 (im folgenden zitiert als Egon Schneider: Mehrfache Wechselkurse)

2) Vgl. H. C. Wallich: Underdeveloped Countries, a.a.O., S. 31 - Egon Schneider: Wechselkurse, a.a.O., S. 88: "Gerade kapitalarme Länder, die in erster Linie zum Mittel der differenzierten Kurse greifen, sollten funktionsfähige Geldordnungen und Marktformen besitzen, um langfristiges Kapital anzuziehen."

3) Ähnlich formuliert R. F. Mikesell: "A raw material exporting country might be permitted to employ multiple exchange rates for a temporary period provided the system is designed to purposes of economic stabilization and is not directed specifically to protect local industry or to subsidize exports." Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 475

444) Staatshaushalt

Es ist in den verschiedenen Abschnitten dieser Untersuchung auf die starke Auslandsabhängigkeit der Entwicklungsländer hingewiesen worden. Diese Tatsache, die beinhaltet, daß sich ein größerer Teil des Sozialprodukts über die Grenzen bewegt als in entwickelten Ländern, führt dazu, daß sich auch die Einnahmepolitik des Staates in Entwicklungsländern schwerpunktmäßig auf die Aussenwirtschaft verlagert. Dies umso mehr, als in vielen Entwicklungsländern die Wirtschaftskraft des Inlandes nur schwach, das Steuersystem unvollkommen ausgebildet und damit die finanzpolitischen Eingriffsmöglichkeiten des Staates geringer sind als in Ländern mit hochentwickeltem Steuersystem.[1)]

Das Instrument der Wechselkursdifferenzierung bietet sich in Entwicklungsländern wie keine andere Maßnahme der Wechselkurspolitik als ein Mittel der Besteuerung an.[2)] Selbst in solchen Entwicklungsländern, in denen ein System differenzierter Wechselkurse nicht aus finanzpolitischen Motiven eingeführt wurde, waren solche Auswirkungen vorhanden. Dies war oft der Grund dafur, daß dieses wechselkurspolitische System beibehalten wurde, auch wenn eine andere Rechtfertigung für eine solche Aufrechterhaltung nicht mehr gegeben war.[3)]

---

1) Vgl. S. 88 ff. unserer Ausführungen.

2) Vgl. Shu-Chin-Yang, a.a.O., S. 104: "This multiple exchange rate systems can also be viewed as a set of disguised taxes and subsidies on international transactions. On the whole, the total amount of disguised subsidies is generally much smaller than the total amount of disguised taxes; thus the system gives rise to a net revenue which may go directly to the government or to the Central bank as an exchange profit."

3) Vgl. M. S. Sherwood, a.a.O., S. 105

Es erhebt sich naturgemäß die Frage, wie denn eine Wechselkursspaltung, deren Gewinn in devisenpolitischer Hinsicht allein der Institution zugute kommt, die ausländische Valuta kauft und verkauft, also der Notenbank, finanz- (einnahme-)politisch für den Staat wirksam werden könne. Eine Prüfung dieser Frage läßt erkennen, daß der Besteuerungseffekt differenzierter Wechselkurse ein i n d i r e k t e r ist:

a) Es ist die Möglichkeit gegeben, daß durch die differenzierte Wertbemessung in heimischer Währung einzelnen Güterarten auf der Import- wie auf der Exportseite per Saldo ein höherer Steuermeßbetrag geschaffen wird. Im allgemeinen dürfte der Steuereffekt allein dadurch erzielt werden, daß bei höherer Festsetzung des Einfuhrkurses die Einfuhr in heimischer Währung einen höheren Wert hat als bei einem Einheitskurs. Die auf den Einfuhrwert bezogenen Einfuhrzölle und -abgaben dürften daher höher ausfallen als in dem Fall, in dem eine solche Wechselkursspaltung nicht vorgenommen wurde.

b) Es besteht seitens der Regierung in vielen Fällen die Möglichkeit, die bei der Notenbank anfallenden, sich aus der Wechselkursdifferenzierung ergebenden "Devisengewinne" für sich zu mobilisieren. Dies kann z.B. dadurch geschehen, daß der Staat bei der Notenbank eine Anleihe aufnimmt, die diese aus den sich aus der Wechselkursspaltung ergebenden Differenzbeträgen finanziert.

c) Die Notenbank kann dadurch einen Einfluß in positivem Sinne auf das Staatsbudget ausüben, daß sie für regierungsseitig durchgeführte Importe günstigere Kurse festsetzt, als für die Importe, die durch Private durchgeführt werden. Ebenso ist denkbar, daß die Notenbank auch für

andere Zwecke dem Staat Devisen zu günstigeren Kursen zur Verfügung stellt, als sie anderen Wirtschaftssubjekten gewährt werden.[1)]

In einigen Entwicklungsländern bildet die Spaltung des Einheitskurses das einzige Mittel, um ausländische Gesellschaften, die den Export von im Lande gewonnenen Erzeugnissen betreiben, zu besteuern.[2)] Die Wirkungen, die sich aus dieser Besteuerungspolitik ergeben, sind vom Standpunkt der Investitionstätigkeit, des Kapitalimports und der staatlichen Einnahmeerzielung verschieden zu beurteilen: Die Wirkungen auf die Einnahmepolitik des Staates können in den meisten Fällen als positiv bezeichnet werden; denn die Festsetzung von Exportkursen, die im Verhältnis zu den Einfuhrkursen für die betroffenen Gesellschaften ungünstiger sind, wird in der Regel nicht zu einem Nachlassen der wirtschaftlichen Aktivität dieser Gesellschaften und zur Einschränkung ihres Exportangebots führen. Ebenso läßt sich sagen, daß die Auferlegung einer "penalty rate", also eines im Verhältnis zum Export ungünstigeren Einfuhrkurses einen umso größeren finanz- (einnahme-)politischen Effekt erzielt, je unelastischer die Einfuhrnachfrage ist. Es läßt sich daher für die Entwicklungsländer generell die Feststellung treffen, daß ihre in der Regel unelastische Importnachfrage geeignet ist, eine kontinuierliche Einnahmeerzielung durch Abspaltung des Import- vom Exportkurs zu erreichen.[3)]

---

1) Vgl. Shu-Chin-Yang, a.a.O., S. 78 – 82

2) Dies war z.B. in Venezuela bei den Ölgesellschaften der Fall.

3) Auf eine weitere Analyse der Export- und Importelastizitäten darf in diesem Zusammenhang verzichtet und hier lediglich als Ergebnis festgehalten werden, daß bei Gütern mit unelastischer Importnachfrage der finanzpolitische Effekt groß ist. Dies im Gegensatz zum zahlungs- bzw. handelspolitischen Effekt, bei dem sich eine unelastische Importnachfrage in jedem Fall negativ auswirkt.- Vgl. hierzu vor allem E. Schlesinger, a.a.O., S. 23

Wie jede Steuerbelastung nicht nur direkte Auswirkungen hat, sondern darüber hinaus auch Nebenwirkungen auf die Einnahmeerzielung aus anderen Steuerarten auslöst, so gilt dies auch für den mit der Wechselkursdifferenzierung verbundenen Besteuerungsakt. Es werden z.B. durch den Einfluß der differenzierten Wechselkurse auf die Einkommensverteilung zwischen den import- und exportabhängigen Wirtschaftszweigen der Höhe nach auch die anderen von diesen Wirtschaftsbereichen an den Staat zu erbringenden Abgaben betroffen. Wenn in einem Entwicklungsland eine "penalty rate", d.h. ein ungünstiger Kurs auf der Einfuhrseite, hoch genug festgesetzt wird, um einen Wirtschaftszweig zu schützen, so mag infolgedessen zwar weniger importiert werden, die Einnahmen des Staates aus Einfuhrabgaben also geringer ausfallen, die erhöhte Inlandsproduktion des geschützten Wirtschaftszweiges bewirkt aber die Entstehung eines höheren steuerbaren Einkommens. Hieraus kann sich eine Steigerung der Einkommen- und Umsatzsteuererträge ergeben, die den dargestellten Einnahmeausfall des Staates auf der Importseite ausgleichen oder überkompensieren kann.[1)]

Ebenso beachtenswert ist der Zusammenhang zwischen der Einnahmeerzielung aus differenzierten Wechselkursen einerseits und Importzöllen sowie anderen Einfuhrabgaben andererseits. Tritt nämlich z.B. bei Gütern mit elastischer Importnachfrage ("non-essentials") durch die Auferlegung eines hohen Importkurses ein Rückgang der mengenmäßigen Importe ein, so werden gleichzeitig die Zollerträge negativ beeinflußt.[2)] Auch hier kommt es unter langfristigem Aspekt für die Einnahmeerzielung des Staates entscheidend darauf an, ob durch die Auferlegung des ungünstigen Importkurses bei den inländischen geschützten Wirtschaftszweigen eine ergiebigere Steuerquelle geschaffen wird, die den Einnahmeausfall aus dem Importabfall kompensiert.

---

1) Vgl. E. Schlesinger, a.a.O., S. 24

2) Ebenda, S. 24

Abschließend sind noch einige Gesichtspunkte hinsichtlich der finanzpolitischen Auswirkungen differenzierter Wechselkurse in Entwicklungsländern in verschiedenen Konjunkturphasen hervorzuheben: In der Depression erscheint die Belastung der für den Entwicklungsprozeß wichtigen Wirtschaftszweige, vor allem solcher, von denen konjunkturelle Auftriebstendenzen ausgehen, mit ungünstigen Wechselkursen problematisch.[1] In diesem Fall dürfte es - selbst auf die kurzfristige Gefahr geringerer Einnahmeerzielung - für die Regierung eines Entwicklungslandes empfehlenswert sein, die durch die Wechselkursdifferenzierung auf der Importseite bewirkte Diskriminierung wichtiger Wirtschaftsbereiche aufzuheben oder jedenfalls zu mildern. Dies kann dadurch geschehen, daß günstigere Kurse festgesetzt werden. Langfristig wird sich dies in einer Hebung der Wirtschaftsaktivität und damit erweiterter Besteuerungsmöglichkeiten in den betroffenen Wirtschaftszweigen auswirken. Auch wird durch die Kursverbesserung auf der Exportseite in Zeiten der Depression ein "Ventil" geschaffen und damit die Konkurrenzsituation auf den Auslandsmärkten verbessert.[2] In der konjunkturellen Aufschwungsphase, in einer Periode also, in der mehr Güter produziert, importiert und exportiert werden, steigen die Einnahmen, die aus der Kursspaltung resultieren, verhältnismäßig rasch an, aber auch - und gerade in diesem Fall - entsteht eine Tendenz zur Milderung der Kursdifferenzierung, da dem Staatshaushalt an anderen Quellen höhere Einnahmen erwachsen.

---

1) Beachtenswert ist auch hier die Funktion des "leading growth sector".

2) Hervorzuheben ist der Gesichtspunkt, daß die Regierung eines Entwicklungslandes in der Depression an einer Wechselkursspaltung, die besonders günstige Kurse für eigene Transaktionen vorsieht, interessiert sein wird. Dies deswegen, weil sie dadurch in die Lage versetzt wird, wichtige Staatsaufgaben, die nur durch Käufe oder Verkäufe im Ausland erfüllt werden können, auch dann wahrnehmen zu können, wenn die Einnahmen infolge des Konjunkturabschwungs zurückgehen. Dem Staat wird damit bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit gegeben, eine a n t i - z y k l i s c h e Konjunkturpolitik zu treiben. Vgl. hierzu E. Schlesinger, a.a.O., S. 25

II. Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer in historisch-empirischer Betrachtung

a) Allgemeiner historischer Überblick

In den vorhergehenden Abschnitten ist das wechselkurspolitische Instrumentarium in bezug auf die besonderen in Entwicklungsländern herrschenden Voraussetzungen untersucht worden. Aufgabe der folgenden Abschnitte wird es sein zu versuchen, die im systematischen Teil gewonnenen Erkenntnisse zu verifizieren. Es wurde für zweckmäßig gehalten, diese Verifizierung in der Weise vorzunehmen, daß anhand eines allgemeinen geschichtlichen Rückblicks die für unentwickelte Volkswirtschaften wichtigen Bedingungen dargestellt werden, um zweitens anhand einzelner Länderbeispiele aufzuzeigen, welchen Einfluß die sich aus dem Entwicklungsprozeß ergebenden Probleme auf die Wechselkursgestaltung dieser Länder ausüben.

Der historische Teil dieser Ausführungen kann notwendigerweise in der vorliegenden Untersuchung nur ein gedrängter Überblick sein, denn der allgemeine geschichtliche Ablauf der Währungspolitik ist in der Literatur bereits eingehend behandelt worden.[1] Worauf es dem Verfasser ankommt, ist zu zeigen, in welchen Phasen der Währungsgeschichte seit etwa 1900 sich für die heute als "Entwicklungsländer" und damals als "Rohstoffländer" bezeichneten Volkswirtschaften besondere Aspekte hinsichtlich ihrer Wechselkurspolitik ergeben. Es wird daher immer wieder Bezug genommen werden auf die wichtigsten Kriterien der Entwicklungsländer, wie z.B. das Inflationsproblem, die Rohstoffpreis-Schwankungen, die Auslandsabhängigkeit etc.[2]

---

1) Auf diese Literatur wird in den folgenden Ausführungen jeweils verwiesen.

2) Vgl. Abschnitt "Die wechselkursrelevanten Lageprobleme in Entwicklungsländern", S. 14 ff.

Die im Anschluß daran vorgenommene Länderauswahl Peru, Griechenland und Thailand wurde einmal nach regionalen Gesichtspunkten vorgenommen [1], zum anderen aus sachlichen Gründen. P e r u dient als Verifikation für den Versuch, durch ein f r e i e s W e c h s e l k u r s s y s t e m die Ziele "Entwicklungsförderung" und "Gleichgewicht" zu erreichen. G r i e c h e n l a n d ist als Beispiel für ein a b w e r t e n d e s Entwicklungsland gewählt worden, wobei hier besonders zu zeigen versucht wurde, welche Bedeutung der i n d i r e k t e n Wechselkurspolitik (Finanz- und Kreditpolitik) zukam. T h a i l a n d schließlich wurde im Hinblick auf die hier vor einigen Jahren vorgenommene W e c h s e l k u r s d i f f e r e n z i e r u n g analysiert.

1. Die Zeit des Goldstandards (1900 - 1914)

Als Beginn dieser Betrachtung ist das Jahr 1900 vor allem deshalb gewählt worden, weil etwa die Jahrhundertwende die Blütezeit des Goldstandards war, gleichzeitig aber die internationale Währungspolitik an diesem Zeitpunkt in ein Jahrhundert eintrat, das an weltwirtschaftlichen Umwälzungen seinesgleichen zu suchen hat, Umwälzungen, die entscheidend für die Entstehung der heute in Entwicklungsländern vorherrschenden Probleme waren.

Das gemeinhin mit "Goldstandard" bezeichnete internationale Währungssystem wurde in Großbritannien nach den Wirren der napoleonischen Kriege aufgebaut und erlangte nach Beendigung des Krieges 1870/71 allgemeine Bedeutung, als die Vereinigten Staaten nach der Diskussion über Wert und Unwert des Bimetallismus ihre Währung ganz auf Gold umstellten. [2]

---

1) Also je ein Beispiel aus Latein-Amerika, Europa und Fern-Ost.

2) Vgl. G. Cassel: "Der Zusammenbruch der Goldwährung" Stuttgart 1937, S. 1 sowie J. M. Keynes: "Vom Gelde" München und Leipzig 1932 (Neudruck Berlin 1955), S. 531 - 534 (im folgenden zitiert als J. M. Keynes: Vom Gelde), ferner F. D. Graham: "Fundamentals of International Monetary Policy" Princeton 1943

aa) Funktionsweise und Friktionen

Es erscheint notwendig, kurz die Funktionsweise des internationalen Goldmechanismus darzustellen, weil dieser Mechanismus auch über seine Zeit hinaus immer wieder zum Vorbild anderer Währungs- und Wechselkurssysteme gewählt wurde und wird; auch die Überlegungen über den Zahlungsbilanzausgleich mittels finanz- und kreditpolitischer Maßnahmen, die für Entwicklungsländer von Bedeutung sind, basieren auf der Funktionsweise der Goldwährung:

Wird die Handelsbilanz eines Landes, die sich in der Ausgangslage im Gleichgewicht befand, infolge eines Störungsfaktors passiv, so fließt Gold aus diesem Land ab; die Wirkung dieses Abflusses ist im betroffenen Land deflationär, da Notenausgabe, Geld- und Kreditvolumen an die vorhandene Goldmenge gebunden sind und deren Verminderung zu einer Einengung des binnenwirtschaftlichen Geldkreislaufs führen muß.[1] Während also im Goldabflußland Preis- und Einkommenssenkungen eintreten, führt der Mechanismus in den goldempfangen Ländern zu Preissteigerungen, die importfördernd, damit also ausgleichsbeschleunigend wirken.[2]

Die Funktionsbedingungen der Goldwährung und ihre Voraussetzungen seien noch einmal kurz zusammengefaßt

---

1) Vgl. J. M. Keynes: Vom Gelde, a.a.O., S. 512ff.

2) Vgl. G. Cassel, a.a.O., S. 2 - Vgl. Miller in einer Rede vor der Stabilisierungskommission des US-Kongresses im Jahre 1927, zitiert bei: J. M. Keynes: Vom Gelde, a.a.O., S. 545: "Eine Goldwährung bedeutet mehr als das gesetzliche Unterfangen, die Zahlungsmittel und den Kredit eines Landes in Gold einzulösen. Die Goldwährung hat ... die Aufgabe, einen regulierenden und ausgleichenden Einfluß auszuüben, um das Preisniveau, die Kreditbedingungen und die Währungslage aller Länder ... in irgendeiner Weise in Übereinstimmung zu bringen. Für mich stellt die Goldwährung eine Reihe von Verfahren, ein System von Maßnahmen dar, das niemals formuliert, niemals sorgsam ausgeklügelt und von niemand erfunden worden ist, sondern aus der Erfahrung der großen Handelsstaaten der Welt entstand."

genannt:[1]

a) Verzicht auf eine autonome Konjunkturpolitik

Die interne Geld- und Kreditpolitik muß sich nach der Zahlungsbilanz ausrichten. Goldabfluß erfordert als unterstützende Maßnahme eine Kontraktion des Geld- und Kreditvolumens, Goldzufluß eine Expansion. Jede dieser Maßnahmen darf, wenn das System funktionieren soll, keine Rücksicht auf die konjunkturelle (Beschäftigungs-) Lage im Inland nehmen.

b) Verzicht auf protektionistische Maßnahmen

Die durch die Goldbewegungen induzierten Warenströme dürften weder durch handels- noch durch währungspolitische Maßnahmen behindert werden. Völliger Freihandel ist notwendig, auch dies ohne Rücksicht auf bestehende Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen einzelner Länder.

c) Flexibilität der Preise

Ein hoher Elastizitätsgrad von Preisen und Einkommen in den Binnenwirtschaften ist unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die zu- und abfließenden Goldmengen ihre volle Wirksamkeit in kontraktiver und expansiver Richtung ausüben.

d) Vertrauen

Für die Funktionsweise des Systems sind ertragsorientierte, d.h. am Zinsniveau ausgerichtete Kapitalbewegungen erwünscht. Das Kapital fließt aber nur dann an den Ort seiner größten Rentabilität, wenn alle Risikofaktoren ausgeschaltet sind. Vertrauen in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist daher eine wichtige Voraussetzung.

---

1) Vgl. vor allem F. A. Lutz: "Goldwährungen und Wirtschaftsordnungen" in: WWA, Bd. 41 (1935), S. 224 ff. – sowie R. G. Hawtrey: "The Goldstandard in Theory and Practice" 5. Auflage, London 1947, ferner J. M. Keynes: Vom Gelde, a.a.O., S. 531ff. J. Jentgen, a.a.O., S. 16ff.

"Auf diese Weise würde das System des Goldstandards die allgemeine Stabilisierung fördern, indem es sowohl für eine angemessene Angleichung der Preise der verschiedenen Länder, wie aber auch für eine vernünftige Verteilung der monetären Goldvorräte der Welt sorgt."[1] Daß G. Cassel in seinem obigen Zitat das Wort "würde" verwandte, läßt seine Zweifel an dem reibungslosen Funktionieren des Systems erkennen. Keineswegs fand eine ökonomisch vernünftige Verteilung des Goldes statt; denn "Gläubigerländer konnten, wenn sie nur wollten, unverhältnismäßig große Vorräte an Gold ausschließlich zu dem Zweck ansammeln, um mit ihnen politischen Druck auszuüben "[2]. Kurz vor dem Zusammenbruch des Goldstandards im Jahre 1913 und während des Jahres 1919 verteilten sich die monetären Goldvorräte auf die einzelnen Länder wie folgt:

Tabelle 3

Prozentuale Verteilung des monetären Goldbestandes der Welt 1913 und 1919

Länder	1913 a)	1913 b)	1919
Großbritannien	9,5	3,6	8,9
Frankreich	19,5	14,5	10,5
Deutschland	11,7	5,9	4,0
USA	24,8	27,6	38,4
Argentinien	3,7	5,5	5,1
Japan	1,1	1,3	5,3
andere Länder	29,7	41,6	27,8

a) Gold bei Bankenschatzämtern und im Umlauf
b) Gold bei Zentralbanken und Schatzämtern

Quelle: J. M. Keynes; Vom Gelde, a.a.O., S. 538

---

1)Vgl. G. Cassel, a.a.O., S. 2 ferner R. G. Hawtrey, a.a.O., S. 1

2)Vgl. G. Cassel, a.a.O., S. 3

Aus der vorstehenden Zusammenstellung ergibt sich, daß sich in beiden Jahren annähernd die Hälfte des gesamten monetären Goldbestandes der Welt in den USA und Frankreich befand.

Für die Beurteilung des Systems der Goldwährung für 1914 sollte jedoch ein Weiteres berücksichtigt werden: Wenn man allgemein von "Goldstandard" sprach, so ging man dabei von der Vorstellung aus, daß durch das Gold ein konstanter Wertmaßstab gegeben war. Diese Voraussetzung war jedoch de facto nicht erfüllt. Goldangebot und -nachfrage reagierten wie jede andere Ware auf dem Weltmarkt auch, und der Goldpreis war Schwankungen ausgesetzt. Hinzu kam die Tatsache, daß eine Reihe von Ländern Gold nicht allein für monetäre Zwecke benutzte, sondern Goldhorte vornahm, die - wie z.B. in Indien - einem außerökonomischen Gebrauch, so z.B. für Schmuck und religiöse Handlungen, zugeführt wurden.[1)]

G. Cassel hat darauf hingewiesen[2)], daß in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg die Änderungen des Goldwertes, ausgedrückt in Waren, ernstliche Störungen für die gesamte Weltwirtschaft mit sich brachten, und auch J. M. Keynes glaubt, "daß es eine Täuschung ist anzunehmen, daß dem Goldangebot besondere Eigenschaften innewohnen, die das Gold ohne weiteres zu einem stabilen Wertmaßstab stempeln"[3)]. So wurden die Änderungen des Goldwertes um die Jahrhundertwende in erster Linie dadurch verursacht, daß das Angebot an monetärem Gold nicht mit der Entwicklung seiner Nachfrage Schritt halten konnte. Nicht zuletzt war dafür aber auch das Verhalten der Zentralbanken verantwortlich, die untereinander wetteiferten, ihre Goldreserven zu verstärken. Die Anhäufung der Goldreserven stand in keinem Verhältnis mehr zu den im internationalen Güteraustausch bewegten

---

1) Vgl. G. F. Findlay Shirras: "India: The Absorption of Gold: A Study in Monetary Policy" in: The Lessons of Monetary Experience, Essays in Honor of I. Fisher, London 1937, S. 331

2) Vgl. G. Cassel, a.a.O., S. 6 ff

3) Vgl. J. M. Keynes: Vom Gelde, a.a.O., S. 534

Warenströmen: Die künstliche Nachfrage der Zentralbanken nach Gold führte zu einer Art "merkantilistischem Denken", d.h. zu dem Bestreben, möglichst viel Gold als Zahlungsmittel gegen Exporte zu empfangen und sich nach außen weitgehend gegen Importe abzuschirmen. Aus diesem Grunde glaubt G. Cassel, sei "die Wiederbelebung des Protektionismus in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ohne Zweifel eng mit der Entwicklung des internationalen Goldstandards verknüpft"[1].

bb) Goldstandard und Entwicklungsländer

Bei Darstellung dieser grundsätzlichen Möglichkeiten und Grenzen des Goldstandards entsteht die Frage, welche Stellung diejenigen Länder während seines Bestehens einnahmen, die heute als u n e n t w i c k e l t bezeichnet werden. Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß zu jener Zeit des internationalen Goldstandards die Bedingungen in den heutigen Entwicklungsländern andere waren als in der Gegenwart. Die inzwischen vollzogenen politischen, wirtschaftlichen und technischen Veränderungen haben die Strukturen dieser Länder grundlegend verändert, wenn nicht revolutioniert. Trotz der gegenüber früher bestehenden Unterschiede dürften aber mehrere Kriterien, die heute für ein Entwicklungsland kennzeichnend sind, auch schon vor 1914 bestanden haben. Dies gilt vor allem hinsichtlich der auch schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts hohen Anteile der Rohstoffexporte an der Gesamtausfuhr dieser Länder. Die nachstehende Übersicht zeigt, daß bereits im Jahre 1913, also in der Blütezeit des Goldstandards, bei einer Vielzahl von Entwicklungsländern einzelne Rohstoffe mehr als die Hälfte der Gesamtausfuhr bestritten. Bei vielen von ihnen hat sich in dieser Hinsicht gegenüber heute - dies geht aus einem Vergleich mit dem Jahre 1953 hervor - nichts Wesentliches geändert.

---

1) Vgl. G. Cassel, a.a.O., S. 12

Tabelle 4

Ausgewählte Entwicklungsländer mit mehr als 50 v. H. Rohstoffanteil am Gesamtexport 1913 und 1953

Genußmittel (Kaffee, Kakao etc.)	
1913	1953
Brasilien Kolumbien El Salvador Guatemala Haiti	
Venezuela Nicaragua Ecuador	Angola Gold-Küste Franz.-Kamerun Äthiopien
Nahrungsmittel	
1913	1953
Panama Kuba Mauritius Nigeria Siam	
Franz.-West-Afrika Costa Rica Indo-China Burma	Honduras Formosa Ecuador
Landwirtschaftliche Rohstoffe	
1913	1953
Liberia Ägypten	
	Süd-Amerika Pakistan Uruguay
Mineralien	
1913	1953
Bolivien Chile	
	Venezuela Irak Saudi-Arabien Bahrein-Kuweit-Quatar Belgisch-Kongo Nord-Rhodesien

Quelle: P. L. Yates, a.a.O., S. 180

Wie hoch die Prozentanteile bei einzelnen Hauptwarengruppen im Jahre 1913 waren, und wie sie sich gegenüber 1953 verändert haben, zeigt folgende Übersicht:

Tabelle 5

Prozentuale Anteile von Hauptwarengruppen an den Gesamtexporten von Entwicklungsländern 1913 und 1953

	Nahrungs- und Genußmittel	
	1913	1953
Algerien	70,5	65,2
Argentinien	67,0	64,4
Brasilien	73,9	62,8
Ceylon	55,0	75,5
Columbien	75,7	85,5
Gold-Küste	76,2	81,9
Kuba	93,4	90,6

	Nahrungs- und Genußmittel sowie landwirtschaftliche Rohstoffe			
	Nahrungs- und Genußmittel:		landwirtschaftliche Rohstoffe:	
	1913	1953	1913	1953
Ägypten	5,9	6,3	91,9	86,9
Indien	27,3	31,0	47,8	31,5
Indonesien	50,8	23,4	20,2	42,1
Malaya	32,4	13,5	29,8	45,1
Marokko	45,8	41,6	50,8	52,5
Mexiko	13,4	27,2	22,0	30,0
Nigeria	33,9	41,8	57,7	50,3
Peru	18,6	23,3	37,8	50,6
Philippinen	28,5	41,6	69,5	54,0

Quelle: P. L. Yates, a.a.O., S. 181

Aber auch die Rohstoffpreisschwankungen - im wesentlichen determinierend für die Zahlungsbilanzposition der einzelnen Länder - waren bereits seit der Jahrhundertwende stark ausgeprägt.[1)]

1) So führt der Völkerbund in bezug auf die Zeit des Goldstandards vor 1914 aus: "In raw material exporting countries exchange fluctuations (als Folge von Rohstoffpreisschwankungen, der Verf.) were very frequent." Vgl. League of Nations, a.a.O., S. 134. Vgl. auch E. Wagemann, a.a.O., S. 158

Tabelle 6

Durchschnittliche Schwankungen des Ausfuhrwertes ausgewählter Waren 1901 - 1950

Ware	Schwankungen				
	jährliche	konjunkturelle		Trend	
		Aufschwung	Abschwung	steigend	fallend
Kakao	20	24	23	6	4
Kaffee	21	18	20	5	5
Kupfer	21	26	20	5	6
Baumwolle	26	25	24	6	4
Jute	22	20	24	7	5
Hanf	22	12	27	5	8
Leinsaat	28	24	27	6	7
Erdöl	19	16	11	7	6
Reis	21	18	17	5	3
Kautschuk	36	26	28	9	8
Seide	19	24	19	6	6
Sodium-Nitrat	22	26	32	5	7
Zucker	23	21	23	6	7
Tee	15	14	13	5	6
Zinn	25	20	24	5	7
Tabak	18	18	18	5	6
Weizen	33	42	35	8	7
Wolle	15	16	15	4	6
Ø 18 Waren	± 22.6	± 21.7	± 22.1	+ 5.8	- 6.1

Quelle: United Nations: Instability, a.a.O., S. 6

Der hohe Rohstoffanteil an der Gesamtausfuhr des einzelnen Landes sowie die starken Preisschwankungen des Rohstoffes hatten für die Exportländer erhebliche Auswirkungen: Wenn ein Rohstoff, der infolge der Monokultur des einzelnen Landes sein Hauptausfuhrerzeugnis darstellte, auf dem Weltmarkt infolge strukturell oder konjunkturell sinkender Nachfrage einem Preisverfall ausgesetzt war, trat eine Schrumpfung der Ausfuhr bei gleichbleibender Einfuhr, ceteris

paribus also eine Passivierung der Zahlungsbilanz ein, die zum Abfluß von Gold aus dem Defizitland führte, was nach den Regeln des Goldautomatismus wieder zu einem weiteren Sinken der Preise und Einkommen in diesem Land führte.[1] Die weitere Funktionsweise des Goldmechanismus hätte darin bestehen müssen, daß nunmehr das Ausland aufgrund der gesunkenen Preise des angebotenen Rohstoffes eine erhöhte Nachfrage nach diesem Produkt entfaltet hätte, die mengenmäßigen Exporte des Defizitlandes also gestiegen wären. und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht dadurch wiederhergestellt worden wäre.

Häufig ergab sich nun jedoch, daß trotz gesunkener Rohstoffpreise infolge der strukturell unelastischen oder konjunkturell gesunkenen Nachfrage keine oder nur eine geringe Steigerung der Rohstoffexporte eintrat, da deren Angebot kurzfristig unelastisch war. Selbst wenn es gelang, den mengenmäßigen Absatz von Exportprodukten zu steigern, so wirkte der Preisverfall einer Erhöhung des Ausfuhrwertes in ausländischer Valuta entgegen.[2]

Angesichts der aufgezeigten Faktoren erscheint die Tatsache, daß einige der damaligen Rohstoff- oder Entwicklungsländer das System der stabilen Wechselkurse, wie es durch den Goldmechanismus garantiert werden sollte, durchbrachen und ihre Währungen abwerteten, zwar nicht

---

1) Vgl. H. C. Williams, a.a.O., S. 276: "It is very interesting to note that these countries have lost gold not because, as in the orthodox theory, their price levels were high relative to those of other countries but precisely because the prices of their exports have been abnormally low relative to those of other countries."

2) Solche Fehlentwicklungen konnten im Gegensatz dazu bei entwickelten Ländern, die nicht nur ein einziges oder nur wenige Produkte, sondern ein "Warenbündel" exportierten, nicht eintreten, da die Preissenkung zumindest eines dieser vielen angebotenen Produkte vom Ausland mit einer erhöhten Nachfrage honoriert wurde, und dadurch der Ausgleichsmechanismus der Goldwährung in Aktion trat.

überraschend, aber doch für die Historie der Wechselkurspolitik bemerkenswert. Es konnte nicht ermittelt werden, welche Rohstoffländer im einzelnen bereits vor 1914 Abwertungen vornahmen, doch wird sowohl durch den Völkerbund wie auch durch R. F. Mikesell auf diesen Tatbestand hingewiesen.[1)]

Die Durchbrechung des Goldwährungssystems durch einige Rohstoff- (Entwicklungs-)länder hat später auch bei einigen seiner Verfechter, wie z.B. L. Robbins[2)] und F. A. Hayek[3)] ihre Rechtfertigung gefunden. So räumte L. Robbins ein, daß eine autonome Änderung der Wechselkurse wohl die geeignete Maßnahme zur Beseitigung einer Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts bei Ländern sei, deren Anteil am Welthandel relativ gering ist. F. A. Hayek erkennt diese Notwendigkeit an, wenn der Goldmechanismus dem betreffenden Land durch Einkommens- und Preisveränderungen unbillige Härten zuführt. Auch J. H. Williams[4)] spricht sich in diesem Sinne aus.

---

1) Vgl. League of Nations, a.a.O., S. 134: "The pre-1914 gold standard was by no means universal. Indeed currency depreciations has ... been the usual reactions of these countries to any serious fall in their export prices". - Sowie R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 6: "Depreciation among primary producing countries was a frequent phenomenon in periods of falling raw material prices, even before 1914" Ferner J. Jentgen, a.a.O., S. 6

2) Vgl. L. Robbins: "Economic Planning and International Order" London 1937, S. 288

3) Vgl. F. A. Hayek: "Monetary Nationalism and International Stability" London 1937, S. 46 ff.

4) Vgl. J. H. Williams, a.a.O., S. 152: "I have long believed, that the younger countries, whose economic conditions primarily effect the conditions existing in the great world market, for which they are only secondarily responsible should be permitted to vary their currencies".

Wenn trotz dieser Abkehr einzelner Länder vom Goldstandard vor 1914 das System im ganzen gut funktioniert hat, so war dies nicht zuletzt auch der überragenden Stellung zuzuschreiben, die das Pfund-Sterling einnahm und an welcher eine Reihe heutiger Entwicklungsländer wegen ihrer Bindung an diese Währung partizipierten. "Die Stärke des Sterling-Blocks hing ab von dem unerschütterlichen Festhalten Gr.-Britanniens an den Freihandelsprinzipien und von seiner Bereitschaft, Kapital auszuführen, ferner aber auch davon, daß Gr.-Britannien seine Stellung nicht ausnutzte, um Gold anzuhäufen."[1] Vor allem kleinere Länder konnten es sich angesichts der liberalen Praxis Großbritanniens erlauben, ihre Londoner Devisenkurse in nur annähernder Parität zu halten, ohne daß sie dem Druck und Gegendruck von Gold-Zu- und -Abflüssen direkt ausgesetzt waren.[2]

Nach diesen Ausführungen bleibt abschließend die Frage offen, ob und inwieweit das im ganzen gut funktionierende Gold-Währungssystem sich den Strukturwandlungen der Weltwirtschaft und den veränderten Bedingungen in den Binnenwirtschaften der Entwicklungsländer auch nach 1914 genügend angepaßt hat. Diese Frage ist unter Hinweis auf den Ausbruch des I. Weltkrieges bereits beantwortet.

---

1) Vgl. G. Cassel, a.a.O., S. 4

2) Vgl. J. M. Keynes: Vom Gelde, a.a.O., S. 545/6: "Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war der Einfluß Londons auf die Kreditbedingungen der ganzen Welt so überragend, daß die Bank von England beinahe Anspruch darauf erheben konnte, der Dirigent des internationalen Orchesters zu sein. Indem sie die Bedingungen veränderte, unter denen sie bereit war, Kredite zu gewähren und unterstützt durch ihre eigene Bereitschaft, das Volumen ihrer Goldreserven zu verändern, der die Unwilligkeit der übrigen Zentralbanken, das Volumen der ihren zu verändern, gegenüberstand, konnte sie in hohem Grade die im Ausland herrschenden Kreditbedingungen bestimmen".

2. Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (1918 - 1938)

Die Zeit nach Beendigung des I. Weltkrieges war gekennzeichnet durch den Versuch, den Goldstandard zu restaurieren und damit die Stabilisierung der Wechselkurse zu erreichen. Der Glaube an den Bestand und die Funktionsweise des Systems aber war so stark erschüttert, daß es mehrerer Jahre bedurfte, um das Vertrauen wieder herzustellen. "Gerade nachdem die meisten Währungen nicht nur auf Gold, sondern auf Golddevisen gegründet waren, kam alles darauf an, daß die Gleichung: Devisen gleich Goldforderung gleich Gold nicht in ihrer Fragwürdigkeit entlarvt wurde - wenn nicht das Mißtrauen von den privaten Banken auf die Notenbank übergreifen und eine Flucht aus dem Papiergeld einsetzen sollte."[1)]

aa) Versuche zur Wiederherstellung des Goldstandards

Schrittmacher bei der Rückkehr zur Goldwährung war Großbritannien, gefolgt von der Mehrzahl der Länder, die dem Goldstandard auch vor 1914 angehört hatten.[2)] Einer Reihe dieser Länder gelang es, ihr Wechselkursniveau auf dem Vorkriegsstand zu stabilisieren, ein anderer Teil wertete seine Währung ab. Die Zahl derjenigen Länder jedoch, denen es infolge der 1920/21 rückläufigen Rohstoffpreise nicht gelang, ihre Währungen zu stabilisieren, war beträchtlich. Die seit Beendigung des I. Weltkrieges bis 1925 durchgeführten wechselkurspolitischen Maßnahmen in einigen Entwicklungsländern sind in folgender Tabelle zusammengefaßt:

---

1) Vgl. E. Salin: "Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit" in: WWA, 35. Bd. (1932) I, S. 23

2) Über die Rückkehr Großbritanniens zum Goldstandard vgl. vor allem G. Cassel, a.a.O., S. 29ff.

Tabelle 7

Wechselkurspolitische Maßnahmen ausgewählter Entwicklungsländer von 1919 - 1925

Stabilisierung der Währung auf Vorkriegsniveau (1)	Abwertung (2)	Aufrechterhaltung eines stabilen Wechselkurses für ein Jahr oder länger (3)	1925 noch keine Währungsstabilisierung (4)	neue Zentralbanken oder deren Reorganisation (5)
Nicaragua 1915 x)	Costa Rica 1922	Honduras 1923	Griechenland	Indien 1920
Salvador 1920	Guatemala 1925	Siam 1925	Portugal	Süd-Afrika 1920
Kolumbien 1924	Chile 1925		Indien	Peru 1922
Ägypten 1925			Argentinien	Kolumbien 1923
Holl.-Ost-Indien 1925			Bolivien	Guatemala 1925
			Brasilien	Chile 1925
			Ecuador	Mexiko 1925
			Paraguay	Madagaskar 1925
			Peru	
			Uruguay	

x) Maßnahme erfolgte bereits während des 1. Weltkrieges

Quelle: League of Nations: "Memorandum on Currency and Central Banks, 1913 - 1925" Vol. I, Genf 1926, S. 7 (im folgenden zitiert als League of Nations: Memorandum)

Die Währungen der unter 4) (Tabelle 8) genannten Länder wurden gegenüber dem Dollar mit starken Abschlägen gegenüber der Goldparität gehandelt und unterlagen in den einzelnen Jahren z.T. erheblichen Schwankungen. Dies zeigt folgende Zusammenstellung:

Tabelle 8

Wechselkurse ausgewählter Entwicklungsländer 1923 und 1925

Land:	Parität zum $	Effektiver Ankaufskurs New York			
		Ende 1923		Ende 1925	
		absolut	Abschl. v.H.	absolut	Abschl. v.H.
Griechenland	19.295 cts. = 1 Dr.	18.952	- 90,2	12.887	- 93,3
Indien	48.665 cts. = 1 Rupie	31.410	- 35,5	36.875	- 24,2
Argentinien	42.452 cts = 1 Peso	32.070	- 24,5	41.500	- 2,2
Bolivien	38.933 cts. = 1 Boliviano	31.500	- 19,1	34.500	- 11,4
Brasilien	3.244 cts. = 1 Milreis	9.466	- 70,8	14.218	- 56,2
Equ-ador	48.665 cts. = 1 Sucre	25.000	- 48,6	22.500	- 53,8
Peru	486.650 cts. = 1 Libra	403.000	- 17,2	395.000	- 18,8
Uruguay	103.425 cts. = 1 Peso	77.660	- 24,9	101.784	- 1,6

Quelle: League of Nations: Memorandum, a.a.O., S. 5 ff.

Obwohl eine Reihe von Ländern ernsthaft bemüht war, ihre Währungen nach außen zu stabilisieren und damit zur Schaffung einer funktionsfähigen internationalen Währungsordnung beizutragen, waren ihre Regierungen nicht mehr wie früher bereit, ihre nationale Wirtschafts- und Währungspolitik einem weltweit wirkenden Währungsmechanismus unterzuordnen. Alle die Mängel des Goldwährungssystems, wie sie bereits oben dargestellt wurden, mußten jetzt erst

recht - als man sich nicht mehr vorbehaltlos dem alten bewährten System verschreiben konnte - zur Geltung kommen.

"Die Neutralisierung der Goldzu- und Goldabflüsse wurde zur Regel und führte sowohl zur Neuverteilung als auch zur Konzentration des Goldes in einzelnen Ländern".[1] Die Benachteiligten dieser Entwicklung mußten die kleineren, vor allem Rohstoffe exportierenden Länder sein, die wegen ihrer weltwirtschaftlich schwächeren Position die internationalen Konjunktur- und Rohstoffpreisschwankungen kaum oder überhaupt nicht beeinflussen konnten. Aus folgenden Ziffern geht die Konzentration der monetären Goldbestände in den USA und Frankreich deutlich hervor:

Tabelle 9

Monetäre Goldbestände in den USA und Frankreich 1925 - 1931

(in Mill. US-Dollar)

Ende des jeweiligen Jahres:	USA	Frankreich
1925	3.985	711
1926	4.083	711
1927	3.977	954
1928	3.746	1.254
1929	3.900	1.633
1930	4.225	2.100
1931[x)]	4.632	2.296

x) August

Quelle: US-Federal Reserve Bank: Federal Reserve Bulletin, May 1932, S. 6

In den genannten Jahren hatten beide Länder 2.232 Mill. US-$ neu an sich gezogen, eine Summe, die ungefähr der gesamten Goldproduktion der Welt in diesen Jahren entsprach.[2]

---

1) Vgl. J. Jentgen, a.a.O., S. 6

2) Vgl. G. Cassel, a.a.O., S. 49

Durch die Goldansammlungen in einzelnen Ländern wurden in denjenigen Volkswirtschaften, denen Gold in größeren Mengen entzogen wurde, ein stark deflationistischer Druck ausgeübt. Aber weder Frankreich noch die USA nutzten ihre Neuzugänge an Gold zu einer angemessenen Kreditausweitung aus, welche die vor allem für die Ausfuhrsituation der Rohstoffländer notwendigen Preissteigerungen ausgelöst hätten.

bb) Die Abwertungswelle im Gefolge der Weltwirtschaftskrise

Die Rohstoffländer wurden durch diesen Deflationsprozeß deswegen schwerer getroffen als andere Länder, weil die Preise ihrer Exportprodukte laufend sanken und dem wegen der in der Regel unelastischen Nachfrage keine ausreichende Nachfragesteigerung gegenüberstand. Da jedoch die Importe der Rohstoffländer nicht so schnell gedrosselt werden konnten, wie der Ausfuhrwert sank, traten erhebliche Handelsbilanzdefizite auf. Auch der Versuch der Rohstoffländer, durch Mehrerzeugung von Rohstoffen, also über eine Mengensteigerung den Preisverfall zu kompensieren, mußte fehlschlagen, weil jede Steigerung des Angebots einen noch stärkeren Druck auf die Rohstoffpreise ausübte. "Die Erfahrung, und zwar eine sehr ausgedehnte Erfahrung, die kaum eine Ausnahme kennt, zeigt uns jedoch, daß bei starkem Druck die Goldwährung gewöhnlich suspendiert wird. Die Ansicht, daß ein Staat, der nicht imstande ist, eine nach nationalen Gesichtspunkten geregelte Währung zu handhaben, eine internationale Goldwährung handhaben kann, läßt sich empirisch kaum stützen"[1]. Das Bestreben also, sich durch eine nationale Wirtschaftspolitik gegen die Weltwirtschaftskrise

---

1) Vgl. J. M. Keynes: Vom Gelde, a.a.O., S. 539. - Vgl. auch M. Strakosch: "The Monetary Tangle of the Postwar Period" in: The Lessons of Monetary Experience, Essays in Honor of I. Fisher, London 1937, S. 153 ff.

abzuschirmen, wuchs in Industrie- und Rohstofflandern immer mehr. Als im Jahre 1931 Großbritannien die Goldeinlösung aufhob, wurde der Glaube an die Goldwährung endgültig erschüttert.[1] Die anhaltende Krise ließ den Welthandel mehr und mehr schrumpfen.[2] Der "Bruch" in der Welthandelsentwicklung als Folge der Krise wird durch folgende Ziffern veranschaulicht:

Tabelle 10

Weltausfuhrmengen

(1876 - 1955)

Jahresdurchschnitte	Mengen 1913 = 100
1876 - 1880	30,1
1896 - 1900	54,1
1911 - 1913	96,2
1926 - 1929	116,0
1936 - 1938	112,0
1953 - 1955	184,0x)

x) ausschließlich heutiger "Ostblock"

Quelle: P. L. Yates, a.a.O., S. 30

Infolge des permanenten Druckes auf Preise, Einkommen und Zahlungsbilanzen der Rohstofflander wurde eine Reihe von ihnen zu weiteren Abwertungen gezwungen. Über das Ausmaß der Abwertungen in einigen Entwicklungslandern in den Jahren 1929 - 1935 gibt folgende Tabelle Aufschluß:

---

1) Vgl. E. Salin, a.a.O., S. 25

2) Der Verfasser muß auf eine eingehende Darstellung der Entstehungsursachen und Wirkungen der Weltwirtschaftskrise im Rahmen dieser Untersuchung verzichten. Es sei vor allem verwiesen auf G. Haberler: "Prosperität und Depression" Bern 1948 sowie J. M. Keynes: Vom Gelde, a.a.O., S. 416 ff. - G. Cassel, a.a.O., S. 48 ff. - ferner O. Pfeiderer: "Pfund, Yen und Dollar in der Weltwirtschaftskrise" Diss. Berlin 1937 und E. Salin, a.a.O., S. 23 ff.

Tabelle 11

Abwertungssätze ausgewählter Entwicklungsländer in v.H.

1929 - 1935

Land	v.H. Satz	Land	v.H. Satz
Ägypten	41	Bolivien	59
Kuba	41	Argentinien	65
Siam	41	Kolumbien	67
Indien	42	Mexiko	67
Portugal	42	Brasilien	68
Peru	48	Ecuador	73
Uruguay	52	Chile	75
Griechenland	52		

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
5. Jahresbericht (1. April 1934 - 31. März 1935)
Basel 1935, S. 9

Die Tatsache, daß die Mehrzahl der Rohstoffländer ihre Währungen abwerteten, bedeutete nun allerdings keineswegs, daß nach der vorgenommenen Wechselkurskorrektur die Stabilität des Kurses selbst erreicht war oder der Kurs auf dem neu gewählten Niveau - etwa wie heute - "fixiert" war. Devalvation bedeutete nichts anderes als die Festsetzung einer neuen Relation der heimischen Währung zum Gold. Der Kurs selbst war jedoch von keiner offiziellen Stelle sanktioniert. Da der Goldautomatismus, d.h. der Zu- und Abfluß des Goldes in den einzelnen Ländern, der allein die Stabilität der Wechselkurse gewährleistete, nicht mehr funktionierte, mußten bei entstehenden Zahlungsbilanzveränderungen notwendigerweise die Wechselkurse schwanken, wenn nicht durch quantitative Beschränkungen auf der Einfuhr-, Ausfuhr- und Kapitalseite die Zahlungsbilanz beeinflußt wurde.[1] An die Stelle der "Stabilität der Wechselkurse" war die "Beweglichkeit der Wechselkurse" getreten.

---

1) Vgl. auch E. Küng: "Die Selbstregulierung der Zahlungsbilanz. Eine Untersuchung über die automatischen Methoden des Zahlungsbilanzausgleichs" (St. Galler Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, Bd. 5) St. Gallen 1949, S. 13 ff.

In den Rohstoffländern folgten die Wechselkursveränderungen den Rohstoffpreisschwankungen. So war zu beobachten, daß z.B. die Wechselkurse von Brasilien, Kolumbien und El Salvador mit den in Dollar notierten Kaffeepreisen korrelierten. Bolivien band im Jahre 1932 den Wechselkurs direkt an die Zinnnotierungen in London.[1] Die starken Rohstoffpreisschwankungen machten eine solche flexible Wechselkursgestaltung im Interesse einer Aufrechterhaltung oder Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts notwendig, wenn ein solches überhaupt unter den gegebenen Umständen zu erreichen war.[2]

cc) Wechselkursdifferenzierung und Devisenbewirtschaftung

Nicht nur die große Zahl der Währungsabwertungen war eines der wesentlichsten Merkmale jener Zeit, sondern vor allem auch die immer zahlreicher werdenden Übergänge der Rohstoffländer zu einem System marktinkonformer Maßnahmen, also quantitativer Importrestriktionen und Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen; denn auch die Devalvationen konnten - vor allem infolge der Unelastizität des Rohstoffangebots und der Rohstoffnachfrage - langfristig das Gleichgewicht nicht herstellen.[3] Die Einführung von Kontingenten und Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen begann in den Entwicklungsländern Südamerikas und war auch in diesem Kontinent am weitesten verbreitet, wie folgende auf das Jahr 1933 abgestellte Zusammenstellung zeigt:

---

1) Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 134

2) Die Zentralbank Chiles führte dazu aus: "As the Latin American countries are primarily producers of raw materials and food staffs, the wide fluctuations in the prices of these products, which are extremely sensitive, may effect the economic life to such an extend as to make it impossible for them to maintain the principle of a rigidly stable currency". Vgl. Central Bank of Chile: Memorandum furnished by the Central Bank of Chile in reply to a circular inquiry of the Delegation on Economic Depressions (League of Nations) zitiert bei: R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 135

3) Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 8: "The heavy pressures on the balance of payments of the Latin American countries led first to a depreciation of their exchange rates and than to the adoption of exchange controls in 1931 and 1932".

Tabelle 12

Im Jahre 1933 gültige Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen ausgewählter Entwicklungsländer

Land	Währungsstandard	Art der Kontrollmaßnahmen x)	
		Einfuhr	Ausfuhr
Angola	Bindung an port. Escudo	Devisenzuteilung gem. Dringlichkeit einzelner Warengruppen	durch den Banco de Angola kontrollierter Devisenfonds
Argentinien	Gold: aufgehoben	Auslandswechsel werden in heimischer Währung bezahlt, wenn keine Devisen verfügbar	alle Devisenerlöse ablieferungspflichtig
Bolivien	Gold: aufgehoben	Zuteilung der Devisen gem. Dringlichkeit der Warengruppen	alle Devisenerlöse ablieferungspflichtig
Brasilien	Gold: aufgehoben	Banco do Brasil gibt sog. "exchange contracts" aus; Empfänger werden verpflichtet, Devisen nach 90 Tagen einzulösen	alle Devisenerlöse ablieferungspflichtig; in besonderen Fällen kann ein Teil des Devisenerlöses aus Kaffeeexporten an Importeure verkauft werden
Chile	Gold: aufgehoben	Devisen werden bevorzugt an Importeure von industriellen Rohstoffen ausgegeben; Auslandswechsel sind in heimischer Währung bei Fälligkeit zahlbar.	teilweise Devisenablieferungspflicht
Columbien	Gold: nicht wirksam	nur dringende Importe sind devisenbegünstigt; Auslandswechsel in heimischer Währung zahlbar, wenn keine Devisen verfügbar.	

x) 1. März 1933

Land	Währungs-standard	Art der Kontrollmaßnahmen	
		Einfuhr	Ausfuhr
Costa Rica	Gold: nicht wirksam	keine Devisen-transaktion darf ohne behördliche Genehmigung durchgeführt werden; Auslands-schulden müssen in heimischer Währung bei Fälligkeit bei einer Bank eingezahlt werden, die Devisen zuteilt	alle Devisen-erlöse ablieferungspflichtig
Ecuador	Gold: aufgehoben	Auslandswechsel sind vorerst in heimischer Währung zahlbar, danach erfolgt Devisenzuteilung	Exporte müssen zu 80 % in Auslandswährung bezahlt werden; Zentralbank kauft Devisen zu dem von ihr festgesetzten Preis
Griechenland	Gold: aufgehoben	Auslandsschulden, die vor 1932 entstanden, müssen - wenn sie in Auslandswährung zurückgezahlt werden- in Abständen von 6 Monaten mit je 10 % beglichen werden; bei Rückzahlung in heimischer Währung in 6 Monatsabständen mit je 25 %	
Nicaragua	Gold: nicht wirksam	Devisenzuteilungen sind auf einen Gegenwert von 100 Cordobadas wöchentlich begrenzt und nicht kumulativ	
Paraguay	Gold: aufgehoben	die Kontrollbehörden arbeiten in Verbindung mit den argentinischen Behörden; Kapitalausfuhr und Einfuhr von Luxuswaren stark beschränkt	50%ige Devisenablieferungspflicht

Land	Währungs-standard	Art der Kontrollmaßnahmen	
		Einfuhr	Ausfuhr
Portugies. Ostafrika (Mosambique)	Bindung an port. Escudo	Zuteilung der Devisen gem. Dringlichkeit der Warengruppen	Exporte müssen in der Währung des Bestimmungslandes bezahlt werden, und die Devisenerlöse fließen in einen Fonds
Portugies. Guinea	Bindung an port. Escudo	Zuteilung der Devisen gem. Dringlichkeit der Warengruppen	teilweise Devisenablieferungspflicht
Türkei	Gold: nicht wirksam	autorisierte Banken teilen Devisen nur für bevorzugte Importe zu	
Uruguay	Gold: aufgehoben	wenn keine Devisen verfügbar, ist die Bereitstellung eines Depots mit 3%iger Verzinsung erforderlich	

Quelle: Royal Institute of International Affairs: "Monetary Policy and the Depression, a First Report on International Monetary Problems" Oxford 1933, S. 106 ff.

Die ausgeprägte Anwendung der Devisenbewirtschaftung wie überhaupt aller Kontingentierungsmaßnahmen in Südamerika lag vor allem darin begründet, daß die regionale Ausfuhrstruktur dieser Länder in starkem Maße nach Europa orientiert war. Hier aber hatten die Industrieländer in den 30ger Jahren selbst mit erheblichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen und beschränkten demzufolge in starkem Maße ihre Rohstoffeinfuhr. Hinzu kam, daß die südamerikanischen Länder gerade auf dem westeuropäischen Markt in scharfem Wettbewerb mit Rohstoffexportländern Ost-Europas standen. Dieser Tatbestand erklärt auch die Tendenz der südamerikanischen Länder, sich durch bilaterale Handelsabkommen eine bestimmte Absatzmenge in europäischen Industrieländern zu sichern.[1)]

Eine weitere für die wechselkurspolitische Betrachtung wichtige Erscheinung der 30 er Jahre, die eng mit der Einführung der Devisenbewirtschaftung zusammenhing, und ebenfalls am stärksten in südamerikanischen Ländern ausgeprägt war, ist die bereits zu jener Zeit eingeführte W e c h s e l k u r s d i f f e r e n z i e r u n g. Es war vor allem Argentinien, das auf diesem Gebiet voranging, und seinen Einheitskurs nach Warenkategorien spaltete sowie Devisensteuern einführte.[2)] Auf die weitere Verbreitung der Wechselkursdifferenzierung in der Zeit nach dem II. Weltkrieg ist weiter unten noch zurückzukommen.[3)]

---

1) Bilaterale Abkommen wurden zwischen Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador und Uruguay einerseits und Großbritannien, Deutschland und Italien andererseits abgeschlossen. Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 9

2) Vgl. V. Salera: "Exchange Control and the Argentine Market" New York 1941 sowie M. S. Gordon: "Barriers to World Trade" New York 1941, S. 190 ferner vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 12: "The widespread use of multiple exchange-rates and discriminatory cross-rates in the postwar-period also had its roots in the exchange practices of 1930's."

3) Vgl. S. 226 ff. unserer Ausführungen.

Die dargestellte Entwicklung läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß, als Anfang der 30ger Jahre der Tiefpunkt der weltwirtschaftlichen Depression erreicht war, der "monetäre Nationalismus" seinen Sieg über das Goldwährungssystem errungen hatte.[1] Man war jetzt in der Lage, die Beseitigung externer Ungleichgewichte, die aus einer nationalorientierten inflatorischen Finanz- und Kreditpolitik resultierten, durch Änderungen der Wechselkurse, durch Importkontingente und Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen zu erreichen und sie nicht den Kräften eines weltweit wirkenden Mechanismus zu überlassen.

Die Abkehr vom Goldstandard hatte einschneidende Veränderungen in den weltweiten Beziehungen zur Folge.[2] Gemessen am Welthandelsumsatz hatten Anfang des Jahres 1934 nur noch 20 v.H. aller am Welthandel beteiligten Länder eine intakte Goldwährung, 52 v.H. dagegen entwertete Binnen- oder Silberwährungen, während 14 v.H. zur Devisenbewirtschaftung und 13 v.H. zur manipulierten Währung übergegangen waren.[3] Bezüglich der Entwicklungsländer von damals darf festgehalten werden, daß ihnen der Übergang zum monetären Nationalismus hinsichtlich ihrer internen Entwicklungspolitik entgegenkam; denn diese Politik räumte ihnen größere Möglichkeiten ein, die Geldpolitik im Inland am Entwicklungsprozeß zu orientieren als dies unter dem Goldstandard der Fall war. Trotzdem blieb das Problem ungelöst, welchen von beiden wirtschaftspolitischen Zielen, "Stabilität der Wechselkurse bei beweglichem inländischen Preis- und

---

1) Vgl. F. A. Hayek, a.a.O., S. 1

2) Vgl. auch K. H. Mathies: "Der Goldblock, seine währungs- und handelspolitischen Probleme" Diss. Berlin 1937, S. 1

3) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 14. Jahrgang (1934), Nr. 6, S. 184

Beschäftigungsniveau" oder "Beweglichkeit der Wechselkurse bei stabilem inländischen Preis- und Beschäftigungsniveau", das Primat zuzuerkennen sei. Für die Zeit vor dem II. Weltkrieg schien diese Frage durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bereits beantwortet. Sie führte aus: "Wenn die zuständigen Stellen in eine Prüfung dieser Frage eintreten, müssen sie unfehlbar zu der Überzeugung gelangen, daß unter den obwaltenden Umständen die Wiederherstellung der Währungsstabilität von allergrößter Bedeutung für die Belebung des Welthandels und der Schlüssel zur Lösung aller Fragen ist, die in der wirtschaftlichen Abschließung unlösbar bleiben."[1)]

3. Die Zeit nach dem II. Weltkrieg

aa) Allgemeine und wechselkurspolitische Ziele der Abkommen von Bretton Woods

Wenn die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich den Gedanken der Wechselkursstabilität bereits im Jahre 1937 in den Vordergrund stellte, so hatte sie damit gleichzeitig der Wechselkurspolitik der Nachkriegszeit die Aufgabe gesetzt. Alle am Welthandel beteiligten Länder waren sich darüber im klaren, daß die Herstellung äußerer Gleichgewichtsverhältnisse eine völlige Neuorientierung der gesamten internationalen Währungspolitik erforderte. "Der Grundgedanke war, nach Beendigung des Krieges ... ein neues Welt-Währungssystem zu schaffen. Die heute fast paradiesisch anmutenden Verhältnisse vor 1914 vor Augen, dachte man daran ..., den Währungswirrwarr und die autarkischen Experimente der 20-er und 30er Jahre mit ihren mannigfachen Zahlungsbilanzschwierigkeiten, Devisenbestimmungen, bilateralen Einengungen

---

1) Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: 5. Jahresbericht, a.a.O., S. 13

der internationalen Warenströme und sonstigen diskriminatorischen Praktiken ... endlich wieder durch ein stabiles weltwirtschaftliches Gleichgewicht abzulösen."[1] Bei der Verwirklichung dieser Ziele sah man sich in den einzelnen Volkswirtschaften nicht nur fast unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber, die aus den ungeheuren materiellen Kriegsschäden entstanden waren, sondern gleichzeitig übernahm man das Erbe einer durch Dirigismus gekennzeichneten Wirtschaftspolitik.

Es waren vor allem vier weltwirtschaftliche Aufgaben, die es nach dem II. Weltkrieg zu lösen galt:[2]

1) der physische Wiederaufbau, der durch den Krieg schwer getroffenen Volkswirtschaften;

2) die Wiederherstellung eines internationalen Währungsgleichgewichtes [3];

3) die Erreichung eines möglichst hohen Beschäftigungsgrades in den Binnenwirtschaften;

4) die Stabilisierung des Welthandels, vor allem im Verhältnis Rohstoff-/Industrieländer, u.a. durch eine liberalere Einfuhrpolitik in den letzteren.

---

1) Vgl. E. Tuchtfeldt: "Weltbank und Weltwährungsfonds, eine Zwischenbilanz weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit" in: Wirtschaftsdienst, 30. Jg., Nr. 6 (1950), S. 20 (im folgenden zitiert als E. Tuchtfeldt: Weltbank)

2) Vgl. W. M. Scammell: "International Monetary Plans" London 1957, S. 4

3) Ein erster Schritt zu stärkerer internationaler Zusammenarbeit auf währungspolitischem Gebiet war bereits im September 1936 erfolgt, als sich die USA, Großbritannien und Frankreich zum Abschluß des sog. "Tripartite Currency Agreement" entschlossen. Vgl. dazu vor allem: L. Waight: "The History and the Mechanism of the Exchange Equalisation Account" Cambridge 1939, S. 169 ff.

Entsprechend dieser Ziele proklamierten die Vertreter der im Juli 1944 in Bretton Woods zusammengekommenen Nationen:[1)]

1) Die teilnehmenden Staaten sollten die Beseitigung von Hindernissen, die den freien internationalen Handel beschränken, anstreben.

2) Es sollten Maßnahmen getroffen werden, die den regelmäßigen Absatz von Agrarprodukten und anderen Rohstoffen zu Preisen gewährleisteten, die sowohl den Verkäufern wie den Käufern gerecht werden.

3) Es sollte nach Beendigung des Krieges unverzüglich eine Umstellung der Kriegs- auf Friedensproduktion eingeleitet werden.

4) Es sollten Pläne für die Herstellung der Vollbeschäftigung in Übereinstimmung mit den Plänen anderer Volkswirtschaften ausgearbeitet werden.[2)]

---

1) Vgl. C. W. Guillebaud: "Das Abkommen von Bretton Woods und seine internationale Bedeutung" (Kieler Veröffentlichung, Heft 2) Hamburg 1947, S. 9

2) Zur Entstehung, zu den Zielen und der Funktionsweise des internationalen Währungsfonds vgl. vor allem US-Treasury: Articles of Agreement, IMF and IBRD, Washington 1944 - H. Bachmann: "Die Konventionen von Bretton Woods" St. Gallen 1945 - N. S. Buchanan und F. A. Lutz: "Rebuilding the World Economy" New York 1947 - R. G. Hawtrey: "Bretton Woods for better or worse" London, New York, Toronto 1946 - R. F. Mikesell: "The International Monetary Fund 1944 - 1949" A Review: International Conciliation, No. 455, New York 1949 - I. Rooth: "Der Internationale Währungsfonds. Aufgaben und Funktionen" in: Europa-Archiv, 10. Jg. 6. Folge, Frankfurt vom 20. März 1955, S. 7393 ff. - E. Tuchtfeldt: Weltbank, a.a.O., S. 20 ff.

Die gleichzeitig mit Abschluß der Bretton Woods-Abkommen gegründete Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sollte vor allem die Aufgabe haben, Kapitalinvestitionen für den Wiederaufbau zerstörter Gebiete durch - zuführen, die Industrie auf den Friedensbedarf umzustellen und die Entwicklung wirtschaftlich zurückgebliebener Gebiete zu fördern.[1)]

Konkretisiert man die Ziele von Bretton Woods im Hinblick auf die Wechselkurspolitik, so lassen sich diese Ziele in folgenden Punkten zusammenfassen:[2)]

1) Wechselkursstabilität ist unter Berücksichtigung aller binnen- und außenwirtschaftlichen Erfordernisse und unter Berücksichtigung der veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen am ehesten dadurch zu erreichen, daß die Wechselkurse fixiert werden (wobei eine geringe Schwankungsbreite von 1 v.H. über und unter der Parität gestattet sein sollte). Weitergehende Änderungen der Parität sollen nur ausnahmsweise möglich sein; sie bedürfen der Erlaubnis des Fonds, wenn sie 10 v.H. überschreiten und sollen nur vorgenommen werden, wenn ein sogenanntes "Fundamentales Ungleichgewicht" vorliegt.[3)]

---

1) Vgl. C. W. Guillebaud, a.a.O., S. 9

2) Vgl. W. M. Scammell, a.a.O., S. 8 sowie G. Gutt: "Exchange Rates and the International Monetary Fund" in: Review of Economics and Statistics, Vol. XXX (1948), S. 81 ff.

3) Das "fundamentale Ungleichgewicht" scheint bis heute noch nicht ausreichend definiert. Vgl. zur Problematik A. Hansen: "A Brief Note on Fundamental Disequilibrium" in: The Review of Economic Statistics, Vol. XXVI (1944), S. 32

2) Die Stabilität der Wechselkurse soll durch eine Erweiterung der internationalen Liquidität unterstützt werden; bei langfristigen Ungleichgewichten soll die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Beiträge leisten. Eine enge Zusammenarbeit der Mitglieder ist anzustreben, um die Wechselkursstabilität zu fördern und kompetitive Abwertungen zu vermeiden.[1)]

3) Jedes Mitglied hat seine Währung in eine feste Relation zum Gold zu bringen und bei der Fixierung der Anfangsparitäten den allgemeinen Grundsätzen des Fonds Rechnung zu tragen und auf die anderen Länder Rücksicht zu nehmen.[2)]

Wie die obigen Ausführungen erkennen lassen, ist die Stabilität des Wechselkurses in den Satzungen des Fonds weitgehend an seine offizielle Legalisierung durch diesen bzw. durch die Notenbank des einzelnen Mitgliedslandes gebunden. Daß aber auch der Währungsfonds unter dem Begriff "Stabilität" nicht ein "Durchhalten des fixierten Kurses um jeden Preis" versteht, hat er bereits in seinem Jahresbericht für das Jahr 1948 zum Ausdruck gebracht, in dem er sehr deutlich das Gegensatzpaar "rigidity" (Starrheit) und "stability" (Stabilität) gegenüberstellt.[3)] Es war bereits früher bei Darstellung der wechselkurspolitischen Gestaltungsformen auf diesen Gegensatz hingewiesen worden. Es darf hier als wesentlich festgehalten werden, daß der Fonds in jedem Fall zuerst die Wechselkursstabilisierung mit Maßnahmen der

---

1) Vgl. auch O. Emminger: "Internationaler Währungsfonds und Wechselkurspolitik" in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 10. Jg. (1957), Heft 18, S. 732

2) Vgl. J. Jentgen, a.a.O., S. 115

3) Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Bericht über das Geschäftsjahr 1948", S. 21 ff.

indirekten Wechselkurspolitik (Finanz- und Kreditpolitik) befürwortet, erst dann, wenn diese nicht mehr ausreichen, die autonome Wechselkurskorrektur empfiehlt.[1)]

Erwähnenswert scheint außerdem zu sein, daß dem Internationalen Währungsfonds selbst kein Initiativrecht in der Wechselkursgestaltung eines einzelnen Landes zusteht. Ein Wechselkurs kann nur auf Vorschlag eines einzelnen Mitgliedes korrigiert werden. O. Emminger hat 1957 daraus folgende Schlußfolgerung abgeleitet: "Dies bedeutet, daß die Initiative stets vom Mitgliedsstaat ausgenen muß, und wird so weitgehend ausgelegt, daß der Währungsfonds nicht einmal eine offizielle Empfehlung an ein Land richten kann, seinen Wechselkurs den Realitäten anzupassen."[2)]

Die durch den Währungsfonds angestrebte Wechselkurspolitik kann zusammenfassend dahingehend gekennzeichnet werden, daß sie eine Abwendung vom Prinzip vollkommen freier Wechselkurse darstellt[3)], den einzelnen Ländern die Stabilität nicht - wie beim Goldautomatismus - aufzwingt, sondern sie nur fördert, weiterhin, daß die autonome Wechselkurskorrektur - sowit sie 10 v.H. überschreitet - zur Angelegenheit des Fonds und damit zur

---

1) In einem der Bretton-Woods-Konferenz vorgelegten amerikanischen Regierungsdokument wird ausgeführt: "Es ist nicht erwünscht, die Wechselkurse ohne Grund zu ändern oder sie zu ändern, solange andere befriedigende Mittel zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts zur Verfügung stehen", (zitiert nach O. Emminger, a.a.O., S. 732)

2) Vgl. O. Emminger, a.a.O., S. 732

3) Später hat der Internationale Währungsfonds auch frei schwankende Kurse unter bestimmten Voraussetzungen anerkannt. Hierauf wird weiter unten eingegangen. Vgl. S. 217ff unserer Ausführungen.

internationalen Angelegenheit erhoben wird.[1)]

Der in diesem Abschnitt enthaltene historische Rückblick über die Wechselkurspolitik ist ein Rückblick auf die im Rahmen der Bretton Woods-Abkommen durchgeführten Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer; denn sie wird durch die Satzungen durch Bretton Woods beherrscht. Die hier darzustellende Periode der Nachkriegswechselkurspolitik ist gekennzeichnet - dies im Gegensatz zu der Zeit des Goldstandards und der Zwischenkriegsperiode - durch eine Verfeinerung der Wechselkurspraktiken, durch Kombinationen verschiedener Wechselkurssysteme und durch eine Vielzahl von Stellungnahmen des Währungsfonds zu diesen Praktiken. Die Diskussion darüber, welcher Art der Wechselkursgestaltung, stabile oder bewegliche Kurse, fixierte Kurse, Abwertung oder Wechselkursspaltung der Vorzug einzuräumen sei, wurde niemals so vertieft, wie während der hier zu behandelnden Zeit nach dem II. Weltkrieg. Dies gilt vor allem auch hinsichtlich der Entwicklungsländer, die in besonderem Maße zu Experimenten neigten. So sind es vor allem Entwicklungsländer, die das Instrument der Wechselkursspaltung anwenden. Es sind vorwiegend junge, im Entwicklungsprozeß begriffene Volkswirtschaften, die nach dem II. Weltkrieg zur Einführung frei schwankender Kurse schritten, und die autonome Abwertung kommt nirgendwo so häufig vor wie hier.

bb) Veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen gegenüber der Vorkriegszeit

Es war bereits erwähnt worden, daß sich sowohl in struktureller wie in konjunktureller Hinsicht die Verhältnisse in den damaligen Rohstoff- und heutigen

---

1) G. H. Halm hat diese Wechselkurspolitik als "Managed Flexibility" gekennzeichnet. Vgl. G. H. Halm: "International Monetary Cooperation" 2. Auflage, New York 1945, S. 124

Entwicklungsländern grundlegend verändert haben. Dies gilt vor allem hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den hochindustrialisierten Ländern und den unentwickelten Volkswirtschaften. Es wird daher für notwendig erachtet, vor der Darstellung der in dieser Periode angewandten Wechselkurspraktiken diese sich während eines halben Jahrhunderts vollzogenen Wandlungen in der Weltwirtschaft zu umreißen, um in vollem Umfang die in der Nachkriegszeit angewandte Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer würdigen zu können.

Aus einer UNO-Untersuchung geht hervor, daß sich seit Ende des 19. Jahrhunderts eine säkulare Abwärtsbewegung, d.h. eine langfristige, ständige Verschlechterung der Terms of Trade der Entwicklungsländer vollzieht. Das Ergebnis ist, daß heute die benötigten Importe dieser Länder nur zu 60 v.H. durch Exporterlöse gedeckt werden können.[1] Der gleichen Untersuchung ist zu entnehmen, daß durch eine zehnprozentige Verschlechterung der Terms of Trade in den Entwicklungsländern bei dem damaligen Stand ihrer Preisrelation ihre Import-Kapazität jährlich um 1,5 Mrd. Dollar vermindert werden würde. Diese Zahl dürfte sich in der letzten Zeit weiter erhöht haben, da die Austauschrelation der Entwicklungsländer - abgesehen von denen, die Erdöl exportieren -

---

1) Vgl. United Nations, Department of Economic Affairs: "Relative Prices of Exports and Imports of Underdeveloped Countries" (United Nations Publications Sales No. 1949 II Bd. 3) New York 1949, S. 123

sich im ganzen weiter verschlechtert hat.[1)]

1938 entfielen 54 v.H. des Welthandels, 1950 53 v.H., 1955 51 v.H. und 1957 49 v.H. auf den Handel zwischen industrialisierten und nichtindustrialisierten Ländern der Welt.[2)] Hieraus kann - so folgert die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich[3)] - auf eine Intensivierung des Handels zwischen den Industrieländern geschlossen werden. Bemerkenswert ist auch nach dem Bericht der Bank die Exportentwicklung der nichtindustrialisierten Länder, deren Anteil an der gesamten Weltausfuhr von 30,5 v.H. im Jahre 1937 auf 25,7 v.H. im Jahre 1955 zurückging, während demgegenüber der Anteil der in umgekehrter Richtung durchgeführten Ausfuhr gleichblieb.

Die Ursachen hierfür sind mannigfacher Art. Einmal hat die Agrarproduktion der Industrieländer selbst zugenommen und damit den Grad der Abhängigkeit von den

---

1) Auf den säkularen Trend einer Verschlechterung der Terms of Trade der Entwicklungsländer weist auch P. Prébisch hin, indem er herausstellt, daß der Ertrag, der sich aus dem technischen Fortschritt in der gesamten Weltwirtschaft ergeben hat, in höherem Maße den industrialisierten Ländern zugeflossen ist als ihnen zugekommen wäre; die "peripheren" Länder hätten einen Teil dieses Nutzens an die entwickelten Volkswirtschaften abgegeben. Er weist darauf hin, daß die Rohstoffpreise im konjunkturellen Aufschwung mehr steigen als die Preise industrialisierter Fertigwaren, während sie umgekehrt im Abschwung aber auch mehr sinken als diese. Im Konjunkturabschwung entsteht daher eine Schere zwischen den beiden Preisreihen, die sich immer mehr zu ungunsten der Entwicklungsländer öffnet. Vgl. P. Prébisch, a.a.O., S. 13, ferner S. Buchanan und S. Ellis, a.a.O., S. 384

2) Vgl. GATT: "International Trade" 1956, Genf 1957, S. 10

3) Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 27. Jahresbericht (1. April 1956 - 31. März 1957), S. 138

Rohstoffländern in dieser Hinsicht vermindert. Ein weiterer wesentlicher Faktor ist das Bemühen der Industrieländer um eine Weiterentwicklung der Syntheseproduktion, so z.B. bei Textilfasern, Kautschuk und Harzen. Es ist bemerkenswert, daß der Verbrauch an synthetischen Rohstoffen bis 1955 gegenüber dem Vorkriegsstand etwa auf das Achtfache gestiegen ist.[1] Eine weitere Erklärung für die verminderte Intensität des Warenaustausches zwischen Industrie- und Nichtindustrieländern bildet die Tatsache, daß die Entwicklungsländer mit zunehmender Industrialisierung eine immer größer werdende inländische Nachfrage nach eigenen Rohstoffen entfalten und sich dadurch der Warenaustausch zwischen ihnen ihrerseits intensiviert. So lag die Ausfuhr von Roh- und Brennstoffen in der Welt nach Industrieländern 1955 um 10 v.H. über dem Stand von 1938, während sich der Welthandel in dieser Zeit insgesamt um 65 v.H. ausweitete.[2] So ist ganz allgemein die Tendenz erkennbar, daß sich das Schwergewicht der wirtschaftlichen Aktivität in den Industrieländern in zunehmendem Maße auf die Produktion von hochveredelten Fertigerzeugnissen verlagert, wodurch sie sich mehr und mehr von den Rohstoffländern unabhängig machen.[3]

Das relative Zurückbleiben der heutigen Nichtindustrieländer gegenüber den hochindustrialisierten Ländern im Außenhandel kommt in folgender Zusammenstellung zum Ausdruck:

---

1) Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 27. Jahresbericht (1. April 1956 - 31. März 1957), S. 138

2) Ebenda, S. 138

3) Vgl. H. Gatzner: "Entwicklungsländer und Welthandel" in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 9. Jg. (1958), Nr. 6, S. 335 ff. sowie K. Richebächer: "Zwiespalt zwischen Industrie- und Rohstoffländern" in: Der Volkswirt, 12. Jg. (1958), IV, S. 2177 ff., und die eingehende Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: "Zur Entwicklung des Außenhandels der Rohstoffländer" in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 27. Jg. (15. Januar 1960) Nr. 3, S. 11 - 13

Tabelle 13

Welthandel 1950 - 1957

(in Mrd. US-$ und Zuwachsrate in v.H.)

Position	1950	1953	1956	1957	Veränderung 1950/57 in v.H.
Weltausfuhr (fob)[x]	55,8	70,6	91,6	98,7	+ 77
davon: Industrieländer[xx]	29,0	38,5	54,5	60,3	+108
Nichtindustrieländer	26,8	32,1	37,1	38,4	+ 43
Ausfuhr der Industrieländer nach Nichtindustrieländern	16,9	22,5	28,6	31,2	+ 85
Einfuhr der Industrieländer aus Nichtindustrieländern	18,4	23,7	25,5	27,0	+ 36

x) ausschließlich "Ostblock" und US-"Special-category-exports" (strategische Güter)

xx) als Industrieländer sind hier folgende Staaten zusammengefaßt: USA, Großbritannien, Österreich, Belgien/Luxemburg, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Japan

Quelle: Internationaler Währungsfonds: Jahresberichte lfd. und International Financial Statistics, lfd.

Wie aus diesen Ziffern hervorgeht, ist die wertmäßige Ausfuhr der Nicht-Industrieländer von 1950 bis 1957 mit 43 v.H. wesentlich langsamer gewachsen als die Ausfuhr der Industrieländer mit 108 v.H. Es bedarf keiner weiteren Vertiefung, daß Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Entwicklungsländer im wesentlichen auf diese Verschlechterung ihrer Position in der Weltwirtschaft

sowie auf das im systematischen Teil dieser Arbeit abgehandelte Inflationsproblem zurückzuführen ist.[1] Damit findet auch die Wechselkurspolitik dieser Länder ihre ursächliche Begründung in der aufgezeigten Entwicklung. Wie sie darauf reagierten, ist im folgen aufzuzeigen. Die Abwertungswelle von 1949 bildete den Auftakt zu durchgreifenden Veränderungen.

cc) Die Abwertungswelle von 1949

Die nach dem Kriege neu mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritäten entsprachen keineswegs der Kaufkraft der im internationalen Wirtschaftsverkehr gehandelten Güter und Dienstleistungen.[2] Man ging jedoch von der Erkenntnis aus, daß es in der Periode des Wiederaufbaus kein außenwirtschaftliches Gleichgewicht gäbe, ohne drastische Erhöhungen der Wechselkurse vorzunehmen, die ihrerseits jedoch eine Verschlechterung der Terms of Trade zur Folge gehabt hätten. Dies hätte angesichts des starken Einfuhrbedarfes vor allem der in der Entwicklung begriffenen und auch der während des Krieges stark zerstörten Länder zu einem unvertretbaren inflatorischen Druck geführt. Die Ermittlung eines Gleichgewichtskurses war angesichts der Verfälschung des internationalen Preiskostengefüges darüber hinaus kaum möglich. Bevor nicht die Länder eine gewisse binnenwirtschaftliche Stabilität erreicht hatten, konnte die Frage einer Abwertung ihrer Währungen kaum ins Auge gefaßt werden. Hinzu kam, daß in fast allen Ländern das System quantitativer Einfuhrbeschränkungen vorherrschte, die die Anwendung von Devalvationsmaßnahmen - zur Erreichung des Zieles einer Einfuhrdrosselung -

---

1) Vgl. S. 14 ff. unserer Ausführungen

2) Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 138

ohnehin überflüssig gemacht hätten.[1)]

Nicht nur diejenigen Entwicklungsländer, die dem Sterlingblock angehörten[2)], sondern auch die außerhalb dieses Währungsraums stehenden zögerten solange mit einer Wechselkurskorrektur, bis auch für das Pfund Sterling eine neue Parität festgesetzt war. Vor allem scheuten sie sich, einseitig neue Relationen gegenüber dem Dollar zu fixieren - hieran war ihnen in erster Linie gelegen, um ihrer Dollarknappheit zu begegnen -, denn diese Maßnahme hätte eine Wechselkursdifferenzierung und eine Diskriminierung des Pfund-Sterling zur Folge gehabt, die nicht ohne scharfe Kritik des Währungsfonds geblieben wäre.[3)] Mehr und mehr drängte sich jedoch die Frage der Devalvation in den Vordergrund. Dabei lag jedoch das Problem weniger darin, ob man überhaupt zu einer solchen Maßnahme greifen solle, als vielmehr wie die negativen Folgen auf die Binnenwirtschaften - primär der im Falle einer Abwertung durch die Verteuerung der Einfuhrwaren hervorgerufene inflatorische Druck - möglichst weitgehend vermieden werden könnten.[4)]

Am 18. September 1949 wurde das britische Pfund um 30,5 v.H. abgewertet. Die meisten Entwicklungsländer außerhalb Lateinamerikas gehörten dem Pfundblock an, und dieses veranlaßte die Mehrzahl von ihnen, nach der

---

1)Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Bericht über das Geschäftsjahr 1947", Appendix 10, o.S.

2)Für solche Sterlingländer, die keine autonome Währung besaßen, entfiel eine Entscheidung in wechselkurspolitischen Fragen ohnehin.

3)Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S. 139

4)Vgl. die Wirkungsanalyse der autonomen Devalvation S. 144 ff. unserer Ausführungen.

britischen Abwertungsmaßnahme ebenfalls zu devalvieren.[1] Sie wurden allein schon deshalb zur Abwertung gezwungen, weil sie einen großen Teil ihrer Devisenreserven in Pfund Sterling hielten, und die im Falle des Festhaltens am alten Wechselkurs eine beträchtliche Wertschmälerung in heimischer Währung erfahren hätten. Viele der Wechselkurskorrekturen entsprachen der Änderung der Sterling-Relation.

Die lateinamerikanischen Länder werteten nominell nicht ab, doch bedeutete die Änderung ihrer multiplen Wechselkurssysteme eine de facto-Devalvation im Sinne einer Anpassung an die Pfund-Abwertung.[2]

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat darauf hingewiesen, daß, seitdem die Goldwährung im 19. Jahrhundert eingeführt wurde, es nur 2 Jahre gegeben habe, "in denen so einschneidende und umfangreiche Berichtigungen von Devisenkursen stattfanden, daß man von einer 'Abwertungswelle' sprechen konnte, nämlich die Jahre 1931 und 1949".[3]

Beide wechselkurspolitischen Ereignisse lassen sich in zwei Punkten miteinander vergleichen:

---

1) Eine Ausnahme bildete Pakistan. Teilweise war seine Teilnahme an der Abwertungspolitik politisch bedingt aber auch ökonomisch zu rechtfertigen, denn Pakistan hatte zu jener Zeit einen Exportüberschuß sowohl gegenüber dem Dollar- als auch gegenüber dem Pfundraum. Vgl. R. F. Mikesell; Foreign Exchange, a.a.O., S. 145

2) Für Brasilien bestand keine Veranlassung, sein Wechselkurssystem zu ändern, da der Außenwert seiner Währung eine starke Stütze in den seinerzeit ansteigenden Kaffeepreisen fand. Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: "20. Bericht" (1. April 1949 - 31. März 1950), S. 154 (im folgenden zitiert als Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: 20. Bericht)

3) Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: 20. Bericht, a.a.O., S. 165

1) weder das Jahr 1931 noch das Jahr 1949 waren Kriegsjahre, aber sie fielen in eine Zeit, in der der internationale Handel noch die Folgen des Krieges zu spüren hatte, eine Zeit also, in der Maßnahmen der quantitativen Ein- und Ausfuhrkontrolle vorherrschend waren und sich die einzelnen Volkswirtschaften im Wiederaufbau befanden;

2) in beiden Jahren ging der Anstoß zur Abwertung von der Sterling-Kurskorrektur aus. "Obwohl in der Zeit zwischen den Kriegen und auch in den Jahren nach dem II. Weltkrieg zahlreiche Entwertungen und andere Änderungen von Wechselkursen vorgenommen worden waren, wurde ein Strom solcher Währungsänderungen doch erst entfesselt, als das Pfund Sterling erfaßt worden war".[1)]

Im ganzen gesehen war aber das Außmaß der Abwertungswelle im Jahre 1949 größer als 1931 und größer als je in einem Zeitraum zuvor. Die abwertenden Länder vereinigten insgesamt 65 % des gesamten Welthandels des Jahres 1948 auf sich.[2)]

Die Auswirkungen der Devalvationsmaßnahmen von 1949 sind deshalb so schwer zu erkennen, weil sie durch die in der Korea-Krise ausgelösten exogenen Preissteigerungstendenzen überlagert wurden. Generell darf jedoch festgestellt werden, daß die nach 1949 eingetretenen Verbesserungen der Zahlungsbilanzposition der meisten abwertenden Länder zu einem wesentlichen Teil auf die Abwertung von September 1949 zurückgeführt werden konnte. Die Devisenreserven der meisten unentwickelten Länder

---

1) Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: 20. Bericht, a.a.O., S. 154

2) Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Bericht über das Geschäftsjahr 1950" S. 1

zeigten trotz der scharfen Reduktion des US-Hilfsprogrammms einen Anstieg.[1] Regional ergaben sich dabei Wirkungsunterschiede: Während in Afrika und Asien die Zahlungsbilandschwierigkeiten primär durch die strukturellen und konjunkturellen Veränderungen der Rohstoffnachfrage verursacht waren, stand in den lateinamerikanischen Ländern das Inflationsproblem im Vordergrund. Aus diesem Grunde hatten die Abwertungen in Afrika und Asien einen größeren Effekt; denn bereits nach kurzer Zeit verbesserte sich die Wettbewerbsposition ihrer Exportprodukte.[2] Demgegenüber waren die in den lateinamerikanischen Ländern durchgeführten Devalvationen von geringerem Erfolg; denn die durch die Wechselkurskorrektur erzielte Verbesserung der Außenhandelsposition wurde kurzfristig durch die inflatorische Entwicklung im Inland mehr als kompensiert. Obwohl die Abwertung bereits im September des Jahres 1949 erfolgte, und somit noch für ein Vierteljahr die Zahlungsbilanz des ganzen Jahres hätte positiv beeinflusen können, lagen die Exporterlöse dieser Länder im Jahre 1949 um 7 v.H. unter denen des Vorjahres.[3]

---

1) Vgl. US-National Advisory Council on International Monetary and Financial Problems: "Semianual Report to the President and to the Congress for the Period April 1 - September 30" (1950 - 1951), S. 12

2) Bereits am Ende des Geschäftsjahres 1949/50 konnte der Internationale Währungsfonds berichten: "The countries in Asia and Africa that devalued their currencies have nearly all been able to add their reserves in the half year since devaluation." Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Bericht über das Geschaftsjahr 1950", S. 18

3) Vgl. Internationaler Währungsfonds: "International Financial Statistics"Dezember 1950 und lfd. sowie "Bericht über das Geschäftsjahr 1950", S. 20

Auch warenmäßig waren die Auswirkungen der Abwertungswelle von 1949 aufgrund differenzierter Elastizitätsverhaltnisse unterschiedlich.[1] Dies zeigt folgende Zusammenstellung:

Tabelle 14

Preisveränderungen ausgewählter Rohstoffe

Rohstoff	Zunahme des $-Preises in v.H.[x]	Zunahme des £-Preises in v.H.[x]
Wolle	13	9
Zinn	34	32
Kautschuk	41	27
Kakao	31	2
Tee	20	44

x) Oktober 1949 gegenüber August 1949

Quelle: B. A. de Vries: "Immediate Effects of Devaluation on Prices of Raw Materials" in: Staff-Papers, Vol. I (1950), S. 245 (Zusammengestellt von der Statistischen Abteilung des Internationalen Währungsfonds)

Die durch die Devalvationen im Jahre 1949 ausgelösten Verbesserungen der Handels- und Zahlungsbilanzen wurden durch den Ausbruch der Korea-Krise weitergetragen. Dieses Ereignis soll hier nur als chronologische Tatsache erwähnt werden, für die wechselkurspolitische Historie der Entwicklungsländer nach dem II. Weltkrieg und deren Analyse kann sie wegen ihres weitgehend außerökonomischen Charakters unberücksichtigt bleiben.

---

1) Vgl. auch B. A. de Vries, a.a.O., S. 245

Tabelle 15

Preisbewegungen ausgewählter Rohstoffe in der Korea-Krise 1950 - 1952 (in US-$)

Ware	1950	1951		1952
	∅ Jan./Juni	März	Sept.	März
Kobra (Philipp.) 100 lbs.	7,97	11,48	6,97	4,20 x)
Baumwolle (Ashmoni) 100 lbs.	52,60	82,00 xx)	43,90	48,60 xxx)
Jute (Pakistan) short-t	193,00	413,00 x)	266,00	270,00
Rohwolle (Basis Schweiß) 100 lbs.	68,00	188,70 xx)	59,70	54,20
Zinn (Malaya) 100 lbs.	72,40	181,40	109,80	119,10
Kautschuk (Malaya) 100 lbs.	21,00	73,50 x)	51,40	35,80 x)

x) April
xx) Februar
xxx) Mai

Quelle: Internationaler Währungsfonds: "Bericht über das Geschäftsjahr 1952" S. 4 sowie International Financial Statistics, lfd.

Aus diesen wenigen Preisnotierungen mag erkennbar werden, in wie starkem Maße die Rohstoffpreise anzogen und damit die Handelsbilanzen vieler Entwicklungsländer günstig beeinflußten. Ebenso schnell fiel die Nachfrage nach Abklingen der politischen Spannungen in sich zusammen.

dd) Der Übergang Kanadas zum freien Wechselkurs 1950

Wenn im Jahre 1949 die Abwertungen alle anderen wechselkurspolitischen Maßnahmen in ihrer Bedeutung überragten, so war im Jahre 1950 der Übergang Kanadas zum System eines frei schwankenden Kurses das wichtigste Ereignis der Wechselkurspolitik.

Kanada stand seinem Außenhandelsvolumen nach zu jener Zeit von allen Ländern der westlichen Welt an dritter Stelle nach den Vereinigten Staaten und Großbritannien und führte zum Zeitpunkt der Einführung schwankender Wechselkurse den Vorsitz im Internationalen Währungsfonds. Es war daher nicht ausgeschlossen, daß die kanadische Maßnahme - die nach vorheriger Vereinbarung mit dem Währungsfonds erfolgt war - nicht auch andere Länder zu einem gleichen Schritt veranlassen würde. Dies hätte praktisch den Zusammenbruch der durch die Bretton Woods-Institute angestrebten Währungsordnung bedeutet. Wegen dieser weltwirtschaftlich bedeutenden Stellung Kanadas und wegen der starken Beachtung, die sein wechselkurspolitisches Vorgehen fand, soll das kanadische Beispiel in diesem historischen Rückblick besondere Erwähnung finden. Nicht zuletzt geschieht dies auch mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Kanada eine verhältnismäßig junge industrialisierte Volkswirtschaft ist, die zwar nicht als Entwicklungsland im Sinne der im einleitenden Abschnitt ("Kennzeichen unentwickelter Länder") dargestellten Kriterien anzusehen ist, trotzdem aber einige gemeinsame Wesensmerkmale mit den Entwicklungsländern aufweist. Dies gilt besonders für den hohen Kapitalimport des Landes, der etwa die gleichen Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz hatte wie in anderen Entwicklungsländern, für die die Kriterien der Einleitung zutreffen.

Die kanadische Zahlungsbilanz war im Jahre 1950 gekennzeichnet durch einen starken spekulativ bedingten Kapitalzufluß, der durch die Erwartung der Spekulanten hervorgerufen wurde, daß der kanadische Dollar wegen der Aktivität der Leistungsbilanz aufgewertet werden würde. So stiegen die kanadischen Gold- und Dollarreserven von 1.255 Mill. US-$ im Juli 1950 auf 1.790 Mill. US-$ Ende September des gleichen Jahres.[1)]

Der Nettokapitalzufluß aus den Vereinigten Staaten betrug während des Jahres 1950 960 Mill. US-$. In wie starkem Maße dabei das spekulative Element eine Rolle spielte, zeigt die Tatsache, daß von dem genannten Betrag nur etwa 1/4 den Charakter einer langfristigen Kapitalanlage trug, während es sich bei den übrigen 3/4 um kurzfristige Gelder handelte, die zum Teil aus einer Verschiebung der Terms of Payment resultierten.[2)] In Erwartung einer Aufwertung des kanadischen Dollar deckten ausländische Schuldner ihre Verpflichtungen schneller als gewöhnlich ab oder zahlten im voraus, während inländische Schuldner nur zögernd ihren Verpflichtungen nachkamen. Infolge dieses sich ständig erhöhenden Devisenzuflusses entstand für die kanadische Notenbank das binnenwirtschaftliche Problem, wie der sich infolge des Umtausches der Devisen in heimische Währung ständig vollziehenden Ausweitung des binnenländischen Geldkreislaufes und damit der Erhöhung des inflatorischen Drucks entgegengetreten werden konnte.[3)]

Nachdem im Jahre 1949 eine Welle von Wechselkursänderungen das internationale Wirtschaftsgefüge erschüttert

---

1) Vgl. IMF: International Financial Statistics lfd. sowie Neue Zürcher Zeitung 171. Jg. (1950), Nr. 270 vom 2. Oktober 1950

2) Vgl. S. Katz: "The Canadian Dollar, A Fluctuating Currency" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 35 (1953), S. 236

3) Vgl. S. 18 ff. unserer Ausführungen.

hatte, deren Auswirkungen bis in das Jahr 1950 hinein andauerten, und weder der Weg zu einem neuen weltwirtschaftlichen Gleichgewicht gefunden war, noch die partiellen Anpassungsprozesse ihren Abschluß gefunden hatten, war es für die kanadische Notenbank außerordentlich schwierig, für ihre Währung den Gleichgewichtswechselkurs zu ermitteln. Einmal standen die internationalen Rohstoffmärkte unter dem Eindruck der Mitte 1950 begonnenen Koreahausse. Man war sich in einer Zeit steigender Rohstoffpreise in Unkenntnis der vorliegenden Elastizitätsverhältnisse keineswegs darüber im klaren, ob eine plötzliche Aufwertung des kanadischen Dollar den für das externe Gleichgewicht erwünschten Effekt haben würde. Zum anderen war die kanadische Zahlungsbilanzposition im September des Jahres 1950 verfälscht durch spekulative Einflüsse, d.h. der tatsächliche Stand der Gold- und Dollarreserven spiegelte keineswegs die wirkliche außenwirtschaftliche Lage des Landes wider. Ein völlig unwägbarer Faktor waren außerdem die beträchtlichen Kapitalimporte: Keine Instanz konnte voraussehen, ob sie in dem bisher durchgeführten Umfang aufrechterhalten, verringert oder gesteigert werden würden. Dies war zum großen Teil abhängig von der Beurteilung des wirtschaftlichen Entwicklungsfortschritts in Kanada durch das Ausland. Angesichts des bestehenden Zahlungsbilanzungleichgewichts und einer Verfälschung der Zahlungsbilanzposition durch spekulative Einflüsse war es außerordentlich schwierig, den bestehenden fixierten Wechselkurs aufrechtzuerhalten oder ihn durch eine autonome Aufwertung zu ändern. Die Anwendung der letztgenannten Maßnahme stieß vor allem deshalb auf beträchtliche Schwierigkeiten, weil man in der Regel den für eine Verbesserung der Zahlungsbilanzposition notwendigen Änderungssatz des Wechselkurses nicht

bestimmen konnte.[1] Hätte man den Wechselkurs auf einem "falschen" Niveau fixiert, so wäre entweder Kanadas Wettbewerbsposition bezüglich seiner exportierenden Rohstoffe geschwächt worden (bei Wahl eines zu hohen Aufwertungssatzes) oder die Überschußposition hätte nicht beseitigt werden können (bei Wahl eines zu niedrigen Aufwertungssatzes). Dann wäre eine erneute Aufwertung unvermeidlich gewesen, in deren Erwartung noch mehr spekulatives Kapital nach Kanada geflossen und der inflatorische Druck nur verstärkt worden wäre.[2]

Während der Monate Juli und September 1950 versuchte die Bank von Kanada, durch verstärkte Offenmarkt-Operationen die jeweilig zusätzlich entstandenen liquiden Mittel abzuschöpfen. Auch die übrigen geldpolitischen Mittel, wie die Diskont- und Mindestreservepolitik,

---

1) Vgl. E. Schorer: "Die Abwertung, ihre Geschichte, ihre Entstehung und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft" Jena 1938, S. 59: "Das Problem der Festlegung des Satzes der Abwertung dürfte ein nahezu unlösbares sein". Das gleiche gilt für die Aufwertung. - Vgl. auch die Rede des kanadischen Finanzministers Abbott vor dem Vancouver Board of Trade am 20. Oktober 1952 anläßlich der Einführung flexibler Wechselkurse in Kanada, zitiert bei S. Katz, a.a.O., S. 236, ferner die Schrift "Trade, Aid or What?" (A Report based upon a Conference on International Economic Policy) o. Ort 1954, S. 123

2) Finanzminister Abbott sagte vor dem Vancouver Board of Trade am 20. Oktober 1952: "We realized ... that in the kind of world we faced split between the sterling area and the Dollar area, with trade discrimination rampant and inconvertibility of currencies almost universal the 'right rate' for the Canadian Dollar at one time was unlikely to be the 'right rate' at another and what we might soon have to face again the problem altering the official rate with all the inconveniences and disturbances that these sudden and subatantial changes create." (Zitiert bei S. Katz, a.a.O., S. 242)

wurden kontraktiv eingesetzt. Letzlich erkannte man jedoch, daß infolge der dadurch erreichten Verknappung des Geldvolumens die inländische Nachfrage im Verhältnis zur ausländischen stärker zurückgedrängt und überdies ein Druck auf das binnenländische Kosten- und Preisgefüge ausgeübt wurde, der Kanadas internationale Wettbewerbsposition nur noch verbessern und damit zu einer weiteren Aktivierung der Leistungsbilanz führen mußte. Hinzu kam die Tatsache, daß sich im Zuge der kontraktiven Kreditpolitik das Zinsgefälle gegenüber dem Ausland vergrößerte, was ebenfalls anregend auf den Kapitalzufluß wirkte. Da also eine Beseitigung des externen Ungleichgewichts infolge der aufgezeigten Zusammenhänge durch eine interne Kreditpolitik nicht erreicht werden konnte, blieb nur die Möglichkeit einer Anwendung fluktuierender Wechselkurse als Instrument zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Möglichkeit, durch "eine dauernde Kursmanipulation der Zentralbank unter jeweiliger Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage einerseits und der verfügbaren Reserven und Devisenkredite andererseits"[1] die Schwankungsbreite der Kurse nach oben und unten zu begrenzen.

Rein äußerlich bestand die erste Auswirkung der Freigabe des kanadischen Wechselkurses darin, daß nach Aufhebung der festen Parität der US-$ am 2. Oktober 1950 am Devisenmarkt in Montreal 105 - 107 kanadische Cents notierte gegenüber 110 - 111 kanadischen Cents vor Einführung des flexiblen Kurses. Damit hatte die Notierung des kanadischen $ am freien Devisenmarkt annähernd die Hälfte ihres Abwertungsverlustes von 10 v.H. im September

---

1) Vgl. H. Bachmann: Flexible Wechselkurse, a.a.O., S. 260 sowie E. Küng: "Ausländische Stimmen zur Frage der flexiblen Wechselkurse" in: Außenwirtschaft 7. Jg. (1952), S. 151

1949 aufgeholt.[1] Die durch den Marktmechanismus vollzogene Aufwertung des kanadischen Dollar spiegelte die starke Zahlungsbilanzposition des Landes wider. Während der der Abwertung folgenden Monate schwankte der Kurs des kanadischen $ zwischen 94 und 96 US-Cents; im November 1951 jedoch setzte eine Aufwärtsbewegung ein. Bereits im Februar 1952 erreichte der kanadische $ die Parität mit dem US-$, im September des gleichen Jahres stieg der Kurs auf US-$ 1,0417. Wie die Entwicklung sich seitdem vollzog, ist nachstehender Tabelle zu entnehmen:

Tabelle 16

Der Wechselkurs des kanadischen $ 1949 - 1957

(kanad. $ / US-$)

20.September 1949 30.September 1950	Oktober - Dezember 1950	1951 x)	1952	
1.1000	1.0486	1.0528	0,9789	
1953	1954	1955	1956	1957
0,9834	0,9732	0,9863	0,9841	0,9589

x) Bei den angegebenen Jahren handelt es sich um Durchschnittsgrößen.

Quelle: Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, lfd.

Das Ziel der Einführung des flexiblen Wechselkurses in Kanada war die Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts, d.h. die Beseitigung oder Verminderung der aus den Exportüberschüssen sowie aus der Spekulation

1) Vgl. Außenhandelsdienst (Frankfurt/Main), Nr. 40 vom 5. Oktober 1950

resultierenden Devisenzuflüssen, die einen sich ständig verstärkenden inflatorischen Druck auf die Binnenwirtschaft ausübten.

Im Ergebnis wurde dieses Ziel erreicht, denn es gelang nicht nur, die aus dem Warenverkehr entstehenden Ausfuhrüberschüsse abzubauen, sondern mit Einführung des fluktuierenden Wechselkurses entstanden sowohl in der Waren- wie auch in der Dienstleistungsbilanz Einfuhrüberschüsse, die ein echtes Äquivalent gegenüber den sich immer mehr verstärkenden Kapitalimporten darstellten. Nach Einführung des fluktuierenden Wechselkurses wies nur noch das Jahr 1952 einen erheblichen, das Jahr 1954 nur einen geringen Exportüberschuß auf[1], während der Zeitraum vor dem Übergang zum freien Wechselkurssystem (1946 - 1950) durch hohe Ausfuhrüberschüsse gekennzeichnet war.

Offen bleibt die Frage, welche Stellung der Internationale Währungsfonds gegenüber dem kanadischen Vorgehen, das eine de-facto-Durchbrechung des in Bretton Woods konzipierten Systems darstellte, einnahm. In seinem Jahresbericht 1951 hat der Exekutivrat aus Anlaß des Länderfalles Kanada zur Frage der Vereinbarkeit freier Wechselkurse mit dem System von Bretton Woods Stellung genommen:[2]

1) Grundsätzlich kann ein Mitglied des Fonds nach den Artikeln des Abkommens seine mit dem Fonds vereinbarte Parität nicht aufgeben, außer, wenn es gleichzeitig dem Fonds eine neue Parität vorschlägt.

---

1) Der Exportüberschuß im Jahre 1952 war das Ergebnis günstiger Weltmarktbedingungen für Kanadas Hauptexportprodukte, nämlich Getreide, NE-Metalle, Eisenerzeugnisse, Holz- und Papierprodukte. Vgl. S. Katz, a.a.O., S. 238 f.

2) Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Bericht über das Geschäftsjahr 1951" S. 39

2) Der Fonds erklärt sich jedoch bereit, zu untersuchen, welche Umstände ein Land zwingen, von einer Wechselkursparität abzugehen, ohne gleichzeitig eine neue vorzuschlagen. Er kann feststellen, daß die von dem betreffenden Land dargelegten Gründe überzeugend sind.

3) Die Maßnahme des betreffenden Landes muß zeitlich begrenzt sein, und ein ständiger Kontakt mit dem Internationalen Währungsfonds ist erforderlich.

4) Der Währungsfonds erkennt die Schwierigkeiten der Lage Kanadas beim Übergang zum freien Kurs an. Er nimmt davon Kenntnis, daß die kanadische Regierung mit dem Fonds Fühlung behalten und, sobald es die Umstände erlauben, eine neue Parität festsetzen will.

Es war bereits einleitend zu diesem Abschnitt hervorgehoben worden, daß der Internationale Währungsfonds keineswegs an einer "Starrheit des Wechselkurses" um jeden Preis festhalten will, sondern vielmehr die innere Stabilität des Kurses als das wichtigste Ziel betrachtet. Daraus ergibt sich auch seine Toleranz gegenüber einem frei schwankenden Kurs. Wichtig scheint für den Fonds zu sein, daß von dem betreffenden Land immer wieder der Versuch gemacht wird, den Wechselkurs zu stabilisieren. "Diejenigen, die ein System befürworten, in welchem die Wechselkurse ihr 'natürliches' Niveau finden sollen, versuchen nur eine einfache Lösung für ein sehr komplexes Problem zu geben. Ein natürliches Gleichgewicht für den Wechselkurs einer Währung gibt es nicht. Der richtige Kurs wird in jedem Fall abhängig sein von der Wirtschafts-, Finanz- und Kreditpolitik des betreffenden Landes sowie derjenigen Länder,

mit welchen dieses Land enge wirtschaftliche Beziehungen unterhält."[1] Langfristig gesehen hält der Fonds frei schwankende Wechselkurse nicht für geeignet, um stabile weltwirtschaftliche Verhältnisse herzustellen.[2] Bezüglich derjenigen Entwicklungsländer jedoch, die am gesamten Welthandel nur einen relativ geringen Anteil bestreiten, hält der Fonds die Gefahr, die durch den Übergang zu einem freien Kurssystem entsteht, für nicht so groß. Im Falle Kanadas war diese unbedeutende Stellung im Welthandel nicht vorhanden, im Gegenteil, Kanada nahm einen wichtigen Platz ein; für die Länder Bolivien, Paraguay und Peru, die inzwischen ebenfalls das System eines freien Wechselkurses einführten, dürfte das Argument "freier Wechselkurs unter Vorbehalt möglich, da weltwirtschaftliche Stellung relativ unbedeutend" zutreffen.

ee) Die Wechselkurspolitik nach der Korea-Krise (1950/51)

Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer in der Zeit nach der Korea-Krise war geprägt durch zwei Faktoren:

1) durch einen sich verstärkenden inflatorischen Druck in den Binnenwirtschaften;

2) durch einen Verfall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und einer Verschlechterung ihres realen Austauschverhältnisses (Terms of Trade).[3]

---

1) Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Bericht über das Geschäftsjahr 1951", S. 36 ff. (übersetzt von O. Emminger, a.a.O., S. 734)

2) Vgl. O. Emminger, a.a.O., S. 734

3) Der Verfasser darf sich auch hier darauf beschränken, diese Entwicklung als Lageschilderung kurz darzustellen und anhand von Zahlen zu verifizieren, ohne dabei gleichzeitig in eine detailliertere Analyse einzutreten.

Tabelle 17

Lebenshaltungskosten ausgewählter Entwicklungsländer 1950/1958 als Ausdruck für den Inflationsgrad

(Basis 1953 = 100)

Länder	1950	1953	1956	1958
Bolivien	30	100	1.120	2.500
Brasilien	64	100	172	238
Chile	54	100	471	752
Griechenland	78	100	126	131
Indien	95	100	99	109
Kolumbien	88	100	117	170
Mexiko	79	100	128	150
Nicaragua	74	100	118	118
Pakistan	85	100	97	110
Paraguay	20	100	180	221
Peru	78	100	116	135
Thailand	74	100	111	124

Quelle: Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, Dezember 1959

Tabelle 18

Moody's Rohstoffpreisindex als Ausdruck für den Grad des Rohstoffpreisverfalls 1950 - 1959

(umgerechnet auf Basis 1952 - 1956 = 100[x])

Jahr	Juni	Dezember
1950	95,2	118,7
1951	117,7	110,2
1952	104,1	97,1
1953	99,6	103,6
1954	103,3	97,8
1955	96,9	97,1
1956	98,7	105,3
1957	102,4	94,0
1958	95,8	93,7
1959	91,9	90,3[xx]

x) der Original-Index hat die Basis 31. Dezember 1931
XX) geschätzt

Quelle: Financial Times, London, lfd.

Aus Tabelle 17 ist ersichtlich, daß sich in Chile und Paraguay das Preisniveau - gemessen an den Lebenshaltungskosten - im Vergleichszeitraum 1950/58 etwa verzehnfacht hat (die Steigerungsraten in Bolivien lassen sich kaum noch in Prozent ausdrücken); aber auch in Brasilien war der Preisindex für die Lebenshaltung 1958 viermal so hoch wie 1950, und in Kolumbien haben sich die Lebenshaltungskosten in diesem Zeitraum knapp verdoppelt.

Tabelle 18 zeigt, daß Ende 1950 der Höhepunkt der Rohstoffhausse erreicht war und Moody's Index 1959 um rund 30 Punkte oder 25 v.H. unter dem Stand von 1950 lag.[1)] Dabei muß berücksichtigt werden, daß ein Index als Zusammenfassung mehrerer Preisreihen nur sehr unvollkommen das Ausmaß der Preisbewegungen wiedergibt. Hinter den genannten Zahlen verbirgt sich viel mehr: einzelne Länder, die stark abhängig von der Ausfuhr eines Rohstoffes sind, wurden stärker betroffen, als es die Indexwerte zum Ausdruck bringen können.

Die Rohstoffhausse in der Korea-Krise, die danach einsetzende inflatorische Entwicklung und der Rohstoffpreisverfall müssen in ihrer Wirkung auf die Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer im Zusammenhang gesehen werden: Die aus den erhöhten Rohstoffpreisen und -mengen resultierenden Devisenerlöse führten zu einer starken Ausweitung des binnenländischen Geldkreislaufs und infolge der überall bestehenden Engpässe und Unelastizitäten im Güterangebot zu erheblichen Preisstei-

---

1) Als Ausdruck für den Grad des Rohstoffpreisverfalls standen Moody's Index, Reuter's Index, der Schultze Index und der Rohstoffpreisindex des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs zur Auswahl. Alle diese Indices sind mit Mängeln behaftet und daher nur beschränkt in ihrer Aussagekraft. Moody's Index wurde gewählt, weil er international am bekanntesten ist.

gerungen.[1] Damit verbunden waren höhere Staatseinnahmen, die ihrerseits höhere Ausgaben für Entwicklungsprogramme induzierten.[2] Als nach Beendigung der politischen Spannungen die künstlich aufgeblähte Weltnachfrage nach Rohstoffen, ebenso schnell wie sie entstanden war, wieder in sich zusammenfiel, konnten die eingeleiteten langfristigen Entwicklungsvorhaben und die damit verbundenen hohen Importe nicht pari passu eingeschränkt werden. Die Folge dieses Prozesses war der Beginn einer fortlaufenden Verschlechterung der Handels- und Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer. Für ihre Wechselkurspolitik bedeutete dies eine verstärkte Aktivität. In einer Reihe dieser Länder wurden Abwertungen durchgeführt, die zum Teil mit einer Vereinfachung der differenzierten Wechselkurssysteme verbunden waren. Erwähnenswert scheint auch der Übergang Boliviens im Jahre 1956, Paraguays im Jahre 1957 und der Übergang Argentiniens zum freien Wechselkurssystem 1958, nachdem Peru bereits 1949 dieses System eingeführt hatte. Für die Zeit nach der Korea-Krise war damit eine wechselkurspolitische Aktivität der Entwicklungsländer auf a l l e n Gebieten zu erkennen, ohne daß man in einzelnen Jahren von hervorstechenden Merkmalen sprechen konnte.

Die nachfolgende Übersicht dient dazu, einen chronologischen Überblick über die wichtigsten in den laufenden Jahresberichten des Währungsfonds erwähnten wechselkurspolitischen Maßnahmen der Entwicklungsländer zu geben:

---

1) Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Bericht über das Geschäftsjahr 1952" S. 23: "The spectacular increases in the money supply during the first phase of the reaction to the Korean war were not, however, entirely a consequence of external factors; in many raw material countries there was also a speculative wave of demand fed by an expansion of bank credit".

2) Vgl. auch S. 18 ff. unserer Ausführungen.

Tabelle 19

Wechselkurspolitische Maßnahmen der dem Internationalen Währungsfonds angehörenden Entwicklungsländer 1950 - 1958

Jahr	Land	Art
1950	Ecuador	Abwertung/Vereinfachung des differenzierten Wechselkurssystems
	Paraguay	Abwertung/Einführung von zwei Wechselkursen
	Chile	Reform des differenzierten Wechselkurssystems/allgemeine Abwertung
	Philippinen	Einführung einer Devisensteuer in Höhe von 25 v.H.
	Argentinien x)	Abwertung des Grundkurses im differenzierten Wechselkurssystem/Vereinfachung dieses Systems
1951	Columbien	Reform des differenzierten Wechselkurssystems/allgemeine Abwertung
	Nicaragua	Reform des differenzierten Wechselkurssystems/allgemeine Abwertung
	Griechenland	Abschaffung des Zertifikatsystems bei gleichzeitiger Abwertung
	Peru	Aufgabe der Interventionspolitik durch die Notenbank (freier Wechselkurs)
	Thailand	Senkung des Verkaufskurses der Notenbank für den Baht infolge laufender Aufwertung des Freimarktkurses
	Chile	Einschränkung der Wechselkursdifferenzierung; mehr Waren unterliegen Freikurs; de facto-Abwertung
	Columbien	Abschaffung einer Wechselkurssteuer; Abwertung des "Kaffeekurses"; Vereinfachung der Wechselkursdifferenzierung
	Costarica	Vereinfachung der Wechselkursdifferenzierung; zwei Devisenmärkte

Jahr	Land	Art
1952	Ägypten	Einstellung der Transaktionen in "Export-Pfunden"
	Indonesien	Abschaffung des Zertifikatkurses; Abwertung der Rupie
1953	Bolivien	Abwertung/Vereinfachung der Wechselkursdifferenzierung
	Griechenland	Abschaffung der Wechselkursdifferenzierung/Abwertung
	Peru	stärkere Interventionen der Notenbank (freier Wechselkurs)
	Thailand	Warenumgruppierungen im differenzierten Wechselkurssystem
	Syrien	Vereinheitlichung eines "freien" und "Exportkurssystems"
	Burma	Vereinbarung einer festen Wechselkurs-Parität mit dem Währungsfonds
	Jordanien	Vereinbarung einer festen Wechselkurs-Parität mit dem Währungsfonds
	Chile	Abwertung
	Paraguay	Abwertung des Grundkurses im differenzierten Wechselkurssystem
	Bolivien	Abwertung
	Indochina	Abwertung
1954	Mexiko	Abwertung
	Paraguay	Abwertung
	Israel	Vereinbarung einer festen Wechselkurs-Parität mit dem Währungsfonds
1955	Nicaragua	Abwertung/Vereinheitlichung der Wechselkursdifferenzierung
	Pakistan	Abwertung
	Uruguay	Abwertung des Einfuhrkurses
	Ecuador	selektive Abwertung des Einfuhrkurses
	Philippinen	Ausdehnung der Devisensteuern

Jahr	Land	Art
noch 1955	Ägypten	Abschaffung des "import entitlement account system"
	Indonesien	Änderung der Warenkategorien im differenzierten Wechselkurssystem
	Süd-Korea	Abwertung
1956	Chile	Vereinfachung des differenzierten Wechselkurssystems
	Paraguay	Abwertung
	Argentinien	Vereinbarung einer festen Wechselkurs-Parität mit dem Währungsfonds
	Bolivien	Abschaffung der Wechselkursdifferenzierung; Einführung eines einheitlichen freien Wechselkurses
	Columbien	Umgruppierung verschiedener Warengruppen im differenzierten Wechselkurssystem
1957	Indonesien	Einführung eines Zertifikatsystems
	Columbien	Vereinfachung des differenzierten Wechselkurssystems; zwei Devisenmärkte
	Brasilien	Vereinfachung des differenzierten Wechselkurssystems
	Uruguay	Vereinfachung des differenzierten Wechselkurssystems
	Paraguay	Einführung eines freien Einheitskurses
1958	Ägypten	de facto-Abwertung durch Einführung des "Export-Pfundes"
	Argentinien	Beseitigung des Systems differenzierter Wechselkurse; de facto-Abwertung; Einführung eines freien Einheitskurses

Jahr	Land	Art
noch 1958	Brasilien	de facto-Abwertung durch Veränderung des Systems differenzierter Wechselkurse
	Nicaragua	Vereinfachung des Systems differenzierter Wechselkurse
	Türkei	Vereinfachung des Systems differenzierter Wechselkurse
x) zu diesem Zeitpunkt noch kein Mitglied des IWF		

Quelle: Internationaler Währungsfonds: "Berichte über die Geschäftsjahre 1950 - 1959" lfd.

Während des in der vorstehenden Übersicht betroffenen Zeitraums ist die Tendenz einer Vereinfachung bzw. Abschaffung d i f f e r e n z i e r t e r Wechselkurssysteme unverkennbar. Dieses Bemühen vieler Entwicklungsländer dürfte als Beweis dafür angesehen werden, daß sie die Wechselkursdifferenzierung nicht als langfristige Einrichtung ansehen.[1] "Für notleidende Länder mit unausgeglichener Zahlungsbilanz erfordert ... der Übergang ... vorerst noch gewisse Sicherungen. Als geeignete

---

1) Vgl. Egon Schneider: Wechselkurse, a.a.O., S. 29: "Gerade während der Nachkriegsjahre wurden mehrfache Wechselkurse gebraucht, um den Übergang zu einem neuen Kurs zu erleichtern, der das Verhältnis zweier nationaler Preissysteme ausdrückt. Sie waren meist innerhalb gewisser Grenzen beweglich, um nach und nach das Gleichgewicht zu erreichen." - Der Gedanke, daß die Wechselkursdifferenzierung aufzufassen sei als eine Durchbrechung des falschen Einheitskurses in der Suche nach einem neuen Gleichgewichtskurs liegt auch der Untersuchung von W. Spathelf zugrunde. Er sieht die Wechselkursdifferenzierung als eine Art "Übergangsstufe" zu einem wechselkurspolitischen System (Einheitskurs). Vgl. W. Spathelf, a.a.O., S. 36

Methode erscheint hierfür eine differenzierte Wechselkurspolitik, die die lebensnotwendigen Einfuhren vorrangig begünstigt, ihre Erweiterung fördert und mit dieser Förderung den Anschluß an den allgemeinen freien Wechselkursmechanismus anbahnt."[1)]

Mit diesem Bemühen um eine Vereinfachung bzw. Abschaffung des differenzierten Wechselkurssystems folgten die Entwicklungsländer weitgehend den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds. Eine wichtige Stellungnahme des Fonds zur Wechselkursdifferenzierung erfolgte im Jahre 1955. Sie erscheint für die Gesamtdarstellung der Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer so wichtig, daß sie nachstehend in vollem Wortlaut wiedergegeben ist:

" 1) Die Vereinheitlichung des Wechselkurses ist eines der Hauptziele des Währungsfonds. Der Fonds stellt mit Befriedigung fest, daß mehrere Mitglieder eine Vereinheitlichung des Kurses angestrebt und erreicht haben.

2) Angesichts der Erfahrungen der letzten 10 Jahre ist der Fonds der Auffassung, daß differenzierte Wechselkurse in den Volkswirtschaften der anwendenden Länder Schaden anrichten und ebenso den Partnerländern Schaden zufügen. Das differenzierte Wechselkurssystem ist schwierig zu handhaben, es beinhaltet die Notwendigkeit häufiger Kursänderungen, Diskriminierungen und Subventionierungen des Exports sowie die Verursachung unbilliger Härten auf der Importseite.

---

1) Vgl. H. Wissmann: "Außenhandelspolitik und Wechselkursfunktion" in: Wirtschaftsdienst, 30. Jg. (1950), Nr. 6, S. 27

3) Der "Executive Board" hält es dafür für notwendig, die Wechselkursdifferenzierung möglichst schnell zu beseitigen. Es wird folgendes beschlossen:

a) Es mögen möglichst frühe und durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der Wechselkursdifferenzierung ergriffen werden. Der Währungsfonds wird die Wechselkursdifferenzierung nicht dulden, wenn nicht die Länder von vornherein eine Beseitigung und Vereinfachung des Systems anstreben.

b) Wo sich auch immer Gelegenheit dazu bietet, wird der Fonds auf Vereinfachung des Systems dringen. Umgekehrt wird er sich jeder weiteren Aufspaltung des Wechselkurses widersetzen.

c) In diesem Bemühen, die Wechselkursdifferenzierungssysteme zu beseitigen oder wenigstens zu vereinfachen, ist der Fonds auf die Mitarbeit aller Mitglieder angewiesen. Der Fonds ist jederzeit bereit, an der Verwirklichung des Ziels "Entwicklungsförderung" mitzuwirken. Dies beinhaltet die Notwendigkeit, u.U. auf anderen Gebieten als auf dem der Wechselkurspolitik mit dem Fonds Vereinbarungen zu treffen."[1)]

In diesem letzten Abschnitt des "Allgemeinen historischen Rückblicks", in dem die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer nach dem II. Weltkrieg analysiert wurde, dürfte die Vielfalt der Wechselkurspraktiken, die von diesen Ländern verfolgt werden, erkennbar geworden sein. Gleichzeitig ist deutlich geworden, daß

---

1) Das Dokument wurde am 26. Juni 1957 unterzeichnet. Es ist als Anhang VI im Geschäftsbericht des Internationalen Währungsfonds für das Jahr 1957 (S. 161) enthalten.

der Internationale Währungsfonds, durch dessen Satzungen seine Mitglieder in der Handhabung ihres Wechselkurses gebunden sind, in den Fällen, in denen einige Länder von den Prinzipien des Fonds abwichen, keinen dogmatischen Standpunkt vertrat, sondern durch extensive Auslegung der Vertragsbestimmungen den Entwicklungsländern und ihren besonderen außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten Verständnis entgegenbrachte. Dies hat der Fonds nicht nur in seinen Stellungnahmen zur Wechselkursdifferenzierung und zum freien Wechselkurs, sondern vor allem auch in seinen Jahresberichten mehrfach zum Ausdruck gebracht.[1] In den folgenden Abschnitten wird zu zeigen sein, welchen binnen- und außenwirtschaftlichen Problemen sich einzelne Entwicklungsländer gegenübersahen und mit welchen wechselkurspolitischen Maßnahmen sie diesen Problemen begegneten.

b) Länderbeispiele

1. Freier Wechselkurs in Peru

aa) Kennzeichen eines Entwicklungslandes

Eine Verifizierung der im systematischen Teil getroffenen Aussagen am Länderfall Peru kann nur dann vollständig sein, wenn geprüft wird, ob die in der Einleitung hervorgehobenen Kriterien eines "Entwicklungslandes" für die Volkswirtschaft Perus zutreffen. Nur so ist es möglich, die von diesem Land betriebene Wechselkurspolitik - charakterisiert durch den seit 1949 frei

---

1) Vgl. Internationaler Währungsfonds: "Berichte über die Geschäftsjahre 1949 - 1959" lfd.

schwankenden Wechselkurs - vor dem Hintergrund der gesamten Entwicklungsproblematik zu sehen.[1)]

111) Anteil der Primärproduktion an der Gesamtproduktion

Der Begriff Primärproduktion, also die Gewinnung von Rohstoffen an ihrem natürlichen Entstehungsort, deckt sich weitgehend mit den Begriffen "Land-, Vieh- und Forstwirtschaft","Fischerei und Bergbau". Daraus kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß in einer Volkswirtschaft, die vorwiegend agrarisch strukturiert ist, die Primärproduktion einen hohen Anteil der Gesamtproduktion bestreitet.

Auf Peru trifft dieser Tatbestand in besonderem Masse zu. Bergbau, Land- und Viehwirtschaft haben einen Anteil am Bruttosozialprodukt von mehr als 40 v.H. und rund 65 v.H. aller Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig.[2)] Der Anteil der Landwirtschaftsproduktion ist zwar in den letzten Jahren geringfügig gesunken, doch ist er gegenüber dem Anteil, den die Industrie bestreitet, noch so hoch, daß man ohne Einschränkung von einem Agrarland sprechen kann.

---

1) Einen guten Überblick über die wesentlichsten Aufbauprojekte und Entwicklungsprobleme gibt W. Zimmermann in dem kürzlich erschienenen Buch: "Warum die Welt Frieden braucht. Aufbauprojekte in fünf Kontinenten" Düsseldorf 1959, S. 434 ff.

2) Vgl. US-Department of Commerce: "Basic Data on the Economy of Peru" in: World Trade Information Service, Teil I, Nr. 58/17, S. 4

Tabelle 20

Peru: Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen und Anteile wichtiger Bereiche 1942 und 1955 in Mill. Soles und in v.H.

Bereich:	1942		1955	
	in Mill. Soles: x)	in v.H. gesamt:	in Mill. Soles: xx)	in v.H. gesamt:
Land- und Viehwirtschaft	946	32	8 070	28
Bergbau	353	12	3 765	13
Industrie	369	13	4 306	15
Handel und sonstige Dienstleistg.	793	26	6 339	22
Banken	85	3	711	3
Öffentliche Wirtschaft	290	10	4 070	14
übrige	133	4	1 279	5
gesamt:	2 969	100	28 540	100

x) 1 Sol = 0,1538 US-$
xx) 1 Sol = 0,0521 US-$

Quelle: Renta Nacional del Peru, 1942 - 1955
in: Banco Central de Reserve del Peru, Lima 1957, S. 5

Damit ist die Landwirtschaft Perus wichtigster Erwerbszweig.[1] Allerdings stößt die Intensivierung dieses für

1) Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Peru, Köln 1959, S. 5 (im folgenden zitiert als Bundesstelle: Peru). - Über die Agrarstruktur Perus vgl. vor allem R. A. Ferrero: "Orientación Económica de la agricultura Peruana" in: La Vida Agricola, Vol. XIV, (1937), Nr. 166, S. 743 ff. und Vol. XXVIII, (1941) Nr. 167, S. 63 ff.

die Volkswirtschaft unentbehrlichen Wirtschaftsbereichs infolge der schwierigen Bodenverhältnisse auf große Schwierigkeiten. Dies wird aus einer im Jahre 1929 durchgeführten Erhebung deutlich, aus der hervorging, daß nur knapp 4 v.H. der gesamten Fläche des Landes anbaufähig waren.[1] Heute sind nur etwa 5 v.H. der Bodenfläche anbaufähig.[2]

222) Bevölkerungswachstum

Nach einer Einwohnerschätzung per 30. Juni 1958 belief sich die Bevölkerung Perus auf 10,2 Mill.[3] Bei der letzten Volkszählung vom 9. Juni 1940 wurden tatsächlich 6,2 Mill. Menschen gezählt.[4] Beide Ziffern sind aus statistischen Gründen nicht miteinander vergleichbar; daher kann auch keine exakte Aussage über die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung getroffen werden. Nach einer Schätzung beläuft sich diese jedoch auf etwa 2,5 v.H.[5] Sie ist damit niedriger als in anderen Entwicklungsländern. Trotzdem öffnet sich aber auch in Peru die Schere zwischen Bevölkerungswachstum und gesamtwirtschaftlicher Produktivität immer mehr zu Ungunsten der letzteren. Das Angebot an Arbeitskräften übersteigt die Nachfrage nach diesen bereits heute und wird dies in Zukunft in noch stärkerem Maße tun. "Peru wird demnach in Zukunft über ein reiches Angebot an Arbeitskräften verfügen. Dieser Vorteil wird ... durch den Mangel an gelernten Arbeitskräften teilweise wieder aufgehoben."[6]

---

1) Vgl. Estadistica General Agro-Pecuaria del Peru del Año 1929, S. 587 ff.

2) Vgl. Bundesstelle: Peru, a.a.O., S. 5

3) Hierbei sind die unregistriert im Urwald lebende Bevölkerung und die sonst nicht Erfaßten hinzugerechnet. Vgl. Bundesstelle: Peru, a.a.O., S. 3

4) Vgl. Dirección Nacional de Estadistica (Peru) "Censo Nacional de Población y Ocupación 1940" Vol. I, Lima 1944, S. 404 f.

5) Vgl. Bundesstelle: Peru, a.a.O., S. 3

6) Ebenda, S. 3

333) Ausnutzung der Produktionsfaktoren

Unter Punkt 3) der "Kennzeichen unentwickelter Volkswirtschaften" war darauf hingewiesen worden, daß die Produktionsfaktoren in Entwicklungsländern häufig nicht optimal genutzt sind.[1] Auch dies trifft für Peru zu.

Allein aus der nur geringen Anbaufläche - mag sie geologisch oder technisch bedingt sein - wird die relativ geringe Ausnutzung der Gesamtfläche deutlich. Ebenso ist die Produktivität der Eigenerzeugung der einzelnen Hauswirtschaften verhältnismäßig gering. Lediglich bei den beiden Hauptprodukten Baumwolle und Zucker liegen die Hektar-Erträge in Peru höher als in vergleichbaren Ländern. Ein Vergleich mit der hochentwickelten Volkswirtschaft der USA gibt folgendes Bild:

Tabelle 21
Ernteerträge ausgewählter Waren in den Vereinigten Staaten (1942/46) und in Peru (1943) in kg/ha

Ware:	USA: 1942/46	Peru: 1943
Baumwolle	294	521
Reis	2 250	1 452
Rohrzucker	47 000	127 000
Gerste	1 304	1 012
Mais	2 100	1 317
Weizen	1 200	806

Quellen: "US-Statistical Year-Book 1947" S. 4 und "Anuario Estadistico del Peru" 1944-45 lfd.

1) Vgl. S. 8 unserer Ausführungen.

Das Produktionsergebnis je Beschäftigten ist jedoch noch weit geringer als der Hektar-Ertrag des Bodens. Das jährliche Produktionsergebnis in der Landwirtschaft betrug in den Jahren 1935 - 1939 etwa 1,8 t, während es z.B. in den USA, einem Land mit hoher Produktivität, etwa 23,3 t waren. Trotz aller Vorbehalte, die bei diesen rohen Vergleichen zu machen sind, mag aus den genannten Ziffern der niedrige Produktivitätsgrad der peruanischen Volkswirtschaft deutlich werden.[1)]

444) Ökonomisch-irrationales Verhalten

Dieses Kennzeichen, das für die Art des Wirtschaftens der Menschen in Entwicklungsländern häufig zutrifft, kann anhand von Daten nur sehr schwer nachgewiesen werden. Es handelt sich hierbei um ein Kriterium, welches durch soziologische, psychologische und emotionale Faktoren determiniert ist. Trotzdem darf der hohe Anteil der ländlichen Bevölkerung in Peru als Anzeichen dafür gewertet werden, daß diese Menschen weder in ihrem Angebots- noch in ihrem Nachfrageverhalten in jedem Fall so reagieren, wie es die ökonomische Theorie behauptet.

555) Immobilität der Produktionsfaktoren

In den hochindustrialisierten Ländern der westlichen Welt wird die innere Koordination des Wirtschaftsablaufs durch den Marktmechanismus vollzogen, der einen ständigen

---

1) Das Produktivitätsergebnis wird auch hier nicht allein durch die Arbeitskraft des Menschen, sondern in gleichem Maße durch den technischen Ausstattungsgrad bestimmt. Vgl. Pan American Union: "The Peruvian Economy" Washington 1950, S. 62

Prozeß der Selektion und Anpassung bewirkt.[1)]

Die peruanische Volkswirtschaft weist diesen hohen Grad der Flexibilität von Preisen und Einkommen, der Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen und der Mobilität der Produktionsfaktoren nicht auf. Hier wird beispielhaft deutlich, daß ein niedriger Lebensstandard, der in dem relativ hohen Anteil der Ausgaben für Grundnahrungsmittel, Bekleidung und Unterkunft zum Ausdruck kommt, gleichbedeutend ist mit einer geringen Einkommenselastizität der Nachfrage und damit - wegen des hohen Anteils der Bevölkerung, die diesen niedrigen Lebensstandard hat - mit einem hohen Grad der Immobilität der Gesamtwirtschaft.[2)]

666) Kapitaleinsatz

Ein weiteres hervorstechendes Merkmal der peruanischen Gesamtwirtschaft ist die außerordentlich geringe Kapitalbasis, die für die Durchführung von Investitionen zur Verfügung steht und die aus dem niedrigen

---

1) Diese Feststellung kann bezüglich der Industrieländer naturgemäß auch nur mit Vorbehalt getroffen werden. Sie hat die verschiedensten staatlichen Eingriffe, protektionistische Maßnahmen und Hemmungen des Marktmechanismus, die in diesen Ländern heute vorherrschend sind, mit zu berücksichtigen.

2) Vgl. Pan American Union, a.a.O., S. 195 f.: "The Peruvian Economy does not have these characteristics of flexibility, diversity of production and consumption ... The low per capita income in Peru implies the existence of a minimum standard of living based on the consumption of only a few basic commodities and services, satisfying only elementary needs for food, clothing and shelter. Low income means thus an inelastic demand ..."

Einkommensniveau resultiert.[1)]

Tabelle 22

Peru

Nettoinvestitionen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (a) und zum Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (b) in v.H. 1942 - 1952

Jahr	v.H. (a)	jährliche Veränderung in v.H.	v.H. (b)	jährliche Veränderung in v.H.
1942	4,4	-	5,1	-
1945	2,3	- 3,6[x)]	2,8	- 4,4[x)]
1946	8,1	+ 5,8	10,0	+ 7,2
1947	11,3	+ 3,1	14,1	+ 4,1
1948	4,4	- 6,9	5,3	- 8,8
1949	9,3	+ 4,9	11,9	+ 6,6
1950	12,0	+ 2,7	15,2	+ 3,3
1951	13,5	+ 1,5	17,4	+ 2,2
1952	12,6	- 0,9	16,2	- 1,2

x) Veränderung gegenüber 1944

Quelle: Banco Central de Reserve del Peru: Renta Nacional del Peru, lfd.

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Nettoinvestition in einigen Jahren mit raschem Wachstum anstieg, in anderen dagegen rückläufig war. Insgesamt war sie jedoch nicht ausreichend, um die für den Entwicklungsprozeß erforderlichen Anlagen in genügendem Maße bereitzustellen. Wesentlich scheint auch zu sein, daß die durchgeführten Investitionen zu einem größeren Teil

---

1) Vgl. auch H. Camilloni: "Peru as a Long-Term Capital Market" in: Business Information Service, World Trade Series, Nr. 574, Mai 1954 sowie derselbe: "Peru as an Investment Field" in: Business Information Service, World Trade Series, Nr. 641, Oktober 1954 (im folgenden zitiert als H. Camilloni: Investment Field)

in nicht werbende, zum mindesten in nicht voll werbende Anlagen flossen.[1)]

777) Pro-Kopf-Einkommen

Eine Veranschaulichung des Einkommenniveaus in Peru wird am besten dadurch gegeben, indem das Pro-Kopf-Einkommen dieser Volkswirtschaft mit dem anderer in seiner geographischen Nähe liegender Länder, die jedoch alle einen unterschiedlichen Entwicklungsgrad aufweisen, verglichen wird.[2)]

Tabelle 23

Pro-Kopf-Einkommen ausgewählter Länder Lateinamerikas 1948

(in US-$)

Land	Pro-Kopf-Einkommen in US-$
Venezuela	322
Kolumbien	132
Ecuador	40
Brasilien	112
Peru	82
Bolivien	55
Paraguay	84
Chile	180
Uruguay	331
Argentinien	315

Quelle: W. S. Woytinsky: "World Population and Production" New York 1953, S. 392

1) Vgl. Pan American Union, a.a.O., S. 194: "It seems then, that besides a low percentage of investment, only a small part of the total was devoted to the expansion of the stock of reproducible (capital) goods".

2) Es sei vermerkt, daß in den einzelnen Länderfällen die Statistiken über das Pro-Kopf-Einkommen nicht auf den gleichen statistischen Quellen beruhen und auch nicht auf dem gleichen Jahr basieren. Dies ist deswegen geschehen, weil nicht alle Pro-Kopf-Einkommensstatistiken alle Länder enthalten, es aber darauf ankam, jeweils bestimmte Beziehungen herzustellen.

888) Hohe Auslandsabhängigkeit

Das Kriterium der Auslandsabhängigkeit, das in einer hohen Ein- und Ausfuhrquote der Volkswirtschaft sowie einem starken Kapitalimportsog zum Ausdruck kommt, trifft für Peru in vollem Umfang zu. Im einzelnen wird auf diese Frage sowie das Inflationsproblem in Peru im folgenden Abschnitt einzugehen sein.

bb) Die wechselkursrelevanten Lageprobleme

111) Das Inflationsproblem und seine Bedeutung für die Zahlungsbilanz

In den 10 Jahren vor Einführung des freien Wechselkurssystems im Jahre 1949 herrschte in Peru eine Inflation, deren Ausmaß am anschaulichsten durch folgende Ziffern gekennzeichnet werden kann:

Tabelle 24

Geldangebot und Preise in Peru 1939 - 1949

Jahre	gesamtes Geldangebot in Mill. Soles	gesamtes Geldangebot 1939 = 100	Großhandelsindex 1939 = 100
1939	290,7	100	100
1940	354,6	122	113
1941	459,1	158	133
1942	626,4	215	167
1943	729,6	273	191
1944	948,9	326	198
1945	1 065,6	367	207
1946	1 347,7	464	222
1947	1 581,1	544	299
1948	1 779,4	612	376
1949 (Juni)	1 948,1	670	536

Quelle: Boletín del Banco Central de Reserva del Peru, lfd.

Wie aus dieser Zusammenstellung ersichtlich, lag das gesamte Geldangebot im Jahre 1949 um 570 v.H. über dem Stand von 1939. In der gleichen Zeit waren die Großhandelspreise um 436 v.H. gestiegen.

Für die Entstehung des inflatorischen Drucks und seiner laufenden Verstärkung in den Jahren vor Einführung des freien Wechselkurses waren vor allem folgende Gründe maßgebend: Einmal litt die Volkswirtschaft Perus unter den Folgen einer stark dirigistischen Kriegswirtschaft. Die während dieser Zeit "gestaute Inflation" mußte mit zunehmender Lockerung der "zementierten" Preise und vorerst noch gleichbleibendem Güterangebot immer mehr ein Ventil in steigenden Preisen suchen und damit zur offenen Inflation werden.[1)] Hinzu kam auch die Tatsache einer liberal und expansiv gehandhabten Kreditpolitik der Geschäftsbanken in den ersten Nachkriegsjahren mit dem Ziel einer Beschleunigung des Entwicklungsprozesses. In noch stärkerem Maße trug jedoch die Notenbank selbst in ihren Transaktionen mit dem Staat zur Verstärkung des inflatorischen Druckes bei. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt, daß in den Jahren 1945 - 1949 nahezu das gesamte Kreditvolumen der peruanischen Notenbank vom Staat in Anspruch genommen wurde und damit den binnenwirtschaftlichen Geldkreislauf immer mehr erweiterte.

Tabelle 25

Kredite der Zentralbank Perus 1945 - 1949

(in Mill. Soles)

Jahre	Gesamt:	an Nicht-mitglieds-banken	an Mit-glieds-banken	an den Staat
1945	599,1	3,5	25,2	570,4
1946	689,8	5,7	53,4	630,7
1947	832,6	41,6	70,3	720,7
1948	852,2	52,1	64,2	735,9
1949 (Juni)	869,0	68,7	69,1	731,2

Quelle: Bolétin del Banco Central de Reserva del Peru, lfd.

1) Vgl. Pan American Union, a.a.O., S. 222 ff.

Mit steigenden Preisen im Inland mußte die Exportsituation des Landes mehr und mehr geschwächt und der Importsog nur noch verstärkt werden.

222) Die Auslandsabhängigkeit und ihre Bedeutung für die Zahlungsbilanz

aaa) Ausfuhr

Die peruanische Ausfuhr setzt sich hauptsächlich aus Rohstoffen, Bergbau- und Agrarprodukten zusammen. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt Aufschluß über die Anteile der Hauptwarengruppen an der Gesamtausfuhr in verschiedenen Jahren:

Tabelle 26

Anteile von Hauptwarengruppen an der Gesamtausfuhr Perus 1948, 1952, 1957 und 1958 in v.H.

Warengruppe	1948	1952	1957	1958
Baumwolle	26	33	21	26
Zucker	22	14	15	12
Erdöl und -derivate	15	7	8	6
Wolle	1	3	3	2
Mineralien und andere Güter	36	43	53	54
gesamt:	100	100	100	100

Quellen: Anuario del Comercio Exterior (Peru), lfd. sowie Deutsch-Südamerikanische Bank: "Wirtschaftsbericht Peru" März 1954, S. 39 - Bundesstelle: Peru, a.a.O., S. 12

Generell darf festgestellt werden, daß Peru im Gegensatz zu den meisten anderen südamerikanischen Ländern über ein relativ umfangreiches "Exportpaket" verfügt,

so daß Rohstoffpreisschwankungen weniger geballt auftreten als bei Monokulturen. Trotzdem sollte nicht übersehen werden, daß sich allein die Anteile von Zucker und Baumwolle an der peruanischen Gesamtausfuhr, von zwei Rohstoffen also, die sehr preisempfindlich sind, im Jahre 1958 auf knapp 40 v.H. beliefen.

Auch im ganzen ist die Abhängigkeit der Volkswirtschaft vom Export beträchtlich: der Anteil des wertmäßigen Exports am Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen belief sich im Jahre 1951 auf rund 20 v.H. und 1953 auf rund 18 v.H. (zum Vergleich Bundesrepublik: rund 15 v.H., USA: rund 7 v.H.).[1)]

Die Primär- und Sekundärwirkungen, die sich aus dem Export und seinen Schwankungen ergeben, sind im systematischen Teil dieser Arbeit im einzelnen dargestellt worden.[2)]

bbb) Einfuhr

Trotz der Förderung seiner Landwirtschaftsproduktion ist es Peru bisher nicht gelungen, sich in der Ernährung seiner rund 10 Mill. Einwohner vom Ausland unabhängig zu machen.[3)] Der Import landwirtschaftlicher Produkte, wie Weizen, Reis, Fleisch- und Milchprodukte belief sich im Jahre 1958 auf knapp 18 v.H. der Gesamteinfuhr. Die Hauptwarengruppen der peruanischen Einfuhr sind nachstehender Tabelle zu entnehmen:

---

1) Vgl. Banco Central de Reserva del Peru, 1951 und 1953 sowie United Nations: Monthly Digest of Statistics, Dezember 1958

2) Vgl. S. 24 ff. unserer Ausführungen sowie Pan American Union, a.a.O., S. 204: "Exports play in Peru a roll similar to that of investment in a well developed industrial country. Increases or decreases in exports are the primary elements in the expansion or contraction of employment and income."

3) Der Grad der Auslandsabhängigkeit auf der Importseite ist in Peru so groß, daß man von einer "deficit economy" gesprochen hat. Vgl. Pan American Union, a.a.O., S. 194

Tabelle 27

Peru: Einfuhr nach wichtigen Warengruppen in den Jahren 1957 und 1958 in Mill. US-$

Warengruppe	1957	1958
Gesamteinfuhr	399,9	335,3
davon:		
Nahrungsmittel	56,4	57,2
chemische und verwandte Produkte	35,2	34,5
Textilien und Waren daraus Bekleidung	26,1	17,6
Metalle und Waren daraus	7,7	6,0
Maschinen und Fahrzeuge	151,3	126,4
verschiedene Fertigwaren	25,6	20,0

Quelle: Anuario del Comercio Exterior (Peru) 1957 und 1958

Die nachstehenden Zusammenstellungen veranschaulichen den Grad der Auslandsabhängigkeit bei einzelnen Nahrungsmitteln sowie bei industriellen Erzeugnissen:

Tabelle 28

Peru: Importdefizite von Industrieerzeugnissen 1948 - 1951

Jahre	Gesamtverbrauch an inländischen Industrieerzeugnissen (Mill. Soles)	durch Importe gedeckter Anteil (v.H.)
1948	3 130,3	28,8
1949	5 218,7	39,1
1950	5 890,8	34,9
1951	8 139,4	39,1

Quelle: Deutsch-Südamerikanische Bank, a.a.O., S. 21

Tabelle 29

Peru: Importdefizite von Nahrungsmitteln 1943[1)]

(in 1.000 metr. t)

Ware	Produktion	Verbrauch	Defizit
Reis	87,0	97,0	10,0
Gerste	136,8	140,0	3,2
Weizen	130,4	254,4	126,0
Fleisch	127,4	130,3	2,9

Quelle: "La Situación Alimenticia en el Peru" Lima 1945, S. 48

Aus diesen Zusammenstellungen wird deutlich, daß die Einfuhrabhängigkeit Perus nicht nur bei industriellen Erzeugnissen stark ausgeprägt ist, sondern auch bei wichtigen Grundnahrungsmitteln.[2)]

ddd) Handelsbilanz

Die Inflation im Inland, der damit verbundene starke Importsog und die Schwächung der Wettbewerbsposition im Export konnten ihren negativen Einfluß auf die Handelsbilanz nicht verfehlen. Hinzu kam in den Jahren vor Einführung des freien Wechselkurses ein Produktionsrückgang bei denjenigen Gütern, die für den Export der

---

1) Auf dieses für Entwicklungsländer oft zutreffende Kriterium ist bereits im systematischen Teil dieser Arbeit verwiesen worden.

2) Aus den gemachten Ausführungen über die binnenwirtschaftliche Struktur des Landes und über seine Entwicklungsprobleme dürfte ebenfalls deutlich geworden sein, daß das Kriterium der Auslandsabhängigkeit beim Kapitalimport für Peru in besonderem Maße zutrifft. Eine statistische Verifikation dürfte sich daher erübrigen. Vgl. auch H. Camilloni: Investment Field, a.a.O., o.S.: "With a low level of income and a low rate of capital formation Peru depends on foreign capital for the development of its vast resources".

peruanischen Volkswirtschaft unentbehrlich waren.[1]

Die rückläufige Entwicklung im Metallbergbau hatte ihre Ursache in einem für unentwickelte Volkswirtschaften charakteristischen Tatbestand: dem Mangel an Investitionskapital zur Erweiterung und Rationalisierung der Produktionsbasis.[2] Infolge dieser Entwicklung und der im Inland ausgeprägten Inflation wurde die Handelsbilanz in den Jahren nach 1946 passiv, nachdem sie in den Jahren davor laufend einen Aktivsaldo ausgewiesen hatte.

Tabelle 30

Handelsbilanz Perus 1943 - 1949

(in Mill. Soles)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1943	449	460	+ 11
1944	514	547	+ 33
1945	550	675	+ 125
1946	802	984	+ 182
1947	1 092	1 003	- 89
1948	1 091	1 056	- 35
1949	2 692	2 108	- 584

Quelle: "Bolétin del Banco Central de Reserva del Peru", lfd.

1) So fiel der Produktionsindex z.B. von Kupfer, einem wichtigen Ausfuhrerzeugnis, von 145 im Jahre 1940 (Basis 1934/36 = 100) auf 74 im Jahre 1947, also um knapp die Hälfte. Der Index der Silberproduktion ging im gleichen Zeitraum von 123 auf 68, also ebenfalls um knapp die Hälfte zurück, und der Gesamtindex für mineralische Erzeugnisse hatte einen Rückgang von etwa 20 Punkten zu verzeichnen. Vgl. Departamento de Estadistica General de Aduanas: Anuario Estadistico, lfd.

2) Vgl. Pan American Union, a.a.O., S. 237: "The exhaustion of the mines and wells and lack of investment seem to have been the principal causes of the lowered mining production."

Die Entwicklung der Handelsbilanz zwang die peruanische Regierung zu einer durchgreifenden Änderung ihrer Zahlungsbilanz- und Wechselkurspolitik.

cc) Die Ziele der Freigabe des Wechselkurses

Am 5. November 1949 legte eine Wirtschafts- und Finanzkommission der USA der peruanischen Regierung ein Programm zur inneren und äußeren Stabilisierung der Volkswirtschaft vor. Die darin enthaltenen und für die Wechselkurspolitik wichtigen Empfehlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:[1)]

1) Der Internationale Währungsfonds sollte durch die peruanische Regierung davon in Kenntnis gesetzt werden, daß eine Aufrechterhaltung der bestehenden Wechselkursparität angesichts der starken Passivierung der Handelsbilanz nicht länger möglich erscheint und eine Freigabe des Kurses für eine befristete Dauer beabsichtigt ist.

2) Die offizielle Parität des Sol sollte nach Bekanntgabe an den Währungsfonds aufgegeben werden und der Wechselkurs allein den Kräften von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt überlassen bleiben.

3) Die Exporterlöse sollten zu 100 Prozent in Zertifikaten, die frei handelbar sind, an die

---

1) Vgl. US-Economic and Financial Mission: Report to the Government of Peru presented on November 5, 1949, abgedruckt in: Pan American Union, a.a.O., S. 265

Exporteure ausgezahlt werden.[1)]

4) Die Gültigkeitsdauer dieser Zertifikate sollte auf 60 Tage festgesetzt werden.

5) Die Importkontrollen und die Wechselkursdifferenzierung bei verschiedenen lebenswichtigen Erzeugnissen sollte abgeschafft werden.

Im November 1949 verfügte die peruanische Notenbank, indem sie diesen Empfehlungen weitgehend folgte, die Einführung von zwei fluktuierenden Wechselkursen, und zwar eines "Zertifikat-Kurses", der bei allen Transaktionen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr angewendet wurde, sowie einer sogenannten "Draft-Rate", die für alle anderen Transaktionen galt. Beide Kurse konnten völlig frei schwanken. Infolge des Bestehens zweier Kurse für verschiedene Transaktionen war eine völlige Vereinheitlichung des Wechselkurssystems zwar noch nicht erreicht, doch bedeutete das neue System

---

1) Seit 1948 bestand folgendes System der Wechselkursdifferenzierung: Alle Exporteure (mit Ausnahme der Goldproduzenten) erhielten für 55 v.H. ihrer Exporterlöse Zertifikate, die sie am freien Devisenmarkt verkaufen konnten; die übrigen 45 v.H. mußten zum offiziellen (weit ungünstigeren Kurs) an die Notenbank verkauft werden. Auf der Einfuhrseite wurden Devisen zum offiziellen Kurs nur ausgegeben für "essentials" (Grundnahrungsmittel und medizinische Präparate). Für alle anderen Importe, soweit sie nicht quantitativen Einfuhrbeschränkungen unterlagen, mußten die Devisen auf dem freien Zertifikat-Markt beschafft werden. Die Wechselkurse wurden nicht nur waren-, sondern auch ländermäßig differenziert. - Vgl. dazu vor allem: S. C. Tsiang: "An Experiment with a Flexible Exchange Rate System: The Case of Peru: 1950-54" in: Staff-Papers, Vol. V 1956/57), S. 452

gegenüber dem vorher geltenden einen Quasi-Übergang zum Einheitskurs.[1)]

Um die Ziele einer Wiederherstellung externer Gleichgewichtsverhältnisse, einer Abschaffung der Devisenbewirtschaftung und einen Wegfall der in der Kursdifferenzierung implizierten Diskriminierung zu erreichen, mußte nicht unbedingt der Weg einer Einführung eines freien Wechselkurses beschritten werden; dies war nur eine von mehreren möglichen wechselkurspolitischen Maßnahmen: zwei weitere Möglichkeiten, nämlich

a) die Anwendung einer kontraktiven internen Finanz- und Kreditpolitik,

b) eine autonome Abwertung bei gleichzeitigem Übergang zum Einheitskurs,

---

1) Nur theoretisch konnten sich beide Kurse unabhängig voneinander bewegen, praktisch gab es jedoch wie in einem System kommunizierender Röhren Verbindungen zwischen beiden Märkten. Diese bestanden darin, daß die Nachfrage nach Devisen auf dem Zertifikatmarkt auch durch das Angebot auf dem Devisenmarkt, der für die anderen Transaktionen galt, gedeckt werden konnte. Damit war ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf beiden Märkten möglich. Es ist daher berechtigt, dieses in Peru praktizierte System zweier schwankender Kurse als ein "einheitliches System fluktuierender Wechselkurse" zu bezeichnen und entsprechend zu analysieren. Es war bekannt, daß die Währungsbehörden von Zeit zu Zeit durch An- und Verkauf von Devisen Interventionen vornahmen, um kurzfristige Kursschwankungen zu glätten. Niemals wurde jedoch der Versuch gemacht, Einfluß auf langfristige Schwankungen zu nehmen. So bot Peru ein interessantes Beispiel für ein fluktuierendes Wechselkurssystem einer unentwickelten Volkswirtschaft. - Vgl. dazu vor allem Internationaler Währungsfonds: "Berichte über die Geschäftsjahre 1949 - 1954", lfd. sowie S. C. Tsiang, a.a.O., S. 449 ff.

waren gegeben, um das Ziel "äußeres Gleichgewicht" zu erreichen. Die Maßnahme a) wurde bereits vor Einführung der flexiblen Kurse in stärkerem Maße zum Einsatz gebracht. Die Maßnahme b) - eine autonome Abwertung und Vereinheitlichung des Kurses - wurde wahrscheinlich nicht für geeignet gehalten, den Ausgleich der Zahlungsbilanz wieder herzustellen. Vor allem wurde befürchtet, daß der Abwertungssatz in seiner Höhe falsch bestimmt werden könne.[1] Dieser Gefahr wollte man durch Einführung des flexiblen Wechselkurses begegnen.[2]

dd) Die Wirkungen des freien Wechselkurses

111) Handelsbilanz

In der systematischen Wirkungsanalyse dieser Arbeit war bereits hervorgehoben worden, daß die These "wertmäßige Gleichheit von Ein- und Ausfuhr bei frei schwankenden Wechselkursen" nur theoretisch richtig ist. In der Praxis wird der durch den freien Wechselkurs bewirkte Anpassungsvorgang der wertmäßigen Ein- und Ausfuhr über die Kräfte von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt durch eine Reihe von Faktoren, die in den unterschiedlichen Angebots-, Nachfrage- und Substitutionselastizitäten begründet sind, gehemmt.

---

1) Auf die Schwierigkeiten einer Ermittlung des Gleichgewichtswechselkurses in Entwicklungsländern ist bereits hingewiesen worden. Vgl. S. 52 ff. unserer Ausführungen.

2) Vgl. S. C. Tsiang, a.a.O., S. 452: "By allowing the certificate market to determine a single exchange rate that would maintain equilibrium in the balance of payments, and by applying that rate uniformly to all exports and imports, the exchange reform of November 1949 enabled Peru's foreign trade to be carried on closer to the optimum level, where the marginal cost of a unit, of any export is equated to the value of the imports that can be brought back in exchange for it."

Auch in Peru waren diese hemmenden Faktoren nach Einführung des freien Wechselkurses nach 1949 vorhanden. Die folgende Analyse des Wechselkurses sowie der Reaktionen von Ein- und Ausfuhr zeigten, daß die Entwicklung in den einzelnen Jahren unterschiedlich verlief und durchaus nicht immer den Erwartungen entsprach, die man aufgrund der wechselkurstheoretischen Erkenntnisse daran geknüpft hatte. Der Verfasser darf anmerken, daß die Betrachtung der Handelsbilanz und die Verfolgung der "reinen" Wirkungen vor allem dadurch erschwert wird, daß die außenwirtschaftliche Entwicklung Perus - wie die der meisten Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländer - durch die exogenen Faktoren der Korea-Krise in den Jahren 1950/51 überlagert wurden. Aber nicht nur diese außerwirtschaftlichen Einflüsse erschweren die reine Analyse, sondern auch die Faktoren, die aus der im Inland betriebenen Wirtschaftspolitik resultierten. So war z.B. in den Jahren nach 1949 in Peru eine enge Korrelation zwischen Expansion und Kontraktion des inländischen Geld- und Kreditvolumens auf der einen Seite und der Höhe des Imports auf der anderen Seite zu beobachten[1]; die aus den Schwankungen des Wechselkurses entstandenen Auswirkungen auf die Handelsbilanz wurden dadurch weitgehend überdeckt.[2] Es bedarf daher eines besonderen Hinweises, daß alle im folgenden zu treffenden Aussagen über den möglichen Zusammenhang zwischen der Höhe des Wechselkurses und der Handelsbilanzentwicklung nur eine beschränkte Aussagefähigkeit haben. Vor allem soll nicht unerwähnt bleiben, daß dieser Zusammenhang in seiner Ursache-Wirkung-Trennung nicht immer eindeutig ist. So kann einmal die exogen bewirkte

---

1) Vgl. Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, lfd.

2) Die interne Geldpolitik schlägt sich naturgemäß über den Einkommensmechanismus und Preismechanismus in einer Veränderung der Ein- und Ausfuhr nieder und übt damit einen mittelbaren Einfluß auf den frei schwankenden Wechselkurs aus. Ein d i r e k t e r Zusammenhang zwischen Wechselkurs und Handelsbilanz ist in diesem Fall nicht gegeben.

Änderung der Handelsbilanz den Wechselkurs beeinflussen, umgekehrt übt aber auch jede Änderung des Wechselkurses entsprechend der Elastizitäten einen bestimmten Einfluß auf die Handelsbilanz aus.

Statistisch betrachtet wurde ein Jahr nach 1949, also dem Jahr der Einführung des freien Wechselkurses, die passive Handelsbilanz aktiv, wie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist. Daß diese Entwicklung allein exogen bedingt war (Korea-Rohstoff-Hausse), dürfte die Tatsache beweisen, daß nach Abklingen der politischen Spannungen und dem damit einsetzenden Verfall der Rohstoffpreise die Handelsbilanz erneut mit relativ hohen Importüberschüssen abschloß.

Tabelle 31

Handelsbilanz Perus 1936 - 1957

(in Mill. Soles)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1936	200	336	+ 136
1937	235	365	+ 130
1938	260	342	+ 82
1947	1 092	1 003	- 89
1948	1 091	1 056	- 35
1949	2 692	2 108	- 584
1950	2 867	2 887	+ 20
1951	4 242	3 812	- 430
1952	4 473	3 686	- 787
1953	4 945	3 752	- 1 193
1954	4 916	4 792	- 124
1955	5 764	5 146	- 618
1956	6 934	5 917	- 1 017
1957	7 631	6 270	- 1 361

Quellen: Estadistica del Comercio Exterior, lfd.
Bolétin del Banco Central de Reserva del Peru, lfd.
United States Department of Commerce: World Trade Information Service, Teil III, Nr. 59-7, o.S.

Die Wechselkursreform im November 1949 verstärkte die bereits im Juli des gleichen Jahres eingeleitete Entwicklung einer schrittweisen Verbesserung des Aussenwertes der peruanischen Währung. Die Notierungen des Zertifikatkurses waren bereits Mitte des Jahres 1949 angestiegen, und als im November der Kurs völlig freigegeben wurde und sämtliche Devisenerlöse aus dem Warenexport in Zertifikate umgewandelt werden konnten, damit also als Devisenangebot auf den freien Markt drängten, kam es zu einer weiteren Erholung des Sol.

Tabelle 32

Peru: Entwicklung des Wechselkurses im Jahre 1949

(Soles/US-$)

Monate	Zertifikatkurs	offizieller Kurs
März	17,79	6,50
Juni	18,35	6,50
Juli	20,17	6,50
Oktober	17,93	6,50 x)
November	15,68	6,50 x)
Dezember	14,81	-

x) Aufgabe des offiziellen Kurses am 12. November 1949

Quelle: Internationaler Währungsfonds, International Financial Statistics, Januar 1950, S. 15

Die Erholung des Kurses nach Juli 1949 war primär die Folge einer Kontraktion der internen Geldmenge, die ihrerseits eine Reduktion der inländischen Importnachfrage bewirkte. Die Beseitigung der Wechselkursdifferenzierung und mit ihr der Fortfall einer Begünstigung von "essential"-Importen trug beträchtlich zur Einschränkung der Gesamtimporte und damit

zur Verbesserung des Wechselkurses bei.[1] In den Jahren nach 1949 war eine enge Korrelation zwischen inländischem Geldangebot, Handelsbilanz und Wechselkurs unverkennbar.

Tabelle 33

Peru: Gesamtes Geldangebot, Handelsbilanz und Wechselkurs 1949 - 1954

Jahr	gesamtes Geldangebot (Mill.Soles)	Handelsbilanz (Mill.Soles)	Zertifikatkurs (Soles/US-$)
1949	1 883	- 584	17,73
1950	2 198	+ 20	14,95
1951	2 705	- 430	15,28
1952	3 151	- 787	15,60
1953	3 478	- 1 193	19,89
1954	3 699	- 124	19,00

Quellen: Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, lfd. sowie Bolétin del Banco Central de Reserva del Peru, lfd., ferner Anuario del Comercio Exterior lfd.

Deutlicher als durch diese Ziffern ist kaum eine Verifikation der im systematischen Teil dieser Arbeit getroffenen Aussagen zu geben. In den drei angeführten Reihen wird der Zusammenhang zwischen inländischem monetären Angebot, seines Einflusses auf die Handelsbilanz und des wiederum darauf reagierenden Wechselkurses offenbar: In der Ausgangslage (Einführung des freien Wechselkurses) im Jahre 1949 bestand ein durch die Inflation der Vorjahre verursachtes Handelsbilanzdefizit. Im Jahre 1950 wurde das Geldangebot beträchtlich ausgedehnt, um den Entwicklungsprozeß der peruanischen

1) Vgl. S. C. Tsiang, a.a.O., S. 457: "After the reform the abolition of the subsidy rate for the so called essential imports seems to have contributed significantly to the curtailment of imports".

Volkswirtschaft zu forcieren (Steigerung von 1.883 Mill. Soles auf 2.198 Mill. Soles). Da aber gleichzeitig die Korea-Hausse einsetzte, wurde der durch das erhöhte Geldangebot bewirkte Importsog durch die steigenden Ausfuhrpreise mehr als kompensiert. Die Handelsbilanz wurde aktiv (+ 20 Mill. Soles), und der Außenwert der peruanischen Währung stabilisierte sich (Aufwertung des Sol von 17,73 US-$ auf 14,95 US-$). Als im Jahre 1951 infolge der aus den Devisenzuflüssen resultierenden weiteren kräftigen Ausdehnung des Geldangebots (auf 2.705 Mill. Soles) und der damit verbundenen Inflation bei gleichzeitig nunmehr sinkenden Rohstoffpreisen die Handelsbilanz stark passiv wurde, wurde auch der Wechselkurs durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage abgewertet (auf 15,28 Soles/US-$). Auch die weitere Entwicklung zeigt eine enge Korrelation zwischen allen drei Größen: die kräftige Ausdehnung des Geldangebots im peruanischen Inland im Jahre 1953 (auf 3.478 Mill. Soles) bewirkte eine ebenso kräftige Passivierung der Handelsbilanz (- 1.193 Mill. Soles) und damit eine erhebliche Abwertung des Sol gegenüber dem Dollar (19,89 Soles/US-$). 1954 endlich setzte eine kontraktive Notenbankpolitik ein; das Geldangebot wuchs wesentlich langsamer als in den Vorjahren, und der Handelsbilanz-Passivsaldo verminderte sich beträchtlich (auf - 124 Mill. Soles). Gleichzeitig stabilisierte sich der Wechselkurs und wurde schließlich auf einem gegenüber dem Vorjahr aufgewerteten Niveau fixiert (19,00 Soles/US-$). Damit war eine Politik innen- und außenwirtschaftlicher Stabilisierung eingeleitet.

222) Kapitalbewegungen

Es war im systematischen Teil dieser Untersuchung die Auffassung vertreten worden, daß Wechselkursschwankungen in Entwicklungsländern mutatis mutandis auf langfristige Kapitalbewegungen keinen bemerkenswerten Einfluß ausüben, weil das Wechselkursrisiko im Verhältnis

zu anderen in Entwicklungsländern vorherrschenden Risiken in den Hintergrund treten dürfte.

Generell trifft diese Aussage auch für den Länderfall Peru zu. Eine Analyse der langfristigen Kapitalinvestitionen des Auslandes in Peru zeigt zwar im Jahre 1950, dem ersten Jahr nach Einführung des fluktuierenden Kurses, einen negativen Wert, also Kapitalabfluß; in den darauf folgenden Jahren 1951 und 1952 traten jedoch kräftige Steigerungen ein. Im Jahre 1953 lagen zwar die Auslandsinvestitionen ihrer Höhe nach unter dem Stand von 1952, hatten jedoch immer noch einen beachtlichen Wert; dies trotz einer laufenden Abwertung der für Kapitaltransaktionen geltenden "draft-rate".

Tabelle 34

Langfristige Auslandsinvestitionen in Peru (a) und Wechselkurs (b) 1949 - 1953

(Mill.US-$ und Soles/US-$)

Position	1949	1950	1951	1952	1953
a)	2,5	- 8,2	30,2	50,3	37,4
b) x)	18,35	15,01	15,36	15,72	19,96
x) "draft-rate"					

Quellen: United Nations: Balance of Payments Yearbook, lfd. Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, lfd.

Aber auch die kurzfristigen spekulativen Kapitalbewegungen, für die im systematischen Teil eine Beeinflussungsmöglichkeit durch den Wechselkurs bejaht wurde, zeigten im Falle Perus in den Jahren des freien Wechselkurses keine durch diesen induzierten Reaktionen: Obwohl während der Jahre 1952 und 1953 eine ständige Abwertung des Kurses zu verzeichnen war, nahmen im gleichen Zeitraum die von peruanischen Staatsangehörigen

gehaltenen Guthaben in ausländischer Währung ab, während umgekehrt im Jahre 1954, in dem eine Aufwertung des Kurses und dessen schließliche Stabilisierung eintrat, diese Auslandsguthaben wieder zunahmen.

Tabelle 35

Peru: Kurzfristige Kapitalbewegungen[x] (a) und Wechselkurs[xx] (b) 1952 - 1954

(Mill. US-$ und Soles/US-$)

Position	1952	1953	1954
a)	- 14,1	- 5,3	- 11,1
b)	15,72	19,96	19,06

x) Veränderung der Guthaben peruanischer Staatsangehöriger in ausländischer Währung und der Guthaben der in den USA lebenden Staatsangehörigen Perus. - Das Minuszeichen bedeutet Nettozuwachs.

xx) "draft-rate"

Quellen: United Nations: Balance of Payments Yearbook
Boletin del Reserva de Central del Peru, lfd.
Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, lfd.

Die dargestellte statistische Entwicklung widerspricht völlig der normalerweise auf Wechselkursänderungen zu erwartenden Reaktion, nämlich bei Wertverlusten einer Währung a u s dieser, bei Wertsteigerungen i n diese zu fliehen. Da im Falle Peru genau die umgekehrte Entwicklung zu beobachten war, darf daraus geschlossen werden, daß keine spekulativen Kapitalbewegungen durch die Wechselkursschwankungen induziert wurden.

333) Preisniveau

Die im systematischen Teil gewonnenen Ergebnisse liessen sich dahingehend zusammenfassen, daß der Wechselkurs in Entwicklungsländern wegen des hohen Anteils des Aussenhandels an der Gesamtwirtschaft in stärkerem Maße eine "Transformationsfunktion" auf das inländische Preis-

und Kostengefüge ausüben muß als in Ländern, in denen dieser Anteil nur gering ist.

Vergleicht man die inländische Preisentwicklung in Peru, ausgedrückt durch die Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten, mit der Höhe des fluktuierenden Wechselkurses, so ist keine positive Korrelation zwischen Wechselkurs- und Preisänderungen in den einzelnen Jahren erkennbar; im Gegenteil, in Jahren mit starken Fluktuationen des Wechselkurses reagierten die Preise schwächer, bei schwächeren Fluktuationen stärker. Dies geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor.

Tabelle 36

Peru: Veränderungen des Preisniveaus und des Wechselkurses gegenüber dem Vorjahr 1950 - 1954 in v.H.

Position:	1950	1951	1952	1953	1954
Großhandelspreise insgesamt:	+ 16	+ 17	+ 6	+ 1	+ 10
davon:					
Ausfuhrwaren	+ 33	+ 41	- 16	± 0	+ 24
Einfuhrwaren	+ 3	+ 17	+ 4	- 3	+ 12
Preisindex für die Lebenshaltung (Lima)	+ 13	+ 10	+ 7	+ 9	+ 5
Wechselkurs (Zertifikatkurs) Soles/US-$ x)	- 16	+ 2	+ 2	+ 21	- 4

x) Das Minuszeichen bedeutet Aufwertung des Sol, das Pluszeichen Abwertung

Quellen: Anuario Estadistico del Peru, lfd. - Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, lfd. - United States Department of Commerce: Economic Developments in Peru in: World Trade Information Service, Part 1, Nr. 55/70, o.S.

Trotz dieser fehlenden statistischen Korrelation zwischen Wechselkurs und Preisen glaubt der Verfasser, annehmen zu dürfen, daß auch in Peru der Grundtatbestand eines Direktzusammenhangs zwischen Wechselkurs und Inlandspreisen nicht durchbrochen, sondern lediglich durch andere Einflüsse überdeckt war. Dafür spricht vor allem, daß die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Großhandelspreise in starkem Maße durch die Notenbankpolitik beeinflußt wurden, was zur Folge hatte, daß die Wechselkurseinflüsse stark in den Hintergrund traten. Weiterhin sollte auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Preise im Inland auf die Wechselkursschwankungen mit einer zeitlichen Verzögerung, einem "lag", reagieren. Ein Blick auf Tabelle 36 bestätigt dies: es ist zu vermuten, daß der starke Anstieg der Großhandelspreise für Ein- und Ausfuhrwaren im Jahre 1954 um 24 bzw. 12 v.H. gegenüber dem Vorjahr vorwiegend durch den starken Abwertungssatz des Wechselkurses im Jahre davor um 21 v.H. induziert wurde.[1)] In wie starkem Maße Wechselkursänderungen in Entwicklungsländern auf Preisniveau und Industrieproduktion zurückwirken können, wird am anschaulichsten anhand des nachfolgenden Länderfalles "Griechenland" verifiziert werden können.

---

1) Eine Korrelation zwischen den Bewegungen des Wechselkurses und der Entwicklung der peruanischen Industrieproduktion konnte der Verfasser nicht erkennen. Gewisse Schlußfolgerungen lassen sich jedoch hinsichtlich der Kostenstruktur der Unternehmungen aus der Entwicklung des Großhandelspreisniveaus ableiten. In dem Index der Großhandelspreise dürften auch solche Waren enthalten sein, die industrielle Rohstoffe darstellen. Die hier eingetretenen, u.U. durch Wechselkursschwankungen induzierten Preisbewegungen werden für die Kalkulationsbasis einiger industrieller Bereiche nicht ohne Bedeutung gewesen sein.

2. Abwertung in Griechenland

aa) Kennzeichen eines Entwicklungslandes

In einer Untersuchung des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs ist die Frage aufgeworfen worden: "Ist Griechenland ein Entwicklungsland?" und die Antwort darauf erteilt: "In Griechenland hat sich eine Mittelschicht qualifizierter Berufe entwickelt. Hier herrscht kein Mangel an unternehmerischer Initiative, das Bildungswesen ist voll ausgebaut, ein ausgedehnter Finanz- und Handelsapparat funktioniert. Trotzdem ist Griechenland wie andere E n t w i c k l u n g s l ä n d e r ein übervölkertes Agrargebiet, in dem die Sozialverfassung eine Nutzung aller modernen Möglichkeiten auch in der Landwirtschaft verhindert, in dem die Industrie unvollkommen entwickelt, wo bergbauliche Möglichkeiten ungenutzt geblieben sind ... wo es vor allem an Kapital fehlt."[1)]

Zu den wenigen Gebieten Europas, die im Sinne dieser Untersuchung als "unentwickelt" im technisch-ökonomischen Sinne bezeichnet werden, gehört damit neben Süditalien, der Türkei und Jugoslavien vor allem G r i e c h e n l a n d .[2)]

---

1) Vgl. K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: "Griechenland, Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg" in: Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Nr. 9, Sonderreihe Entwicklungsgebiete, Hamburg 1959, S. 9 und S. 135 (im folgenden zitiert als K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland)

2) Die Entwicklungsprobleme dieser 4 Gebiete waren Gegenstand einer Untersuchung der Expertengruppe der ECE. Vgl. United Nations, Economic and Social Council: Report of the Expert Group on the Economic Development of Southern Europe (Agenda Item No. 7) E/ECE Nr. 233 Add. 1, Genf, 12. März 1956, S. 11 (im folgenden zitiert als UNO,ECE: Report of the Expert Group) - Es bedarf keiner weiteren Vertiefung, daß die Bezeichnung "Entwicklungsland" im Falle Griechenlands als uraltem Hochkulturland allein technisch-wirtschaftlich gemeint ist.

Um die Entwicklungsprobleme der griechischen Volkswirtschaft deutlich machen zu können, ist es notwendig, der Darstellung wirtschaftlicher Fakten eine kurze Betrachtung über die politischen Ereignisse im und nach dem II. Weltkrieg voranzustellen. Denn die Entwicklungsprobleme Griechenlands sind nicht allein erklärbar aus der unentwickelten Wirtschaftsstruktur dieses Landes, sondern in gleichem Maße aus der Tatsache, daß Griechenland im II. Weltkrieg Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen war, die dem Land schwere Schäden zugefügt haben. Durch das Zusammenwirken beider Faktoren - der politischen und kriegerischen Ereignisse wie dem im wirtschaftlichen Sinne unentwickelten Charakter des Landes - wurde die Rückkehr Griechenlands zum gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht sowie sein wirtschaftliches Wachstum in starkem Maße erschwert.

Die Kriegszerstörungen des II. Weltkrieges einschließlich der Besatzungsschäden des deutschen Reiches werden auf etwa 8,5 Milliarden US-Dollar beziffert. Über 2.000 Dörfer wurden völlig zerstört, ungefähr 1/4 aller Gebäude waren vernichtet oder beschädigt. Die Viehschäden auf dem Lande waren erheblich; die ohnehin unzureichend genutzte Agrarfläche wurde durch Kriegseinwirkungen um mehr als 25 v.H. dezimiert. Hunderte von Oliven- und Weingärten - unerläßlich für die Exportproduktion - wurden ein Opfer des Krieges. Während der deutschen Besetzungszeit wurden die gesamten Tabakernten beschlagnahmt und damit dem Export Griechenlands die wichtigste Grundlage entzogen.[1)]

1) Vgl. E. A. Eliades: "Stabilization of the Greek Economy and the 1953 Devaluation of the Drachme" in: Staff-Papers Vol. IV (1954/55), S. 22, sowie B. Sweet-Escott: "Greece, a Political and Economic Survey, 1939 - 53" London und New York 1954, S. 93. - Vgl. auch K. H. Pfeffer und W. Schlote: "Griechenland" in: Länderlexikon, Bd. I (1953/55); hrsg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, S. 1159 (im folgenden zitiert als Länderlexikon): "Der Zweite Weltkrieg hat weite Landstriche Nordgriechenlands verwüstet, bergbauliche und industrielle Anlagen zerstört und zum Zusammenbruch des Verkehrswesens geführt. 3/4 Millionen Flüchtlinge strömten in die größeren Städte und fielen der öffentlichen Fürsorge zur Last." - Ferner F. v. Bismarck-Osten: "Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Griechenlands" in: WWA, Bd. 68(1952) I, S. 263ff. und International Labour Organization: "Labour Problems in Greece" Report of the Mission to Greece, Oktober - November 1947, Genf 1949 - UNRRA: Economic Recovery in the Countries Assisted by UNRRA, Washington 1946, S. 27

Eine Erweiterung des Katalogs der Kriegsschäden erübrigt sich im Rahmen der vorliegenden Arbeit; die wenigen Daten mögen gezeigt haben, in wie starkem Maße das Entwicklungsproblem Griechenlands mit den politischen Ereignissen des II. Weltkrieges verknüpft ist. Weder ausländische Hilfeleistungen noch die eigene Kraft der griechischen Volkswirtschaft haben es bisher ermöglicht, den Lebensstandard der griechischen Bevölkerung entscheidend zu heben.

Bevor auf die engeren Kennzeichen Griechenlands als "Entwicklungsland" eingegangen wird, sei noch ein Weiteres erwähnt: An Griechenland wird beispielhaft deutlich, daß die Probleme der sogenannten "Entwicklungsländer" nicht allein unter technisch-wirtschaftlichem Aspekt gesehen werden können, sondern, daß die Betrachtung alle die Faktoren mit einbeziehen muß, die in der politischen, soziologischen und historisch gewachsenen Struktur eines Staates begründet sind.[1)]

Unter Zugrundelegung der an den Anfang dieser Arbeit gestellten "Kennzeichen der Entwicklungsländer" kommt man bei Griechenland zu folgenden Ergebnissen:

111) Anteil der Primärproduktion

Bereits im vorhergehenden Länderfall Peru war auf den Zusammenhang zwischen "Agrarland" und "hohem Anteil der Primärproduktion" hingewiesen worden. Überwiegend Landwirtschaftsproduktion ist gleichbedeutend mit einem hohen Anteil der Primärproduktion an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Der gleiche Tatbestand trifft auf Griechenland zu: das Land ist trotz der wachsenden

---

1) Die Aufgabenstellung dieser Untersuchung erlaubt es nicht, auf diese für die Erkenntnis der Entwicklungsproblematik wichtigen Grundtatbestände einzugehen. Der Verfasser verweist auf die ausgezeichnete Analyse von K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland, a.a.O., S. 55 ff.

industriellen Produktion noch ein ausgesprochenes Agrarland. Im Jahre 1956 betrug der Anteil der Land-, Forst- und Fischwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung etwa 33 v.H. Von der gesamten Erwerbsbevölkerung entfielen im Jahre 1950 noch rund 58 v.H. auf den Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei, jedoch weniger als 20 v.H. auf die verarbeitenden Bereiche.[1)]

Tabelle 37

Griechenland: Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche am Bruttosozialprodukt in v.H.

Bereich	1952	1953	1956
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	33,7	37,2	33,1
verarbeitende Gewerbe	18,3	18,6	18,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,6	3,4	4,0
Handel	7,2	6,1	6,0
öffentliche Wirtschaft	8,8	7,3	7,6
übrige	28,4	27,4	30,9
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quellen: Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, lfd.
OEEC: Statistics of National Product and Expenditure, lfd.

Diese Ziffern mögen im internationalen Vergleich zwar für einen bereits fortgeschrittenen Industrialisierungsgrad Griechenlands sprechen; trotzdem dürfte dies an dem

1) Vgl. auch Bundesstelle für Außenhandelsinformation: "Der griechische Exportmarkt" Wirtschafts- und Außenhandelsberichte Nr. A/238 (Januar 1959) S. 2 (im folgenden zitiert als Bundesstelle: Exportmarkt)

Grundtatbestand, daß die griechische Volkswirtschaft als Agrarwirtschaft zu bezeichnen ist und damit das Kennzeichen "hoher Anteil der Primärproduktion" für sie zutrifft, nichts ändern.

222) Bevölkerungswachstum

Eine Analyse der statistischen Bevölkerungsdaten zeigt, daß Griechenland nicht zu den Entwicklungsländern gehört, die unter einem Überbevölkerungsdruck leiden. Die jährliche Bevölkerungszuwachsrate liegt mit etwa 1 Prozent zwar höher als in Industrieländern, jedoch weit unter der anderer Entwicklungsländer. Die Geburtenrate hat sich in den letzten Jahren der der Industrieländer immer mehr angeglichen, doch ist sie unter Berücksichtigung der gesamten Alterspyramide Griechenlands immer noch zu hoch, um ein normales, d.h. dem Ernährungsspielraum angepaßtes Bevölkerungswachstum zu erreichen.[1] Für eine Beurteilung der sich aus dem Bevölkerungsproblem ergebenden sozialen Verhältnisse sollte jedoch nicht allein das nominelle Bevölkerungswachstum als statistische Größe herangezogen werden. Bezieht man in Griechenland die gesamte Bevölkerungszahl auf die landwirtschaftlich nutzbare Fläche des Landes, so zeigt sich, daß Griechenland eines der am stärksten besiedelten Länder Europas ist.[2]

---

1) Vgl. K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland, a.a.O., S. 74: "Industrieländer können sich ohne Gefahr eines zu starken Bevölkerungszuwachses eine Geburtenrate um 20 ‰ wieder leisten, weil vom Altersaufbau her die Sterberate eine entsprechende Höhe erreicht hat. In Griechenland aber zeigt der Altersaufbau noch die Merkmale einer 'vorindustriell' starken Gebürtigkeit."

2) Im Jahre 1953 entfielen etwa 340 Einwohner auf den qkm. Vgl. F. v. Bismarck-Osten, a.a.O., S. 264

Zusammenfassend läßt sich daher feststellen, daß das Kriterium "Überbevölkerung" für Griechenland im Verhältnis Produktionsfaktor/Boden zu Arbeit in vollem Umfang zutrifft.[1)]

333) Ausnutzung der Produktionsfaktoren

Das Kriterium eines Entwicklungslandes "Nichtausnutzung" oder "unvollkommene Ausnutzung" offenbart sich in Griechenland besonders bei den Produktionsfaktoren "Arbeit" und "Kapital".[2)] "Ein Grund für die zu geringe Kaufkraft ist in der 'Unterbeschäftigung' vieler Erwerbspersonen zu suchen, also in der unvollkommenen Nutzung von Arbeitskräften".[3)] Generell darf gesagt werden, daß die Unterbeschäftigung oder die Arbeitslosigkeit in Griechenland viel höher ist als die statistischen Daten ausweisen.[4)]

---

1) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 22 - UNO, ECE: Report of the Expert Group, a.a.O., S. 6: Die Untersuchungskommission der ECE berichtet über dieses Problem: "The relatively low degree of industrialization so far achieved on our countries combined with the large size of the population in relation to the cultivated area are basic elements of the problem of development. And not only is the population large in relation to the material resources of production available not it is also rising fairly rapidly."

2) Die unvollkommene Ausnutzung des Bodens dürfte nicht weniger ausgeprägt als es für die beiden anderen Faktoren zutrifft sein, wenn man berücksichtigt, daß es die Kapitalarmut und die mangelnden Verkehrsverbindungen bisher verhinderten, daß die nicht unbeträchtlichen Braunkohle- und Erzvorkommen erschlossen wurden. Vgl. Länderlexikon, a.a.O., S. 1159

3) Vgl. K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland, a.a.O., S. 30

4) Vgl. OEEC: "Third Report, Memorandum of Greece, Memo/Greece 50-53/1" Paris 1951, S. 79. - Vgl. auch F. v. Bismarck-Osten, a.a.O., S. 267 f.: "In der Landwirtschaft allein könnte die anfallende Arbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen auch von 1 050 000 statt von 1 930 000 Arbeitskräften bewältigt werden."

444) Ökonomisch-irrationales Verhalten

Auch in Griechenland lassen sich zu diesem Kriterium wie im vorhergehenden Länderfall keine konkreten Aussagen treffen oder statistische Belege heranziehen. Es kann lediglich die Vermutung ausgesprochen werden, daß die Kargheit des Bodens, die weitgehende Unterbeschäftigung, die ungleichmäßige Verteilung des Volkseinkommens, die Erwirtschaftung eines größeren Teiles des Sozialprodukts durch "Bauern" darauf schließen läßt, daß die Wirtschaftssubjekte sich nicht nur - wie die Theorie es behauptet - nach dem Gewinnmaximierungsprinzip ausrichten oder die Auswahl der Konsumgüter gemäß dem Grenznutzen des Geldes treffen. Auch das Angebot des Produktionsfaktors "Arbeit" folgt nicht nur ökonomischen Gesetzen. Diese Vermutung dürfte am ehesten durch folgende Ausführungen bestätigt werden: "Wenn die Bergbauern keine Arbeitsmöglichkeiten mehr in den Ebenen finden, wenn die Auswanderung gesperrt ist, dann drängen sie zu den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstellen, die sich in größerer Menge nur in den Städten finden ... Die Abwanderung vom Lande enthüllt nur die Tatsache des ländlichen Überbevölkerungsdruckes."[1)]

555) Immobilität der Produktionsfaktoren

Die Mobilität der Produktionsfaktoren dürfte in Griechenland größer sein als in anderen Entwicklungsländern. Diese Aussage gilt zu einem wesentlichen Teil für die Arbeitskrafte, die - wie gezeigt wurde - längere Wanderungen nicht scheuen, um in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden. Für eine stärkere Mobilität des Kapitals spricht auch die Tatsache eines relativ gut entwickelten Bankwesens in Griechenland und eines Kapitalmarktes, der eine verhältnismäßig schnelle und reibungslose Lenkung der für Investitionen benötigten Kapitalströme ermöglicht.

---

1) Vgl. K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland, a.a.O., S. 75

Gegen die Vermutung einer hohen Mobilität sprechen dagegen die landwirtschaftlichen und bergbaulichen Monokulturen sowie die Betriebs- und Sozialstruktur der Landwirtschaft. Denn "50 bis 60 v.H. der Erwerbspersonen sind vorwiegend in agrarischen, Klein- und Zwergbetrieben tätig"[1]. Dieses Vorherrschen des Kleinbetriebes, die traditionelle Bindung des Kleinbauern an die Scholle, das stark ausgeprägte Sippen- und Familienbewußtsein dürften einem flexiblen Einsatz der Produktionsfaktoren hemmend im Wege stehen.

666) Kapitaleinsatz

Die inländische Kapitalbildung und damit der Kapitaleinsatz und die Gesamtinvestitionen sind bisher keineswegs ausreichend gewesen, um den Entwicklungsprozeß aus eigener Kraft stärker voranzutreiben. Dies zeigt vor allem auch die hohe Kapitalimportquote, auf die im Zusammenhang mit der Auslandsabhängigkeit noch einmal zurückzukommen sein wird. "Obgleich sich die Spartätigkeit verstärkte und auch die reorganisierten Versicherungsfirmen neben den Banken zu wichtigen Trägern der Kapitalbildung wurden, ist es doch zweifelhaft, ob alle Möglichkeiten der inländischen Kapitalbildung wirklich in Anspruch genommen werden. Immer wird wieder auf die Kapitalflucht hingewiesen. So fehlt es besonders an Mitteln für Industrieinvestitionen."[2]

777) Pro-Kopf-Einkommen

Nach Darstellung der vorgenannten einzelnen Entwicklungskriterien Griechenlands überrascht nicht mehr die Tatsache, daß das Pro-Kopf-Einkommen dieses Landes sehr niedrig ist. Die Kargheit des Bodens, die niedrige

---

1) Vgl. K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland, a.a.O., S. 24

2) Ebenda, S. 22

Kapitalbildungsrate und die nur unvollkommene Ausnutzung der Produktionsfaktoren sowie nicht zuletzt die erheblichen Kriegszerstörungen haben dazu geführt, daß Griechenland heute ein Pro-Kopf-Einkommen aufweist, das beträchtlich unter dem der hochentwickelten Industrieländer aber auch noch unter dem einer Reihe anderer Entwicklungsländer liegt. Dies zeigt folgende auf das Jahr 1954 abgestellte Tabelle:

Tabelle 38

Pro-Kopf-Einkommen einzelner Länder im Jahre 1954

(in US-$)

entwickelte Volkswirtschaften		Entwicklungsländer	
USA	1 874	Israel	450
Schweiz	1 036	Puerto Rico	430
Schweden	973	Argentinien	405
Großbritannien	807	Uruguay	400
Bundesrepublik	540	Griechenland	209

Quelle: W. Brand: "The Struggle for a higher Standard of Living" Den Haag 1958, S. 19

Auf die weitreichenden Folgen, die wiederum durch das niedrige Einkommensniveau aufgrund der Interdependenz aller wirtschaftlichen und sozialen Faktoren in Entwicklungsländern induziert werden, mag hier nur verwiesen werden.[1)]

---

1) Vgl. S. 9 ff. unserer Ausführungen über "Grundfragen der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern" sowie F. v. Bismarck-Osten, a.a.O., S. 268 und K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland, a.a.O., S. 17 und S. 55

888) Auslandsabhängigkeit

Das Entwicklungskriterium, das die Wechselkurspolitik unentwickelter Volkswirtschaften am unmittelbarsten bestimmt, ist die Auslandsabhängigkeit dieser Länder. Sie gilt in Griechenland sowohl bezüglich der Ein- und Ausfuhr sowie des Kapitalimports. Die damit zusammenhängenden Probleme bilden den Gegenstand der Lageanalyse. Aus systematischen Gründen wird im folgenden zuerst auf das Inflationsproblem Griechenlands in seiner Bedeutung für die Zahlungsbilanz, dann auf das hier erwähnte Kriterium der Auslandsabhängigkeit eingegangen.

bb) Die wechselkursrelevanten Lageprobleme

111) Das Inflationsproblem und seine Bedeutung für die Zahlungsbilanz

Die Stabilisierung des Geldwertes im Innern darf als das Zentralproblem der griechischen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege bezeichnet werden. "Man hatte bald erkannt, ... daß es sich um ein sehr vielschichtiges Phänomen handelt, das sich von dem gesamten Problemkreis der Überwindung der Kriegs- und Bürgerkriegsfolgen nicht trennen läßt."[1] In ihrem Jahresbericht für 1950 hat die griechische Nationalbank mit aller Deutlichkeit auf die akute Gefahr hingewiesen, die sich in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht aus der ständigen rapiden Verschlechterung des Geldwertes ergab.[2]

Ihren entscheidenden Auftrieb erhielt die Inflation in Griechenland durch die im II. Weltkrieg eingetretene

---

1) Vgl. F. v. Bismarck-Osten, a.a.O., S. 309 f.

2) Vgl. G. J. Pesmazoglu: "Report for the Year 1950 Presented at the Ordinary General Meeting of Shareholders. Held on March 8, 1951" Transl. from the Greek by the Staff of the National Bank of Greece, Athen 1951, S. 28

Verknappung des Warenangebots bei gleichzeitiger Aufblähung des Geldvolumens. Das Ausmaß dieser Erhöhung läßt sich kaum in Zahlen fassen ; es wird am ehesten durch folgenden Satz charakterisiert: "Damals stieg der Notenumlauf ... innerhalb weniger Jahre (1939 - 1944) ... auf das 826 308 303fache. Damit war der Zusammenbruch der alten Drachmenwährung besiegelt."[1)]

Das Ausmaß der Inflation bis zum Jahre 1952, in welchem eine Verschärfung des kreditpolitischen Kurses eintrat, mag durch folgende statistischen Angaben belegt werden.

Tabelle 39

Griechenland: Notenumlauf, Wechselkurs und Preisindex für die Lebenshaltung 1938 - 1951

Jahr	Banknoten im Umlauf[x)] (Mrd. Dr.)	amtlicher Wechselkurs[xx)] (Dr./US-$)	Preisindex für die Lebenshaltung[xxx)] (1938 = 100)
1938	8	112,62	100
1945	104	351,94	1 896
1946	537	4 715,90	14 523
1947	974	5 020,00	17 463
1948	1 202	5 020,00	24 735
1949	1 859	5 020,00	28 334
1950	1 887	5 020,00	32 439
1951	1 999	15 060,00	35 591

x) jeweils Jahresende
xx) Jahresdurchschnitt
xxx) bis 1948 Jahresdurchschnitt, sonst Stand am Ende des Jahres

Quellen: Bank of Greece: "Monthly Statistical Bulletin, lfd. - Kingdom of Greece: "National Statistical Service Monthly Statistical Bulletin", lfd.

---

1) Vgl. F. v. Bismarck-Osten, a.a.O., S. 310

Die nach der Abwertung im September 1949 fortgesetzten Versuche, die Inflation einzudämmen, mißlangen.[1] Letztlich lag der Grund hierfür in der Entwicklungsproblematik selbst: Obwohl die Notenbank und die verantwortlichen Instanzen die restriktive Kreditpolitik unter Anerkennung des Zieles "inneres Gleichgewicht" immer mehr verschärften, fand diese Politik ihre Grenzen dort, wo das gesamtwirtschaftliche Wachstum und der Entwicklungsprozeß im ganzen gefährdet wurden. Nur auf Kosten einer Erschwerung des Entwicklungsprozesses konnte noch das inländische Geld- und Kreditvolumen weiter verknappt werden.[2] Als gegen Ende des Jahres 1950 die Koreakrise ausbrach und mit ihr die Rohstoffpreise an den Weltmärkten stark anzogen, verstärkte sich der inflatorische Druck erneut. Dies vor allem wegen der Einfuhrabhängigkeit Griechenlands von solchen Rohstoffen, die starken Preiserhöhungen ausgesetzt waren. Dabei mußten die Preisbewegungen auf dem Weltmarkt sowohl über den Export wie über den Import um so stärker auf die griechische Binnenwirtschaft zurückwirken, als diese einen hohen Grad der Auslandsabhängigkeit aufwies.

---

1) Auch vor 1949 wurden eine Reihe von Stabilisierungsmaßnahmen eingeleitet. Vgl. hierzu vor allem D. Delivanis und W. C. Cleveland: "Greek Monetary Developments 1939 - 48" Bloomington (Indiana) 1949, S. 189 ff.

2) Vgl. hierzu Länderlexikon, a.a.O., S. 1160: "... die durch inflationistische Geldschöpfung gedeckten Defizite des Staatshaushalts führten bei gedrosselter Konsumgütereinfuhr, nur langsam wachsender inländischer Erzeugung und erheblichem Bedarf der Bevölkerung trotz Rationierung und preispolitischer Maßnahmen zu einer anhaltenden Geldentwertung."

222) Die Auslandsabhängigkeit und ihre Bedeutung für die Zahlungsbilanz

aaa) Ausfuhr

Die warenmäßige Ausfuhrstruktur läßt deutlich auf eine starke Reagibilität der griechischen Exporte schließen. Im Jahre 1957 entfielen auf tierische Produkte, Agrarerzeugnisse, Gartenbauerzeugnisse, Ölfrüchte, Spirituosen und Baumwolle wertmäßig rund 85 v.H. der griechischen Gesamtausfuhr, davon auf Tabak allein 40 v.H. In den genannten Wirtschaftsbereichen betrug die Ausfuhrquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) nahezu 80 v.H.[1] Allein die Exporte der beiden Warengruppen "Tabak" und "Rosinen" bestritten in den Jahren 1951 - 1953 annähernd 60 v.H. der Gesamtausfuhr.[2]

Über die Warenstruktur im einzelnen gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Tabelle 40

Anteile einzelner Warengruppen an der Gesamtausfuhr Griechenlands 1951 - 1956 (in v.H.)

Warengruppe	1951	1952	1953	1956
Tabak	40,5	46,0	40,4	30,8
Rosinen	16,9	17,7	17,2	12,9
Olivenöl und Oliven	3,7	2,6	4,0	2,0
Harz und Terpentin	3,6	2,8	3,3	3,4
Baumwolle	5,4	3,0	3,1	13,7
Mineralerze	7,0	9,0	7,2	8,4
andere Waren	22,9	18,9	24,8	28,8

Quellen: Bank of Greece: "Monthly Statistical Bulletin", lfd. sowie Statistical Yearbook of Greece, lfd.

---

1) Vgl. auch Bundesstelle: Exportmarkt, a.a.O., S. 3 sowie B. Sweet Escott, a.a.O., S. 147

2) Vgl. F. v. Bismarck-Osten, a.a.O., S. 303: "Alles in allem beherrschen aber noch die alten griechischen Standardgüter Tabak, Korinthen, Wein, Oliven, Olivenöl das Exportbild."

Das starke Übergewicht landwirtschaftlicher Produkte innerhalb der Gesamtausfuhr und die Konzentration des Exports auf nur einige wenige Agrarerzeugnisse gestalten die griechische Exportlage außerordentlich labil. Dies nicht nur wegen der relativ starken Preisschwankungen, denen diese Waren auf dem Weltmarkt unterworden waren, sondern auch infolge der in einer Reihe ihrer industriellen Abnehmerländer betriebenen protektionistischen Einfuhrpolitik auf dem Agrarsektor.[1] Die für den griechischen Export typischen Waren Tabak und Rosinen stehen darüberhinaus in scharfem Wettbewerb mit den Erzeugnissen anderer Länder. Hinzu kommt weiterhin, daß die Absatzbedingungen dieser klassischen Exportprodukte Griechenlands nicht nur ökonomisch determiniert sind, sondern Geschmackswandlungen unterliegen.[2]

bbb) Einfuhr

Auch die warenmäßige Einfuhrstruktur Griechenlands zeigt die typischen Merkmale eines Entwicklungslandes, nämlich einen hohen Anteil von Gütern, die dem Industrialisierungsprozeß dienen (Maschinen, Metallwaren, Fahrzeuge, industrielle Rohstoffe)[3], gleichzeitig aber auch

---

1) Vgl. UNO,ECE: Report of the Expert Group, a.a.O., S. 8

2) So konnte z.B. beim Tabak eine Geschmacksverlagerung zuungunsten der griechischen Tabake und zugunsten der Virginia-Tabake festgestellt werden. - Vgl. K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland, a.a.O., S. 26: "Die für die griechischen Erzeugnisse ungünstige Entwicklung der Weltmarktpreise erschwert die Förderung des Absatzes der klassischen Exportprodukte wie Tabak und Trockenfrüchte ... Gerade der griechische Tabak leidet unter den Veränderungen des Geschmacks."

3) Vgl. F. v. Bismarck-Osten, a.a.O., S. 293: "Die geographische Konzentration der Industrie in den Hafenstädten, insbesondere in Athen-Piräus, erklärt sich aus der hohen Einfuhrabhängigkeit der griechischen Industrie hinsichtlich der Roh- und Brennstoffe, die mit geringen Ausnahmen auf dem Seewege in das Land gelangen."

einen hohen Anteil von Nahrungsmitteln.[1)]

Tabelle 41

Anteile einzelner Warengruppen an der Gesamteinfuhr Griechenlands 1952 - 1956 (in v.H.)

Warengruppe	1951	1953	1954	1956
Kohle	0,5	1,9	2,1	1,0
Erdölprodukte	12,6	13,8	11,2	9,2
Maschinen und Metallwaren	14,4	10,2	14,7	10,8
pharmazeutische und chemische Produkte	6,3	8,7	10,3	7,1
Nahrungsmittel	25,2	22,6	17,2	29,1
Papier und Pappe	2,6	3,2	3,2	2,7
industrielle Rohstoffe	14,1	13,1	14,0	15,9
Fahrzeuge	3,1	2,6	4,5	4,6
Häute und Felle	2,8	1,8	1,6	1,0
Nutzholz	2,4	2,3	3,8	3,4
andere Waren	16,0	19,8	17,4	15,2

Quellen: Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, lfd. sowie Statistical Yearbook of Greece, lfd.

Die im Rahmen der Entwicklungsförderung betriebene Einfuhrpolitik mußte vor allem folgende Ziele im Auge haben:

a) Verringerung der Einfuhrabhängigkeit in einem für die Durchführung des Entwicklungsprozesses vertretbaren Maße;

b) Sicherung der Einfuhrquellen im Ausland durch eine liberale Handelspolitik.[2)]

---

1) Neuere statistische Angaben über den Einfuhranteil am Gesamtverbrauch liegen nicht vor. Bereits vor dem Kriege war der Grad der Einfuhrabhängigkeit bei gewerblichen Erzeugnissen relativ hoch. Er betrug im Jahre 1938 30 v.H. Vgl. F. v. Bismarck-Osten, a.a.O., S. 273

2) Vgl. K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland, a.a.O., S. 30

Nur unter Beachtung dieser beiden Grundsätze konnte es gelingen, die Einfuhr auf ein Maß zu reduzieren, das gleichzeitig den Belangen der Handelsbilanz (Abbau des Passivsaldos) und dem Hauptziel "Entwicklungsförderung" (Sicherung eines bestimmten Importanteils für Nahrungsmittel und Investitionsgüter) Rechnung trug.

ccc) Handelsbilanz

Eine Analyse der griechischen Handelsbilanzposition über einen längeren Zeitraum vor der Abwertung im April 1953 zeigt eine chronische Passivität.

Tabelle 42

Die Entwicklung der griechischen Handelsbilanz 1931/38 und 1946/52 (Mill. US-$)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß	Ausfuhr in v.H. der Einfuhr
1931/38 x)	118,1	70,9	47,2	60,1
1946	383,0	40,3	342,7	10,5
1947	387,0	77,3	309,7	19,8
1948	553,0	94,0	459,0	17,1
1949	409,6	114,9	294,7	28,0
1950	428,2	90,4	337,8	21,0
1951	398,3	101,6	296,7	25,5
1952	346,3	119,9	226,4	34,6

x) Jahresdurchschnitt

Quellen: League of Nations: Statistical Year Book, lfd. Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics

Hinsichtlich der Zahlungsbilanz konnte vor dem Kriege das Defizit im Warenverkehr durch einen Überschuß in der Dienstleistungsbilanz ausgeglichen werden. Die Aktiva der

Dienstleistungsbilanz setzten sich zusammen aus Einkünften der griechischen Emigranten im Ausland, die ins Mutterland transferiert wurden, Erträgen aus dem ausländischen Touristenverkehr und Einnahmen aus dem Schiffsverkehr der griechischen Flotte. Alle drei Einnahmearten haben jedoch nach dem Kriege stark an Bedeutung verloren.[1)]

Bei verstärktem Inflationsdruck im Inland, einer sich immer mehr verschlechternden Exportsituation und einem anhaltenden Importsog führte die geschilderte Entwicklung in den Jahren 1947 bis 1953 zu einer immer stärker werdenden Passivierung der Zahlungsbilanz.[2)] Zusammen mit der £-Sterling-Devalvation im September 1949 wurde auch die griechische Drachme um 33,3 Prozent abgewertet. Eine gewisse Verbesserung der Handelsbilanzsituation war nach dieser Maßnahme unverkennbar. Während nämlich die Gesamteinfuhr im Jahre 1949 gegenüber dem Vorjahr von 553 Mill. auf 410 Mill. US-$ sank, stieg die Gesamtausfuhr im gleichen Zeitraum von 94 auf 115 Mill. US-$.[3)] Bereits im Jahre 1950 verschlechterte sich die Handelsbilanz erneut; dies war vor allem auf eine Lockerung der internen Finanz- und Kredit- und einer den Marktverhältnissen zuwiderlaufenden Subventionierungspolitik zurückzuführen, die im Interesse einer Förderung des gesamtwirtschaftlichen

---

1) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 38

2) Vgl. F. v. Bismarck-Osten, a.a.O., S. 86: Die Chancen, wenigstens durch eine Aktivierung der Handelsbilanz zu einer Verbesserung der Zahlungsbilanz beizutragen, schienen in der Zeit vor der Abwertung kaum günstig: "Die Zahlenreihen der Ein- und Ausfuhr nach dem Kriege laufen derart auseinander, daß auch bei drastischer Kürzung der Einfuhr keine Aussicht zu bestehen scheint, das Vorkriegsverhältnis von 7:10 (Export zu Import) jemals wiederherzustellen."

3) Vgl. Tabelle 42 auf S. 257

Wachstums angewendet wurden. "Die grundlegende Ursache für die Instabilität in Griechenland war die ständige Schöpfung neuer Kaufkraft: die Träger der Wirtschaftspolitik waren der Auffassung, daß die Kreditpolitik liberal zu handhaben sei, um nicht das Wachstum der Produktion und die Erhöhung der Produktivität zu stören."[1)]

ddd) Kapitalimport

Die Notwendigkeit eines Kapitalimports in Griechenland ergibt sich aus dem Vorhergesagten fast mit logischer Konsequenz. Die ungeheuren Kriegszerstörungen erforderten einen Kapitalaufwand, den Griechenland aus eigener Kraft nicht erbringen konnte. "Bereits Ende 1944 setzte daher die Sach- und Finanzhilfe der UNRRA und anderer karitativer Organisationen, später der American Mission for 'Aid of Greece' ein, die bis Mitte 1948 einen Wert von mehr als 1 Mrd. Dollar erreichte."[2)] Unter den für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellten Mitteln sind vor allem auch die Marshall-Plan-Gelder zu nennen.[3)] Aber nicht allein die Beseitigung der Kriegsschäden erforderte eine finanzielle Hilfe, sondern vor allem auch die Stützung der Zahlungsbilanz. In gleichem Maße hat sich Griechenland selbst bemüht, ausländisches Privatkapital für die heimische Volkswirtschaft zu interessieren. Durch ein Investitionsgesetz wurden im Jahre 1953 besondere Vergünstigungen für den Transfer von Kapital für den Import von Investitionsgütern sowie für die Durchführung technischer Hilfe des Auslandes gewährt.

Über den Einsatz des ausländischen Kapitals waren sich die Träger der Wirtschaftspolitik allerdings nicht in

---

1) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 142 (Deutsche Übersetzung vom Verfasser)

2) Länderlexikon, a.a.O., S. 1159

3) Vgl. vor allem W. H. Mc Neill: "Greece - American Aid in Action" New York 1957, S. 61

jedem Fall einig. Dieser Tatbestand ist jedoch im Hinblick auf die zahlungsbilanzpolitische Bedeutung der Kapitalimporte nur von untergeordneter Bedeutung. Entscheidend ist, daß Kapital in beträchtlichem Umfang aus dem Ausland herangezogen wurde und damit zum Zeitpunkt seiner Zurverfügungstellung ein gewisses Gegengewicht gegen das chronische Defizit der Handelsbilanz bildete.[1)]

cc) Die Wirkungen der indirekten Wechselkurspolitik

Es war bereits darauf hingewiesen worden, daß die Wiederherstellung des äußeren Gleichgewichts einer Volkswirtschaft nur mit Maßnahmen erfolgen kann, die bei den Entstehungsursachen des Ungleichgewichts ansetzen.[2)] Dies bedeutete auch im Falle Griechenlands die Notwendigkeit, den monetären Liquidisierungstendenzen im Inland entgegenzuwirken, die sich aus der expansiven Handhabung der Notenbankpolitik ergaben. Die Wirtschaftspolitik Griechenlands stand also vor der Alternative, entweder mit Rücksicht auf den Entwicklungsprozeß des Landes eine Politik des "billigen Geldes" weiterzuverfolgen und damit einen immer stärker werdenden Importsog bei sich gleichzeitig verschlechternden Ausfuhrchancen zu riskieren, oder aber eine kontraktive Finanz- und Kreditpolitik einzuleiten, die den inflatorischen Kräften entgegenwirken sollte. Im letzten Fall war durchaus keine Gewähr dafür gegeben, daß uno actu mit der Wiederherstellung des inneren Gleichgewichts auch das äußere zu erreichen

---

1) Vgl. K. H. Pfeffer und I. Schaafhausen: Griechenland, a.a.O., S. 21: "So konnten also erhebliche Kapitalien aus dem Ausland herangezogen werden, doch fehlte es an ihrem planmäßigen Einsatz mit dem Ziel einer Strukturänderung."

2) Vgl. die Abschnitte: "Das Inflationsproblem und seine Bedeutung für die Zahlungsbilanz" sowie "Die Auslandsabhängigkeit und ihre Bedeutung für die Zahlungsbilanz" S. 14 ff. unserer Ausführungen.

war.[1] Wenn sich die griechische Regierung trotzdem im Jahre 1952 entschloß, einen schärferen kreditpolitischen Kurs zu steuern, so zeigt dies, daß sie die Ursachen des Zahlungsbilanzungleichgewichts richtig diagnostiziert hatte. Die zur Anwendung gelangten Maßnahmen waren folgende:

a) Einleitung einer selektiven Kreditpolitik, also einer gezielten differenzierenden Notenbankpolitik.[2]

b) Anwendung einer restriktiven Finanzpolitik, u.a. die Einführung von Importsteuern.[3]

c) Aufstellung einer Art "volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung".[4]

Die gleichgewichtsfördernden Wirkungen der eingeleiteten kontraktiven Notenbank- und Finanzpolitik waren nicht zu verkennen. Die Importe gingen kräftig zurück. Immerhin stieg der durch die Ausfuhr gedeckte Teil der Einfuhr von 26 v.H. im Jahre 1951 auf 35 v.H. im Jahre 1952.[5]

---

1) Vgl. S. 57 ff. unserer Ausführungen über die Antinomie zwischen innerem und äußerem Gleichgewicht. - Daß diese Antinomie in Griechenland vorhanden war, ergibt sich aus der starken Auslandsabhängigkeit der Agrarwirtschaft und der vorwiegend agrarischen Ausfuhrstruktur des Landes. Diese Faktoren beeinflußten über Schwankungen der Exporterlöse in so starkem Maße die inländische Geldmenge, daß die Notenbank gegen diese "von außen" wirkenden Faktoren machtlos war. Sie konnte zwar einen Beitrag zur Herstellung des inneren Gleichgewichts leisten, aber nicht hoffen, damit auch gleichzeitig die Zahlungsbilanz auszugleichen.

2) Vgl. S. 83 ff. unserer Ausführungen über selektive Kreditpolitik.

3) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 42

4) Ebenda, S. 42

5) Vgl. Tabelle 42 auf S. 257

Auch binnenwirtschaftlich gesehen waren die Wirkungen der kontraktiven Geldpolitik als positiv zu bewerten: der Preisindex für die Lebenshaltung stieg nicht mehr so stark wie früher.[1] In einzelnen Wirtschaftsbereichen waren sogar Preiseinbrüche zu verzeichnen. Diese Wirkungen waren vor allem auf

a) die Auflösung von Lägern,

b) die erhöhte Produktion in der Landwirtschaft[2],

c) die psychologischen Wirkungen der Stabilisierungspolitik[3]

zurückzuführen.

Offen bleibt die Frage, ob durch die Verschärfung des notenbankpolitischen Kurses der gesamtwirtschaftliche Entwicklungsprozeß negativ beeinflußt wurde. Ein Vergleich des Brutto-Sozialprodukts Griechenlands im Jahre 1952 mit dem des Jahres 1951 zeigt ein wesentlich verlangsamtes Wachstum und die Bruttoinvestitionen lagen um 27 Prozent niedriger. Der Produktionsindex bewegte sich im Jahre 1952 unter dem Stand des Vorjahres.[4]

---

1) Vgl. Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, lfd.

2) Vgl. B. Sweet-Escott, a.a.O., S. 5

3) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 47

4) In besonders starkem Maße wurde die Textilindustrie betroffen; ein erheblicher Beschäftigungsrückgang war die Folge. Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 48

Tabelle 43

Griechenland: Preise, Produktion, Sozialprodukt und Konsum 1949 - 1956 (1951 = 100)

Jahr	Prod. Index Land-,Forst- und Fischw.	Privater Konsum	BSP zu Marktpreisen	Index der Großhandelspreise
1949	95,4	76	79	82
1950	83,4	91	90	99
1951	100,0	100	100	100
1952	94,0	106	102	99
1953	121,1	128	122	116
1954	118,1	145	137	130
1955	125,0	158	148	139
1956	128,5	.	.	150

Quellen: Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin, lfd. - OEEC: National Statistics of National Product and Expenditure, lfd.

Die Wirkungsanalyse der in Griechenland angewandten finanz- und kreditpolitischen Maßnahmen (indirekte Wechselkurspolitik) läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß zwar der Preisauftrieb gebremst, die Störungen für den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß im allgemeinen und für den Produktionsprozeß im besonderen jedoch beträchtlich waren, und zwar vorwiegend wegen der generellen, nicht differenzierenden Wirkungsweise des notenbankpolitischen Instrumentariums.

dd) Die Ziele der Abwertung

Die Frage, ob mit der oben geschilderten kontraktiven Finanz- und Kreditpolitik das Ziel "äußeres Gleichgewicht" erreicht wurde, muß somit verneint werden: die Diskrepanz zwischen Binnen- und Außenwert der griechischen Drachme war bestehen geblieben. Diese Diskrepanz war aber nicht allein binnenwirtschaftlich zu begründen, sondern sie war zurückzuführen auf die ungünstige Exportentwicklung Griechenlands. Die Verbesserung der

Absatzlage griechischer Waren entzog sich naturgemäß der Beeinflussung durch interne notenbankpolitische Maßnahmen. Eine weitere Verschärfung des kreditpolitischen Kurses war aus wachstumspolitischen Gründen auch nicht mehr vertretbar.[1] Damit war die am 9. April 1953 durchgeführte Abwertung von 15.000 Drachmen/US-$ auf 30.000 Drachmen/US-$ klar begründet: Die Möglichkeiten einer Wiederherstellung des äußeren Gleichgewichts durch interne geldpolitische Maßnahmen waren vorerst ausgeschöpft, ausschließlich eine Abwertung konnte nunmehr noch die "von außen" der griechischen Volkswirtschaft aufgezwungene ungünstige Handelsbilanzposition beseitigen. Der griechische Wirtschaftsminister führte dazu wörtlich aus: "Viele werden vielleicht fragen, warum denn 5 Monate vergangen sind, bevor wir diese Maßnahme durchführten. Der Grund liegt darin, daß die Maßnahme im richtigen Moment getroffen werden mußte, sonst wäre sie mißlungen und hätte katastrophale Folgen gehabt. Die Politik der letzten 15 Monate war unbegreiflich, denn sie führte zur Drosselung der Wirtschaft. Jedoch die Bemühung, die Drachme dem Dollar anzupassen, war unbedingt erforderlich, weshalb wir diese Maßnahme trotz aller Beschwerden und Einwendungen durchgeführt haben."[2]

---

1) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 49: "For economic social and political reasons, the elimination of these discrepancies (zwischen Binnen- und Außenwert der Währung, der Verf.) by a vigorous deflationary policy was practically impossible. The only way to eliminate them was through an outright devaluation of the currency."

2) Vgl. S. Markezinis: "Die Wirtschaftspolitik unter der Regierung Marschall Papagos" in: Die Rundfunkansprachen des Ministers für wirtschaftliche Koordination, staatliche Pressestelle Griechenlands, Hamburg 1953, S. 9

Die Korrektur des griechischen Wechselkurses im Sinne einer Abwertung muß sowohl unter binnen- wie außenwirtschaftlichen Aspekten gesehen werden:

a) außenwirtschaftliche Ziele
(äußeres Gleichgewicht)

11) Infolge der Überbewertung der Drachme wurden Waren importiert, die im Inland unter komparativen Kostenvorteilen hergestellt werden konnten. Mit der Abwertung versuchte man, die Angleichung des inländischen Preis- und Kostenniveaus an das ausländische zu erreichen.[1)]

22) Die Exporte von aktuellen und potentiellen Ausfuhrgütern wurden durch die Überbewertung der heimischen Währung erschwert. So war es z.B. Griechenland nicht in dem Umfange gelungen, an der allgemeinen Zunahme des Welttabakkonsums nach dem II. Weltkrieg so zu partizipieren, wie es seiner Stellung als einer der wichtigsten Tabakerzeuger entsprochen hätte.[2)] Die Abwertung hatte also zum Ziel, einen Teil der "potentiellen" Exportgüter zu "aktuellen" Ausfuhrgütern zu machen.

---

1) Vgl. Punkt 3) der Kennzeichnung des Gleichgewichtswechselkurses S. 52 unserer Ausführungen. - Welche Schwierigkeiten bei der Wahl des Abwertungssatzes entstehen, war bereits in einem früheren Zusammenhang dargestellt worden. Vgl. S. 53 ff. unserer Ausführungen. Auch in Griechenland war man sich über die Höhe des Abwertungssatzes nicht im klaren, da es an statistisch einwandfreien Elastizitätskoeffizienten mangelte. Aus Sicherheitsgründen hat man daher den Abwertungssatz höher gewählt, als es nach dem Unterschied im in- und ausländischen Preis-Kostengefüge erforderlich gewesen wäre. Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 51

2) Ebenda, S. 50

b) binnenwirtschaftliche Ziele

(inneres Gleichgewicht)

11) Die Überbewertung der Drachme hatte zur Folge, daß im Inland nur so viel produziert wurde, wie zur Deckung des Inlandsverbrauches erforderlich war. Eine Ausdehnung der Produktion war trotz vorhandener technischer Möglichkeiten wirtschaftlich nicht interessant genug, weil die Exportgüter im Verhältnis zu den Inlandsgütern zu gering bewertet wurden.[1)]

22) Die Wiederherstellung eines den internationalen Kaufkraftparitäten entsprechenden Verhältnisses zwischen in- und ausländischen Preisen diente einer "Entzerrung" der Einkommenstruktur und einem Abbau der Subventionen, die eine ständige inflatorische Gefahr bildeten.[2)]

ee) Die Auswirkungen der Abwertung

111) Handelsbilanz

An früherer Stelle ist hervorgehoben worden, daß eine Abwertung in Entwicklungsländern durchaus nicht immer zu einer "normalen Reaktion" der Leistungsbilanz im Sinne des Abbaus eines Passivsaldos oder der Bildung eines Aktivsaldos führen muß.

---

1) Somit diente die Abwertung neben anderen Zielen auch einer Beeinflussung der Produktionsstruktur, und zwar nicht nur im Export-, sondern auch im Inlandsinteresse. Vgl. S. 47 ff. unserer Ausführungen.

2) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 51: "Such a development (die Abwertung; der Verf.) would, in turn set in motion throughout the economy automatic mechanism, which would contribute to economic and financial equilibrium and hence to further economic growth."

Numerisch kann auf die Elastizitätskoeffizienten der einzelnen griechischen Ausfuhrprodukte wegen Fehlens statistischer Daten nicht eingegangen werden. Es darf aber angenommen werden, daß das Angebot einer Reihe von Ausfuhrprodukten Griechenlands auf Preis- (Wechselkurs-) Änderungen unelastisch reagierte. Dies galt sowohl für Tabak, dessen Anbau und Wachstum eine gewisse Zeit erfordert, wie auch für Wein, Oliven und sonstige Früchte. Für die Weltnachfrage darf folgendes festgestellt werden: Bei den wichtigsten Ausfuhrerzeugnissen mit Ausnahme von Tabak ist der Anteil Griechenlands an der Weltproduktion so gering, daß die Weltnachfrage nach diesen Produkten auf Preis- (Wechselkurs-)Änderungen elastisch reagieren dürfte.

Die Importnachfrage im Inland selbst darf wegen des hohen Anteils von lebenswichtigen Konsumgütern und für den Entwicklungsprozeß wichtigen Investitionsgütern mit einem Koeffizienten von kleiner als eins angenommen werden.

Tabelle 44

Griechenland: Entwicklung von Ein- und Ausfuhrmengen 1951 - 1956 (1951 = 100)

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1951	100	100
1952	125	85
1953	159	78
1954	176	91
1955	193	106
1956	186	122

Quelle: Kingdom of Greece, National Statistical Service: Monthly Bulletin of Statistics, lfd.

Im ganzen gesehen sind damit die dargestellten Elastizitätsverhältnisse geeignet, eine "anomale Reaktion" der Handelsbilanz hervorzurufen.

Wenn trotzdem nach der erfolgten Devalvation der griechischen Drachme im April 1953 von diesem Zeitpunkt an bis Dezember des gleichen Jahres eine Zunahme der Exporterlöse gegenüber dem Zeitraum April bis Dezember 1952 in Höhe von 25 Prozent eintrat, so war dies weniger eine Folge günstiger Angebotselastizitäten im Export als vielmehr der Tatsache zuzuschreiben, daß die Abwertung anfangs zur Auflösung größerer Tabakläger zum Zwecke des Exports beigetragen hat.[1)]

Bei gleichzeitig steigenden Weltmarktpreisen für Tabak konnte dies wegen des hohen Anteils dieses Produktes am griechischen Gesamtexport nicht ohne günstigen Einfluß auf die gesamte Ausfuhrsituation bleiben.

Auf der Importseite waren die Bedingungen für eine Verminderung der Einfuhrnachfrage keinesfalls so positiv. Dies aus folgenden Gründen: Nach der Abwertung wurde eine fast vollständige Liberalisierung des Importhandels mit dem Ziel eingeführt, der privaten Unternehmerinitiative neue Impulse zu geben. Nach den neuen Maßnahmen blieben nur noch 10 Warenkategorien - als "Luxusgüter" bezeichnet - dem Lizenzzwang unterworfen. Gleichzeitig wurden solche Vorschriften beseitigt, die die Durchführung eines Einfuhrgeschäftes nur dann zuließen, wenn der Importeur staatlicherseits anerkannt und registriert war.[2)] Wenn auch alle diese Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt einer Abkehr vom Protektionismus durchaus begrüßenswert erschienen, so waren ihre Auswirkungen der wechselkurspolitischen Zielsetzung im Grunde entgegengerichtet.[3)]

---

1) Vgl. "Die griechischen Zahlungsbilanzprobleme" in: Neue Zürcher Zeitung, 176 Jg. (1955), Nr. 62 vom 4. März 1955

2) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 65

3) Eine weitere Wirkung der Abwertung sei hier hervorgehoben, da sie von genereller Bedeutung für Entwicklungsländer zu sein scheint: die Steigerung des Importbedarfs von Investitionsgütern und Rohstoffen, deren Produktion im Inland nicht ausreichte, um den Bedarf der durch die Abwertung geförderten Exportindustrien zu decken.

Immerhin läßt sich feststellen, daß das Zahlungsbilanzdefizit Griechenlands im Wirtschaftsjahr 1953/54, also nach der Abwertung, 22 Mill. US-$ gegenüber 46 Mill. US-$ im Wirtschaftsjahr 1952/53 betrug.

Tabelle 45

Leistungsbilanz Griechenlands 1952 - 1955

(in Mill. US-$)

Position	1952/53	1953/54	1954/55
Einfuhr	230,1	251,4	351,3
Ausfuhr	115,8	137,1	174,4
Handelsbilanz	- 114,3	- 114,3	- 176,9
Unsichtbare Einnahmen	93,9	123,0	156,2
Unsichtbare Aufwendungen	26,0	30,7	35,6
Dienstleistungsbilanz	+ 67,9	+ 92,3	+ 120,6
Leistungsbilanz	- 46,4	- 22,0	- 56,3

Quellen: United Nations: Balance of Payment Yearbook lfd. sowie "Industriekurier" vom 22. September 1955

Aus diesen Ziffern ist ersichtlich, daß bereits 1954/55 eine erneute drastische Erhöhung der Einfuhren bei weniger stark steigenden Ausfuhren und damit eine erneute Verschlechterung der Handelsbilanz eintrat. Hinsichtlich des Zieles "äußeres Gleichgewicht" kann daher kaum von einem durchgreifenden und langfristigen Erfolg der Abwertung gesprochen werden.

222) Terms of Trade

Auch eine Analyse der Terms of Trade Griechenlands zeigt keinen Erfolg der Abwertung im Jahre 1953.

Tabelle 46

Griechenland: Terms of Trade

Jahr	Preisindex Export	Preisindex Import	Terms of Trade
	(1951 = 100)		
1951	100	100	100
1952	94	102	93
1953	141	154	92
1954	170	182	94
1955	187	182	103
1956	201	191	105

Quelle: Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin lfd.

Obwohl die Abwertung der griechischen Drachme bereits im ersten Quartal des Jahres 1953 erfolgte, trat in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr - wie die vorstehende Tabelle zeigt - eine Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses ein. Dies dürfte der Ausdruck dafür gewesen sein, daß der auch weiter anhaltende inflatorische Prozeß im Inland einen so starken Importsog induzierte, daß die Einfuhrpreise schneller als die Ausfuhrpreise stiegen. Erst ab 1954 gelang es, das reale Austauschverhältnis Griechenlands zu seinem eigenen Nutzen zu verbessern.

333) Preisniveau

Vor der Abwertung war man sich in Griechenland klar darüber, daß sich infolge einer durch die Abwertung ergebenden Verteuerung der Importwaren ein allgemeiner Anstieg des binnenländischen Preisniveaus nicht vermeiden lassen würde. Die Schätzungen über den durch die Devalvation induzierten Anstieg der Lebenshaltungskosten bewegten sich etwa um 20 v.H.[1] Der effektive Anstieg der Lebenshaltungskosten ist aus nachfolgender Zusammenstellung ersichtlich.

---

1) Vgl. M. Goudes: "The Readjustment of the Rate of Exchange" zitiert bei E. A. Eliades, a.a.O., S. 58

Tabelle 47

Griechenland: Prozentuale Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung gegenüber dem jeweiligen Vorjahrsmonat (Athen)

vor der Abwertung:			nach der Abwertung:				
1953			1953				
Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
± 0	- 2	- 2	- 1	+ 3	+ 9	+ 12	+ 16

Quelle: Kingdom of Greece, National Statistical Service, Monthly Statistical Bulletin, lfd.

Da bei der Betrachtung des Wirtschaftsablaufs in der Praxis keine ceteris-paribus-Analyse möglich ist, stößt es naturgemäß auch im vorliegenden Fall auf Schwierigkeiten, die Auswirkungen der Devalvation von April 1952 getrennt von gleichzeitig wirkenden anderen Einflüssen darzustellen. Es ist jedoch mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die nach der Abwertung eingetretenen inländischen Preiserhöhungen stärker ausgeprägt gewesen wären, wenn nicht folgende Maßnahmen gegen die von der Abwertung ausgehenden Preisauftriebstendenzen getroffen worden wären:

a) Auflösung von Lagervorräten durch die Regierung, die das Angebot erhöhten;

b) die Subventionierung der Importpreise von "essentials";

c) temporäre Erhebung von Exportsteuern auf Baumwolle, Reis und Olivenöl; diese Produkte wurden dringend für den inländischen Konsum benötigt.

Hinzu kamen eine Reihe unterstützender (kontraktiv wirkender) kredit- und finanzpolitischer Maßnahmen, wie u.a. Begrenzung des gesamtwirtschaftlichen Kreditvolumens auf dem gegebenen Stand.

d) Abschöpfung der "windfall profits" bei den Exporteuren, die dadurch entstanden, daß die Exportkontrakte zum alten Kurs getätigt, jedoch zum neuen bezahlt wurden.[1)]

Im ganzen läßt sich daher sagen, daß nicht nur die Abwertung gegenüber der eingeleiteten restriktiven Finanz- und Kreditpolitik eine Ergänzungsfunktion im Hinblick auf die Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts erfüllte, sondern die Finanz- und Kreditpolitik ihrerseits dazu beitrug, gleichgewichtsstörende Wirkungen der Abwertung innerhalb der Binnenwirtschaft abzumildern oder zu beseitigen.

444) Produktionsstruktur

Während die kontraktive Notenbankpolitik in dem Intensitätsgrad, in dem sie vor der Abwertung im April 1953 angewendet wurde, für den gesamten Produktionsprozeß schädliche Auswirkungen hervorrief, so waren im Gegensatz dazu die Wirkungen der Abwertung auf die Produktion positiv. Dies zeigt die Entwicklung des Produktionsindex, der nach der Abwertung in bemerkenswerter Weise anstieg.

Tabelle 48

Griechenland: Prozentuale Veränderung des Produktionsindex gegenüber dem jeweiligen Vorjahrsmonat

vor der Abwertung:			nach der Abwertung:				
1953			1953				
Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
- 1	- 4	- 2	+ 3	+ 9	+ 12	+ 17	+ 20

Quelle: Kingdom of Greece, National Statistical Service Monthly Statistical Bulletin, lfd.

1) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 53 ff.

Ein Teil dieses Produktionsanstiegs wird sicherlich psychologisch und spekulativ bedingt gewesen sein. Im ganzen gesehen darf jedoch angenommen werden, daß die Abwertung langfristig den Anreiz für die Vornahme von Erweiterungsinvestitionen sowie einer besseren Ausnutzung der Kapazitätsreserven geschaffen und damit wesentlich zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität beigetragen hat.[1)]

3. Wechselkursdifferenzierung in Thailand

Mit dem Länderfall "Thailand" wird der empirische Teil dieser Arbeit abgeschlossen. Damit hat sich der Verfasser an den Aufbau im systematischen Teil der Arbeit angelehnt, in dem ebenfalls die Wechselkursdifferenzierung als "letztes Glied in der Kette der Wechselkurspraktiken" behandelt wurde. Dieses Vorgehen findet, wie bereits angedeutet, seine Berechtigung darin, daß sich eine Art der Wechselkurspolitik logisch aus der anderen entwickeln muß, wenn die Träger der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern einen optimalen wechselkurspolitischen Effekt erzielen wollen. Die Wechselkursdifferenzierung stellt aber in ihrer Kombination verschiedener Arten der Wechselkurspolitik nicht nur die logische Konsequenz der vorher behandelten Arten dar, sondern sie ist aufgrund ihrer s e l e k t i v e n und ihrer k o m b i n a t o r i s c h e n Wirkungsweise aus der

---

1) Vgl. E. A. Eliades, a.a.O., S. 64

Entwicklungsproblematik selbst heraus erklärbar.[1)]

1) Diese Auffassung wird expressis verbis von E.R.Schlesinger vertreten, der ausführt: "Although this special form of exchange control has, to be sure, also been put to use by such western european industrial countries as France and Italy, its utilization by more than half of the twenty Latin American republics - and by such widely differing countries as Greece, Indonesia, Israel, Libanon, Spain and Thailand - suggests that modern multiple exchange rate systems are particularly suited to the economic structures and problems of low per capita income countries whose international trade consists essentially of exchanging exports of primary products for imports of capital equipment and other manufactures goods." Vgl. E. R. Schlesinger: a.a.O., S. 1 (Sperrung vom Verfasser) - Der gleichen Auffassung wie E. R. Schlesinger ist Shu Chin Yang: "Multiple Exchange rates have been widely resorted to during the postwar years, mostly in underdeveloped primary exporting countries." Vgl. Shu Chin Yang, a.a.O., S.IX (Sperrung vom Verfasser) - Nicht so akzentuiert in der Form, doch in der Sache mit den vorgenannten Autoren übereinstimmend ist R. F. Mikesell der Auffassung, daß die Motive für die Einführung differenzierter Wechselkurse die gleichen sind wie die, aus denen heraus andere als Gleichgewichtswechselkurse festgesetzt und aufrechterhalten werden. Vgl. R. F. Mikesell: Foreign Exchange, a.a.O., S.170ff. Die Gründe, die eine solche Abweichung vom Gleichgewichtswechselkurs erzwingen können, wurden bereits im Abschnitt: "Das äußere Gleichgewicht" (S. 51ff.) untersucht. Während somit auch R. F. Mikesell das Ziel einer Wechselkursdifferenzierung in einem (durch den Entwicklungsprozeß erzwungenen oder freiwilligen) Abgehen vom Gleichgewichtswechselkurs erblickt, vertritt W. Spathelf eine andere Meinung, indem er darauf hinweist, daß es sich bei der "Kursdurchbrechung" (Einführung differenzierter Wechselkurse) um ein "volles Eingeständnis der Unwahrheit der fixierten Kursparität handelt, ... wobei als Ziel die Auffindung eines wahren Gleichgewichtskurses verfolgt wird". Vgl. W. Spathelf, a.a.O., S. 34 - Ohne Bezugnahme auf die Entwicklungsproblematik behandelt E. Schneider die Wechselkursdifferenzierung nach handels-, währungs-, finanzpolitischen sowie administrativen Kriterien. Aber auch die durch ihn gewonnenen Ergebnisse haben eine mittelbare Beziehung zu den hier unter der Blickrichtung des Entwicklungsprozesses gemachten Ausführungen. Vgl. Egon Schneider: Wechselkurse, a.a.O., S. 1ff. Die Beantwortung der sich aus der gegensätzlichen Auffassung von W. Spathelf und R. F. Mikesell ergebenden Frage, ob man in unentwickelten Ländern, die sich mehr oder weniger alle einem externen Ungleichgewicht gegenübersehen, den Gleichgewichtswechselkurs als Ziel bewußt vernachlässigt oder nicht, ist hier nur von sekundärer Bedeutung. Kein Entwicklungsland wird den Gleichgewichtswechselkurs um seiner selbst verwirklichen und ihm einen absoluten Wert beimessen wollen. Es wird diesen Wechselkurs nur dann anstreben, wenn seine Auswirkungen nicht im Widerspruch zur Entwicklungsförderung stehen und den außenwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen. - Zum Gesamtproblem vgl. auch den Aufsatz "Why multiple Exchange Rates?" o.V. in: Foreign Trade Vol. 12 (1952), Nr. 302 vom 11. Oktober 1952, S. 25

Das Länderbeispiel "Thailand" eignet sich in vorzüglicher Weise für die Beweisführung der vom Verfasser aufgestellten Behauptung einer unmittel- oder mittelbaren Beziehung zwischen Wechselkursdifferenzierung und Entwicklungsproblematik sowie des Charakters der Wechselkursdifferenzierung als Kombination und Weiterentwicklung der vorher systematisch-theoretisch und empirisch-statistisch behandelten Wechselkurspraktiken.

Der letztere Tatbestand wird anhand der an diesem Länderbeispiel durchzuführenden Wirkungsanalyse näher erläutert werden; die erstgenannte Beziehung wird in den im folgenden darzustellenden "Kriterien eines Entwicklungslandes" deutlich.[1)]

aa) Kennzeichen eines Entwicklungslandes

111) Primärproduktion

Die Tatsache, daß der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei und des Bergbaus am Bruttosozialprodukt Thailands rund 60 v.H. beträgt, dagegen das verarbeitende Gewerbe nur rund 13 v.H. (1950), läßt erkennen, in wie starkem Maße die Primärproduktion in der thailändischen Volkswirtschaft dominiert.

---

1) Ein Beitrag über die Entwicklungsprobleme Thailands ist auch enthalten in der Sonderbeilage des Handelsblatt Jg. 10 (1955), Nr. 94 vom 15. August 1955, S. 6

Tabelle 49

Thailand: Anteile einzelner Wirtschaftsbereiche am Bruttosozialprodukt 1947 und 1950

(in v.H.)

Wirtschaftsbereich	1947	1950
Land, Forstwirtschaft und Fischerei	60,3	57,2
Bergbau	0,2	1,5
verarbeitendes Gewerbe und Bauwirtschaft	10,4	13,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Versorgungsbetriebe	1,3	1,3
Handel	15,3	15,1
öffentlicher Sektor und übrige Dienstleistungsbereiche	12,5	11,7

Quelle: Government of Thailand, National Economic Council: Monthly Bulletin of Statistics, lfd.

Bemerkenswert erscheint, daß etwa die Hälfte der Landwirtschaftsproduktion auf Reis entfällt. Die Bereiche der Volkswirtschaft, die an der Reiserzeugung, -verteilung und -weiterverarbeitung beteiligt sind, bestreiten im Durchschnitt etwa 1/3 des Bruttoinlandsproduktes. Der Reisanbau nimmt etwa 90 v.H. der gesamten Anbaufläche Thailands in Anspruch.[1)]

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 4 sowie "Economic Survey of Thailand" o.V. in: Far Eastern Economic Review, Vol. XVII (1954), Nr. 21, S. 662 - Über die Agrar- und Bergbaustruktur Thailands unterrichten u.a. UN ECAFE/FAO: Agricultural Development of Thailand, New York, März 1955 - Government of Thailand: Ministry of Agriculture Thailand and her agricultural Problems, Bangkok (1950) - Government of Thailand, Royal Forest Department: Thailand FAO Progress Report in Forestry, 1951 - 1952 und 1952 - 1954 - S. Y. Lee: "Rice Trade of Thailand" in: Far Eastern Economic Review, Vol. XVI (1954), S. 653 ff. und 689 ff.

222) Bevölkerungswachstum

Nach der Volkszählung vom 24. November 1947 hatte das Land etwa 17,4 Mill. Einwohner.[1] Im genannten Jahr betrug der Anteil der in der Landwirtschaft und Fischerei Beschäftigten an der gesamten Beschäftigtenzahl 85 v.H., während nur etwa 2 v.H. im gewerblichen Sektor und etwa 8 v.H. im Handel tätig waren.[2]

Das Bevölkerungswachstum ist nicht so groß, daß man von einem Überbevölkerungsdruck sprechen könnte; die Bevölkerungsdichte lag mit 35 Menschen pro qkm unter dem Niveau vergleichbarer Entwicklungsländer in Fernost (so z.B. 109 in Indien, 111 in Ceylon, 133 in Korea).[3] Trotz dieser im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern günstigen Ziffern muß damit gerechnet werden, daß sich in den nächsten Jahrzehnten bei Aufrechterhaltung des heutigen Bevölkerungswachstums die Bevölkerungsdichte erheblich vergrößern wird.[4]

---

1) Vgl. The Siam Directory Bangkok 1948, S. 115 - Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 8

2) 1937 gliederte sich die Gesamtbeschäftigung wie folgt:

beruflich Tätige insgesamt	6,8 Mill.	(100 v.H.)
davon		
Landwirtschaft und Fischerei	6,0 "	(88 ")
Handel	0,4 "	(6 ")
Industrie	0,1 "	(1 ")
übrige	0,3 "	(5 ")

Vgl. U. Pachariyangkum: "Die Volkswirtschaft Siams und ihre internationalen Beziehungen" Diss. Bern 1950, S. 13

3) Vgl. United Nations ECAFE: Economic Survey of Asia and the Far East, New York 1950, S. 38

4) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 6

333) Ausnutzung der Produktionsfaktoren

Vor allem zwei Faktoren sprechen dafür, daß die gesamtwirtschaftliche Produktivität bei weitem noch nicht den Grad erreicht hat, der es erlaubt, die Gütererzeugung dem Bedarf anzupassen:

a) Die Bodenbearbeitung ist primitiv und erfolgt mit geringem Kapitaleinsatz. Bei der Kultivierung des Bodens finden vorwiegend Zugtiere Verwendung.[1] Die Bodenausnutzung dürfte daher wesentlich geringer sein als in hochentwickelten Agrarländern (z.B. USA), in denen die Kultivierung des Bodens mit maschinellem Einsatz durchgeführt wird.

b) Das eingesetzte inländische, vor allem auch das ausländische Kapital wird nicht in vollem Umfange einer produktiven Verwendung zugeführt. Man hat festgestellt, daß etwa 60 v.H. der Kapitalimporte durch chinesische Außenhandelsfirmen, die zu einem großen Teil im Lande ansässig sind, absorbiert werden.[2] Der Einsatz dieses Kapitals dient also nicht der Finanzierung von Anlage- und Rationalisierungsinvestitionen in der Landwirtschaft oder im gewerblichen Sektor; er kann daher nicht als "produktiv" im engeren ökonomischen Sinne bezeichnet werden.

---

1) Vgl. Chu-Shin Yang, a.a.O., S. 6: "Farm operation does not depend on power machinery. Fields are cultivated almost entirely by draught animals such as water buffaloes and bullocks. Animals are also used in other activities than regular farm work." - Vgl. auch die instruktive Untersuchung von L. Sharp: "Siamese Rice Village, a preliminary Study of Bang Chan, 1948 - 1949" Bangkok 1953

2) Vgl. S. Yossundara: "A Preliminary Survey of Foreign Investments in Thailand" An Unpublished Paper of the International Monetary Fund, 15. Dezember 1951, zitiert bei Chu-Shin Yang, a.a.O., S. 7

444) Ökonomisch-irrationales Verhalten

Bei diesem Kriterium darf sich der Verfasser - wie bei den vorhergehenden Länderuntersuchungen - unter Verweis auf den hohen Anteil der in Dorfgemeinschaften lebenden ländlichen Bevölkerung (85 v.H.) auf Vermutungen über das ökonomische Verhalten der Wirtschaftssubjekte, seien sie nun Anbieter oder Nachfrager, stützen. Der geringe Bodenertrag, die Primitivität des Anbaus in der Landwirtschaft lassen nicht nur auf ein unelastisches Angebotsverhalten bei einer Reihe von Produkten schließen, sondern in vielen Bereichen muß mit "anomalen Reaktionen" und einem Einsatz der Produktionsfaktoren gerechnet werden, der nicht der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals entspricht. Daher ist zu erwarten, daß im ganzen gesehen der "Marktmechanismus" - wenn von einem solchen in dieser unentwickelten Volkswirtschaft überhaupt gesprochen werden kann - aufgrund ökonomisch nicht erklärbarer Verhaltensweisen nur unvollkommen funktioniert.[1)]

555) Immobilität der Produktionsfaktoren

Die Bodenbeschaffenheit des Landes, die überwiegende Reiskultur und die einseitige Ausrichtung auf einige wenige Bergbauprodukte binden das eingesetzte Kapital und die hier Beschäftigten. Tritt ein Absatzrückgang auf dem Weltmarkt ein und werden in diesen Bereichen Arbeitskräfte "freigesetzt", so können diese nicht - wie in den entwickelten Volkswirtschaften, die sich im Stadium der Vollbeschäftigung befinden - in anderen Bereichen, sei es im verarbeitenden Gewerbe oder

---

1) Einen guten Einblick in das traditionell gebundene Leben der Dorfgemeinschaft der Bevölkerung gibt Ch. Madge: "Village Communities in North East Thailand" Washington 1954 (UNESCO Fundamental Education Centre)

im Handel, eingesetzt werden; sie sind damit als Produktionsfaktoren in diesen nicht verwendbar, also "immobil". Aber auch das ohnehin nur in geringem Maße vorhandene Investitionskapital, das vorwiegend in kleineren Landwirtschaftsbetrieben gebunden ist, kann infolge eines nur mangelhaft entwickelten Bankwesens sowie Geld- und Kapitalmarktes nicht an den Ort seiner produktiven Verwendung gelangen; es verharrt dort, wo es einmal zum Einsatz gelangt ist. Eine Ausrichtung am Zinsniveau oder am Risiko dürfte es kaum geben. Auch hierdurch wird die Mobilität des Kapitals stark herabgesetzt.

666) Kapitaleinsatz

Es war bereits anhand des Kriteriums "Unvollkommen ausgenutzte Produktionsfaktoren" hervorgehoben worden, daß vor allem die Agrarwirtschaft Thailands mit einem im Vergleich zu entwickelten Ländern niedrigen Kapitaleinsatz arbeitet. Der ungeheure Kapitalmangel des Landes, der sich am deutlichsten in der Landwirtschaft manifestiert, aber auch in anderen Bereichen, so vor allem im Verkehrswesen, vorherrschend ist[1], dürfte in erster Linie auf die außerordentlich niedrige Sparneigung der Bevölkerung zurückzuführen sein. Hinzu kommt, daß auch ein größerer Teil der Beträge, die nicht konsumiert, also im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Einkommensgleichung "gespart" werden, kein echtes Sparkapital darstellen, das für Investitionszwecke zur Verfügung steht, da sie gehortet und somit einer gesamtwirtschaftlich produktiven Verwendung entzogen werden. Alle

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 7: "The north east part of the country is still handicapped in adequate rail transport to move its surplus commodities to distant markets." - Vgl. auch United Nations: "Methods of Financing Economic Development in Underdeveloped Countries" New York 1949, S. 47

diese Gründe sind maßgebend für die Tatsache, daß Investition und Konsum in einem auffälligen Mißverhältnis zueinander stehen, welches immer neue Quellen für eine inflatorische Entwicklung bildet.[1)]

777) Pro-Kopf-Einkommen

In einer Volkswirtschaft, die die oben aufgezeigten Kriterien eines "Entwicklungslandes" aufweist, muß das Pro-Kopf-Einkommen weit unter dem hochentwickelter Länder liegen. Im Jahre 1954 betrug das Pro-Kopf-Einkommen Thailands nominell rund 90 US-$. Es lag damit weit unter dem Niveau in den USA, der Schweiz, Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik, trotzdem aber noch höher als in Indien oder Burma, in denen das Pro-Kopf-Einkommen im genannten Jahr noch nicht einmal bei 60 US-$ lag.[2)]

888) Auslandsabhängigkeit

Auf dieses letzte Kriterium, das den Charakter Thailands als Entwicklungsland bestimmt, wird im folgenden Abschnitt im Anschluß an das Inflationsproblem einzugehen sein.

bb) Die wechselkursrelevanten Lageprobleme

111) Das Inflationsproblem und seine Bedeutung für die Zahlungsbilanz

Bereits während des Krieges hatte die inflatorische Entwicklung in Thailand infolge der japanischen Besetzung

---

1) Über die Schwierigkeiten der Kapitalaufbringung im Inland vgl. vor allem: United Nations ECAFE: "Mobilization of Domestic Capital" Report and Documents of the first working party of experts, Bangkok 1952

2) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 9

ein Ausmaß angenommen, das volkswirtschaftlich nicht mehr vertretbar erschien. Dies zeigt die Entwicklung von Großhandelspreisen, Lebenshaltungskosten und Notenumlauf.

Tabelle 50

Thailand: Großhandelspreisindex, Preisindex für die Lebenshaltung und Index des Notenumlaufs 1939/49 (1939/40 = 100)

Jahre	Großhandelspreisindex	Preisindex für die Lebenshaltung	Index des Notenumlaufs
1939/40	100	100	100
1940	147	110	133
1941	194	127	168
1942	215	172	221
1943	271	257	367
1944	354	456	658
1945	.	876	1.041
1946	.	1.040	1.200
1947	1.465	1.214	1.193
1948	1.421	1.211	1.354
1949			
(Juni)	1.358	1.173	1.415
(Aug.)	1.319	1.109	1.415
(Sept.)	1.323	1.129	1.410

Quellen: The National Economic Council: Bulletin of Statistics, lfd. sowie Bank of Thailand: Current Statistics, lfd.

Wie aus dieser Tabelle weiterhin ersichtlich ist, traten nach dem Kriege von Jahr zu Jahr zwar weitere Erhöhungen des Notenumlaufs ein, doch ließ der Preisauftrieb nach.[1)]

1) Vgl. B. R. Shenoy: "The Currency, Banking and Exchange System of Thailand" in: Staff Papers Vol. I (1950/51), S. 293

Dies dürfte im wesentlichen eine Folge des beendeten Kriegszustandes gewesen sein, der eine langsame Erholung der thailändischen Volkswirtschaft und die Wiederaufnahme der Güterproduktion erlaubte.[1)]

Der latente inflatorische Druck innerhalb der thailändischen Volkswirtschaft war damit aber keineswegs beseitigt. Dies blieb eines der Hauptprobleme der Nachkriegswirtschaftspolitik überhaupt.[2)]

Im Jahre 1946 wurde - um den negativen Wirkungen des inländischen Kaufkraftüberhanges auf die Zahlungsbilanz zu begegnen - der thailändische Baht abgewertet. Angesichts des Ausmaßes der Inflation und in Unkenntnis der echten Preis-Kosten-Relation zwischen der thailändischen Volkswirtschaft und dem Ausland, war es außerordentlich schwierig, bei dieser Maßnahme den Gleichgewichtswechselkurs zu ermitteln.[3)] Es darf angenommen werden, daß die Höhe des Abwertungssatzes nicht richtig gewählt wurde und infolgedessen nicht ausreichte, den veränderten Bedingungen der außenwirtschaftlichen Situation Rechnung zu tragen.

---

1) Daß die Beendigung des Preisauftriebs n i c h t Folge einer kontraktiven Finanz- und Kreditpolitik war, geht daraus hervor, daß im betrachteten Zeitraum sowohl der Staatshaushalt ein erhöhtes Defizit aufwies, als auch das Kreditvolumen zunahm. Vgl. hierzu Hamburger Kreditbank: "Thailand. Wirtschaftlicher Lagebericht" o.J., S. 10 - Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 23 - B.R. Shenoy, a.a.O., S. 291

2) Vgl. auch die Untersuchung von P. Ungphakorn und R. Suvarnit: "Fiscal and other measures for combating inflation in Thailand" Bangkok 1951

3) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 27: "To determine an adequate new exchange rate is not an easy task. But since monetary inflation, with the price level rising tenfold, was the dominant factor in upsetting the exchange equilibrium, purchasing power parity, with all its theoretical imperfection, should give reasonable first approximation to an adequate rate."

Angesichts der Ursache des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts, die determiniert war durch eine Diskrepanz zwischen realwirtschaftlichem Angebot und monetärer Gesamtnachfrage im Inland (Inflation), drängt sich die Frage auf, warum nicht durch Einleitung einer kontraktiven Finanz- und Kreditpolitik der Versuch gemacht wurde, das Übel an der Wurzel zu beseitigen. Geht man dieser Frage nach, so stößt man auch hier wieder auf die Unvereinbarkeit einer solchen Politik mit dem Ziel "Entwicklungsförderung".[1] Die Abwertung des Baht ist somit eindeutig erklärbar als Umgehung einer kontraktiven Notenbankpolitik.

222) Die Auslandsabhängigkeit und ihre Bedeutung für die Zahlungsbilanz

aaa) Ausfuhr

Die Gesamtausfuhr Thailands wird durch einige wenige Produkte getragen, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt:

Tabelle 51

Prozentuale Anteile einzelner Waren an der thailändischen Gesamtausfuhr (1938/39, 1948, 1950 und 1952)

Jahr	Reis	Zinn	Kautschuk	Teakholz
1938/39	49	15	13	3
1948	57	15	7	2
1950	59	7	22	2
1952	65	7	15	2

Quellen: Bank of Thailand: Current Statistics, lfd. sowie Department of Customs: Annual Statement of Foreign Trade of Thailand, lfd.

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 33: "... a deflationary policy might have discouraged general recovery in production which was the urgent task ..."

Die Tatsache, daß diese Waren zusammen annähernd 90 v.H. der Gesamtausfuhr bestreiten und ein großer Teil der inländischen Erzeugung dieser Waren exportiert wird, macht deutlich, in wie starkem Maße Preis- und Volumensänderungen in der Ausfuhr der genannten Waren auf die Binnenwirtschaft zurückwirken. Thailand bestritt im Erntejahr 1955/56 etwa 6 v.H. der gesamten Weltreiserzeugung.[1] Sein Marktanteil an der gesamten Welterzeugung ist als relativ niedrig zu veranschlagen, da ein größerer Teil der Produktion im Inland selbst verbraucht wird. Die Weltnachfrage nach thailändischem Reis ist relativ elastisch; denn einmal üben andere Reisproduzenten einen starken Konkurrenzdruck aus, zum anderen ist Reis ein leicht substituierbares Nahrungsmittel.[2] Bei den anderen Hauptausfuhrprodukten Kautschuk und Zinn bestreitet Thailand noch einen geringeren Teil der Welterzeugung, daher besteht praktisch fast keine Möglichkeit einer Preisbeeinflussung.[3] Im ganzen gesehen ist daher die Abhängigkeit Thailands vom Export sehr groß. Die industrielle Expansion des Landes hängt im wesentlichen

---

1) Vgl. "Wirtschaftsdienst" 37. Jg. (1957), S. 716 Indien bestritt im genannten Zeitraum etwa 30 v.H. und Pakistan etwa 10 v.H. der Weltreiserzeugung.

2) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 10 f

3) Ebenda, S. 11: "The position of the Thai economy is vulnerable because of the concentration of exports on a few primary commodities ... Prices of Thai exports have fluctuated sometimes violently. The abrupt movement of the terms of trade, over which Thailand has virtually no controll has influence significantly the Thai economx." - Vgl. Rheinisch-Westfalische Bank: "Thailand (Siam)" September 1952, S. 7 ff.

von der Exportentwicklung der genannten Waren auf dem Weltmarkt ab.[1)]

bbb) Einfuhr

Thailand hat sich in außenpolitischer Hinsicht nach dem II. Weltkrieg eng an die Länder der westlichen Welt, vor allem die USA, angelehnt. Zu diesem Land unterhielt es sehr enge Beziehungen, und es war nur natürlich, daß es bestrebt war, seinen eigenen Lebensstandard an dem der USA auszurichten.[2)] Die nachstehende Aufstellung veranschaulicht, daß die USA ihre Bedeutung in der thailändischen Einfuhr stark vergrößern konnten.

---

1) An diesem Beispiel wird deutlich, daß sich die beiden Ziele "Ausbau der Rohstoffproduktion" und "Industrialisierung" einander nicht notwendigerweise ausschließen müssen, sondern sich auch komplettieren können: der Ausbau der Rohstoffproduktion (Steigerung der Produktivität) und eine Verbesserung der Exportchancen von Rohstoffen bildet über die Erzielung höherer Deviseneinnahmen die Voraussetzung für den Import von Investitionsgütern und damit für den gesamten Industrialisierungsprozeß. Aus der These des einen und der Antithese des anderen ließe sich eine Synthese schaffen. Vgl. Abschnitt "Das langfristige Ziel 'Entwicklungsförderung'". S. 43 ff.

2) R. Nurkse hat dieses Verhalten als "demonstration effect" bezeichnet. Vgl. R. Nurkse: Underdeveloped Countries, a.a.O., S. 58 ff.

Tabelle 52

Einfuhr Thailands nach Gebieten 1937/38 und 1950/52

(in v.H. der Gesamteinfuhr)

Gebiet	∅ 1937/38 in v.H. der Gesamteinfuhr	∅ 1950/52 in v.H. der Gesamteinfuhr
Asien	60,6	51,1
davon:		
Nicht-Sterlg.-Länder	(40,1)	(21,2)
Sterling-Länder	(20,5)	(29,9)
Sterling-Raum außerhalb Asiens	15,0	13,9
USA	6,9	18,1
Kontinentaleuropa	12,8	16,0
übrige	4,7	0,9
Gesamt	100,0	100,0

Quelle: United Nations: Direction of International Trade, lfd.

Im Gegensatz zur Ausfuhr ist die warenmäßige Struktur der thailändischen Einfuhr stark differenziert. Bei einer Reihe von wichtigen Rohstoffen, Halbwaren sowie industriellen Fertigerzeugnissen ist Thailand völlig vom Import abhängig. Eingeführt werden vor allem Textilien, Metallwaren, Brennstoffe, Erdölprodukte, Maschinen und Fahrzeuge.[1] Gleichzeitig trifft aber auch ein anderes wesentliches Merkmal unentwickelter Volkswirtschaften auf Thailand zu: die Einfuhrabhängigkeit bei Nahrungsmitteln. Obwohl Thailand vorwiegend ein Agrarland ist, muß es infolge seiner Reis-Monokultur u.a. Getreide, Zucker, Hülsenfrüchte und Meiereiprodukte importieren.[2] Die Substitutionselastizität der

1) Vgl. Government of Thailand: "Monthly Bulletin of Statistics", lfd.

2) Ebenda

Importprodukte gegenüber eigenen im Lande erzeugten Waren ist äußert gering.[1)]

cc) Die Ziele der Wechselkursdifferenzierung

Zusammen mit der Devalvation im Jahre 1946 wurden Importrestriktionen und Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen eingeführt.[2)] Einfuhrlizenzen wurden nur für "necessities" erteilt. Alle aus dem Export anfallenden Devisenerlöse waren an die Bank von Thailand zu verkaufen. Ihre Wiederverwendung für die Einfuhr erfolgte gemäß dem volkswirtschaftlichen Dringlichkeitsgrad der einzelnen Importgüter.[3)] Allein die Anwendung dieser quantitativen Maßnahmen läßt darauf schließen, daß man von dem Erfolg der Abwertung allein hinsichtlich einer Zahlungsbilanzgleichgewichtsherstellung nicht überzeugt war.[4)]

Binnen kurzem mußten sich jedoch die quantitativen Einfuhrrestriktionsmaßnahmen als erfolglos erweisen; denn infolge der Diskrepanz zwischen dem künstlich

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 11 - Die geringe Substitutionselastizität im Inland ist einer der wesentlichsten Gründe für das mangelhafte Funktionieren des Zahlungsbilanzausgleichsmechanismus in Entwicklungsländern. Vgl. S. 123 ff. unserer Ausführungen. - Zum Problem des Kapitalimports darf ein Verweis auf die im Abschnitt "Kriterien eines Entwicklungslandes" dargestellten Zusammenhänge genügen, um die Notwendigkeit eines Kapitalimports der thailändischen Volkswirtschaft - also der dritten Komponente für die Zahlungsbilanz neben Ein- und Ausfuhr - deutlich zu machen. Vgl. S. 291 ff. unserer Ausführungen.

2) Vgl. B. R. Shenoy, a.a.O., S. 297

3) Vgl. Kingdom of Thailand: Report of the Financial Advisor (1941 - 1950), S. 52

4) Die Notwendigkeit quantitativer Importbeschränkungen ist immer dann gegeben, wenn aufgrund des künstlich fixierten Wechselkurses die Währung des betreffenden Landes überbewertet ist. Vgl. S. 109 unserer Ausführungen.

fixierten unechten Wechselkurs und dem Gleichgewichtskurs war der Druck auf die künstlich errichteten Einfuhrschleusen so stark, daß sie diesem nicht mehr standzuhalten vermochten.[1] Die Bank von Thailand hat neben diesen grundsätzlichen Gründen folgende Ursachen für den Mißerfolg des Systems quantitativer Einfuhrrestriktionen und Exportkontrollen genannt:[2]

a) Der Inlandspreis für Reis in den Nachbarländern Thailands sei viel höher als der thailändische Exportpreis, der durch ein Abkommen zwischen Thailand, den USA und Großbritannien fixiert sei. Hierdurch würde der Schmuggel von thailändischem Reis nach dem Ausland beträchtlich angereizt. Devisenverluste seien die Folge.

b) Da die Exporteure ihre Devisenerlöse zum offiziellen Kurs (der unter dem schwarzgehandelten Kurs lag) an die Bank von Thailand verkaufen müßten, wären ihre Einkommen in heimischer Währung - gemessen am gesamten inländischen Preisniveau - zu niedrig. Der Export von Reis auf legalem Wege wäre daher wenig attraktiv.

c) Die geübte Praxis, daß neue Devisen zum Import von Waren nur über die Notenbank mit einem Kurs erworben werden könnten, der der Dringlichkeitsskala der einzelnen Güter entsprach, bereits bestehende Devisenguthaben im Ausland jedoch frei verfügbar wären, führe zu einem Verbrauch dieser Devisen für die Einfuhr nicht lebensnotwendiger Waren.

d) Der größte Teil der anfallenden Devisen würde für Regierungskäufe im Ausland verwendet, so

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 32 f.

2) Vgl. Bank of Thailand: Annual Report 1947, S. 2

daß für den privaten Importhandel nur ein ungenügender Teil verbliebe.

Je größer die Differenz zwischen dem offiziellen und dem sich auf dem schwarzen Markt bildenden Wechselkurs war, um so geringer waren die Chancen, daß die thailändischen Exporteure ihre Devisenerlöse an die Notenbank verkauften. Um so weniger Devisen jedoch der Notenbank zur Verfügung standen, in um so geringerem Maße konnte sie devisenmäßig die Importbedürfnisse befriedigen. Dies hatte zur Folge, daß sich auch auf der Einfuhrseite das Devisengeschäft immer mehr auf den schwarzen Markt verlagerte. Der thailändischen Notenbank zufolge war im Jahr 1946 der Schwarzmarktkurs für £-Sterling etwa 2 x so hoch, wie der offizielle Kurs. Für US-$ betrug der Schwarzmarktkurs etwa das Zweieinhalbfache des offiziellen Kurses.[1] Nur ein kleiner Teil des gesamten Ein- und Ausfuhrhandels wurde angesichts dieser Tatsache devisenmäßig noch über die Notenbank abgewickelt.[2]

Wenn man davon ausgeht, daß die Ungleichgewichtssituation der thailändischen Zahlungsbilanz vorwiegend auf diese im offiziellen Wechselkurs festgelegte Überbewertung des Baht zurückging, so entsteht die Frage, warum nicht von der Notenbank eine nochmalige generelle Devalvation der thailändischen Währung durchgeführt wurde. Bei Beantwortung dieser Frage kann man nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die Einfuhrbedürfnisse der einzelnen Warengruppen unterschiedlich stark waren und auf der Exportseite bei den einzelnen Güterarten unterschiedliche Angebotsreaktionen vorlagen. Die bestehenden außenwirtschaftlichen Elastizitätsverhältnisse im Länderfall "Thailand" konnten durch die wirtschaftspolitischen Instanzen bei Einführung des differenzierten Wechselkurssystems naturgemäß nicht exakt

---

1) Vgl. Bank of Thailand: Annual Report 1946, S. 6

2) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 36

ermittelt werden. Shu-Chin Yang hat jedoch darauf hingewiesen, daß man bereits früher bei der Einführung der Export- und Importbeschränkungen und -kontrollen den Elastizitätsbedingungen der einzelnen Waren weitgehend Rechnung getragen habe.[1] Die bei Anwendung dieser Beschränkungen gewonnenen Erkenntnisse, aufgrund derer bereits die Waren gemäß ihrer volkswirtschaftlichen Dringlichkeit im Außenhandel unterschiedlich behandelt wurden, bildeten die Grundlage bei der Einführung des differenzierten Wechselkurssystems in Thailand.

a) Einem großen Importbedarf standen nur geringe Deviseneinnahmen gegenüber. Eine Zuteilung dieser zur Verfügung stehenden Mittel auf eine Mehrzahl miteinander konkurrierender Bedürfnisse nach dem Grad ihrer Dringlichkeit (Nachfrageelastizität) war notwendig.[2]

b) Die Importnachfrage war allgemein unelastisch und die Importneigung allgemein hoch, so daß eine allgemeine Abwertung des Baht kaum zu einem mengenmäßigen Rückgang des Importvolumens, wohl aber - nämlich infolge dieser Unelastizität - zu einem beträchtlichen Preisanstieg der Importwaren und somit zu einer Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung geführt hätte. Die Auslösung solcher inflatorischen Kräfte wäre nicht ohne Folgen auf den

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 32

2) Vgl. B. R. Shenoy, a.a.O., S. 297: "Current import needs had, therefore, to be met from current export products, the use of which had to be rationed in accordance with a schedule of priorities."

allgemeinen Entwicklungsprozeß geblieben.[1] Aus den genannten Gründen war es erforderlich, die Abwertung des Baht für bestimmte Waren nicht gelten zu lassen.

c) Auf der Exportseite hätte eine generelle Abwertung kaum zu einer Ausdehnung des Angebots geführt, wohl aber die Exportpreise in inländischer Währung angehoben. Dies wäre nicht ohne Einfluß auch auf das inländische Preisniveau geblieben. Besonders bei dem Grundnahrungsmittel Reis wäre ein solcher inländischer Preisanstieg im Interesse der Konsumenten kaum vertretbar gewesen; für Reisexporte blieb daher der offizielle Kurs von 40 Baht/£ Sterling bestehen.[2]

Im ganzen diente das geschaffene System differenzierter Wechselkurse dem Ziel, eine optimale Lösung des Zahlungsbilanzproblems zu erreichen: nämlich eine Abwertung bei d e n Ein- und Ausfuhrwaren, bei denen man sich devisenpolitisch einen maximalen Nutzen versprach, dagegen

---

1) Vgl. Hamburger Kreditbank, a.a.O., S. 35: "Eine Verringerung des Imports zum Ausgleich der Zahlungsbilanz wäre auch durch die Anwendung des klassischen Mittels der Abwertung des thailändischen Baht möglich gewesen. Jedoch stellt eine Abwertung eine generelle, alle ausländischen Währungen sowie Importe gleich stark treffende Maßnahme dar. Dagegen bieten kasuistisch abgefaßte Importregelungen gegenüber der Abwertung den Vorteil, den Import einzelner Waren besser zu steuern, ..."

2) Die unter a - c genannten Punkte decken sich im wesentlichen mit den im systematischen Teil gewonnenen Erkenntnissen. Vgl. S. 132 unserer Ausführungen.

Ausnahme der Waren aus dem Devalvationsprozeß, bei denen ein solcher Effekt infolge der bestehenden Angebots- und Nachfrageelastizitäten nicht erwartet werden konnte und bei denen darüber hinaus die im Zuge der Abwertung eingetretenen Preiserhöhungen im Inland inflatorisch gewirkt hätten. Mit den bereits bestehenden Ein- und Ausfuhrkontrollmaßnahmen zielte man in die gleiche Richtung. Da diese Maßnahmen sich aus den bereits genannten Gründen einerseits als unwirksam erwiesen hatten, man andererseits aber an ihrem differenzierenden Lenkungscharakter festhalten wollte, wurde im Jahre 1947 die Kontrolle aufgehoben und ein offiziell anerkanntes System differenzierter Wechselkurse eingeführt. Im Januar des genannten Jahres verkündeten das Finanzministerium und die Notenbank, daß von nun an keine Lizenzen, mit Ausnahme des Exports von Reis und einigen anderen wenigen knappen Gütern sowie für den Import von Luxuswaren, Gütern der nationalen Sicherheit und einigen bestimmten Waren der Staatsmonopole (z.B. Zigaretten), mehr erforderlich seien.[1] Die Legalisierung des schwanzen Devisenmarktes und das Erfordernis einer teilweisen Ablieferungspflicht von Devisen aus Exporten zum offiziellen Kurs bedeutete eine Wechselkursdifferenzierung nach Waren. Es gab von nun an zwei Grundkurse: den offiziellen fixierten Kurs in Höhe von 40 Baht/£-Sterling oder 10 Baht/US-$ und einen freien Kurs.

---

1) Vgl. US-Department of Commerce: Foreign Commerce Weekly, Vol. XXVI (1947), No. 13, S. 19

Tabelle 53

Das System differenzierter Wechselkurse in Thailand im Jahre 1947

Arten des Kurses	Höhe des Kurses Baht/£	Einfuhr	Ausfuhr
offizieller Kurs	40.00	Regierungseinfuhren und begünstigte Einfuhren von Privaten	Reis, Zement
flexibler Kurs des freien Marktes	60.00	alle anderen Einfuhren	alle Exporte mit Ausnahme von Reis, Zement, Kautschuk und Zinn
Freikurs der Bank von Thailand	59.40	nahezu alle Importwaren	
gemischter Kurs:			
50 v.H. der Devisenerlöse zum offiziellen Kurs 50 v.H. zum flexiblen Kurs am freien Markt	50.00		Zinn
20 v.H. der Devisenerlöse zum offiziellen Kurs 80 v.H. zum flexiblen Kurs am freien Markt	56.00		Kautschuk

Quelle: Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 39

Die Ausfuhr von Reis, Kautschuk und Zinn ergab mehr als drei Viertel der gesamten Deviseneinnahmen aus dem Warenexport. Fast die gesamten Deviseneinnahmen aus dem Reisexport, die Hälfte der Devisenerlöse aus dem Zinnexport und ein Fünftel der Kautschuk-Devisenerlöse mußten an die Bank von Thailand zum offiziellen Kurs verkauft werden. Die Summe der Devisen, die dem freien Markt zur Verfügung standen, war niedriger als die Hälfte der gesamten Devisenerlöse. Andererseits mußte der größte Teil der Importe durch Devisen des freien Marktes finanziert werden; denn das Angebot von Devisen zum offiziellen Kurs für Privatimporte war begrenzt. Der Devisennachfrageüberschuß auf dem freien Markt mußte dementsprechend eine Abwertung des thailändischen Baht auf dem freien Markt zur Folge haben.[1)]

dd) Die Auswirkungen der Wechselkursdifferenzierung

111) Handelsbilanz

Nach Einführung des Systems differenzierter Wechselkurse im Jahre 1947 trat im darauffolgenden Jahr eine Aktivierung der Handelsbilanz ein, nachdem sie in den ersten Nachkriegsjahren ständig mit einem Defizit abgeschlossen hatte.

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 38

Tabelle 54

Entwicklung der thailändischen Handelsbilanz nach Einführung des differenzierten Wechselkurssystems 1946 - 1952 in Mill. Baht (a), in Mill. US-$ (b)

Jahr	Ausfuhr fob[x]		Einfuhr cif		Saldo	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)
1946	449	45	565	57	- 116	- 12
1947	1 091	91	1 110	117	- 19	- 26
1948	2 076	223	1 752	144	+ 324	+ 79
1949	2 772	274	2 280	193	+ 492	+ 81
1950	3 576	306	2 880	209	+ 696	+ 97
1951	4 476	373	3 708	272	+ 768	+ 101
1952	5 297	333	5 678	300	- 381	+ 33

x) Es sei darauf hingewiesen, daß die thailändische Handelsbilanzentwicklung, ausgedrückt in heimischer Währung und in US-$, voneinander abweicht. Die Ursache hierfür sind die differenzierten Wechselkurse, die eine exakte Umrechnung der Globalziffern nicht ermöglichen.

Quellen: Government of Thailand The National Economic Council: Monthly Bulletin of Statistics, lfd., sowie Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics, lfd., ferner United Nations: Direction of International Trade, lfd.

Die Frage, ob die Entstehung von Exportüberschüssen in den Jahren 1948 und 1949 allein eine Folge des differenzierten Wechselkurssystems war, kann nicht ohne Vorbehalt bejaht werden. Unbestreitbar dürfte sein, daß die Aktivierung der Handelsbilanz in beiden genannten Jahren mit beeinflußt wurde durch die allgemein im asiatischen Raum und den übrigen Verbrauchsländern der Welt vorherrschenden Reisknappheit, die die Exportchancen Thailands wesentlich verbesserte.[1] Im Jahre 1950 stieg der

1) Die außerordentlich günstige Exportpreisentwicklung für Reis fiel mit einem Anstieg der Exportpreise für Kautschuk und Zinn zusammen.

Exportüberschuß gegenüber dem Vorjahr - ausgedrückt in Baht - nochmals um knapp 40 v.H. Dies war im wesentlichen eine Folge des beträchtlichen Anstiegs der Rohstoffpreise während des Korea-Booms. Wie stark diese "von außen" wirkenden Faktoren die Außenwirtschaftssituation Thailands beeinflußten, wird aus der Defizitbildung im Jahre 1952, dem ersten "Nach-Korea-Jahr", in dem die Rohstoffnachfrage auf dem Weltmarkt wieder beträchtlich nachließ, deutlich. Daß es allein mit dem System differenzierter Wechselkurse nicht gelang, die Aktivierungstendenzen der Handelsbilanz zu verstärken, dürfte auch hier als Beweis für die relative Wirkungslosigkeit wechselkurspolitischer Maßnahmen in Entwicklungsländern schlechthin angesehen werden: Jeder volle Erfolg muß einer solchen Politik so lange versagt bleiben, als jene Länder einen hohen Grad der Auslandsabhängigkeit aufweisen, und ihnen - infolge der vorherrschenden einseitigen Ausrichtung ihrer Exporte - die weltwirtschaftlichen Konjunkturschwankungen geradezu aufgezwungen werden.[1)]

Ebenso unzweifelhaft wie die günstige Exportentwicklung auf die genannten exogenen Faktoren zurückzuführen war, dürfte der Anstieg der Importe ebenfalls in starkem Maße aufgrund dieser Faktoren zur Passivierung der Handelsbilanz beigetragen haben: Die thailändische Regierung hatte in unverkennbarer Überschätzung der Situation und in der Erwartung einer ständigen Fortsetzung der Nachfrageentwicklung auf dem Weltmarkt Industrialisierungsvorhaben größeren Ausmaßes eingeleitet. Diese mußten langfristig gesehen einen verstärkten Importsog verursachen, der vom Jahre 1952 an - nach Beendigung des durch den Korea-Boom ausgelösten Aufwärtstrend - aus den laufenden Exporterlösen devisenmäßig nicht mehr gedeckt werden konnte.[2)]

---

1) Die Wechselkurspolitik kann daher nur konstatierenden Charakter tragen. Vgl. S. 59 unserer Ausführungen.

2) Vgl. Hamburger Kreditbank, a.a.O., S. 35

Trotz der Tatsache, daß die Auswirkungen des 1947 in Thailand eingeführten Systems der Wechselkursdifferenzierung auf die Handelsbilanz durch exogene Faktoren überdeckt wurden, soll im folgenden der Versuch gemacht werden, anhand der Ausführungen von Shu-Chin Yang die Export- und Importwirkungen der multiplen Wechselkurse aufzuzeigen.[1] Um die Wirkungen des differenzierten Kurssystems auf die Handelsbilanz im ganzen erkennen zu können, ist es notwendig, die Teilwirkungen, die durch die unterschiedliche Kursanwendung bei den einzelnen Warengruppen eintraten, zu untersuchen:

a) Reisexport

Wie bereits dargestellt wurde, bestreitet Reis den Hauptteil der thailändischen Gesamtausfuhr.[2] Die Einführung der differenzierten Wechselkurse blieb ohne Einfluß auf die Exportentwicklung dieses Ausfuhrerzeugnisses, weil für diese Ware der offizielle Kurs von 40 Baht/£ Sterling beibehalten wurde.[3]

Wenn trotzdem die Reisausfuhr in den Jahren nach 1947 anstieg, so war dies eine Folge exogener Faktoren (Korea-Boom, allgemeine Welt-Reis-Knappheit).[4] Im ganzen gesehen blieb jedoch die Zunahme des Reisexports hinter der gesamten

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 43: "As other factors unconnected with the exchange rates also contributed significantly to the increases in export earnings, it is almost impossible from the data available, to eliminate the effects of these factors quantitatively. Some qualitative conclusions may be drawn however."

2) Vgl. Tabelle 51 auf S. 284

3) Vgl. Tabelle 53 auf S. 294

4) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 40: "The general increase in rice export earnings up to 1951 was chiefly a result of rising world prices and of increased productions, neither of which could be accounted for by changes in the exchange rates."

Exportentwicklung zurück; auch hieraus wird erkennbar, daß das Ausfuhrgut "Reis" im Gegensatz zu den anderen Warengruppen durch die Wechselkursänderungen nicht betroffen wurde.

b) Zinnexport

Zinn war 1950 mit etwa 7 v.H. an Thailands Gesamtausfuhr beteiligt.[1] Nach Einführung differenzierter Wechselkurse konnten die Zinnexporteure 50 v.H. ihrer Devisenerlöse auf dem freien Markt verkaufen. Da der sich dort bildende Kurs beträchtlich über dem offiziellen Wechselkursniveau lag, bedeutete dies eine wesentliche Erhöhung des Einkommens der Zinnexporteure in thailändischer Währung. Dieser Faktor konnte auch nicht ohne stimulierenden Einfluß auf die Zinnproduktion bleiben.[2] Diese war während des II. Weltkrieges infolge des Verlustes von überseeischen Märkten stark zurückgegangen. Beachtlich ist, daß ein kräftiger Anstieg der Produktion - soweit er ceteris paribus als Resultante der Baht-Abwertung auf dem freien Markt angesehen werden konnte - erst in den Jahren 1948/49, dann 1950 - in diesem Jahr aber als Folge des Korea-Booms - und dann ab 1952 einsetzte. Hier dürfte das kurzfristig verhältnismäßig unelastische Verhalten des Rohstoffangebots deutlich

---

1) Vgl. Tabelle 51 auf S. 284

2) "This laissez-faire-policy gave strong incentive to private enterprise and to productive effort, and inabled siamese products to compete more successfully in the world markets in which the export price, if based on the official rate of exchange, would be too high in terms of foreign currency." Vgl. Bank of Thailand: Annual Report 1948, S. 14

werden.[1] Die folgende Tabelle gibt über die Entwicklung des Zinnexports Aufschluß:

Tabelle 55

Thailand: Zinnexport 1946 - 1953

Jahr	1.000 metr. t
1946	4,9
1947	7,2
1948	9,3
1949	10,0
1950	14,4
1951	12,5
1952	13,0
1953	14,2

Quelle: Bank of Thailand: Current Statistics, lfd.

Gestört wurde die Exportentwicklung dieses Erzeugnisses im Jahre 1949 durch die Abwertung des £-Sterling. Daraus ergab sich eine Verschlechterung der Konkurrenzsituation der thailändischen Exporte in den Sterling-Raum und infolgedessen eine Verlagerung des Zinnexports von hier in das Dollar-Gebiet. Trotz dieser regionalen Verschiebung des thailändischen Zinnexports können im ganzen unter langfristigem Aspekt die Auswirkungen der Wechselkursspaltung auf die Zinnausfuhr als günstig bezeichnet werden.

c) Kautschukexport

Dieser Rohstoff bestritt 1950 etwa 22 v.H. der Gesamtausfuhr Thailands.[2]

---

1) Vgl. die Elastizitätsanalyse S. 112 ff. unserer Ausführungen.

2) Vgl. Tabelle 51 auf S. 284

Das differenzierte Kurssystem sah vor, daß die aus dem Kautschuk anfallenden Devisenerlöse zu 80 v.H. auf dem freien Devisenmarkt angeboten werden konnten.[1] Infolge dieses beträchtlichen Anteils des Freikurses an dem sich aus offiziellem und Freikurs bildenden Durchschnittskurs war der Abwertungseffekt auf diesen gemischten Kurs (20 v.H. offizieller Kurs und 80 v.H. Freikurs) noch größer. Hieraus ergab sich ein nicht zu unterschätzender Anreizfaktor für den Kautschukexport, der wegen des größeren Abwertungseffektes auch stärker war als bei Zinn.[2]
So konnte auch hier eine allgemeine Steigerung des mengenmäßigen Exports verzeichnet werden.

Tabelle 56

Thailand: Kautschukexport 1946 - 1953

Jahr	1.000 metr. t
1946	13,7
1947	21,7
1948	95,1
1949	94,9
1950	112,7
1951	110,3
1952	99,0
1953	96,8

Quelle: Bank of Thailand: Current Statistics, lfd.

Wenn die Steigerung der Kautschukausfuhrmenge sich nach Einführung des differenzierten Wechselkurssystems in einem kürzeren Zeitraum ermöglichen ließ als dies bei Zinn der Fall war, so

---

1) Vgl. Tabelle 53 auf S. 294

2) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 52: "The industry's ability to retain 80 per cent of its exchange proceeds (as against 50 per cent in the tin industry) accounted for the rapid recovery in production and export."

war dies weniger eine Folge einer schnellen Anpassungsfähigkeit der Produktion als vielmehr auf vorhandene Lagerbestände zurückzuführen. Diese erlaubten in relativ kurzer Zeit eine Anpassung des Exportangebots an die sich vollziehende Abwertung des Baht auf dem freien Devisenmarkt.[1)]

d) Übrige Exporte

Alle übrigen Exportwaren partizipierten nach der Neuregelung des Wechselkurssystems in vollem Umfang an der sich auf dem freien Devisenmarkt vollziehenden Abwertung. Es darf daher angenommen werden, daß hier mengenmäßige Steigerungen eintraten, die für die gesamte Handelsbilanz nicht ohne günstigen Einfluß geblieben sein dürften.

e) Importe

Im systematischen Teil dieser Untersuchung war sowohl in der Lage- wie in der Wirkungsanalyse hervorgehoben worden, daß die Einfuhrabhängigkeit der Entwicklungsländer relativ hoch ist; dies kommt in einer hohen Importneigung sowie einer verhältnismäßig unelastischen Einfuhrnachfrage zum Ausdruck. Eine Abwertung beinhaltet daher immer die Möglichkeit einer nur schwachen Reaktion des mengenmäßigen Imports.[2)] Diese Importvoraussetzungen waren auch im Falle Thailands ganz entscheidend für die Importreaktion auf die sich vollziehende Abwertung des "freien" Kurses, der für die Mehrzahl der privaten Importe angewendet wurde.[3)]

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 52

2) Vgl. S. 118 ff. unserer Ausführungen

3) Vgl. Tabelle 53 auf S. 294

Die Substitutionselastizität im Inland war außerordentlich niedrig[1]; dies galt praktisch für alle industriellen Bereiche der thailändischen Volkswirtschaft. So war z.B. bei Einführung des differenzierten Kurssystems nur eine einzige Baumwollspinnerei vorhanden, deren Produktion nur einen Bruchteil des gesamten inländischen Konsums bestreiten konnte. Außerdem konnte der größte Teil des Nahrungsmittelbedarfs nur durch Importe gedeckt werden, Substitutionsgüter für diese Waren waren im Inland nicht vorhanden.[2] Bezüglich des Elastizitätskoeffizienten läßt sich daher die zusammenfassende Aussage treffen, daß in Thailand sowohl die mengenmäßige Importnachfrageelastizität als auch die inländische Substitutionselastizität gering waren und der mengenmäßige Import daher kaum auf die sich im freien Kurs vollziehende Abwertung reagiert hat.

Die theoretische Analyse der Abwertungswirkungen hatte jedoch ergeben, daß nicht nur die Preis- (Wechselkurs-) Effekte ins Kalkül einbezogen werden müssen, sondern ebenso auch die primären Einkommenswirkungen und die Sekundärwirkungen auf die Zahlungsbilanz. Eine Prüfung der Einkommenswirkungen ergibt, daß - wie aus der Tabelle der Handelsbilanzentwicklung hervorgeht[3] - nach Einführung des differenzierten Wechselkurses und der damit verbundenen Abwertung des freien Kurses eine Erhöhung der Gesamtexporte verzeichnet werden konnte. Die sich daraus ergebende Aktivierung der Handelsbilanz bzw. Leistungsbilanz wirkte auf den inländischen Geldkreislauf expansiv. Da die Höhe der Importe in Entwicklungsländern und in besonderem Maße auch in Thailand zu einem wesentlichen Teil durch die Höhe des nominellen Volkseinkommens bestimmt wird (Einkommenseffekt)[4], führte seine aus

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 55: "In Thailand, however, as in many other primary producing countries, the production pattern is such that there is very little room for substitution of domestic products for import."
2) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 55
3) Vgl. Tabelle 54 auf S. 296
4) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 55: "The level of imports depends largely on the level of income. Available statistics show a rather stable average propensity to import of 0,16 to 0,19 for 1949 to 1950."

der Vergrößerung des Exports resultierende Expansion entsprechend der vorhandenen Exportneigung über den Einkommenseffekt auch zu einer Erhöhung des wertmäßigen Imports.[1)]

Waren somit die Einkommenswirkungen der Abwertung des Freikurses als expansiv zu bezeichnen, so waren die Wirkungen der Wechselkursdifferenzierung selbst, nämlich der Unterschied zwischen durchschnittlichem Ein- und Ausfuhrkurs für den Einkommenskreislauf kontraktiv: der Durchschnittsimportkurs lag über dem Durchschnittsexportkurs, d.h. die Importeure mußten in heimischer Währung höhere Beträge aufwenden als die Exporteure insgesamt erzielten. Dies wirkte auf den Einkommens- und Geldkreislauf deflatorisch. Aus der genannten kontraktiven Einkommenswirkung ergab sich damit eine Tendenz zur Verminderung des Importwertes, die den expansiven Wirkungen aus der Abwertung entgegenstand.[2)] Ob per Saldo nach Einführung des Systems differenzierter Wechselkurse die kontraktiven oder expansiven Einkommenswirkungen in der thailändischen Volkswirtschaft überwogen, läßt sich nicht exakt ermitteln.

222) Inländisches Preisniveau

Eine Verifizierung der Effekte des differenzierten Kurssystems auf die thailändische Binnenwirtschaft stößt deshalb auf erhebliche Schwierigkeiten, weil es einmal an den erforderlichen statistischen Daten mangelt, zum anderen jedoch bei der empirischen Analyse

---

1) Vgl. Tabelle 54 auf S. 296

2) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 55: "Moreover since the effective rate for imports and the effective rate for the bulk of exports absorbs money income and is therefore deflationary, the existence of multiple exchange rates contributes indirectly to keeping imports from expanding."

eine saubere Trennung der wechselkurspolitischen Auswirkungen von denen anderer wirtschaftspolitischer Maßnahmen wie bei den außenwirtschaftlichen Einflüssen nicht möglich ist. Trotzdem soll versucht werden aufzuzeigen, welche Veränderungen innerhalb des inländischen Preisniveaus und der Produktionsstruktur nach Einführung des differenzierten Kurssystems eintraten. Mit Einschränkungen dürfte diese Darstellung gewisse Schlußfolgerungen auf die Wirkungsweise des differenzierten Kurssystems auf andere binnenwirtschaftliche Größen zulassen:

Es war hervorgehoben worden, daß die hohe Importabhängigkeit der Entwicklungsländer dazu führt, daß Wechselkursveränderungen auf der Importseite in starkem Maße auf die Binnenwirtschaft zurückwirken. Ist ein großer Anteil der importierten Waren mit einem hohen, d.h. ungünstigeren Wechselkurs belastet, so muß dies ceteris paribus zu einer Anhebung des inländischen Preisniveaus führen.

Betrachtet man Tabelle 53 (S. 294), so wird deutlich, daß mit Ausnahme der Regierungseinfuhr die Mehrzahl der Importwaren durch Devisen gedeckt werden mußte, die zum Freikurs der Bank von Thailand zu erwerben waren. Es darf also damit gerechnet werden, daß ein erheblicher Teil der Einfuhr zum abgewerteten Wechselkurs getätigt werden mußte. Textilien, Nahrungsmittel und Metallwaren bestritten bei Einführung des differenzierten Kurssystems den Hauptteil der thailändischen Einfuhr.[1] Diese Waren wurden durch die Kurserhöhung betroffen. Wirft man nunmehr einen Blick auf die Preisindices für die Lebenshaltung[2], so zeigt sich, daß diese seit 1947 sanken. Es muß daher vermutet werden, daß diejenigen Waren, die auf der Importseite durch Kurserhöhungen betroffen wurden,

---

1) Vgl. Hamburger Kreditbank, a.a.O., S. 35

2) Vgl. Tabelle 50 auf S. 282

in den Lebenshaltungskosten nur ein geringes Gewicht hatten. Reis ist innerhalb des thailändischen Preisindex für die Lebenshaltung am höchsten gewichtet; Importgüter bestreiten nur etwa einen Anteil von 5 bis 10 v.H. Nun gehörte Reis zu den Waren, deren Export zum offiziellen (niedrigeren) Kurs durchgeführt wurde. Um nicht jeglichen Anreiz für den Reisexport zu unterbinden, mußte man durch interne preispolitische Maßnahmen auch den inländischen Verbraucherpreis auf einem niedrigen Niveau halten. So bestimmte daher der künstlich tief gehaltene Reispreis im Inland infolge des starken Gewichts dieser Ware die Lebenshaltungskosten.[1] Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Preise der Mehrzahl der Importwaren um das Ausmaß der Baht-Abwertung (Einführung des Freikurses) anstiegen und sich damit gewisse Veränderungen innerhalb des Preis-Kosten-Gefüges ergaben.

333) Produktionsstruktur

Um die Wirkungen des differenzierten Kurssystems erkennen zu können, müssen einmal die von den Kursveränderungen auf der Exportseite ausgehenden und die Ausfuhr der Produkte betreffenden Einflüsse analysiert werden; zum anderen ist es notwendig, die von den Importkursveränderungen ausgehenden Wirkungen, die in preislicher Hinsicht die Einfuhr von Investitionsgütern, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen betrafen, darzustellen.

Die Produktion der meisten Agrarprodukte Thailands sowie seiner industriellen Güter ist in starkem Maße auf den Import angewiesen. Für den industriellen Bereich sind vor allem zu nennen: Metallwaren, Kraftstoffe,

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 85: "The rice policy and exchange policy, by holding down internal rice prices have contributed greatly to restraining the cost of living and wages."

Maschinen und Ersatzteile aller Art, Eisen- und Stahlwaren, Chemikalien und Farben. Ebenso erfordert auf dem Agrarsektor der Anbau von Reis den Import von Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln; dies ist in gleichem Maße bei der Kautschukerzeugung der Fall. Die Zinnbergwerke benötigen Maschinen und maschinelle Ausrüstungen, und auch die Konsumgüterherstellung (vor allem die Textilindustrie) ist auf den Import von Investitionsgütern angewiesen.[1] Alle diese Importwaren - soweit sie nicht durch die Regierung eingeführt wurden - fielen nach der Neuordnung des differenzierten Wechselkurssystems in die ungünstigen Kurskategorien. Je nach Importabhängigkeit wurden die einzelnen Fabrikationsbetriebe und Agrarunternehmen mehr oder weniger stark durch die Abwertung des Baht belastet.

444) Staatshaushalt[2]

Die theoretische Analyse der Wechselkursdifferenzierung hatte zu dem Ergebnis geführt, daß die finanzpolitischen Auswirkungen einer solchen Wechselkursdifferenzierung in der Regel indirekter Art seien.[3] Es läßt sich anhand der statistischen Daten außerordentlich schwierig nachweisen, aus welchen Wechselkurstransaktionen die thailändische Regierung Gewinne gezogen hat.

---

1) Vgl. Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 85

2) Über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben vgl. vor allem J. E. Ingram: "Economic Change in Thailand since 1850" Stanford 1954, S. 175 und S. 189

3) Vgl. S. 147 unserer Ausführungen.

Tabelle 57

Thailand: Devisengewinne aus Wechselkursdifferenzierung und ihr Verhältnis zu den regulären Staatseinnahmen 1949 - 1953

(in Millionen Baht)

Position	1949	1950	1953
1 Direkte Steuern	112	147	301
2 Indirekte Steuern	903	1.108	1.936
darunter Importzölle	454	577	.
3 Übrige Staatseinnahmen	905	882	1.697
4 Gesamte Staatseinnahmen	1.920	2.137	3.934
5 Devisengewinne aus WK-Differenzierung	336	226	478

Quelle: Shu-Chin Yang, a.a.O., S. 173

Immerhin wird aus vorstehender Zusammenstellung ersichtlich, daß der Anteil der aus Devisenmanipulationen stammenden Gewinne (Position Nr. 5) an den gesamten Staatseinnahmen in den Jahren 1949 bis 1953 nie weniger als 10 v.H. betragen hat. Eine solche Relation wäre für die Etatverhältnisse entwickelter Volkswirtschaften sehr ungewöhnlich. Anhand dieser statistischen Daten wird die vielfach in dieser Arbeit betonte Komplementarität zwischen Außenwirtschafts-Wechselkurspolitik einerseits und Binnenwirtschaft andererseits in den Entwicklungsländern noch einmal bestätigt.

Mit Thailand ist die Analyse einzelner Länder abgeschlossen. Anhand der drei Länderbeispiele Peru, Griechenland und Thailand wurden weitere, den theoretischen Teil dieser Untersuchung ergänzende Beurteilungskriterien gewonnen. Diese sowie die im theoretisch-systematischen Teil gewonnenen Erkenntnisse erlauben es nunmehr, den gesamten Problemkreis abschließend zusammenzufassen.

C. Zusammenfassung und Ergebnisse

Sowohl die Ausführungen im systematischen Teil dieser Arbeit als auch der im historisch-empirischen Teil vorgenommene Versuch ihrer Verifikation haben erkennen lassen, wie vielgestaltig und weitreichend die Bedingungen sind, in deren Rahmen sich die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer vollzieht und vollziehen kann. Die Fülle von Einzelaspekten, die notwendigerweise dem Leser vor Augen geführt werden mußte, entbindet den Verfasser nicht von der Verpflichtung, die Gesamtdarstellung in einer Zusammenfassung zu straffen, um die wirtschaftspolitische Systematisierung, die dieser Arbeit zugrunde liegt, pointierter als bisher zum Ausdruck zu bringen:

Die wissenschaftliche Durchdringung des Problemkreises "Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer" vollzieht sich in drei großen Hauptabschnitten, der L a g e -, Z i e l - und W i r k u n g s analyse der wechselkurspolitischen Maßnahmen. Unter diesen Gliederungsgesichtspunkten werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefaßt darzustellen sein. Wären die wirtschaftlichen, technischen, politischen, soziologischen, historischen und kulturellen Bedingungen derjenigen Länder, die man heute unter dem Begriff "Entwicklungsländer" subsumiert, die gleichen wie in entwickelten Volkswirtschaften, so würden sich auch die wechselkurspolitischen Ziele, Maßnahmen und Wirkungen nicht wesentlich von denen der seit langem der nationalökonomischen Forschung bekannten unterscheiden. Tatsächlich sind auch die Ziele und Maßnahmen der Wechselkurspolitik an sich die gleichen wie in allen anderen Volkswirtschaften. Wesentliche Unterschiede gegenüber diesen ergeben sich aber hinsichtlich der Lage und - da die angewandten Maßnahmen unter Bedingungen vorgenommen werden, die von denen entwickelter Länder abweichen - der wechselkurspolitischen Wirkungen.

I. Lageanalyse

a) Die wechselkursrelevanten Probleme der Länder, die als unentwickelt bezeichnet werden, sind nur dann wissenschaftlicher Erkenntnis zugänglich, wenn man sich die wichtigsten K r i t e r i e n eines "Entwicklungslandes" vor Augen führt. Dabei sollte berücksichtigt werden, daß die genannten Merkmale nicht alle zusammen auf ein Land, das als "unentwickelt" bezeichnet wird, zutreffen müssen. So ist z.B. der in Indien vorherr-

schende Überschuß an Arbeitskräften infolge schnellen Bevölkerungswachstums auf dem afrikanischen Kontinent zum großen Teil nicht vorhanden. Mindestens ein oder eine Kombination mehrerer der im folgenden genannten Merkmale treffen auf ein "Entwicklungsland" zu, nämlich

1) hoher Anteil der Primärproduktion an der Gesamterzeugung;

2) schnelles Bevölkerungswachstum oder Überbevölkerung im Verhältnis zur nutzbaren Bodenfläche;

3) unzureichende Ausnutzung der Produktionsfaktoren;

4) fehlendes ökonomisch-rationales Verhalten der Wirtschaftssubjekte;

5) Immobilität der Produktionsfaktoren;

6) geringer Kapitaleinsatz;

7) niedriges Pro-Kopf-Einkommen;

8) hoher Grad der Auslandsabhängigkeit.

Dieses letzte Kriterium bildet den Ausgangspunkt für die der Wechselkurspolitik zugrunde liegende Situation und läßt sich aufgliedern in eine

aa) starke E x p o r t a b h ä n g i g k e i t ,

bb) einen hohen Grad der E i n f u h r - a b h ä n g i g k e i t und

cc) einen starken B e d a r f an K a p i t a l i m p o r t e n .

b) Diese drei Größen, von denen die ersten beiden die Terms of Trade der Entwicklungsländer bestimmen, sind dadurch entscheidend für die Stellung der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. Diese ist heute gekennzeichnet durch eine devisenmäßig schwächere Position im Vergleich zu den Industrieländern. Die Intensivierung des Warenaustausches zwischen den Industrieländern infolge einer unverkennbar steigenden Syntheseproduktion, der Erschließung eigener Rohstoffvorkommen und damit stärker wer-

dender Unabhängigkeit von den Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländern trägt nicht zur Verbesserung der weltwirtschaftlichen Position der Entwicklungsländer, weder im Sinne einer Stärkung ihrer Valutaposition noch einer durchgreifenden Veränderung der Terms of Trade, bei.

c) Die wechselkursrelevanten Lageprobleme der Entwicklungsländer sind jedoch nicht nur außenwirtschaftlich determiniert, sondern vor allem durch einen permanten I n f l a t i o n s d r u c k in ihren Binnenwirtschaften. Das Inflationsproblem der Entwicklungsländer liegt begründet in der Tatsache, daß es sich bei der Mehrzahl dieser Länder um sogenannte "Engpaßvolkswirtschaften" handelt, d.h. die kaufkräftige Nachfrage steht in vielen Bereichen einem unelastisch reagierenden Güterangebot gegenüber, so daß die Auflösung inflatorischer Kräfte kaum vermeidbar ist. Die inflatorischen Quellen selbst wiederum sind sowohl binnen- wie auch außenwirtschaftlicher Art, so vor allem eine im Interesse des Entwicklungsprozesses angewandte expansive Kreditpolitik, defizitäre Budgetpolitik sowie der "von außen" hereinströmende Devisenzugang - aus Warenexporten, Kapitalimporten stammend oder spekulativ bedingt -, der den inländischen Geldkreislauf erweitert und inflatorische Kräfte auslöst.

II. Zielanalyse

a) Infolge der außerorderntlich großen Komplexität der wirtschaftspolitischen Ziele in Entwicklungsländern im allgemeinen und der Wechselkurspolitik im besonderen sowie infolge einer oft nicht möglichen klaren Ziel-Mittel-Trennung stößt auch die Abklärung der wechselkurspolitischen Zielsetzung auf Schwierigkeiten.

b) Alle Motive haben ein unterschiedliches Gewicht, nicht nur in sachlicher, sondern auch in zeitlicher und regionaler Hinsicht.

c) Aus Gründen der Systematik erschien es zweckmäßig, den einzelnen Zielsetzungen der Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern ihre Priorität gemäß der Beziehungsnähe zum Hauptziel E n t w i c k l u n g s f ö r d e r u n g zuzuerkennen. Dabei bestand Klarheit darüber, daß nur bei bestimmten Zielen eine solche Beziehungsnähe klar erkennbar wird, während dies bei anderen nicht der Fall ist.

d) Dem Hauptziel "Entwicklungsförderung" ist unmittelbar das Sekundärziel "Schaffung und Erhaltung des Gleichgewichts" nachzuordnen.

Dieses wird erreicht durch Herstellung eines inneren und eines äußeren Gleichgewichts.

1) Im Grunde ist die Wechselkurspolitik ein Instrument der Außenwirtschaftspolitik und daher vorwiegend zur Herstellung und Erhaltung des äußeren Gleichgewichts bestimmt. Da jedoch die Außenwirtschaft in Entwicklungsländern eine bedeutend größere Rolle für die Gesamtwirtschaft spielt als in entwickelten Volkswirtschaften, ist auch die Wechselkurspolitik in viel größerem Umfang geeignet, binnenwirtschaftliche Größen, wie z.B. die Produktion, Investition, den Staatshaushalt oder den Konsum, zu beeinflussen.

2) Wird das äußere Gleichgewicht angestrebt, dann sind die außenwirtschaftlichen Aggregate "Ausfuhr", "Einfuhr", "Kapitalbewegungen" dem direkten wechselkurspolitischen Eingriff ausgesetzt. Auf die Schwierigkeiten einer Herstellung und Erhaltung des "Gleichgewichtswechselkurses" als Ausdruck externen Gleichgewichts ist dabei besonders hinzuweisen.

e) Nun liegen aber die Schwierigkeiten, denen sich die Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern gegenübersieht, nicht nur in der Verwirklichung der Ziele selbst, sondern auch in ihrer Abstimmung und Ergänzung. Dies gilt besonders hinsichtlich der beiden Ziele "inneres" und "äußeres" Gleichgewicht. Hier sind die Bedingungen in Entwicklungsländern anders als in Industrieländern. Während in den letztgenannten Konjunkturschwankungen in der Regel aus den Binnenwirtschaften selbst heraus entstehen und äußere Ungleichgewichte auf innerwirtschaftliche Ungleichgewichtszustände zurückzuführen sind, damit also das externe Gleichgewicht uno actu mit dem internen erreicht wird, liegen die Verhältnisse in Entwicklungsländern in der Regel anders. Ihnen nämlich werden die Konjunkturschwankungen "von außen" aufgezwungen, über äußere Ungleichgewichtszustände entstehen auch binnenwirtschaftliche. Das außenwirtschaftliche

Ungleichgewicht ist hier in der Regel Ursache, nicht Wirkung des binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichts. Die Wechselkurspolitik ist dabei oft nicht in der Lage, mit der Verwirklichung des einen das andere bereits erreicht zu haben. Das Problem ihrer Priorität stellt sich daher in akzentuierter Form. "Inneres" und "äußeres" Gleichgewicht stehen eher in A n t i n o m i e als in Harmonie zueinander.

III. Wirkungsanalyse der Maßnahmen

Die Bestimmungsgründe jeder einzelnen Art der Wechselkurspolitik sind verschieden. Sie ergeben sich zu einem sehr großen Teil aus ihren Wirkungen.

a) Bei Anwendung der Wechselkursstabilisierungspolitik (i n d i r e k t e n Wechselkurspolitik), d.h. einer Beeinflussung des Wechselkurses durch interne finanz- und kreditpolitische Maßnahmen, soweit diese nicht selektiv wirken, werden sich die wirtschaftspolitischen Instanzen darüber klar sein müssen, daß zwar generell eine Reduktion des inländischen Geldangebots erreicht, damit also inflatorischen Kräften entgegengewirkt wird, dies jedoch auf Kosten eines verlangsamten Wirtschaftswachstums geht, vor allem in solchen Bereichen, deren Entwicklungsprozeß in starkem Maße von einer Kreditfinanzierung abhängig ist. Der konsequente Einsatz notenbankpolitischer Maßnahmen mit dem Ziel des äußeren Gleichgewichts unterscheidet sich nur in der Anwendungstechnik, nicht in der Wirkungsweise von der des Goldmechanismus. Die Auffassungen innerhalb der Wissenschaft über dieses Problem sind keineswegs einheitlich. Von der Vielzahl der Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, um eine kontraktive Notenbankpolitik im Sinne eines Zahlungsbilanzausgleichs wirksam werden zu lassen, seien hier zwei genannt, nämlich

   a) die Notwendigkeit eines ausgleichkonformen Verhaltens der Partnerländer

      und

   b) ein hoher Elastizitätsgrad innerhalb der Binnenwirtschaft als conditio sine qua non für den Ausgleichsprozeß.

Die erste Voraussetzung ist heute im Verhältnis Industrie-/Entwicklungsländer kaum erfüllt, ebensowenig wie die zweite Bedingung innerhalb der Binnenwirtschaften der Entwicklungsländer. Im genzen gesehen unterliegt es keinem Zweifel, daß es eine optimale Lösung darstellen würde, wenn "inneres Gleichgewicht", "Wechselkursstabilität" und damit "äußeres Gleichgewicht" uno actu verwirklicht werden könnten.

1) Die Anwendungsmöglichkeiten des klassischen Instrumentariums der Notenbankpolitik (Diskont-, Mindestreserve-, Offen-Markt-Politik) sind wegen fehlender institutioneller Voraussetzungen begrenzt. Gut funktionierende Geld- und Kapitalmärkte, ausgebildete Bankensysteme und ökonomisch-rationales Verhalten der Bevölkerung als Voraussetzungen für das Funktionieren des Systems sind in der Regel in Entwicklungsländern nicht vorhanden. Alle drei Bedingungen müssen aber gegeben sein, um dem klassischen Mittel der Notenbankpolitik zum Erfolg zu verhelfen.

2) Die Problematik kontraktiv eingesetzter notenbankpolitischer Maßnahmen wird vor allem dann erkennbar, wenn man die Auswirkungen einer solchen Politik auf einzelne volkswirtschaftliche Gesamtgrößen analysiert. So wurde zu zeigen versucht, wie eine durch die Notenbank bewirkte Änderung der inländischen Geldmenge wegen des nur "schmalen Warenbandes" und wegen der geringen Substitutionsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Güterarten im Inland zu relativ starken Preiseinbrüchen bei nur einigen wenigen Gütern führt.

3) Ebenso schmerzhaft kann für die sich im Entwicklungsprozeß befindliche Volkswirtschaft die Tatsache sein, wenn eine kontraktive Notenbankpolitik solche Produktionsbereiche der Gesamtwirtschaft trifft, die gerade als "leading growth sectors" den gesamten Wachstumsprozeß tragen oder eine "Initialzündung" auslösen sollen. Am Beispiel G r i e c h e n l a n d s , das im Jahre 1952 eine restriktive Finanz- und Kreditpolitik einleitete, die zu teilweise erheblichen Produktionsrückgängen (Textilindustrie) führte, sind die Konsequenzen einer solchen Politik empirisch verdeutlicht worden.

Auch der restriktive Einsatz der Finanzpolitik läßt kaum die Wirkungen auf die inländische Gesamtnachfrage erwarten wie in hochentwickelten Ländern. Eher scheint die selektive Kreditpolitik als wirtschaftspolitische Maßnahme geeignet zu sein, den besonderen strukturellen Bedingungen der Entwicklungsländer Rechnung zu tragen.

b) Sehen sich die unentwickelten Länder aus den dargestellten Gründen der Unmöglichkeit gegenüber, durch notenbankpolitische Maßnahmen den Wechselkurs zu stabilisieren, so ergeben sich für sie eine Reihe weiterer Möglichkeiten zur externen Gleichgewichtsherstellung, nämlich durch Anwendung von Maßnahmen der direkten Wechselkurspolitik. Der "harten" Wechselkursstabilisierungspolitik über den inländischen Geldwert steht - gewissermaßen als anderes Extrem - die Politik des f r e i e n W e c h s e l k u r s e s gegenüber. Hier überläßt man den Kurs allein den Kräften von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt, ohne ihn "von innen" heraus zu beeinflussen. Ein flexibler Wechselkurs hat den für eine unentwickelte Volkswirtschaft unschätzbaren Vorteil, daß im Inland eine dem Entwicklungsprozeß angepaßte autonome (in der Regel expansive) Geldpolitik getrieben werden kann, die sich zwar in einer ständigen Verschlechterung des Wechselkurses niederschlagen könnte, die Handelsbilanz aber nominell durch eine ständige Gleichheit von Ein- und Ausfuhr im Gleichgewicht hält. Um die Höhe des "richtigen Wechselkurses" braucht man sich überdies keine Sorgen zu machen, denn er wird sich im Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Niveau einspielen, das den äußeren Gleichgewichtsbedingungen entspricht. Alles dies - neben den Vorteilen, die in einer Beseitigung der Devisenzwangswirtschaft oder der Wechselkursdifferenzierung liegen - ist für die Einführung des flexiblen Kurses von Bedeutung.

1) Die Wirkungen einer solchen Politik, die vor allem in der Schaffung weitgehend instabiler Preis- und Kostenverhältnisse liegen, sind bereits in früheren Untersuchungen dargestellt worden; es verdient daher Beachtung, daß infolge der großen Auslandsabhängigkeit der Entwicklungsländer die Schwankungen des Wechselkurses für die Binnenwirtschaft eines Entwicklungslandes eine viel größere Bedeutung hat

als in entwickelten Volkswirtschaften. Der im Vergleich zu entwickelten Ländern hohe Transformationsgrad von Wechselkursschwankungen auf die Binnenwirtschaft trifft in Entwicklungsländern in beträchtlichem Maße das Preisniveau und die Produktionsstruktur.

2) In nicht geringem Maße wird der zwischen dem betreffenden Entwicklungsland und den Kapitalexportländern fließende Kapitalstrom gestört. Die internationale Arbeitsteilung wird dadurch beeinträchtigt, daß die "Standort-Kosten-Vergleichsrechnung" potenter Investoren infolge der sich ständig ändernden Kurse auf schwankendem Grund stehen. Damit wird die Hinlenkung des Produktionsfaktors "Kapital" an den Ort seiner produktivsten Verwendung verhindert. Ein fluktuierender Wechselkurs birgt darüber hinaus ein Risiko für den Transfer von Zinsen und Amortisationen in sich, das den Anreiz, in dem betreffenden Entwicklungsland zu investieren, vermindert. Ein fluktuierender Wechselkurs stellt daher, weltwirtschaftlich gesehen, einen Desintegrationsfaktor dar, der sich - langfristig gesehen - auch für die Entwicklungsländer selbst nachteilig auswirken muß. Trotzdem muß darauf hingewiesen werden, daß das Wechselkursrisiko für sich genommen nicht überschätzt werden sollte; denn in Entwicklungsländern gibt es eine Vielzahl anderer wirtschaftlicher und vor allem auch politischer Risiken, die das Wechselkursrisiko in den Hintergrund treten lassen.

3) Unter anderem Aspekt müssen die Wirkungen des fluktuierenden Wechselkurses betrachtet werden, die sich für die kurzfristigen Kapitalbewegungen ergeben. Jeder schwankende Wechselkurs gibt einen Anreiz zur Devisenspekulation. Da aber bei einem völlig frei fluktuierenden Kurs ständig damit gerechnet werden muß, daß sich die Richtung seiner Schwankungen kurzfristig ändert, d.h. ein "nach unten" abgleitender Kurs plötzlich wieder "nach oben" tendiert oder umgekehrt, werden nicht nur Kräfte der Spekulation, sondern auch der Gegenspekulation ausgelöst, die die kurzfristigen spekulativen Kapitalbewegungen schnell zu einem Ende führen und damit die schädigenden Wirkungen auf die Zahlungsbilanz beseitigen.

c) Die aufgezeigten Wirkungen sowohl des stabilisierten wie auch die des frei schwankenden Kurses lassen die Frage aufkommen, ob es für das einzelne Entwicklungsland von Vorteil sein kann, einen unbeweglichen Wechselkurs zu schaffen, ohne damit jedoch das Instrumentarium der Notenbank- und Finanzpolitik in Gang setzen zu müssen. Diese Möglichkeit wäre gegeben durch die Aufrechterhaltung eines f i x i e r t e n Wechselkurses auch bei außenwirtschaftlichem U n g l e i c h g e w i c h t .

1) Die Wirkungen dieser Art der Wechselkurshandhabung liegen vor allem in der Verzerrung des internationalen Wechselkursgefüges. Dies trifft für Entwicklungsländer in besonderem Maße zu; denn gerade sie sind infolge der außerordentlich großen Schwankungen im Außenhandel nicht in der Lage, den Wechselkurs jeweils "richtig", d.h. auf seinem Gleichgewichtsniveau, zu fixieren.

2) Ist aber ein Zahlungsbilanzungleichgewicht vorhanden, und wird dieser Tatsache durch entsprechende Korrektur des Wechselkurses - durch welche Maßnahme auch immer - nicht Rechnung getragen, dann muß (im Falle eines Zahlungsbilanzdefizits) das Einströmen von Gütern und Dienstleistungen durch quantitative, d.h. marktinkonforme Maßnahmen beschränkt werden. Die Konsequenz einer Anwendung von Retorsionsmaßnahmen durch die industriellen Partnerländer ist dann oft unvermeidbar.

3) Bei länger anhaltendem Zahlungsbilanzungleichgewicht ist es ökonomisch nicht zu vertreten, einen fixierten Kurs entgegen den Kräften des Marktes aufrechtzuerhalten, weil die langfristigen außenwirtschaftlichen Nachteile einer solchen Politik für den Entwicklungsprozeß größer sind als ihre kurzfristigen Vorteile.

d) Die Notenbank eines Entwicklungslandes, das sich einem permanenten externen Ungleichgewicht gegenübersieht, wird sich daher früher oder später entschließen müssen, die Wechselkursrelation den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Diese Notwendigkeit wurde deutlich im Falle G r i e c h e n l a n d s . Beabsichtigt die Notenbank, grundsätzlich das fixierte Wechselkurssystem aufrechtzuerhalten, so bleibt die Möglichkeit einer a u t o n o m e n Variation des Kurses im Sinne einer A u f - oder A b w e r t u n g.

1) Die Auswirkungen einer Abwertung auf Handelsbilanz und "terms of trade" sind nur unter Einbeziehung der Tatsache einer möglichen "a n o m a l e n R e a k t i o n" der Handelsbilanz darzustellen. Mit wenigen Worten gekennzeichnet tritt eine "anomale Reaktion" einer Abwertung (Vergrößerung eines Importüberschusses) - ceteris paribus - dann ein, wenn die Summe der mengenmäßigen Im- und Exportelastizitäten kleiner als eins ist. Die Analyse der einzelnen determinierenden Elastizitäten hatte erkennen lassen, daß aufgrund der besonderen Struktur der Entwicklländer in bestimmten Fällen die Möglichkeit einer "anomalen Reaktion" vorhanden ist.

2) Im gleichen Maße, wie es für die Beurteilung der Wirkungen einer Abwertung auf die Handelsbilanz notwendig ist, die bestehenden Angebots- und Nachfrageelastizitäten in die Analyse einzubeziehen, gilt dies auch für die Auswirkungen auf die Terms of Trade. In jedem Fall ist es unkorrekt zu sagen, daß sich die Terms of Trade eines Landes im Falle einer Abwertung verschlechtern werden. Die Änderungsrichtung der Terms of Trade hängt entscheidend von den Angebots- und Nachfrageelastizitäten ab.

3) Analysiert man die Wirkungen der Abwertung auf das inländische Preisniveau, so ist die Tatsache bemerkenswert, daß eine Devalvation eine Verteuerung der Importwaren bewirkt, die - bei nicht gleichzeitigem kontraktiven Einsatz der Notenbankpolitik - inflatorisch wirken kann. Diese Möglichkeit ist in Entwicklungsländern deshalb in besonderem Maße vorhanden, weil hier oft ein beträchtlicher Teil des gesamten Güterverbrauchs durch Importwaren bestritten wird. So ergab ein statistischer Vergleich der Entwicklung der g r i e c h i s c h e n Lebenshaltungskosten, daß diese nach erfolgter Abwertung beträchtlich anstiegen.

4) Die Auswirkungen einer Abwertung auf die Produktionsstruktur müssen unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß die Abwertung - ähnlich wie die kontraktive Finanz- und Kreditpolitik - dazu dient, den inländischen Verbrauch von importierten Gütern und Dienstleitungen und von exportfähigen Gütern und

Dienstleistungen zu beschränken und zugleich die Verwendung der produktiven Kräfte umzulenken. Dieser Umlenkungsprozeß wird ceteris paribus die Volkswirtschaft eines Entwicklungslandes um so stärker treffen, als sie in starkem Maße produktionswirtschaftlich auf den Außenhandel angewiesen ist. Dies braucht nicht zu bedeuten, daß die Gesamtproduktion zurückgeht (am Beispiel "Griechenland" war gezeigt worden, daß die Gesamterzeugung nach der Abwertung bemerkswert anstieg), lediglich innerhalb der Produktionsstruktur entsteht ein Umschichtungsprozeß, der für den einzelnen Wirtschaftszweig negative Auswirkungen haben kann.

e) Die W e c h s e l k u r s d i f f e r e n z i e r u n g , das letzte Glied in der Kette der möglichen Wechselkurspraktiken, ist der Versuch, die Vorteile aller bisher dargestellten wechselkurspolitischen Maßnahmen unter Ausklammerung ihrer Nachteile untereinander zu k o m b i n i e r e n . Diese Bemühen muß in Entwicklungsländern unter dem Aspekt des Hauptziels "Entwicklungsförderung" gesehen werden. Die Wechselkursdifferenzierung wird aus dem Bestreben heraus vorgenommen, knappe (Devisen-) Mittel auf eine Vielzahl von (Import- oder Export-) Bedürfnissen gemäß deren Beziehungsnähe zum Hauptziel "Entwicklungsförderung" s e l e k t i v zu verteilen. Dabei wird die Differenzierung des Kurses nicht notwendigerweise als Endlösung des Wechselkursproblems angesehen, sondern vielfach als Übergangslösung zu einem später wieder anzuwendenden Einheitskurs betrachtet.

1) Sei es, daß die Differenzierung des Kurses dergestalt vorgenommen wird, daß ein Freikurs (flexibler Kurs) vom fixierten Einheitskurs abgespalten oder ein fixierter Einheitskurs nach Warenkategorien oder Währungsräumen unterschiedlich gestaffelt wird, immer ergibt sich die Wirkung dieses differenzierten Kurssystems auf die Handelsbilanz aus einer Kombination der Einzelwirkungen, die bereits im Zusammenhang mit den Wirkungen der anderen Wechselkurspraktiken (Abwertung, fluktuierender Kurs) erörtert wurden. Am Beispiel T h a i l a n d s war zu zeigen versucht worden, wie die einzelnen Kurskategorien die Haupt- ein- und -ausfuhrpositionen beeinflußten. Die Summe dieser Teilwirkungen ergibt die Gesamtwirkung auf die Handelsbilanz.

2) Die vorwiegend angewandte Form der Wechselkursdifferenzierung, nämlich die Festsetzung unterschiedlicher Kurshöhen für "most essential goods", "useful goods" und "luxuries" kann wegen der durchweg hohen Importabhängigkeit der Entwicklungsländer nicht ohne Einfluß auf das inländische Preisniveau bleiben. Je größer der Kreis der kursbegünstigten Güter gezogen wird, um so mehr wirkt dies den in den meisten Entwicklungsländern vorhandenen Preisauftriebstendenzen im Inland entgegen. Dies konnte im Falle T h a i l a n d s anhand der Entwicklung der Lebenshaltungskosten verifiziert werden. Hier zeigte sich, daß gerade die Waren, die auf der Importseite kursbenachteiligt waren, nur ein geringes Gewicht innerhalb des thailändischen Preisindex für die Lebenshaltung hatten, und die Wechselkursdifferenzierung damit das inländische Preisniveau nicht nennenswert beeinflussen konnte.

3) Jede Wechselkursdifferenzierung führt zu einer selektiven Beeinflussung der einzelnen Produktionszweige, sowohl auf der Einfuhr- wie auch auf der Ausfuhrseite. Einfuhrseitig werden diejenigen Produktionszweige geschützt, deren Importkonkurrenzgüter mit höheren Kursen als andere Waren belastet sind; auf der Ausfuhrseite werden bestimmte Industriezweige durch Festsetzung höherer Kurse gegenüber anderen subventioniert. Eine solche differenzierende Wechselkurspolitik wird sich ständig darüber Rechenschaft abzulegen haben, ob nicht durch die unterschiedliche Beeinflussung der einzelnen Produktionszweige eine ökonomisch ungerechtfertigte künstliche Verzerrung der Produktionsstruktur und damit eine für den Entwicklungsprozeß nachteilige Wirkung ausgelöst wird. Dies gilt nicht zuletzt auch hinsichtlich der Investitionsentscheidungen. Wird nämlich durch ein differenziertes Wechselkurssystem eine Verfälschung der komparativen Kostenvorteile bewirkt, so kann dies zu Fehllenkungen des anlagesuchenden Kapitals führen.

4) Die Auswirkungen differenzierter Wechselkurse auf den Staatshaushalt sollten in Entwicklungsländern nicht unterschätzt werden. In T h a i l a n d lag der Anteil der aus der Wechselkursdifferenzierung resultierenden Devisengewinne an den gesamten Staatseinnahmen bei 10 v.H. Die einnahmepolitischen Wirkungen differenzierter Wechselkurse sind vorwiegend indirekter Art. Einmal kann auf der Einfuhrseite ein höherer Steuer- (Zoll-)meßbetrag geschaffen werden als dies bei einem Einheitskurs möglich wäre; oder die Notenbank kann in die Lage versetzt werden, aus Kursgewinnen den Staatshaus-

halt zu kreditieren. Zum anderen besteht aber auch die Möglichkeit, daß Regierungskäufe kursgünstiger behandelt werden als andere Importe. Alle diese Maßnahmen stellen für die übrigen Wirtschaftsbereiche eine indirekte Besteuerung dar. Nicht unberücksichtigt sollte bei dieser Betrachtung die Tatsache bleiben, daß es der Notenbank bis zu einem gewissen Grade möglich ist, mit einer differenzierenden Wechselkurspolitik eine antizyklische Konjunkturpolitik zu treiben. Auch hier muß berücksichtigt werden, daß die Wechselkursdifferenzierung um so stärker als Mittel der Finanzpolitik eingesetzt werden kann, je höher der Grad der Auslandsabhängigkeit eines Entwicklungslandes ist.

f) Schließlich hat der allgemeine historische Rückblick auf die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer gezeigt, daß die grundlegenden Probleme dieser Länder, ihre Auslandsabhängigkeit und der Inflationsdruck in ihren Binnenwirtschaften ihre Wechselkurspolitik früher wie heute bestimmen. Unter diesem Aspekt müssen auch die "Abweichungen" einiger Entwicklungsländer von international anerkannten oder sanktionierten Wechselkurssystemen (Bretton Woods, Goldstandard) gesehen werden.

IV. Ausblick

In der Einleitung zu dieser Arbeit war die Frage aufgeworfen worden: "Ergeben sich hinsichtlich der Lage, der wechselkurspolitischen Zielsetzung und der anzuwendenden Maßnahmen besondere aus dem Entwicklungsprozeß resultierende und von den bisherigen Erkenntnissen abweichende Aspekte?"

Der Verfasser glaubt, am Schluß der Gesamtanalyse diese Frage bejahen zu dürfen. Es sei in diesem Zusammenhang vor allem noch einmal auf die möglichen negativen Auswirkungen einer Wechselkursstabilisierungspolitik durch interne geldpolitische Maßnahmen in Entwicklungsländern verwiesen. Während heute in vielen hochentwickelten Industrieländern "monetäre Disziplin" (z.B. in den USA, der Bundesrepublik, Großbritannien) als das oberste Gebot gilt, und die Notenbank entsprechend dieser These das wirtschaftspolitische Instrumentarium einsetzt, ist eine solche Politik in den sich im Entwicklungsprozeß befindlichen Volkswirtschaften nicht praktizierbar; nicht weil die Forderung nach einer "gesunden", d.h. nicht-inflatorischen Finanz- und Kreditpolitik, dort als grundsätzlich falsch empfunden wird, sondern weil man weiß,

daß die kurzfristigen Nachteile einer solchen Politik die langfristigen Vorteile überkompensieren würden. Es ist eine Frage der Rangordnung der Ziele, die sich hier stellt und die allein mit teleologischen Werturteilen nicht mehr zu lösen ist.

Ebenso wie die Übertragung der in entwickelten Ländern gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich einer Wechselkursstabilisierung durch interne geld- und kreditpolitische Maßnahmen auf Entwicklungsländer nicht ohne Vorbehalt gemacht werden kann, gilt dies auch für den freien Wechselkurs, die Aufrechterhaltung des fixierten Kurses bei außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht, für die autonome Abwertung und die Wechselkursdifferenzierung.

Letztlich ist die Unmöglichkeit, Ziele und Wirkungen aller dieser Maßnahmen von entwickelten auf unentwickelte Volkswirtschaften zu übertragen, eine Frage der qualitativen Wirtschaftspolitik, damit also ein Problem der Wirtschaftsordnung und des Wirtschaftssystems in beiden Ländergruppen schlechthin. Die wirtschaftsordnungspolitische Problematik der "Wechselkurspolitik in Entwicklungsländern" konnte im Rahmen dieser Untersuchung nur angedeutet werden. Eine vollständige Behandlung hätte den Rahmen der Arbeit gesprengt; sie bleibt als Aufgabe bestehen für das weite Feld zukünftiger ökonomischer Untersuchungen über das Problem "Entwicklungsländer".

Literaturverzeichnis

Abbas, S. A. : " Capital Requirements for the Development of South and South-East-Asia" groningen 1956

Adler, J.H.: " The Fiscal and Monetary Implementation of Development Programs" in: The American Economic Review, Papers and Proceedings Vol. XLII (1952), S. 595 ff.

Aleman, R. T. : " Die Theorie der peripheren Wirtschaft" in: Weltwirtschaftliches Archiv (abgekürzt WWA) Bd. 74 (1955), S. 31 ff.

Alexander, S.S.: Devaluation versus Import Restrictions as an Instrument of Improving Foreign Trade Balance" in: Staff-Papers Vol.I (1950/51), S. 379 ff.

Amonn, A. "Abwertung und Aufwertung oder freie Wechselkursbildung" in: Wirtschaftsfragen der Freien Welt o.O. 1957

Angell, J.W.: "The Theory of International Prices" Cambridge (Mass.) 1926

Aresteh, R.: " Some Problems of Education in Underdeveloped Countries" in: The Middle East Journal, Vol. 12 (1958) s. 270 ff.

Atallah, M.K.: " The Long-Term Movement of the Terms of Trade between Agricultural and Industrial Products" Rotterdam 1958

Baade, F.: " Wie kann der Westen den Entwicklungs-Ländern helfen ?" Vortrag gehalten auf der Jahrestagung der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, Auszug abgedruckt in: ifo-Schnelldienst, München, Nr. 45 vom 4.November 1959

Bachmann, H.: " Die Konventionen von Bretton Woods" St. Gallen 1945

ders.:" Das Postulat flexibler Wechselkurse" in: Außenwirtschaft 8.Jg.(1953) S. 259 ff.

Baldwin, R.E.: " Secular Movements in the Terms of Trade" in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XVL (1955), S. 259 ff.

Bauer, P.T.: "Economic Analysis an Policy in Underdeveloped Countries" Durham 1957

B a u e r , P.T.: "The Underdeveloped Countries - - a Critique of Current Ideas" in: Neue Zürcher Zeitung, 178 Jg. (1957), Fernausgabe Nr. 18 vom 19. Januar 1957, S. 9

B a u m o l , W.J.: "Speculation, Profitability and Stability" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXIX (1957), S. 363 ff.

B e a g l e h o l e , E.: "Cultural Factors in Economic and Social Change" in: International Labour Review, Vol. LXIX (1954), S. 415 ff.

B e h r e n d t , R.F.: "Das Problem der 'unentwickelten' Länder". Schriften der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Essen, Nr. 2, 1956

ders.: "Die wirtschaftliche und soziale Revolution in den unterentwickelten Ländern" Bern 1954

B e h r m a n n , J. und S c h m i d t , W.: "International Economics" New York 1957

B e r n a r d , K.: "Werkzeuge der Kreditpolitik" in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 5. Jg. (1952), S. 9 ff.

B e r n s t e i n , E.M.: "Strategic Factors in Balance of Payments Adjustment" in: Staff-Papers, Vol. V (1956/57), S. 151 f.

ders.: "Some Economic Aspects of Multiple Exchange Rates" in: Staff-Papers, Vol. I (1950/51), S. 224 ff.

ders.: und P a t e l , J.G.: "Inflation in Relation to Economic Development" in: Staff-Papers, Vol. II (1951/52), S. 363 ff.

B h a t i a , M.S.: "The Role of Public Budgeting in an Underdeveloped Economy" in: The Indian Journal of Economics, Vol. XXXVII (1956), S. 119 ff.

B i c k e r d i k e , C.F.: "The Instability of Foreign Exchange" in: The Economic Journal, Bd. XXXV (1920), S. 118 ff.

B i l l e r b e c k , K.: "Kritische Bemerkungen zur Auslandshilfe für die Entwicklungsgebiete" in: Wirtschaftsdienst, 38. Jg. (1958), S. 377 ff.

B i s m a r c k - O s t e n , F.v.: "Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Griechenlands" in: WWA, Bd. 68 (1952) I, S. 263 ff.

B ö h i , H.: "Grundsätze und Methoden zur Ermittlung der richtigen Währungsrelation zum Ausland" Bern 1944

B o ß h a r d t , A.: "Von der Stabilität zur Flexibilität der Wechselkurse" in: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Festschrift für Alfred Amonn, Bern 1953

B r a n d , W.: "The Struggle for a Higher Standard of Living" Den Haag 1958

B r a n k o v i c , S.L.:" Die unterentwickelten Länder" in: Internationale Politik, 8.Jg.(1957),Heft 181,S.7

B r o w n , W.H.Ph.: " A Course in Applied Economics" London 1951

B r u t o n , H.J.:"Growth Models and Underdeveloped Economies" in: The journal of Political Economy Vol. LXIII (1955), S. 322 ff.

B u c h a n a n , N.S. and L u t z , F.A.:" Rebuilding the World Economy New York 1947

B u c h a n a n , N.S. and E l l i s , H.S.:"Approaches to Economic Development" New York 1955

--- Bundesstelle für Außenhandelsinformation:" Der griechische Exportmarkt" Wirtschafts-und Außenhandelsberichte Nr. A/238, Januar 1959

--- dies.: Peru, Köln 1959

B u r g e s s , W.R.: " The Reserve Banks and Money Market" New York and London 1946

B u t t r i c k , J.A., and W i l l i a m s e n , H.S.: "Economic Development Principles and Patterns "Englewood Cliffs 1955

C a m i l l o n i , H.: "Peru as an Investment Field" in: Business Information Service, World Trade Series, Nr. 641, Oktober 1954

ders.: "Peru as an Long-Term Capital-Market" In: Business Infomation Service, World Trade Series, Nr. 641,Okt.54

C a s s e l , G.:" Der Zusammenbruch der Goldwährung" Stuttgart 1937

C h a m b e r l a i n , E., : The Theory of Monopolistic Competition" Harvard Economic Studies,No. 38, Cambridge 1953

C h a n g , Tse Chun: "International Comparison of Demand for Imports" in: The Review of Economic Studies, Vol. XIII (1945/46), S. 63 ff.

ders.: S. Polak, J.J.

C h e n e r y , H.B.: "The Role of Industrialzationin Development Programs" in:The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XLV (1955), No.2 S. 40 ff.

C l a r k , C.:" The Economics of 1960" London 1942

C l e v e l a n d , W.C.:S.D. Delivanis

D e l g a d o , L.:"Economy of Underdeveloped Countries" in: Eastern World, Vol.XI(1957), S. 43 ff.

D e l i v a n i s , D, and C l e v e l a n d ,E.C: Greek Monetary Developments 1939 - 1948 " Bloomington 1949

--- Deutsch-Südamerikanische Bank:"Wirtschaftsbericht Peru" Hamburg 1954

--- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung:" Zur Entwicklung des Außenhandels der Rohstoffländer"in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 27. Jg.(1960), Nr. 3

--- Direcion Nacional de Estadistica (Peru): Censo Nacional de Poblaciòn y Ocupaciòn, Vol. I Lima 1944

D o n n e r , O.: "Die Saisonschwankungen als Problem der Konjunkturforschung" in: Vierteljahreshefte zur Konjunktrforschung, Sonderheft 6, Berlin 1928

E l i a d e s , E.A.:"Stabilization of the Greek Economy and the 1953 Devalution of the Drachme" in: Staff-Papers, Vol. IV(;954/55), S. 22 ff.

E l l i o t t , W. (Hrsg.): "Weltwirtschaft und Weltpolitik" München 1957

E l l i s , H.S.: "The Equilibrium Rate of Exchange" in: Explorations in Economic Notes and Essays, contributed in Honour of F.W. Taussig,New York and London 1936

E l l i s , H.S.: s.Buchanan, N.S.

E l l s w o r t h , P.T.:"The Terms of Trade between Primary Producing and Industrial Countries" in: Inter-American Economic Affairs, Vol. X (1956), S. 47 ff.

ders.: "Exchange Rates and Exchange Stability" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXII (1950), S. 1 ff.

E m m i n g e r , O.:" Internationaler Währungsfonds und Wechselkurspolitik" in:Zeitschrift für das Gesamte Kreditwesen, 10.Jg.(1957), Nr. 2, S.732

E u c k e n , W.: "Investitionssteuerung durch echte Wechselkurse" in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 3. Jg. (1950), S. 95 ff.

F e r r e r o , R. A.:" Orientacion Economica de la Agricultura Peruana" in: La Vida Agricola, Vol. XIV (1937), S. 743 ff. und Vol. XXVIII (1941), S. 63 ff.

F i n c h , D.: " Investment Service Ratios of Underdeveloped Countries" in: Staff-Papers, Vol. II (1951/52), S. 60 ff.

F i n d l a y , R. and G r u b e r , H.: "Factor Intensities, Technological Progress and the Terms of Trade" in:Oxford Economic Papers, Vol. XI (1959), S. 111 ff.

F i s c h e r , W.: " Die Mindestreservepolitik der Zentralbank" München 1949

F o r s t m a n n , A.: "Geld und Kredit" in: Grundriß der Sozial wissenschaften Bd. 3, II. Teil, Göttingen 1952

F r a n k e l , H.S.: "Some Conceptual Aspects of International Economic Development of Underdeveloped Territories" Princeton 1952

--- GATT: "International Trade" Genf 1957

G a t z n e r , H.:" Entwicklungsländer und Welthandel" in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 9.Jg. (1958), S. 335 ff.

G e s t r i c h , H.: "Kredit und Sparen" Bad Godesberg 1947

ders.: "Neue Kreditpolitik" Stuttgart und Berlin 1936

ders.:"Geldpolitik und Weltwirtschaft" Berlin 1954

G o r d o n , M.: " Barriers to World Trade" New York 1941

--- Government of Thailand, Royal Forest Department: "Thailand FAO Progress, Reports in Forestry" Bangkok 1951/52

--- Government of Thailand, Ministry of Agriculture: "Thailand and her Agricultural Problems" Bangkok 1950

G r a d i n , V.: " Effects of Multiple Exchange Rates" in: WWA, Bd. 81(1958), S. 176 ff.

G r a h a m, F. D.: " Fundamentals of International Monetary Policy" Princetown 1943

G r u b e r , H.: s. Findlay , R.

G u i l l e b a u d , C.W.: " Das Abkommen von Bretton Woods und seine internationale Bedeutung (Kieler Veröffentlichung, Heft 2) Hamburg 1947

G u l a t i , R. J.: "Criteria for Allocating Investment in Underdeveloped Economies" in: The Indian Economic Review , Vol. III (1957), No. 3, S. 107 ff.

G u t h , W.: " Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder" Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Bd. 4, Tübingen 1957

G u t t , C.: " Exchange Rates and The International Monetary Fund" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXX (1948) S. 81 ff.

H a b e r l e r , G.:" Currency Depreciation and the Terms of Trade" in: Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung, Festschrift zum 7o. Geburtstag von Ferdinand Degenfeld-Schomburg, Wien 1952,

ders.:"Prosperität und Depression" 2.Auflage Tübingen-Zürich 1955

ders.:"The Market for Foreign Exchange and the Stability of the Balance of Payments" in: Kyklos, Vol. III (1949), S. 204 ff.

ders-: "Außenhandel" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 1, Göttingen 1956 S. 457 ff.

H a l l e r , H.: " Möglichkeiten und Grenzen finanzwirtschaftlicher Konjunkturpolitik" in: Finanzarchiv, Bd. 12 (1950/51), S. 177

H a l m , G. N.: "Geld, Außenhandel und Beschäftigung" München 1957

--- Hamburger Kreditbank: "Thailand"Hamburg o.J.

--- Handelskammer Hamburg: "Bericht über das Jahr 1957" Hamburg 1958

dies.:" Bericht über das Jahr 1958"Hamburg 1959

H a n s e n , A.:" A Brief Note on Fundamental Disequilibrium" in: Review of Economic Statistics, Vol.XXVI(1944), S. 32 ff.

ders.: "Fiscal Policy an Business Cycles" New York 1941

H a r r i s , S.E.: "Auswirkungen der Währungsabwertung" in : WWA, Bd. 44 (1936) II, S. 252

H a w t r e y,R.G.: "Bretton Woods Better or Worse" London - New York - Toronto 1946

ders.: "The Goldstandard in Theory and Practice" 5. Aufl., London 1947

H a y e k , F.A.: "Monetary Nationalism and Industrial Stability" London 1937

H e u ß , E.: "Autonome Geldpolitik und bewegliche Wechselkurse" in: Außenwirtschaft, 4. Jg. (1949), Heft 3, S. 153 ff.

ders.:"Wirtschaftssysteme und Internationaler Handel" Zürich und St. Gallen 1955

H i c k s , J.R.: "The Problem of Budgetary Reform" o.O. 1948

H i l g e r d t , F.: "International Trade under Structural Disequilibrium" in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXVI (1952), S. 522 ff.

H i r s c h m a n n , A.O.: "Investment Policies and "Dualism" in Underdeveloped Countries" in: The Emarican Economic Review, Vol. XLVII (1957), S. 550 ff.

H o h l f e l d t , H.H.: "Mindestreservehaltung als Mittel der Kreditpolitik" in: Schmollers Jahrbuch, 74. Jg. (1954), S. 463 ff.

I n g r a m . J.E.: "Economic Change in Thailand since 1850" Stanford 1954

--- International Labour Organisation: "Labour Problems in Greece: in: Report of the Mission to Greece in: Heft Oktober/November 1947, S. 1

I t a g a k i , Y.: "Economic Backwardness and the Theory of Economic Development" in: Far Eastern Economic Review, Vol. XXIII (1957), S. 772 ff.

J a c o b s s o n , P.: "Feste oder veränderliche Wechselkurse?" in: Skandinaviska Banken, 35. Jg. (1954), S. 89 ff.

J e n t g e n , J. : " Fixe, flutuierende oder variable Wechselkurse" Diss. Basel 1954

J ö h r , W.A. und S i n g e r , H.W.: "Die Nationalökonomie im Dienste der Wirtschaftspolitik" Göttingen 1957

J u c k e r - F l e e t w o o d , E. E. : "Probleme des wirtschaftlichen Wachstums" in: Neue Zürcher Zeitung, 179. Jg. (1958), Fernausgabe Nr. 310 vom 11. November 1958, S. 11

K a p f e r e r , C.: " Die unterentwickelten Gebiete - eine internationale Verpflichtung" in Wirtschaftsdienst, 35. Jg. (1955), S. 3 ff.

ders.: "Sicherung unserer Ausfuhr durch Hebung der Kaufkraft in Rohstoffländern" in: 50 Jahre Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg 1958, S. 7 ff.

K a t z , S.: " The Canadian Dollar - A Fluctuating Currency" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 35(1953), S. 236 ff.

K a z m i , S.S.: " The Role of Monetary and Fiscal Policy in Economic Development" in: Far Eastern Economic Review, Vol. XXV (1958), No. 4, S. 1o3 ff.

K e m p , M.C.: " The Relation between Changes in International Demand and the Terms of Trade" in:Econometrica , Vol. 24 (1956), S. 41 ff.

K e n n e d y , Ch. "Devaluation and the Terms of Trade" in: The Review of Economic Studies, Vol. XXVII (1949/50), S. 28 ff.

K e n t , R.P. : " Money and Banking" New York 1947

K e r m a n n , K.: " Landwirtschaftlicher Aufbau in minderentwickelten Gebieten" in: Offene Welt, 6. Jg. ,Nr. 39, September/Oktober 1955, S. e1 ff.

K e y n e s , J.M. : " Vom Gelde" München und Leipzig 1932 (Neudruck Berlin 1955)

ders.: "General Theory of Employment, Interest and Money London 1936

K h a t k h a t e , D.R.: "Problems of Monetary Policy in an Developing Economy" Bombay 1954

K i n d l e b e r g e r , Ch.P.: "International Economics"Homewood (Ill.) 1953

ders.: "The Terms of Trade", New York 1956

ders.: "The Terms of Trade and Economic Development" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XL, Supplement: Februar 1958, No. 1, Part 2, S. 72 ff.

--- Kingdom of Thailand "Report of the Financial Advisor 1941 - 1950" Bangkok o.J.

K i r b y , E.St.: "General Criteria of Economic Development" in: Far Eastern Economic Review, Vol. XVII (1954), S. 513 ff.

K n a l l , B.: "Zur Programmierung von Erschließungsplänen in Entwicklungsländern" in: WWA, Bd. 81 (1958), II, S. 277 ff.

K ö h l e r , C.: "Die Bestimmungsgründe des Wechselkurses und die Antinomien seiner Stabilisierung" Diss. Berlin 1950

K o e s t n e r , N.: "Grundprobleme der Unterentwicklung" in: Neue Zürcher Zeitung, 177 Jg., Nr. 2417 vom 1. September 1956, S. 8

K r u s e , A.: "Die Mechanismen des Zahlungsbilanzausgleichs" in: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Festgabe für Adolf Weber, Berlin 1951, S.

K u b i n s k y , Z.: "The Elasticity of Substitution between Sources of British Imports, 1921 - 38" in: Yorkshire Bulletin, Vol. 2, (1950), No. 1, S. 17 ff. sowie in: University Institute of Economics, Oslo, April 1950, S. 1 ff.

K ü n g , E.: Zahlungsbilanzpolitik" St. Galler Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, Tübingen 1959

ders.: "Zur Bestimmung des Satzes einer Abwertung" in: WWA Bd. II (1943), S. 450 ff.

ders.: Ausländische Stimmen zur Frage der flexiblen Wechselkurse" in: Außenwirtschaft, 7. Jg. (1952), S. 151 ff.

ders.: "Die Selbstregulierung der Zahlungsbilanz. Eine Untersuchung über die automatischen Methoden des Zahlungsbilanzausgleichs" (St. Galler Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, Bd. 5) St. Gallen 1949

L a u , C.: "Abwertung, Handelsbilanz und Terms of Trade" in: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg 14. Jg. (1959), S. 92 ff

L a u t e n b a c h , W.: "Zins, Kredit und Produktion" Tübingen 1952

--- League of Nations: "Memorandum in Currency and Central Banks" 1913 - 1925"" Vol. I, Genf 1926

--- ders.: "Internationale Currency Experience" Genf 1944

L e e , S.Y.: "Postwar Rice Trade of Thailand" in: Far Eastern Economic Review, Vol. XVL (1954), S. 653 ff. und 689 ff.

L i s t , F.: "Der Internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein" Stuttgart und Tübingen 1844

L o r e n z , P.: "Der Trend" in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 9, Berlin 1928

L ü t o l f , F.: "Ausländische Stimmen zum Problem der multiplen Wechselkurse" in: Außenwirtschaft 10. Jg. (1955), S. 227 ff.

ders.: "Ausländische Stimmen zur Wechselkurspolitik" in: Außenwirtschaft, 10. Jg. (1955), S. 84 ff

L u t z , F.A.: "The Case for Flexible Exchange Rates" in: Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review, Vol. VII (1954), S. 175 ff.

ders.: "Trugschluß Dollarknappheit" in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 4. Jg. (1951), S. 465 ff.

ders.: "Goldwährungen und Wortschaftsordnungen" in: WWA, Bd. 41 (1935), S. 224 ff.

ders.: "The Growth Progress in a 'Dual' Economic System" in: Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review, Vol. XI (1956), S. 279 ff.

ders.: s. Buchanan, N., S.

M a c h l u p , F. "The Terms of Trade Effects of Devaluation upon Real Income and the Balance of Trade" in: Kyklos, Vol. IX (1956), S. 423 ff.

M a c h l u p , F.: "Relative Prices and Aggregate Spending in the Analysis of Devaluation" in: The American Economic Review, Vol. XLV (1955), S. 255 ff.

ders.: "The Theory of Foreign Exchanges" in: Readings in the Theory of International Trade, London 1950

ders.: "International Trade and the National Income Multiplier" Philadelphia 1950

M a d g e , Ch.: "Village communities in North East Thailand" Washington 1954

M a h r , A.: "Die wesentliche Bedingung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz" in: Economia Internazionale, Vol. IV (1951), S. 350 ff.

M a r k e z i n i s , Sp.: "Die Wirtschaftspolitik unter der Regierung Marschall Papagos" in: Die Rundfunkansprachen des Ministers für wirtschaftliche Koordination, Staatliche Pressestelle Griechenland, Hamburg 1953

M a r s h a l l , A.: "Money, Credit and Commerce" London 1924

M a t t h i e s , K.H.: "Der Goldblock, seine währungs- und handelspolitischen Probleme" Diss. Berlin 1937

M e a d e , J.E.: "The Theory of International Economic Policy" Bd. I: The Balance of Payments, 3. Aufl. London 1954

ders.: "Objectives of Monetary Policy" in: Developments in Monetary Policy, Economic Papers, No. II, Sydney 1956

M e h t a , F.A.: "Changes in the Terms of Trade as an Income Factor in World Trade 1929 - 1938" in: The Indian Economic Review, Vol. III (1957), Nr. 3, S. 1 ff.

M e i e r , G.M.: "The Poverty of Nations" in: WWA, Bd. 78 (1957), S. 83 ff.

M e t z l e r , L.A.: The Theory of International Trade" in: A Survey of Contemporary Economics, Ed. H.S. Ellis, Philadelphia 1948, S. 227

M e y e r , F.W.: "Stabile oder bewegliche Wechselkurse" in: Ordo, Bd. IV (1951), S. 352 ff.

M e y e r - D o h m , P.: "Entwicklungsprobleme unentwickelter Länder" in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hrsg. Akademie für Gemeinwirtschaft, 3. Jahr, Hamburg 1958, S. 200

M i k e s e l l , R.F.: "Foreign Exchange in Postwar World" 2. Auflage, New York 1955

ders.: "Monetary Problems of Saudi-Arabia" in: Middle East Journal, Vol. I (1947), S. 169 ff

ders.: "The International Monetary Fund 1944 - 1949: A Review" in: International Conciliation, Nr. 455, New York 1949, S.

M i l l , J. ST.: "Grundsätze der politischen Ökonomie" II. Bd., Hamburg 1852

M ö s s n e r , K.E.: "Über die Grenzen der modernen Finanztheorie" in: Beiträge zur Finanzwissenschaft und Geldtheorie, Festschrift für Rudolf Stucken, Göttingen 1953

M ü h l e n f e l s , A. v.: "Die Diskontpolitik in der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung" in: Schmollers Jahrbuch, Sonderausgabe 1933, Festgabe für Werner Sombart

ders.: "Diskontpolitik und Zahlungsbilanz" in: WWA, Bd. 38 (1933), S. 101 ff.

M ü l l e r - A r m a c k , A.: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" Hamburg 1947

M y i n t , H.: "The Classical Theory of International Trade and the Underdeveloped Countries" in: Economic Journal, Vol. LXVIII (1958), S. 317 ff.

ders.: "An Interpretation of Economic Backwardness" in: Oxford Economic Papers, Vol. XL (1954), S. 132 ff.

M y r d a l , G.: "Economic Theory and Under-Developed Regions" London 1957

ders.: "An International Economy, Problems and Prospects" London 1956

N ä s e r , H.: "Starre oder bewegliche Wechselkurse" Diss. Frankfurt 1946

N e i l l , W.A. Mc: "Greece - American Aid on Action" New York 1957

N i c u l e s c u , B.M.: "Under-Developed, Backward or low Income" in: The Economic Journal, Vol. LXV (1955), S. 546 ff.

N u r k s e , R.: "Problems of Capital Formations in Underdeveloped Countries" Oxford 1953

ders.: "Some International Aspects of the Problem of Economic Development" in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XLII (1952), S. 571 ff.

ders.: "Conditions of International Monetary Equilibrium" in: Essays in International Finance, No. 4, Princeton 1945

--- OEEC: Memorandum of Greece. Third Report, Memo-Greece 50-53/1 Paris 1951

O h l i n , B.: "Interregional and International Trade" Cambridge (Mass.) 1933

P a c h a r i y a n g k u m , U.: "Die Volkswirtschaft Siams und ihre internationalen Beziehungen" Diss. Bern 1950

--- Pan American Union: "The Peruvian Economy" Washington 1950

P a r r y , C.E.: "Selective Instruments of National Credit Policy" in: Federal Reserve Policy, Postwar Economic Studies, Nr. 8, Washington 1947

P a t e l , J.G.: s. Bernstein, E.M.

P a z o s , F.: "Inflation and Exchange Stability in Latin America" in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XXXIX (1949), S. 396 ff.

P e s m a z o g l u , G.J.: "Report for the Year 1950" Athen 1951

P f e f f e r , K.H. und S c h a a f h a u s e n , I: "Griechenland, Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg" in: Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Nr. 9, Sonderreihe Entwicklungsgebiete, Hamburg 1959

P f e f f e r , K.H. und S c h l o t e , W.: "Griechenland" in: Länderlexikon, Bd. I (1953/55), hersg. v. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

P f e i d e r e r , O.: "Pfund, Yen und Dollar in der Weltwirtschaftskrise" Diss. Berlin 1937

--- "The Place of Agriculture Forestry and Fisheries in National Development Programs" in: Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics, Vol. VI, Oktober 1957, S. 1 ff. (Hrsg. Food and Agricultural Organisation)

P o l a k , J.J. and C h a n g , T.S.: "Effects of Exchange Depreciation on a Country's Export Price Level" in: Staff-Papers, Vol. I (1950/51), S. 49 ff.

P o l a k , J.J.: "Exchange Depreciation and International Monetary Stability" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 29 (1947),S.174 ff.

ders.: "Balance of Payments Problems of Countries Reconstructing with the Help for Foreign Loans" in: Readings in the Theory of International Trade, London 1949, S. 459 ff.

P o w e r , J.H.: "The Economic Framework of a Theory of Growth" in: The Economic Journal, Vol. LXVII (1959), S. 34 ff.

P r é b i s c h , P.: "The Economic Development of Latin America and its Principal Problems" New York 1950

P r e i s e r , E.: "Geldschöpfung oder Sparen" in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 162 (1950), S. 259 ff.

P ü t z , Th.: "Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung" Wien 1948

--- Rheinisch-Westfälische Bank: "Thailand (Siam)" Düsseldorf 1952

R i c h e b ä c h e r , K.: "Zwiespalt zwischen Industrie- und Rohstoffländern" in: Der Volkswirt, 12. Jg. (1958), IV, S. 2177 ff.

R o b b i n s , L.: "Economic Planning and International Order" London 1937

R o b e r t s o n , D.H.: "Die Austauschverhältnisse im Außenhandel" in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIII (1952), S. 377 ff.

R o b i n s o n , J.: "The Foreign Exchanges" in: Readings in the Theory of International Trade, London 1949, S. 91

R ö p k e , W.: "Devisenzwangswirtschaft: Das Kardinalproblem der Internationalen Wirtschaft" in: Außenwirtschaft, 5. Jg. (1950), S. 21 ff.

ders.: "Unentwickelte Länder" in: Ordo, Bd. VI (1953), S. 89 ff.

ders.: "Gesellschaftskrisis der Gegenwart" Erlenbach-Zürich 1942

R o o t h , I.: "Der Internationale Währungsfonds: Aufgaben und Funktionen" in: Europa-Archiv, 10. Jg., 6. Folge vom 20. März 1955, S. 7393 ff.

--- Royal Institute of International Affairs: "Monetary Policy and the Depression. A First Report on International Monetary Problems" Oxford 1933

R ü s t o w , A.: "Zwischen Kapitalismus und Kommunismus" in: Ordo, Bd. 2 (1949), S. 133 ff.

S a l e r a , V.: "Exchange Control and the Argentine Market" New York 1941

S a l i n , E.: "Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit" in: WWA, Bd. 35 (1932), I, S. 23 ff.

S a r o w , F.: "Offenmarktpolitik zur Konjunkturregelung" München und Leipzig 1937

S a u l n i e r , R.J.: "An Appraisal of Selective Credit Controls" in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XLII (1952), S. 247 ff.

S c a m m e l l , W.M.: "International Monetary Plans" London 1957

S c h a a f h a u s e n , I.: S. Pfeffer, K.H.

S c h a t z , S.P.: "Inflation in Underdeveloped Areas: A Theoretical Analysis" in: The American Economic Review, Vol. 47 (1957), S. 571 ff.

S c h i l l e r , K.: "Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik" Tübingen 1957

ders.: "Marktregulierung und Marktordnung in der Welt-Agrarwirtschaft" in: Probleme der Weltwirtschaft (Schriften des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 67) Jena 1940

S c h l e i m i n g e r : "Flexible Wechselkurse diskussionsreif?" in: Währung und Wirtschaft, November/Dezember 1951

S c h l e s i n g e r , E.R.: "Multiple Exchange Rates and Economic Development" Princeton 1952

S c h l o t e , W.: s. Pfeffer, K.H.

S c h m i d t , W.: s. Behrmann, J.

S c h m ö l d e r s , G.: "Modernistische Finanzpolitik" in: Zwitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jg. 4 (1951), S. 177 ff.

S c h n e i d e r , Egon: "Mehrfache Wechselkurse" Diss. Freiburg 1950

S c h n e i d e r , Erich: "Einführung in die Wirtschaftstheorie" II. und III. Teil, 3. Auflage, Tübingen 1955

S c h o r e r , E.: "Die Abwertung, ihre Geschichte, ihre Entstehung und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft" Diss. Jena 1938

S e d w i t z , W.J.: "Mexico's 1954 Devaluation in Retrospect" in: Inter-American Economic Affairs, Vol. X (1956), S. 22 ff.

S e n f , P.: "Das Budget im Lichte der modernen Wirtschaftstheorie" in: Beiträge zur Finanzwissenschaft und zur Geldtheorie, Festschrift für Rudolf Stucken, Göttingen 1953

S e r a p h i m , H.J.: "Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik" Göttingen 1955

S h a r p , L.: "Siamese Rice Village. A Preliminary Study of Bang Chan, 1948 - 1949" Bangkok 1953

S h e n o y , B.R.: "The Currency, Banking and Exchange System of Thailand" in: Staff-Papers, Vol. I (1950/51), S. 293 ff.

S h e r w o o d , M.S.: "Revenue Features of Multiple Exchange Rates Systems" in: Staff-Papers, Vol. I (1950/51), S. 74 ff.

S h i r r a s , G.F.: "India: The Absorption of Gold: A Stdy in Monetary Policy" in: The Lessons of Monetary Experience, Essays in Honor of J. Fisher, London 1937

S i n g e r , H.W.: s. Jöhr, W.A.

S i n g h , B.K.: "Some Aspects of Fiscal Policy in Underdeveloped Economies" in: The India Journal of Economics, Vol. XXXVIII (1957), S. 84 ff.

--- "La Situacion Alimenticia en el Peru" Lima 1945

S m i t h i e s , A.: "Devaluation with Imperfect Markets and Economic Controls" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXII (1950), S. 23 ff.

ders.: "A Modern International Trade Theory and International Policy" in: The American Review, Papers and Proceedings, Vol. XXXIV (1952), S. 175 ff.

ders.: "The Control in Inflation" in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXIX (1957), S. 272 ff.

S o l t a u , F.: "Statistische Untersuchungen über die Entwicklung und die Konjunkturschwankungen des Außenhandels" in: Viertaljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 2, Berlin 1926

S o h m e n , E.: "Demand Elasticities and the Foreign Exchange Market" in: The Journal of Political Economy, Bd. LXIV (1956), S. 431 ff.

S p a t h e l f , W.: "Die Durchbrechung der festen Wechselkurse in der modernen Außenhandelspolitik" Diss. Mannheim 1953

S t a c k e l b e r g , von, H.: "Die Theorie des Wechselkurses bei vollständiger Konkurrenz" in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 161 (1949), S. 1 ff.

S t a e h l e , H.: "Bemerkungen zu den Austauschrelationen im Außenhandel" in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIII (1952), S. 384 ff.

S t o l p e r , W.: "Stand und ungelöste Probleme der Theorie des Außenhandels-Multiplikators" in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 108 (1952), S. 611 ff.

S t r a k o s c h , H.: "The Monetary Tangle of the Postwar Period" in: The Lessons of Monetary Experience, Essays in Honor of J. Fisher, London 1937

S t u c k e n , R.: "Offen-Markt-Politik oder Veränderung der Pflichtreservesätze" in: WWA, Bd. 68 (1952) I, S. 200 ff.

S u v a r n i t , R.: S. Ungphakon, P.

S w e e t - E s c o t t , B.: "Greece, a Political and Economic Survey, 1939 - 1953" London und New York 1954

T e i c h e r t , P.C.M.: "Die Problematik einer allgemein gültigen Entwicklungstheorie für unterentwickelte Gebiete" in: Wirtschaftsdienst, 37. Jg. (1957), S. 19 ff.

T i n b e r g e n , J.: "Long-Term Foreign Trade Elasticities" in: Metroeconomica, Jg. 1 (1949), S. 175 ff.

ders.: "On the Theory of Economic Policy" Amsterdam 1952

T i s m e r , A.: "Grenzen der Diskontpolitik" München und Leipzig 1932

--- "Trade, Aid o What?" A Report based uopn a Conference on International Economic Policy, o.O. 1954

T r a u t m a n n , W.: "Multiple Wechselkurse leiten Industrialisierung fehl" in: Der Volkswirt, 10. Jg. (1956), S. 15 ff.

T r i f f i n , R.: "National Central Banking and the International Economy" in: International Monetary Policies (Postwar Economic Studies, No. 7) Washington 1947

T s i a n g , S.C.: "An Experiment with a Flexible Exchange Rate System: The Case of Peru, 1950 - 1954" in: Staff-Papers, Vol. V (1956/57), S. 449 ff.

T u c h t f e l d t , E.: "Weltbank und Weltwährungsfonds, eine Zwischenbilanz weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit" in: Wirtschaftsdienst, 30. Jg. (1950), Nr. 6, S. 20 ff.

ders.: "Das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik. Ein Beitrag zu seiner Systematisierung" in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 2. Jahr, Tübingen 1957

U n g p h a k o n , P. und S u v a r n i t , R.: "Fiscal and Other Measures für Combating Inflation in Thailand" Bangkok 1951

--- United Nations: Methods of Financing Economic Development in Underdeveloped Countries, New York 1949

--- United Nations/Department of Economic Affairs: "Instability in Export-Markets of under-developed Countries in relation to their ability to obtain Foreign Exchange from Exports of Primary Commodities" (United Nations Publications, Sales No. 1952 II A 1) New York 1952

--- United Nations/Department of Economic Affairs: "Relative Prices of Exports and Imports of underdeveloped Countries" (United Nations Publications, Sales No. 1949 II. Bd. 3) New York 1949

--- United Nations/ECAFE: "Mobilization of Domestic Capital, Report and Documents of the First Working Party of Experts" Bangkok 1952

--- United Nations/ECAFE: "Economic Survey of Asia and the Far East" New York 1950

--- United Nations/ECAFE/FAO: "Agricultural Development of Thailand" New York, März 1955

--- United Nations: "Measures for the Economic Development of Under-Developed Countries" New York 1959

--- United Nations: "Process and Problems of Undustrialization und Under-Developed Countries" New York 1955

--- United Nations/Economic and Social Council: "Report of the Expert Group on the Economic Development of Southern Europe" E/ECE Add. 1, No. 233, Genf 1956

--- UNRRA: "Economic Recovery in the Countries Assisted by UNRRA" Washington 1946

--- US-National Advisory, Council on International Monetary and Financial Problems: "Semiannual Report to the President and to the Congress for the Period April 1 - Sept. 30" Washinton 1950

--- US-Department of Commerce: "Peru" in: World Trade Information Service, Part III, Nr. 59/7

--- dass.: "Basic Data on the Economy of Peru" in: World Trade Information Service, Part I, Nr. 58/17

--- dass.: "Economic Development in Peru" in: World Trade Information Service, Part I, Nr. 55/70

--- US-Economic and Finacial Mission: "Report to the Government of Peru" New York 1949

--- US-Treasury: "Articles of Agreement", IMF and IBRD"

V e i t , O.: "Die veränderte Währungspolitik und ihre Folgen" Frankfurt 1957

V i n e r , J.: "International Trade and Economic Development" Oxford 1953

V o i g t , F.: "Der öffentliche Haushalt im Wirtschaftskreislauf" in: Beiträge zur Finantwissenschaft und zur Geldtheorie, Festschrift für Rudolf Stucken, Göttingen 1953

V r i e s , B.D. de: "Immediate Effects of Devaluation on Prices of Raw Materials" in: Staff-Papers, Vol. I (1950/51), S. 238 ff.

W a g e m a n n , E.: "Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft" Berlin 1931

W a i g h t , L.: "The History and the Mechanism of the Exchange Equalisation Account" Cambridge 1939

W a l l i c h , H.C.: "Underdeveloped Countries and the International Monetary Mechanism" in: Money, Trade and Economic Growth, New York 1951

ders.: "Monetary Problems of an Export Economy. The Cuban Experience 1914 - 1947" Cambridge (Mass.) 1950

W h i t t l e s e y , Ch.R.: "Gebundene und ungebundene Wechselkurse" (Kieler Vorträge) Jena 1936

W i l l i a m s , J.H.: "Post-War Monetary Plans and other Essays" Oxford 1949

W i l l i a m s e n , H.S.: s. Buttrick, J.A.

--- Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: Gutachten vom 28. Januar 1951: "Bereinigung des Preisgefüges" in: Bd. 2, Gutachten von Juni 1950 - November 1952

--- ders.: Gutachten vom 29. Juli 1951 "Außenhandelspolitik" Bd. 2, Gutachten von Juni 1950 - November 1952

--- Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: Gutachten vom 3. Juni 1956 und 8. Juli 1956: "Instrumente der Konjunkturpolitik und ihre rechtliche Institutionalisierung" Bd. 4, Gutachten von Januar 1953 - Dezember 1956

W i s s m a n n , H.: "Außenhandelspolitik und Wechselkursfunktion" in: Wirtschaftsdienst, 30. Jg. (1950), Nr. 6, S. 27 ff.

W o y t i n s k i , W.S.: "World Population and Production" New York 1953

Y a n g , Shu-Chin: "A Multiple Exchange Rate System. An Appraisal of Thailand'S Experience 1946 - 1955" Madison 1957

Y a t e s , P.L.: "Forty Years of Foreign Trade" London 1959

Y o u n g , J.P.: "Exchange Rate Determination" in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. XXXVII (1947), S. 601 ff.

Y o s s u n d a r a , S.: "A Preliminary Survey of Foreign Investments in Thailand". An unpublished Paper of the International Monetary Fund

Z i m m e r m a n n , W.: "Warum die Welt Frieden braucht. Aufbauprojekte in fünf Kontinenten" Düsseldorf 1959

Z w o l l , J.H. van: "Mindestreserven als Mittel der Geld- und Kreditpolitik" Diss. Berlin 1954

Jahresberichte/jährliche Periodika

Anuario del Comercio Exterior (Peru)

Banco Central de Reserve del Peru

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Bank of Thailand

Balance of Payments Yearbook (United Nations)

Estadistica General Agro-Pecuria del Peru

Internationaler Währungsfonds

Statistical Yearbook (Greece)

Statistical Yearbook (League of Nations)

Statistics of National Product and Expenditure (OEEC)

Siam Directory (Thailand)

Monatsstatistiken/monatliche Periodika

Bank of Greece: Monthly Statistical Bulletin

Bank of Thailand: Current Statistics

Department of Customs (Thailand): Annual Statement of Foreign Trade of Thailand

Government of Thailand; National Economic Council: Monthly Bulletin of Statistics

Internationaler Währungsfonds: International Financial Statistics

Kingdom of Greece, National Statistical Service: Monthly Statistical Bulletin

United Nations: Monthly Digest of Statistics

US Federal Reserve Bank: Federal Reserve Bulletin

United Nations: Direction of International Trade

Statistisches Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaft und Statistik

Zeitungen/Zeitschriften

Außenhandelsdienst

Far Eastern Economic Review

The Financial Times

Foreign Commerce Weekly

Foreign Trade

Handelsblatt

Neue Zürcher Zeitung

The Review

Wirtschaftsdienst

Lebenslauf

Am 13. Juli 1930 wurde ich als Sohn des Kaufmanns Rudolf Lau und seiner Ehefrau Erna geb. Wulf in Hamburg geboren. Nach dem Besuch der Grundschule ging ich 1940 auf das Christianeum zu Hamburg-Altona über und legte dort 1950 die Reifeprüfung ab. Anschließend absolvierte ich eine kaufmännische Lehre in einem größeren Hamburger Unternehmen der Textilindustrie. 1952 schloß ich diese Lehrzeit mit der Kaufmannsgehilfenprüfung ab. Nach einer weiteren Volontärzeit in einem Bremer Unternehmen der Wollverarbeitung nahm ich im Jahre 1953 das volkswirtschaftliche Studium an der Universität Hamburg auf. Hier bestand ich 1956 die Diplom-Prüfung für Volkswirte. Anfang des Jahres 1957 begann ich auf Anregung und unter Leitung von Herrn Prof. Dr. Tuchtfeldt mit der Anfertigung der vorliegenden Dissertation. Seit Januar des gleichen Jahres war ich in der Konjunkturforschungsstelle des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs als wissenschaftlicher Mitarbeiter und seit dem 1. August 1958 als wissenschaftlicher Assistent in den Abteilungen Verkehrs-, Außen- und Industriewirtschaft der Handelskammer Hamburg tätig. Hier bin ich heute noch beschäftigt.

Hamburg, im März 1960